Hinter den Kulissen...

Faschistische Aktivitäten in Brandenburg

4.- DM



Eine Broschüre über Hintergründe und Vordergründe der Brandenburgischen Neonaziszene.

Vorwort

Wir wollen mit der Broschüre ein Stück Wirklichkeit darstellen, von der faschistische Gewalt ein Bestandteil ist.
Es soll auch hier mit der Verharmlosung des Verfassungsschutzes aufgeräumt und die penetranten Versuche der Ausblendung des faschistischen Hintergrundes dargestellt werden. Den Gerüchten und dem Märchen vom hilflosen Jugendlichen der Sozialwissenschaftler sollen Fakten entgegengestellt werden.
Die Fakten waren in ihrer Fülle auch für uns erschlagend und schwer zu ver arbeiten. Der Aufbau der Broschüre ist aufgegliedert in eine Einleitung, Städteberichte und Organisationsbeschreibungen von Parteien und Organisationen die in Brandenburg aktiv sind.
Um den Frust zu kompensieren, besteht der letzte Teil der Broschüre aus praktischen Tips für unsere antifaschistische Arbeit.

Daß du dich wehren mußt, wenn du nicht untergehen willst, das wirst du doch einsehen.

BERTHOLD BRECHT

Inhaltsverzeichnis

Impressum

Redaktion: Antifaschistisches AutorInnenkollektiv (verantwortlich)

V.i.S.d.P.: Ken Jetson, Am Hain 1, 13597 Berlin



Die Herausgabe wurde ermöglicht durch:
werkstatt für politische bildung e. V.

Einleitung

Im folgenden versuchen wir eine Einschätzung der Rechtsentwicklung nach der Wende. Darüber hinaus wollen wir Überlegungen anstellen, wie wir uns dagegen wehren können.

Der Einigungstaumel der Wende bekam schnell nationalistische und rassistische Untertöne. Die Schlagzeilen sowohl der Boulevardpresse und der renommierten Zeitungen als auch die Reden der Politiker ließen Böses erahnen. Diese Entwicklung verlief so rasant, daß Steffen Reiche, Vorsitzender der brandenburgischen SPD, 1994 laut verkündete: *„Ich bin stolz ein Deutscher zu sein."* Für uns ist es nicht nachvollziehbar, wie man auf etwas Zufälliges stolz sein kann.

Mit dem Systemwechsel wurden viele Menschen aus der sozialen Sicherheit gerissen - Abwicklung der Betriebe, steigende Mieten und Unkosten waren die Kehrseite der Medaille. Gleichzeitig gaben Nazikader aus dem Westen verstärkt die Direktive aus, sich im Osten umzusehen. Sie trafen auf ein großes Potential, das empfänglich ist für rassistische und faschistische Parolen und den scheinbar einfachen Lösungsvorschlägen der Nazis auf den Leim gingen. Der in der DDR hochgehaltene Internationalismus und Gedanke zur Völkerverständigung fand kein Pendant im Alltag der Menschen, wo die AusländerInnen am Rand der Gesellschaft leben mußten.

Die neuentstandene Großmacht im Herzen Europas und zeitgleiche Verschiebung im internationalen Kräfteverhältnis verlangten nach einer *„Neubewertung der deutschen Geschichte"*. Ihre extremste Variante gipfelte in der Revisionismuskampagne der Nazis, der Leugnung des Holocaust und dem Infragestellen der deutschen Kriegsschuld. In diesem Sinne fand auch die Gleichsetzung von stalinistischem Terror mit Faschismus statt, die man schon fast als gängige Geschichtsbetrachtung bezeichnen kann. Jüngstes Beispiel ist die Errichtung der nationalen Gedenkstätte *„Neue Wache"* in Berlin zur Erinnerung an *„die Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft"*. Damit wird der entscheidende Unterschied zwischen Opfern und Tätern verwischt.

Lehren aus dem Nationalsozialismus, die teilweise im Grundgesetz verankert wurden, sind schnell über Bord geworfen worden. Nunmehr können deutsche Soldaten wieder in aller Welt morden, die Abschaffung des liberalen Asylrechts ist vollzogen und auf die ehemaligen Ostgebiete wird wieder habgierig geschielt.

Mit dem gleichen Elan, mit dem die deutsche Geschichte wieder neu geschrieben wird, wird die DDR-Geschichte ausradiert - Stasi-Hysterie, gepaart mit der Demontage von Denkmälern, Umbenennung von Straßen, wobei preußische Haudegen wieder zu neuen Ehren kommen sowie die Schließung und der Abriß von Kulturstätten sprechen für sich.

Die Folgen der verfehlten Einigungspolitik lagen schnell auf der Hand, überall drohen Kürzungen und Arbeitslosigkeit. In diesem Sinne ist die zweijährige, massiv geführte, durch und durch rassistische Kampagne zu Abschaffung des Asylrechts zu verstehen.

Die Verschärfung des Asylrechts hat eine lange Vorgeschichte. Mit dem Regierungswechsel 1982 läutete Bundeskanzler Kohl die reaktionäre/konservative Wende ein. Dies bedeutet in der Praxis, daß durch Gesetze und Verordnungen das Recht auf Asyl immer mehr eingeschränkt wurde. Ein trauriger Höhepunkt war 1986 als in Berlin Zeltunterkünfte von Flüchtlingen brannten nachdem monatelang das Gespenst von *„Flüchtlingsströmen"* und *„Überfremdung"* durch die Medien geisterte und die Stimmung gegen AusländerInnen hochputschte.

Die sogenannte konservative Wende ließ auch in anderen Bereichen Tabus aufbrechen. Mit dem *„Historikerstreit"* wurde eine Änderung des Geschichtsbilds in Angriff genommen. Diese zielte darauf ab den Faschismus und seine Politik in freundlichen Farben zu malen, vor allem den Krieg gegen die Sowjetunion als gerechtfertigt darzustellen. Dazu paßt auch der Besuch von Kohl und dem damaligen US-Präsident Reagen auf dem Soldatenfriedhof in Bitburg, auf dem 'SS'-Angehörige begraben sind. Ebenso wurde damals der Grundstein für die bis heute andauernde Debatte über *„nationale Identität"*, was immer das auch ist, gelegt. Damals wie heute traf die Wut der Unzufriedenen nicht die korrupte Politikerkaste, sondern die Schwächsten der Gesellschaft, nämlich Menschen, die ihre Heimat verlassen mußten, um hier Schutz zu finden bzw. ihr Überleben zu sichern. Diese Politik trägt zum Großteil die Verantwortung für das Losschlagen des rassistischen Mobs, was kein

Diese Broschüre wurde von NETZWERK e.V. unterstützt



Novum in der deutschen Geschichte ist. Die Bilder von Rostock werden wir nie vergessen - BürgerInnen, die rechte Jugendliche hochputschten und begeistert applaudierten, als diese das Vietnamesen-Wohnheim anzündeten. Die rassistische Gewalt, die sich über zwei Jahre frei entfalten konnte und in den Morden von Mölln und Solingen ihren (vorläufigen) Höhepunkt hatte, fand allmählich internationale Beachtung. Als Reaktion darauf gingen in der Bundesrepublik immer mehr Menschen auf die Straße, um gegen Rassismus und Faschismus zu demonstrieren. Der daraus erwachsende Druck zwang die Herrschenden zum Handeln. Es wurden Verbote ausgesprochen, um die Nazis wieder mehr unter Kontrolle zu bekommen. Die diletantisch vorbereiteten Verbote und Durchsuchungen vom November/Dezember 1992 sollten demonstrieren, daß die Regierenden die Lage wieder im Griff haben. Durch den gern gehörten Ruf nach dem starken Staat konnten sich die Regierenden als liberale Mitte tarnen, die eingreift *„gegen Gewalt"*. In den Gewalttopf werden die Nazis gleichermaßen geworfen wie die Menschen, die sich selbstverständlich und mutig gegen die Rassisten und Faschisten stellen. Von Staatsseite wird die Problematik als Kampf zwischen *„rivalisierenden Jugendgruppen"* heruntergespielt, was einer Reduzierung auf den *„Rechts-Links-Konflikt"* entspricht. So versuchen Politiker, Polizei und Justiz, sich ihrer Verantwortung zu entledigen bzw. die Linken als den wahren Staatsfeind anzuprangern.

Zur Situation in Brandenburg

Auf den ersten Blick ist nach den Verboten der 'Nationalistischen Front' ('NF'), 'Deutschen Alternative' ('DA') und der 'Nationalistischen Offensive' ('NO') im Dezember 1992 das Ausmaß faschistischer Gewalt deutlich zurückgegangen. Faschistische Aufmärsche und Parteitage wurden - wenn sie öffentlich angekündigt waren - größtenteils von der Polizei verhindert. Die Polizei ist jedoch zumeist erst dann eingeschritten, wenn sich Widerstand linker und antifaschistischer Menschen angekündigt hatte - das zeigt z. B. der geplante 'REP'-Parteitag in Tiefensee im Oktober 1993.

Besonders die Entwicklung der Strukturen der Nachfolgeorganisation der verbotenen 'NF', 'Förderwerk Mitteldeutsche Jugend' ('FMJ') und 'Sozialrevolutionäre Arbeiterfront' ('SrA') zeigt, daß Verbote zu kurz greifen. Die in Kader- und Zellenstruktur eingebundenen Naziaktivisten lassen sich durch Verbote nicht abschrecken oder untätig machen. Es handelt sich in diesem Falle nicht um *„hilfsbedürftige, orientierungslose Jugendliche"*, sondern um geschulte Politprofis. In diesem Zusammenhang ist Berlin als Zentrum der verschiedenen faschistischen Organisationen von großer Bedeutung. Mittlerweile treiben die Nachfolgeorganisationen der 'NF' ihr Unwesen, dazu zählen das 'FMJ', die 'SrA' und die 'Direkte Aktion Mitteldeutschland/JF' (die größte und aktivste Gruppe in Brandenburg).

Die Zusammenarbeit etablierter Politiker und Parteien mit faschistischen Schlägern und einem deutschnationalen Mob trägt ihre Früchte: Zum einen werden kaum noch Flüchtlinge ins Land gelassen, zum anderen gehören Flüchtlinge nicht mehr zum Alltagsbild, sondern müssen die kurze Zeit zwischen Ankunft und Abschiebung in riesigen, festungsähnlichen Lagern bzw. ehemaligen Militärkasernen verbringen, ohne Zugang zum öffentlichen Leben. Die Zahl der bekanntgewordenen Angriffe auf Flüchtlinge ist, nach dem Höhepunkt rassistischen Terrors im Herbst 1992, teilweise zurückgegangen oder aber findet keine Beachtung mehr.

Nach diesem medienwirksam verkauften *„Erfolg"* wurde schnell auf ein altes Feindbild zurückgegriffen, um die Mobilisierungsfähigkeit der Rechten zu erhalten. Nun wird dem politischen Gegner der Kampf angesagt: Das Spektrum reicht von aktiven Antifas bis zu Liberalen, Humanisten, GewerkschaftlerInnen und Kirchenleuten. Daraus ist eine regelrechte Kampagne entstanden, nämlich die *„Anti-Antifa"*. Unter diesem Motto findet eine Zusammenarbeit der unterschiedlichen rechten Organisationen statt. Die Einschüchterung des politischen Gegners steht auf dem Programm. Insgesamt ist diese Kampagne als Aufruf zum Mord am politischen Gegner zu verstehen. Jüngste Beispiele sind die Serie von Briefbomben in Österreich und das Erscheinen des *„Einblick"*.

Zeitgleich hat auch die Regierung den *„neuen"* Gegner ausgemacht. Keine Gelegenheit wurde versäumt, um die *„Gefahr von Links"* zu thematisieren, während in der Bundesrepublik die Flüchtlingsheime brannten. Zum einen thematisieren Politiker der etablierten Parteien *„die Gefahr von links"*, es werden Themen, wie *„Ausländerkrminalität"* bzw. *„organisierte Kriminalität"* zu einem Schwerpunkt der Wahlkampfpropaganda. Zum anderen fällt dem Bundesamt für Verfassungsschutz (VS) in dieser Kampagne eine besondere Rolle zu: Von ihm organisierte Journalistenseminare zum Thema *„Rechtsextremismus und Gewalt"* beschäftigen sich mit der Antifa und stellen sie als Verursacher der wachsenden Gewalt von Seiten der Nazis dar. In einer öffentlichen Veranstaltung gab der VS seine Einschätzung der Lage in Schwedt zum besten, welche besagt, daß die Linken die Situation in der Stadt hochgepeitscht hätten und das ganze eine von außen entfachte Kampagne sei.

Hierzu wollen wir anmerken, daß es in der BRD eine lange Geschichte von Zusammenarbeit zwischen VS und organisierten Nazis und Wehrsportgruppen gibt: Der VS hat diese Gruppen nicht nur unterwandert, um sie zu beobachten - VS-Männer saßen in führenden Positionen unterschiedlicher Nazi- und Wehrsportgruppen; oftmals waren sie diejenigen, die den Sprengstoff und die Waffen besorgen. Vermutlich trifft das immer noch zu.

Die einhellige ablehnende Reaktion von Grünen/Bündnis 90 bis zur CSU auf den Wahlerfolg der PDS bei den Kommunalwahlen im Dezember 1993 in Brandenburg fand begierigen Widerhall in den Medien und ist im Sinn der aufkommenden Linkenhatz zu bewerten. Es wurden sofort Rufe nach einem Verbot der PDS laut. Die Intensität, mit der die Medien die PDS-Hysterie in die Wohnzimmer trugen, läßt vermuten, daß sie gleiches bei dem Superwahlkampfthema *„Innere Sicherheit - Rechts = Links"* tun wird - wie oben dargestellt, wird der Schwerpunkt *„Linksextremismus"* sein. Interessanterweise gibt sich hier die Zielsetzung der Regierung mit der der 'Anti-Antifa'-Kampagne der Nazis die Klinke in die Hand.

Aus der Mitte der Gesellschaft

Entsprechend der Eskalation ist der Widerstand gegen den rechten Terror gewachsen. Immer mehr Menschen waren mit der Notwendigkeit konfrontiert, sich wehren zu müssen, um dem gesellschaftlichen Klima etwas entgegenzusetzen. Zum einen war dies existentiell notwendig geworden, da die persönliche Bedrohung Maßnahmen zum Selbstschutz erfordert(e). Zum anderen erkannten immer mehr Menschen, daß es an der Zeit war, Position zu beziehen gegen den Wahnsinn des Rassismus. Für uns ist hier festzuhalten, daß unser praktizierter Antifaschismus erst einmal ein Abwehrkampf ist, der versucht, der faschistischen Bedrohung Einhalt zu gebieten. Auf einmal sehen wir uns, die wir nicht an Gerechtigkeit und Demokratie dieses Systems glauben, in der Rolle, Genanntes zu verteidigen. Sind uns doch gewisse Freiräume in diesem verkackten System lieber, als völlige Unterdrückung in einem totalitären Staat.

Die Auseinandersetzung über Faschismus und Nationalsozialismus ist ein untrennbarer Bestandteil von praktischer Antifa-Arbeit, die direkt verknüpft ist mit unserer gegenwärtigen gesellschaftlichen Wirklichkeit in ihrer ganzen Vielfalt. Die bloße Darstellung von rechtsradikalen Erscheinungen greift zu kurz. Denn in dem wir nach den Mechanismen fragen, die solche Erscheinungen hervorbringen, müssen wir notwendigerweise nach den Gesetzen fragen, die unsere Gesellschaft bestimmen. Je tiefer wir uns mit der Geschichte auseinandersetzen, um so offensichtlicher wird, daß reaktionäres, rassistisches, frauenfeindliches und antisemitisches Gedankengut jahrhundertelang in diesem Land gepflegt wurde und im Nationalsozialismus mit der ganzen unvorstellbaren Grausamkeit zum tragen kam.

In den beiden deutschen Staaten hat es eine unterschiedliche Aufarbeitung von Faschismus und Vergangenheit gegeben. In der Bundesrepublik kamen viele Nazis schnell wieder zu Rang und Namen. Auch in der Bevölkerung gab es keinen Bedarf an einer ehrlichen Auseinandersetzung, zu viele waren sich keiner Schuld bewußt. In der DDR wurden die Nazis zwar konsequent verfolgt bzw. enteignet, hatten aber auch dort eine Chance am Wiederaufbau des neuen Staates mitzuwirken. Mit den Jahren verkam dies immer mehr zu einem verordneten Antifaschismus, während gleichzeitig sog. *„preußische Traditionen"* wie Ordnung, Disziplin, Gehorsam und Fleiß nach wie vor hochgehalten wurden.

Die heutige Gesellschaft ist geprägt vom Oben und Unten, Arm und Reich, Rücksichtslosigkeit, unsolidarischem Handeln, Ausgrenzung von Schwächeren, Konkurrenzdenken und Leistungsdruck. Heute um so mehr gilt das Prinzip des Darwinismus: Der Bessere, weil Stärkere, setzt sich durch. Es paßt in diese Zeit, daß immer mehr Menschen den falschen Versprechungen der Nazis auf den Leim gehen.

Weiter erfahren wir, wie Regierung und Nazis Hand in Hand arbeiten, wie z. B. bei der Asylkampagne Nazis zum schlagenden Arm der offiziellen Regierungspolitik wurden. Wir haben erkannt, daß es nicht ausreicht Verbote und Repression gegen die braunen Horden vom *„starken Staat"* einzuklagen; vielmehr müssen die Menschen in diesem Land eigeninitiativ werden gegen Rassismus, Intoleranz und der stärker werdenden Mentalität *„nach unten zu treten, nach oben zu buckeln"*. Müssen sich die Menschen, die vor zwei Jahren an den Lichterketten teilgenommen haben nicht die Frage stellen, ob sich dadurch tatsächlich etwas verändert hat? Wir müssen lernen, unsere Rechte und Vorstellungen von menschlichem Zusammenleben offensiv einzufordern und zu erkämpfen. Es ist dringend notwendig, gemeinsam zu handeln und unsere Interessen nach Außen zu tragen. Wir gewinnen dadurch an Stärke, können von einander lernen – Erfahrungen und Wissen weitergeben. Außerdem bleiben wir mit unseren Ängsten und Befürchtungen nicht alleine stehen und können uns in Notlagen gegenseitig unterstützen und gemeinsam viel offensiver Auftreten. Auch Lösungen und Vorstellungen von einer gerechten Gesellschaft lassen sich zusammen viel besser diskutieren und entwerfen und so gemeinsam manches Problem leichter überwunden werden.

Wir stellen uns vor, mit vielen unterschiedlichen Menschen eine Zusammenarbeit zu organisieren. Dabei wollen wir Unterschiede verstehen und verschiedene Motivationen gelten lassen. Aber wir setzen auch Grenzen, z. B. da, wo Unternehmer auf einmal ihre

„Ausländerfreundlichkeit" entdekken, weil sie um Absatzmärkte und den internationalen Ruf besorgt sind. Auch lassen wir uns nicht von Parteien für ihre Zwecke einspannen, sondern organisieren uns unabhängig von Parteien und jeglichen Hierarchien.

Ein wichtiger Bestandteil unserer Selbstorganisierung ist es, uns Räume zu schaffen, um unsere Vorstellungen zu leben. Es gibt unterschiedliche Möglichkeiten, um dieses Ziel zu erreichen. Entweder suchen wir uns Bündnispartner in der Stadtverwaltung oder fortschrittlichen Vereinen, oder wir nehmen uns leerstehende Häuser. Hier können wir nicht nur gemeinsam reden und Pläne schmieden, sondern auch Veranstaltungen durchführen, Konzerte und Partys feiern. Wofür können diese Freiräume - ob Jugendclubs oder Seniorentreffs - stehen? Wir stellen uns eine praktische Solidarität mit den an den Rand Gedrängten - wie Flüchtlingen, Behinderten und Obdachlosen - vor. Gleichzeitig wollen wir die Ursachen von Flucht und Armut aufdecken und angehen. Wir treten für humanistische und fortschrittliche Ideen ein. Wir sind von der *„Gleichwertigkeit"* aller Menschen überzeugt und wissen, daß es nur eine *„Rasse"*, nämlich Menschen, gibt. Wir wenden uns gegen Diskriminierung von Minderheiten aufgrund ihrer Hautfarbe, ihres Geschlechts, ihrer sexuellen Orientierung und ihrer *„Verwertbarkeit"* für das Kapital, sowie gegen *„das Recht des Stärkeren"*, überhaupt gegen Ausbeutung und Unterdrückung überall. Wir sind für eine gerechte Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums.

Durch besetzte Häuser, Clubs oder Treffs lernen wir auch viele andere Leute kennen und können so die Anziehungskraft des braunen Sumpfes austrocknen. Dabei dürfen wir nicht aus den Augen verlieren, daß die Rechten einen großen Einfluß auf die Jugendkultur in den Städten haben. Es gibt Beispiele von fortschrittlichem Engagement und selbstverwalteten linken Projekten, die schnell zu einem Faktor in der Kommunalpolitik wurden. Erinnern wir uns an die Quedlinburger BürgerInnen, die sich schützend vor das Flüchtlingsheim stellten oder an die Schildower Flüchtlingsinitiative, die mutig und engagiert für ein menschenwürdiges Leben der Flüchtlinge eintritt. In bester Erinnerung ist uns das Foto der



Bauern aus der Lausitz, die mit Sensen und Mistgabeln die Nazis aus der Stadt jagten, und der Widerstand der Tiefenseer BürgerInnen war ein Faktor, der zur Verhinderung des 'REP'-Parteitags beitrug. Ein ganz anderes Beispiel ist die Bürgerinitiative *„Freie Heide"* aus Wittstock, die den Politikern zeigt, daß sie nicht mit dem Bombenabwurfplatz einverstanden ist. In vielen Städten gibt es autonome, antifaschistische Treffpunkte, besetzte Häuser und Cafés. Wir wollen, daß antifaschistische Inhalte und Standpunkte, Bestandteil ganz unterschiedlicher Politikbereiche werden. Es soll sich niederschlagen in Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit, Öko- und Friedensbewegung, überall wo Menschen für eine fortschrittliche Politik einstehen und ihr Heft selbst in die Hand nehmen. Beim Aufzählen dieser Beispiele fragen wir uns, wo die TeilnehmerInnen der Lichterkette geblieben sind? All dies zeigt uns, daß nur die Menschen selbst die Bedingungen in diesem Land ändern können.

Die Rechten mit ihrer menschenverachtenden Ideologie sind in unserem Alltag präsent. Deswegen müssen wir uns damit auseinandersetzen. Priorität hat dabei die Unterscheidung zwischen MitläuferInnen und Kadern. Es macht für uns durchaus Sinn, sich der Diskussion mit rechten Jugendlichen zu stellen, die zum Teil auch nur auf der Suche nach Lösungen sind. Aber eine Diskussion mit organisierten Nazikadern schließen wir aus, weil sie treibende Kräfte bei der Organisierung des faschistischen Terrors sind und Diskussionen diesen Terror nicht stoppen werden. Um faschistische Organisationen und Strukturen effektiv zu zerschlagen, muß sich antifaschistische Selbsthilfe in erster Linie auf die Kader konzentrieren. Aber MitläuferInnen, die an Angriffen und Morden beteiligt sind, treten wir genauso entschlossen entgegen.

Ein Kernpunkt unserer Arbeit muß es sein, Schulungen, Veranstaltungen, Konzerte und Organisierung der Nazis zu verhindern. Das bedeutet im Prinzip, ihnen den öffentlichen Raum zu nehmen und zu versuchen, ihren Einfluß zurückzudrängen. Dazu gehört auch die direkte Konfrontation mit ihnen. Wenn wir ihre Treffen verhindern wollen, nehmen wir bewußt Gewalt als Mittel in Kauf bzw. scheint es uns notwendig, offensiv gegen das immer frecher werdende Auftreten der Nazis vorzugehen.

Dieses Vorgehen gegen Faschisten ist für uns eine von vielen Formen des Widerstands gegen Nazis, die gleichberechtigt nebeneinander stehen. Wir müssen uns wehren, ob wir wollen oder nicht – sonst werden wir untergehen. Festzuhalten ist, daß wir diese Widerstandsform für richtig und wichtig halten, aber daß wir keine Gewaltfetischisten sind, was uns von offizieller Seite gern unterstellt wird. Wissen wir doch, daß viele Menschen in diesem Land, die ein dunkle Hautfarbe haben, gezwungen sind, sich zu wehren und es sich nicht aussuchen können, ob sie sich der Konfrontation stellen wollen oder nicht.

Warum haben wir diese Broschüre erstellt?

Wir wollen zeigen, wie weit die Organisierung der Nazis fortgeschritten ist und wollen Kader ans Licht der Öffentlichkeit zerren. Das öffentliche Interesse beschränkt sich auf faschistische Straftaten, während die organisierten Strukturen kaum Beachtung finden. Wir hoffen, mit dieser Broschüre etwas mehr Licht ins Dunkel zu bringen und können vielleicht die Eine oder den Anderen zum Engagement im Rahmen der antifaschistischen Selbsthilfe bewegen.

Faschistische Morde in Brandenburg

Diese Broschüre soll auch an die Opfer des faschistischen Terrors der letzten Jahre erinnern: Flüchtlinge, schwarze Deutsche, MigrantInnen, JüdInnen, Behinderte, Schwule, Lesben, Obdachlose, linke Jugendliche, alte und junge AntifaschistInnen, Menschen, die sich bewußt oder auch spontan Neofaschisten und faschistischen Skinheads entgegengestellt haben oder ihnen einfach „im Weg" waren.

Brandenburg ist nach Mecklenburg-Vorpommern seit dem Pogrom in Rostock-Lichtenhagen im August 1992 das Bundesland mit der zweithöchsten Anzahl von faschistischen und rassistischen Angriffen. So gibt das Innenministerium alleine für den Zeitraum von Anfang 1993 bis August 1993 die Zahl der sog. *„rechtsextremistisch motivierten Straftaten"* mit 357 an, darunter 45 Fälle von Körperverletzung und angeblich kein einziger Toter[1]. Doch die tatsächliche Anzahl der Angriffe auf Menschen dürfte weitaus höher sein.

Viele Menschen haben aus unterschiedlichen Gründen Angst davor, einen Angriff öffentlich zu machen: Jugendliche, die die faschistischen Angreifer aus der Schule oder den Jugendclubs kennen, haben oftmals Angst vor weiteren Repressalien der faschistischen Schläger; Flüchtlinge und MigrantInnen gehen aus Erfahrung zumeist davon aus, daß ihnen von der Polizei und anderen offiziellen Stellen nicht geglaubt, wird, bzw. sie nach dem Motto behandelt werden *„selber Schuld, wenn Du nachts noch auf der Straße oder in der Kneipe bist"*. Die Opfer von faschistischen Angriffen werden mit ihren traumatischen Erlebnissen oft alleine gelassen - insbesondere Flüchtlinge, die in ihren Herkunftsländern Folter und Gewalt erfahren haben, erhalten aufgrund ihrer Unterbringung in abgelegenen Massensammellagern und restriktiver Asylgesetze keine angemessene medizinische und/oder psychologische Betreuung.

Auch die Menschen, die in den letzten Jahren von Faschisten in der Bundesrepublik ermordet wurden, sind schnell vergessen. Wir dokumentieren an dieser Stelle die bekannt gewordenen faschistischen und rassistischen Morde in Brandenburg in den Jahren 1990-1993, um noch einmal das konkrete Ausmaß faschistischer und rassistischer Gewalt deutlich zu machen. Diese Zusammenstellung erfolgte aufgrund von Presseberichten, so daß uns oft die Namen der Opfer nur in Abkürzungen bekannt sind. Die Mehrzahl dieser Morde werden vom LKA Brandenburg und dem Verfassungsschutz nicht als faschi-

(1) aus „Rechtsextremismus in Brandenburg - gegenwärtiger Stand", Ministerium des Inneren des Landes Brandenburg, Potsdam, 23.8.1993

stisch bzw. rechtsextremistisch bewertet, auch wenn sich die Täter in Gerichtsverhandlungen öffentlich zu ihrer faschistischen Gesinnung bekennen. So wird u. a. der Mord an Timo Kählke durch Mitglieder der faschistischen Wehrsportgruppe 'Werwolf-Jagdeinheit-Senftenberg' vom Verfassungsschutz nicht als eine *„rechtsextremistische Tat"* eingestuft, *„da die Täter ihr Opfer aus Geldgier ermordeten"*. Der Verfassungsschutz verschweigt hier allerdings, daß die Mörder von Timo Kählke das Geld zur Bezahlung von Waffenkäufen verwenden wollten... Die Kriterien staatlicher Stellen sind für uns unhaltbar, da die menschenverachtende faschistische Ideologie und die daraus resultierende Nichtachtung für das Leben anderer Menschen bzw. von Menschen, die von Faschisten als *„Menschen 2. Klasse"*, *„lebensunwert"* etc. definiert werden, eindeutige Ursache für die nachfolgend dokumentierten Morde sind. Wir haben uns zwar bei dieser Chronologie bewußt auf Brandenburg beschränkt, möchten aber ausdrücklich an die über 70 Ermordeten des faschistischen Terrors in der gesamten BRD aus den Jahren 1990 bis Ende 1993 erinnern.

Kein Vergessen!

Kein Vergeben!

24./25.11.1990, Eberswalde

Der angolanische Vertragsarbeiter Amadeu Antonio wird nach dem Besuch des *„Hüttengasthofs"* auf offener Straße von einer Gruppe faschistischer Skinheads zu Tode geprügelt und getreten, zwei weitere angolanische Vertragsarbeiter werden schwer verletzt. Zwei anwesende Zivilpolizisten schauen zu, ohne einzugreifen.

Mitte September 1992 wird Sven BÖCKER wegen Mordes an Amadeu Antonio zu 3 ½ Jahren Haft verurteilt, hinzu kommen bei Sven BÖCKER noch einmal 4 Jahre Haft wegen Totschlags an einem Mann in Hohenselchow (s. u.). Im Mai 1993 wird auch das Urteil gegen Kay-Nando BÖCKER, 4 Jahre und 6 Monate Haft, wegen Mordes an Amadeu Antonio rechtskräftig. Kay-Nando BÖCKER ist seit Jahren Kontaktperson der verbotenen 'Nationalistischen Front'. Das Strafverfahren gegen die Polizisten wegen *„unterlassener Hilfeleistung"* wird im Dezember 1993 eingestellt. Ebenfalls im Dezember 1993 stellt eine antirassistische Initiative Strafantrag gegen 25 weitere an der Tat beteiligte Skinheads.

1.12.1991, Hohenselchow, Kreis Angermünde

Ein 30jähriger Mann wird von neofaschistischen Skinheads aus seinem Auto gezerrt und anschließend so schwer verletzt, daß er wenig später stirbt. Sven BÖCKER wird für diesen Mord zu 4 Jahren Haft verurteilt, sechs weitere Tatbeteiligte werden zu Bewährungsstrafen von 6 bis 16 Monaten verurteilt.

(u. a. Der Tagesspiegel, 4.12.1991)

12.12.1991, Senftenberg bei Cottbus

Der 27jährige Timo Kählke wird von den Mitgliedern der neofaschistischen 'Werwolf Jagdeinheit Senftenberg' Werner KLOCKE, Daniel LANGNER, Maik HOFFMANN und Silvio KÖCHEL bei Senftenberg in seinem Auto erschossen und anschließend verbrannt. Im Januar 1994 werden Werner KLOCKE und Daniel LANGNER wegen Mordes zu jeweils 15 Jahren Haft, bzw. 9 Jahren Jugendhaft verurteilt. Maik HOFFMANNN erhielt 4 Jahre und 6 Monate Jugendhaft; Silvio KÖCHEL 3 Jahre Haft. Sieben weitere Mitglieder der 'Werwolf Jagdeinheit' wurden nach wenigen Tagen aus der Untersuchungshaft entlassen.

3.1.1992, Gransee

Vor der Discothek *„Zur Wolfshöhle"* in Klein-Mutz wird der 19jährige Ingo L. aus Grünberg von ca. 15 faschistischen Skinheads wegen einer Lappalie angegriffen und zusammengeschlagen. Ingo L. stirbt vor dem Eintreffen des Notarztes. Der mutmaßliche Mörder Oliver Z. aus Zehdenick wird nach drei Tagen aus der Untersuchungshaft entlassen.

(Berliner Morgenpost, 7.1.1992)

6.4.1992, Potsdam

Ein 34jähriger Flüchtling aus Bulgarien wird erstochen in einem Wald gefunden. Die Polizei vermutet ein Verbrechen, macht jedoch keine weiteren Angaben.

(Der Tagesspiegel, 7.4.1992)

1.7.1992, Neuruppin

Der 50jährige Obdachlose Emil Wendland wird im Neuruppiner Rosengarten von drei faschistischen Skinheads überfallen, geschlagen, getreten und dann erstochen. Der Hauptbeteiligte Skinhead Mirko H. wird Ende Oktober 1993 wegen Totschlags zu einer Jugendstrafe von 7 Jahren verurteilt.

(Oranienburger Generalanzeiger, 30.10.1993)

5.7.1992, Kreis Pasewalk

Eine Gruppe von 20 Flüchtlingen wird bei dem Versuch, die polnisch-deutsche Grenze zu überqueren, von zwei Jägern beschossen. Als sich zwei der Flüchtlinge aufrichten, um die Situation einzuschätzen, werden sie erschossen. Die Jäger flüchten nach der Tat.

(Die Welt, 7.7.1992)

7.11.1992, Lehnin

Der 51jährige Obdachlose Rolf Schulze wird von faschistischen Skinheads aus Ludwigsfelde zusammengeschlagen, im Kolpinsee ertränkt und anschließend verbrannt. Die drei Mörder sind in der verbotenen 'Nationalistischen Front' ('NF') organisiert. Marco WENZEL war Mitbegründer der 'NF'-Ortsgruppe Ludwigsfelde, Daniel KRÜGER und Thomas SDZUJ waren ebenfalls Mitglieder in der 'NF'-Ortsgruppe. Alle drei bekundeten im Prozeß, sie seien außerdem Mitglieder der faschistischen 'Schönefelder Sturmtruppe'. Daniel KRÜGER wird im Juli 1993 zu neun Jahren Jugendhaft, Thomas SDZUJ zu sieben Jahren Jugendhaft und Marco WENZEL zu 6 ½ Jahren Jugendhaft verurteilt.

Im Dezember 1993 brach Daniel KRÜGER zusammen mit sechs anderen faschistischen Skinheads aus dem Jugendgefängnis Schwarze Pumpe aus. Zwei Tage nach ihrer Flucht wurden sie von der Polizei gefaßt.

(u. a. Tagesspiegel, Berliner Zeitung u. Oranienburger Generalanzeiger, 29.6. u. 9.7.1993)

7./8.11.1992, Königs Wusterhausen

Zwei 16jährige Jugendliche, Mario S. und Mario H., werden tot neben den S-Bahngleisen der Strecke Wildau - Königs Wusterhausen gefunden. Monatelang behaupten Polizei und Staatsanwaltschaft, die beiden Jugendlichen seien beim S-Bahnsurfen aus der S-Bahn gestürzt, obwohl bekannt war, daß einer der beiden Jugendlichen aus Angst vor Angriffen durch organisierte Neonazis die S-Bahn fast nie betrat. Auch Hinweisen auf direkte verbale Drohungen gegen einen der beiden Jugendlichen durch Neonazis wurden von der Staatsanwaltschaft Königs Wusterhausen nicht nachgegangen. Erst im Frühjahr 1993 nimmt die Staatsanwaltschaft die Ermittlungen wegen Mordes auf, nachdem Indizien vorgelegt wurden, die die Staatsanwaltschaft zwangen, ihre Verschleppungstaktik zu beenden.

(Berliner Zeitung 9.11.1992, Antifaschistisches Infoblatt Nr. 22, Mai/Juni 1993)

6.12.1992, Jänschwalde, Kreis Guben

Bei einem Brandanschlag auf ein Haus einer kroatischen Familie stirbt ein kroatischer Arbeiter. Die Polizei geht von einer Brandstiftung *„mit politischem Hintergrund"* aus; die Ermittlungen verlaufen schleppend und ergebnislos.

(Berliner Zeitung und FAZ, 7.12.1992)

18.12.1992, Oranienburg

Der 51jährige Jochen Lommatsch wird von zwei faschistischen Skinheads auf einem Parkplatz mit Fußtritten gegen den Kopf ermordet. Einer der beiden Täter, Jens SCH., wird im Oktober 1993 zu acht Jahren Haft verurteilt.

(u. a. Berliner Zeitung, 21.12.1992, Berliner Kurier, 25.12.1992)

22.2.1993, Kreis Fürstenwalde

Zwischen Fürstenwalde und Hangelsberg wurde an der Eisenbahnstrecke ein toter Schwarzer gefunden. Die Polizei hat keine Erkenntnisse über die Herkunft und die Todesursache des Mannes. Bei dem Toten könnte es sich um einen Flüchtling aus Zaire handeln. Die Ermittlungen der Polizei in Bezug auf die Herkunft des Mannes und die Todesursache werden schnell ergebnislos abgeschlossen.

(u. a. Berliner Zeitung, 24.2.1993)

26.5.1993, Waldeck bei Königs Wusterhausen

Der 25jährige Motorradfahrer Jeff (Hauptdarsteller im DEFA-Film *„Bockshorn"*) aus Königs Wusterhausen wird von Neonazis auf der Autobahn Dresden-Berlin mit einem Auto verfolgt und angefahren. Als Jeff auf der Autobahnraststätte Waldeck anhält, um das beschädigte Motorrad zu reparieren, gibt der Fahrer des Autos, Daniel K. aus Königs Wusterhausen, noch einmal Gas und überfährt Jeff, der wenig später an den Folgen der Verletzungen stirbt. Jeffs Vater ist Ägypter, und auch Jeff hatte eine dunkle Hautfarbe. Erst aufgrund des öffentlichen Drucks beginnt die Staatsanwaltschaft Königs Wusterhausen wegen Mordes zu ermitteln.

(u. a. Berliner Zeitung, Antifaschistisches Infoblatt Nr. 24, Oktober/November 1993)

Juni 1993, Oranienburg

Der 29jährige Obdachlose Bernd Z. wird von vier Männern durch Schläge und Tritte ermordet. Seine Leiche verstecken sie in einem leerstehenden Haus in Pritzwalk. Die Leiche wird erst Anfang Oktober entdeckt, Ende Oktober wurden die vier Mörder verhaftet.

(Berliner Morgenpost, 21.10.1993)

28.7.1993, Kreis Strausberg

Der 35jährige Arbeiter Hans-Georg Jacobsen wird in der S-Bahn bei Petershagen von drei faschistischen Skinheads ermordet. René BERGER, Henry GÜNTHER und Thomas DOMKE treten ihr Opfer zusammen und werfen den Mann dann noch lebend aus der fahrenden S-Bahn. Wenig später stirbt Hans-Georg Jacobsen an den Folgen der Verletzungen.

(Berliner Kurier, 15.1.1994)

19.9.1993, Werneuchen bei Bernau

Der 51jährige Holger T. wird von fünf rechtsradikalen Jugendlichen mit einer Eisenstange erschlagen. Anschließend wird er verbrannt und in den Oder-Havelland-Kanal geworfen.

(Berliner Zeitung, 2.10.1993)

Oberhavel

Neue Namen- alter Geist

Was heute an faschistischen Aktivitäten in den nördlichen Randgebieten von Berlin zu verzeichnen ist, entstand nicht erst in den vier Jahren seit dem Zusammenbruch der DDR. Sie haben eine Geschichte, die bis in die Zeit Mitte der 80er Jahre zurückreicht.

1988 kam es zu einem für damalige Verhältnisse spektakulären Skinheadprozeß, der am Kreisgericht in Oranienburg verhandelt wurde. Angeklagt waren neun Jugendliche im Alter zwischen 18 und 25 Jahren, die am 31.10.1987 zu einem *„Klassentreffen"* in Velten (Kreis Oranienburg) in der Kneipe *„Weimann"* zusammenkamen. Nach reichlichem Alkoholgenuß, kam es zum Streit mit dem Wirt, da dieser sie angeblich betrogen hatte. Die bis dahin nur verbal geführte Auseinandersetzung artete in eine Schlägerei aus und die Kneipe wurde erheblich demoliert. Auch die alarmierte Vopo (Volkspolizei), ein Streifenwagen mit zwei (!) Volkspolizisten, wurden bei ihrem Erscheinen angegriffen und beide verletzt. Schon Tage und Wochen vor diesem Treffen waren einige Skins im Oranienburger Kreisgebiet in Erscheinung getreten, indem sie Leute anpöbelten, ausraubten oder ihre Opfer zusammenschlugen. Kurz nach der Veltener Kneipenaktion wurden mehrere Skins verhaftet und bei einigen faschistisches Propagandamaterial gefunden. Die Täter wurden zu hohen Haftstrafen verurteilt und waren spätestens damit die Märtyrer der *„Bewegung"*. Die Medien berichteten ausführlich über den Prozeß und wiesen auf ein aus dem Westen *„importiertes"* Skinheadideal hin. Denn: DDR-Jugendliche würden sich nicht die Haare abrasieren, Bomberjacke und Docs besorgen. In der DDR war dem *„faschistischen Gedankengut der Nährboden entzogen"* und so konnte nicht sein, was nicht sein durfte.

Nach dem Herbst 1989 nahmen auch die Aktivitäten der Neonazis im Kreis Oranienburg, wie überall in diesem Land, zu. 1990, im Superwahljahr Ostdeutschlands, durfte die DDR-Bevölkerung gleich viermal an die Wahlurnen treten und Parteien aller Couleur schickten ihre Parteistrategen ins Rennen. Aber nicht nur CDU, SPD und FDP waren auf Wahlkampftour durch den Osten. Im Herbst 1990 tritt Franz SCHÖNHUBER ('REP'-Bundesvorsitzender) bei einer Wahlkampfveranstaltung der 'Republikaner' in Henningsdorf auf. Henningsdorf hat knapp 30.000 Einwohner und ist ein großer Industriestandort mit Stahlwerk und Schienenfahrzeugbau. Seit der Wende wurden hier tausende Menschen entlassen. In der Folgezeit bleiben die 'REP's aber für den Kreis Oranienburg bedeutungslos.



Hagen BOHRLOCH (vorn links), Enno GEHRMANN (rechts vorne)

Andere faschistische Organisationen traten immer mehr an die Öffentlichkeit. In Hohen Neuendorf, Glienicke und Marwitz tauchen Schmierereien der 'Wiking-Jugend' ('WJ') auf. Der Kontakt zu den Jugendlichen wird von Berlin aus organisiert und aufrecht erhalten. Im Sommer 92 führten diese dann auch am Liebnitzsee bei Wandlitz ein Zeltlager durch. Dort wurden bis in die Nacht hinein faschistische Lieder gegrölt.

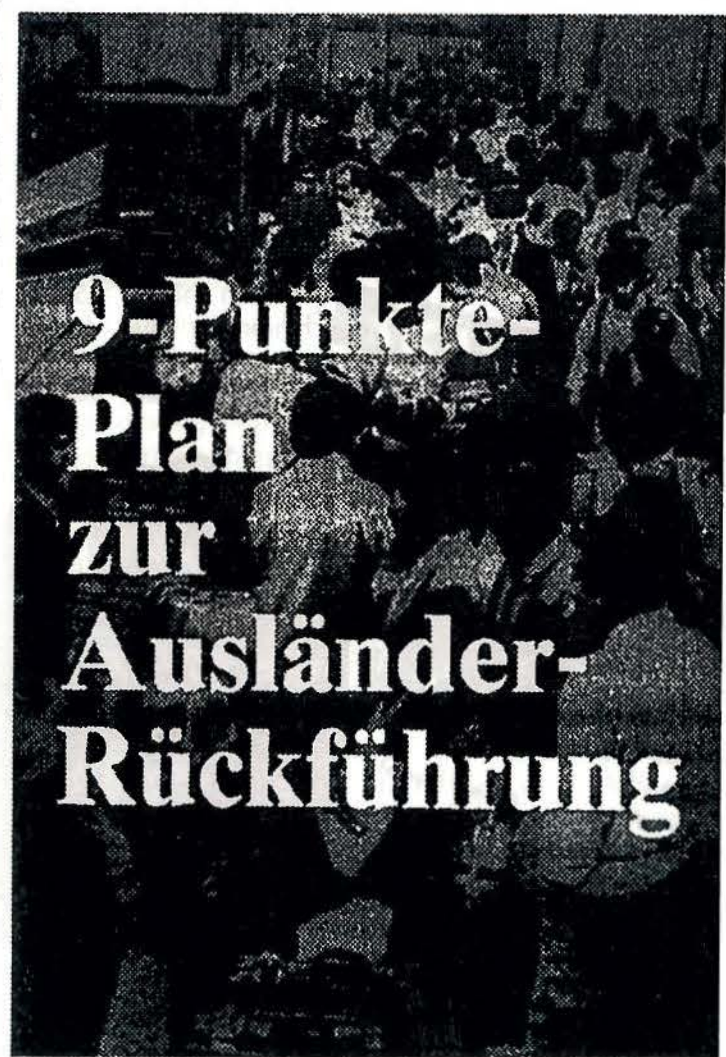
Erfolg bei Rekrutierungen hatte aber auch die 'Freiheitliche Arbeiterpartei' ('FAP'). So z.B. bei Thomas ZABEL (Jahrgang 1974) und Marco GÜNTHER (Jahrgang 1973), beide aus Lehnitz, einem Nachbarort Oranienburgs. Von ZABEL ist anzunehmen, daß er Mitglied einer 'FAP'-Gruppe in Berlin ist.

Angriffe auf Flüchtlinge und Gedenkstättenschändungen

Im August und September 92, also nach dem Pogrom in Rostock-Lichtenhagen, ereigneten sich im Kreis Oranienburg mehrere Überfälle auf Flüchtlingsheime. So wurde das Heim in Kremmen am 5.9.1992 von mehreren Jugendlichen mit Steinen beworfen. Die Polizei nahm elf Personen fest, die jedoch kurze Zeit später wieder laufen gelassen wurden. Am 14.8. kam es in Bötzow, 5 km von Henningsdorf und ca. 15 km von Kremmen entfernt, auf der jährlichen Kirmes zu einer Auseinandersetzung zwischen dreißig Polizeibeamten und vierzig Jugendlichen, welche rechte Parolen riefen und Lobgesänge auf Rostock anstimmten. Sieben Personen im Alter zwischen 18 und 27 Jahren aus dem Kreis Oranienburg wurden festgenommen. Auch in Leegebruch versammelten sich Jugendliche vor dem Flüchtlingsheim und skandierten rassistische Parolen. In Sachsenhausen, einem Ortsteil von Oranienburg, bildete sich eine Bürgerinitiative gegen die Errichtung eines Flüchtlingsheims. Mit ihrem *„Engagement"* erreichten sie, daß das Heim nicht in Betrieb genommen wurde. Während sich ein Teil der Bevölkerung in Bürgerinitiativen zusammenschließt und auf diese Weise gegen Menschen, die ihnen mißliebig sind, vorgeht, treffen sich militante Jugendliche in den Wäldern des Kreises und halten dort ihre Wehrsportübungen ab. In einem Wald bei Kreuzbruch am Oder-Havel-Kanal, in der Nähe von Liebenwalde, wurde sogar mit scharfer Munition geschossen. Auch in Sachsenhausen hinter den Baracken des Außenlagers des ehemaligen Konzentrationslagers Sachsenhausen wurden Jugendliche bei einer Wehrsportübung beobachtet. Wenige Wochen später geht nur einige hundert Meter weiter die ehemalige jüdische Baracke des KZ-Sachsenhausen in Flammen auf. Auch wenn inzwischen klar ist, daß die Täter aus Prenzlau und Umgebung kamen, so liegt es doch nahe, daß die Brandstifter möglicherweise in Oranienburg bei befreundeten Gesinnungsgenossen waren.

Knapp ein Jahr später wurden einige der TäterInnen zu Geld - oder Bewährungsstrafen verurteilt. Die beiden Mitglieder der rechten Szene Marco VARSCHEN und Jens SCH. wurden im Dezember 1992 verdächtigt, einen 51jährigen Mann brutal zusammengeschlagen und totgetreten zu haben. SCH. gestand, VASCHEN dagegen leugnete die Tat.

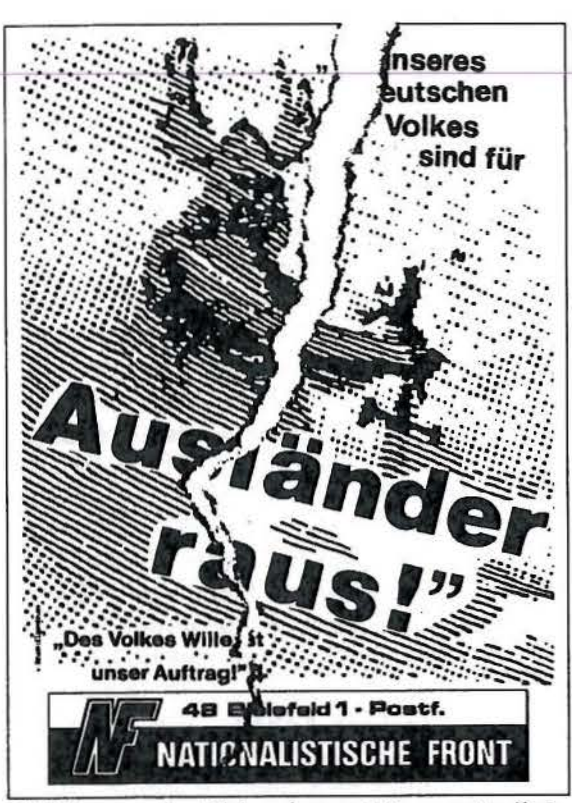
Auch in Birkenwerder, wo es zu DDR-Zeiten eine größere Gruppe rechter BFC-Hooligans gab, sind Faschisten aktiv. Sie treten in Birkenwerder kaum öffentlich in Erscheinung. Doch ist bekannt, daß sie sowohl bei einem Überfall auf eine Party von linken Jugendlichen im Sommer 92 in Genthin (Sachsen-Anhalt), als auch bei einem Angriff auf das Klubhaus in Neuruppin beteiligt waren.



Faltblatt der 'NF' parallel zu Asyldebatte im Bundestag

Die 'Nationalistische Front' taucht auf

Spätestens seit Ende 1991 trat allerdings eine Organisation in Erscheinung, die seitdem des öfteren von sich reden macht, die 'Nationalistische Front' ('NF'). Sie tauchte zuerst in dem kleinen, etwas verschlafen wirkenden Städtchen Kremmen (ca. 6000 Einwohner, Landwirtschaft, keine Industrie) auf. Mit tatkräftiger Hilfe aus der Bielefelder 'NF'-Zentrale, mehrfach wurden Autos mit Bielefelder Kennzeichen gesehen, baute die 'NF' in Kremmen eine sogenannte *„Kameradschaft Kremmen"* auf. Zu dieser Ortsgruppe gehören u. a. Olaf DEGENHARDT, Wilko KUBIAK, Jens OHG und Werner SCHNEIDER.



'NF'-Propagandaaufkleber, der massiv im gesamten Kreis Oberhavel geklebt wurde.

Sie wurden schnell aktiv, klebten Plakate in Kremmen, die teilweise im Herbst 1992 zu sehen waren, verteilten auf Straßen Zettelchen mit 'NF'-Parolen. Die Gruppe gab sogar eine eigene Zeitung heraus. Das Blättchen im A5-Format nennt sich *„Kremmener Beobachter"*. Als Absender fungiert ein Postfach 67 in Velten. In der ersten Ausgabe wurden zum Beispiel falsche Kostenrechnungen für die Unterbringung der in einem Flüchtlingswohnheim lebenden AusländerInnen aufgestellt. In der zweiten Ausgabe wurde unter anderem gegen aktive Leute vom „Neuem Forum" und gegen den Bürgermeister aus Kremmen gehetzt. In beiden Ausgaben wurde versucht, mit Hetze und Lügen auf die Lokalpolitik Einfluß zu nehmen. Da bei dem Verteilen des „Kremmener Beobachter" Nazis erkannt wurden, bemühten sich die LokalpolitikerInnen, die 'NF'-Gruppe zu einem Gespräch zu laden, anstatt gegen die rassistischen Pamphlete vorzugehen. Die Bedingungen für das Gespräch wurden von der 'NF' diktiert. In einem ihrer Schreiben hieß es *„wir lehnen ein Gespräch unter Ausschluß der Öffentlichkeit ab. Wir haben nichts zu bereden mit grün angemalten Bolschewiken und Liberalisten."* Beim dann doch zustande gekommenen Gespräch waren seitens der 'NF' unter anderem Nicola MIERKE aus Henningsdorf und Wilko KUBIAK erschienen. Sie filmten das Treffen mit einer Videokamera.

> **Sammelaktion**
>
> Unter dem Motto „Für eine saubere deutsche Heimat" führt die Nationalistische Front Kremmen am 1. Mai eine „Säuberungsaktion" im Bereich der „Ziethener Berge" durch. Treffpunkt ist 13.45 Uhr der Kremmener Markt.

Aus dem "Oranienburger Generalanzeiger" (30.4.92)

Am 1. 2. 1992 liefen am Kremmener Bahnhof Dreharbeiten für den Film *„Krükke"* nach dem Buch von Peter Härtling. Auch fünfzehn 'NF'ler wohnten den Filmarbeiten des ZDF's bei und versuchten, diese massiv zu stören. *Im Aufbruch rühmten sie sich: „Wir platzten mitten hinein in die Drecksarbeiten. Fünf Kameraden von uns besetzten den Drehort und behinderten bzw. verhinderten so weitere Arbeiten der Filmcrew, während die anderen Kameraden Flugblätter 'Schluß mit dem Holocaust' an Bürger und Filmleute verteilten."* Unterstützung erhielten die ortsansässigen Kameraden auch aus Berlin, den Tip dazu hatten sie von ihren Kameraden aus Kremmen.

Selbst in der regionalen Presse konnte die 'NF' für sich Werbung machen. So wurde in der Ausgabe des Oranienburger Generalanzeigers vom 30. 4. und 1. 5. 1992 eine Anzeige der 'NF' abgedruckt. Unter dem Motto *„Für eine saubere deutsche Heimat"* wollten sie für eine Säuberungsaktion in den *„Ziethener Bergen"* bei Kremmen werben. Um diesen Aufruf auch den Kremmener BürgerInnen nahe zu bringen, wurden *„Einladungen"* mit dem 'NF'-Logo verschickt bzw. ausgehängt. Nach 'NF'-Angaben nahmen an der *„Säuberungsaktion"* 30 Kameraden und Kameradinnen teil und hatten auch Unterstützung von sechs Berlinern. Da die Bevölkerung nicht teilnahm, blieben sie unter sich und *„die zugesagte Unterstützung und auch die Bereitstellung eines Müllcontainers erhielten wir nicht. So durften wir den Dreck auf eigene Kosten entsorgen"* (Tja, Pech gehabt Kameraden)



'NF'ler berichten in ihrem Mitteilungsheft über ihre "Heldentaten"

Im Weg standen am Sonnabend morgen zehn bis fünfzehn „Nationalisten", die die Dreharbeiten zum Film „Krücke" auf dem Kremmener Bahnhof stören wollten. Unter die rund 150 Kleindarsteller mischten sich die anfangs unvermummten Rechtsradikalen, die dann, als sich Kameras auf sie richteten, ihre Gesichter verhüllten und Handzettel verteilten. Dadurch wurden Aufnahmen unmöglich gemacht. Kurz bevor die Polizei eintraf, zogen die Maskierten ab. Durch den etwa einstündigen Arbeitsausfall ist den Filmgesellschaften ein Schaden von mehreren tausend DM entstanden. (Lokales) Foto: Liebke

Zur gleichen Zeit wurde mitgeteilt, daß sich auf Grund des großen Mitgliederzuwachses die 'Kameradschaft' in eine 'Kremmener und eine Henningsdorfer Kameradschaft' zu einem gemeinsamen „Stützpunkt Osthavel" aufteilen wird. Die 'Gruppenleitung' Osthavel/Kremmen rief zusammen mit der 'Deutschen Liga für Volk Heimat' ('DL') zu einem Aufmarsch gegen eine Veranstaltung einer antirassistischen Gruppe auf. Diese Veranstaltung fand anläßlich des Prozesses wegen des faschistischen Mordes an dem Mosambiquaner Amadeo Antonio in Eberswalde statt.





Kremmener Beobachter

STADT KREMMEN-62 ASYLANTEN UND 200 ARBEITSLOSE ...

KEIN GELD. FÜR WEN ???

...Jahres sind auch in unse-
..., die hier auf die Aner-
..., wegen politischer Ver-
..., warten. Und in dieser
...natürlich. Es werden, hier
...ber 1000,- DM pro Asylan-
...gung, Strom, Wasser, son-
... natürlich auch Geld zur
...geben. Ihre Kinder besu-

...itisch Verfolgten ja gar
...Kremmen bleiben. Das wäre
...ichts los sei, schlechte
...Heim in dem vorher Lehr-
...und überhaupt man bekäme
...litisch Verfolgter hat ja
...isse zu befriedigen.

...ügigen Überredungskünste
...Kremmen, sowie der her-
...Asylanten mit handfesten
...s den Russen behilflich
... Fremden dann doch noch

Obwohl die 'NF' sich scheinbar auf den Raum Henningsdorf-Velten-Kremmen konzentrierte, ist davon auszugehen, das sie auch in Oranienburg über eine feste Struktur verfügt. Dort wurden Spuckis und Plakate der 'NF' und anderer faschistischer Organisationen angebracht. Die Oranienburger Nazis Mario BECKER und Ina GÖRKE (geb. 1975), unterhalten gute Kontakte nach Jena und machten dort schon unliebsame Bekanntschaft mit AntifaschistInnen. BECKER ist seit der Wende als brutaler Schläger bekannt. Damit hat er bei den Nazis Karriere gemacht. 1994 wurde er 'Gruppenführer' der ehem. 'NF', heute 'Direkte Aktion Mitteldeutschland/JF' Oranienburg.



In Flatow, einem Dorf bei Kremmen, wurde am 8.8. 1992 ein 'NF'-Sonderparteitag durchgeführt. Vor diesem Parteitag gab es innerhalb der 'NF' interne Streitigkeiten. Der Flügel um den damals stellvertretenden Vorsitzenden Andreas Siegfried POHL wollte die Pläne zur Gründung eines militärischen *„Nationalen Einsatzkomandos"* ('NEK') des Vorsitzenden Meinolf SCHÖNBORN nicht mittragen. POHL und seine Gefolgsleute setzten sich in Flatow durch, SCHÖNBORN wurde als Vorsitzender abgewählt und POHL trat seine Nachfolge an. Als zweiter Vorsitzender wurde der Berliner Enno GEHRMANN gewählt.

Ein Verbot und keine Folgen

Mit dem Verbot von faschistischen Organisationen Ende 1992, nahmen die öffentlichen Auftritte und Aktionen im Kreis Oranienburg ab. Doch auch nach dem 'NF'-Verbot am 30. 11. 1992 wurde noch 'NF'-Propagandamaterial im Raum Oranienburg verteilt. In Oranienburg wurden an Hauswände Schriftzüge mit *„NF"* geschmiert, morgens lagen Flugblätter der 'NF' auf den Straßen, und es klebten Plakate mit der Aufschrift *„Lieber stehend sterben, als auf Knien leben"*. Es ist davon auszugeben, daß die Strukturen durch das Verbot nicht zerschlagen wurden. Die zehn Durchsuchungen in Henningsdorf und Kremmen, bei denen *„waffenähnliche"* Gegenstände und zu Hauf

Kreis Oranienburg

Propagandamaterial der 'NF' gefunden wurde und die Verbotsverfügungen, die gegen acht Mitglieder und Aktivisten der 'NF' ausgesprochen wurden, werden die neonazistische Szene kaum beeindruckt haben. Denn spätestens seit Sommer 1992 wurde seitens des Staates öffentlich über ein Verbot der 'NF' nachgedacht. Somit konnte man sich auf ein Verbot gut vorbereiten. Denn schon im Juli 92 hatte der 'NF'-Flügel um Andreas POHL eine neue eigene Organisation gegründet, die 'Sozialrevolutionäre Arbeiterfront' ('SrA'). Die 'SrA' ist wie die 'NF' eine reine Kaderorganisation. Als Jugend- und Vorfeldorganisation fungiert(e) das 'Förderwerk Mitteldeutsche Jugend' ('FMJ'). Beide Organisationen waren vom Verbot der 'NF' nicht betroffen. Die 'SrA' trat nie öffentlich in Erscheinung, das wurde dem 'FMJ' überlassen. Hauptbetätigungsfeld war dabei das Land Brandenburg. Als erster Vorsitzender des 'FMJ' fungierte Enno GEHRMANN. Er war bereits zu 'NF'-Zeiten führender Kader und 'Gebietsbeauftragter' für den Raum Kremmen und er sollte vor Ort beim Aufbau sowie der Führung einer 'Kameradschaft' behilflich sein.

FÖRDERWERK MITTELDEUTSCHE JUGEND

Am 3. 1. 1993 fand in Berlin die *„Jahreshauptversammlung"* des 'FMJ' statt. Dabei wurde Enno GEHRMANN offiziell seines Amtes enthoben und aus dem 'FMJ' ausgeschlossen. Weil durch seine einschlägig bekannte 'NF'-Mitgliedschaft *„ein vereinsschädigendes Verhalten vorliegt"* und dies *„mit dem Ansehen des FMJ in der Öffentlichkeit nicht vereinbar"* wäre, ließ das 'FMJ' verlauten. GEHRMANN hat viel Dreck am Stecken: Im Herbst 1993 stand er z. B. in Zehdenick vor Gericht, angeklagt wegen schweren Raubes und Körperverletzung. Hintergrund war ein Angriff von 'NF'lern auf ein Ehepaar aus Berlin, welches gegen eine Verteilaktion der 'NF'ler auf dem Gelände der KZ-Gedenkstätte Ravensbrück protestiert hatte. Zeugen merkten sich die Fahrzeugnummer des Fluchtautos. Es gehörte GEHRMANN. Als sein Verteidiger trat der Anwalt Aribert STREUBEL aus Berlin (sein Büro hat er am Kurfürstendamm) auf. Dieser Rechtsanwalt ist in der rechten Szene kein Unbekannter. So fungierte er bereits als Rechtsbeistand für das 'FMJ'. Zuvor verteidigte er schon andere bekannte Nazis, z. B. Oliver SCHWEIGERT ('FAP' Berlin). Auch seine Kontakte zur 'Volkstreuen Außerparlamentarischen Opposition' ('VAPO') in Österreich sind vorzüglich. Viele Verbindungen zwischen Faschisten aus ganz Europa laufen über seine Kanzlei in der Westberliner Innenstadt. Hier liegt ein Knotenpunkt, der z. B. dem Aussteiger Ingo HASSELBACH vor drei Jahren den Ruf des Verräters im rechtsextremen Lager einbrachte - weil nämlich jener Anwalt die Vernehmungsprotokolle von HASSELBACH (angefertigt während der Untersuchungshaft nach dem Polizei - Sturm auf die Weitlingstraße in Berlin - Lichtenberg) an Gottfried KÜSSEL übergeben haben soll. Beim Prozeß von E. GEHRMANN machte dann A. STREUBEL keinen Hehl aus seiner Gesinnung. Er erklärte, daß die Infragestellung des Holocaust und die Vernichtung von Millionen Juden nichts mit Neofaschismus zu tun haben. Und daß die Anzeige des Berliner Ärzteehepaars nur als *„persönlicher Rachefeldzug"* zu sehen sei, bei dem die Zeugen bewußt die Unwahrheit sagen würden. Während Aribert STREUBEL bei der Verhandlung einen Korken nach dem anderen platzen ließ, räkelte sich Enno GEHRMANN genüßlich in seinem Stuhl und schaute nur gelangweilt zu. Er wurde vom Anklagepunkt der Körperverletzung freigesprochen, und für den gemeinschaftlich begangenen Raub bekam er ein Jahr und sieben Monate auf Bewährung. Warum GEHRMANN nicht wegen Volksverhetzung angeklagt wurde, bleibt mal wieder unergründlich. Angeblich dauerten die Ermittlungen zu lange, so daß nicht innerhalb der gesetzlichen Frist Anklage erhoben werden konnte.

ARIBERT STREUBEL
Rechtsanwalt

RA Aribert Streubel · Kurfürstendamm 54/55, 1000 Berlin 15

Kurfürstendamm 54/55, 1000 Berlin 15
Gothaer Haus, Nähe Olivaer Platz
Telefon: (030) 882 61 77/78
Telefax: (030) 883 90 75
Berliner Bank AG
Konto-Nr. 3 856 677 000 (BLZ 100 200 00)
Berliner Commerzbank AG
Konto-Nr. 654 778 000 (BLZ 100 400 00)
Postgiroamt Berlin West
Konto-Nr. 450 967-108 (BLZ 100 100 10)
Sprechstunden nach tel. Vereinbarung

Datum

'Rechts'-Anwalt im wahrsten Sinne des Wortes

PRESSEMITTEILUNG!

Am 03.01. 1993 fand die Jahreshauptversammlung des "Förderwerk Mitteldeutsche Jugend (FMJ)" in Berlin statt.

Nach zum Teil heftiger Debatte wurde der bisherige Vorsitzende Gehrmann seines Amtes enthoben und aus dem FMJ ausgeschlossen.

Die Mitglieder waren zu dem Entschluß gekommen, daß bedingt durch die Führungsposition die der Kamerad Gehrmann innerhalb der inzwischen verbotenen Nationalistischen Front (NF) ausübte, ein vereinsschädigendes Verhalten vorliegt, welches der Kamerad Gehrmann bewußt in Kauf nahm. Dies ist mit dem Ansehen des FMJ in der Öffentlichkeit und mit den Zielen des FMJ nicht vereinbar.
3 weitere Personen die Führungspositionen innerhalb der NF besetzten, wurden aus dem Förderwerk ausgeschlossen.

Gleichzeitig wurde festgestellt das das FMJ eine vollkommen selbständige und unabhängige Vereinigung darstellt und keiner jetzigen oder bisherigen Partei angeschlossen oder untergeordnet ist. Damit wurden Machenschaften sowie Unterwanderungsversuchen von ehmaligen Mitgliedern der Partei "Nationalistische Front (NF)" entgegengewirkt und unterbunden.

Das FMJ verstößt nicht gegen geltende Gesetze der BRD und erkennt diese als absolut verbindlich an.

Als neuer Bundesvorsitzender des FMJ wurde der Kamerad Degenhardt gewählt. Auf ihn entfielen 80% der abgegebenen Stimmen.



Degenhardt
FMJ-Vorsitzender

Pressemitteilung von der Jahreshauptversammlung des 'FMJ', auf der Enno GEHRMANN ausgeschlossen wurde.

Doch noch einmal zurück zur *„Jahreshauptversammlung"* des 'FMJ' in Berlin im Januar 1993: Nach dem angeblichen Rausschmiß von GEHRMANN wurde als neuer Vorsitzender ein gewisser DEGENHARDT gewählt. Es ist anzunehmen, daß es sich um den gleichen DEGENHARDT handelt, der schon in Kremmen aktiv war.

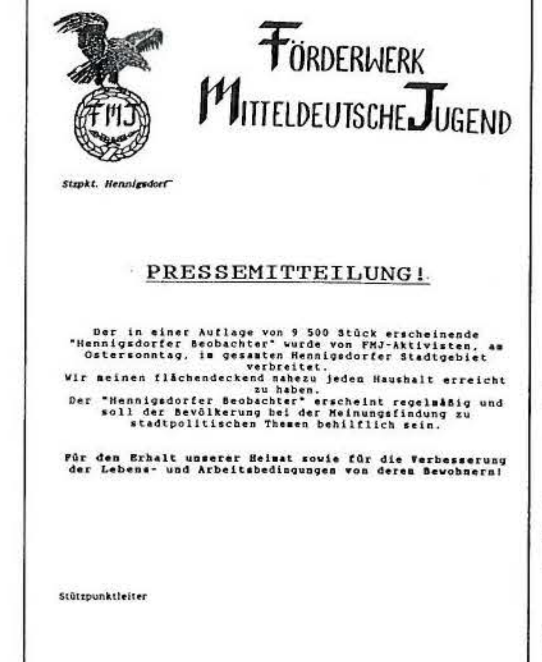


Hennigsdorfer Beobachter
Eine Zeitung für die Stadt Hennigsdorf
Ausgabe Nr. 2

Von Anfang an waren die aktivsten Gruppen des 'FMJ' in Velten, Kremmen und Henningsdorf. Sie wurden zusammengefaßt zum *„Stützpunkt Osthavel"*. Nach zwei Hausdurchsuchungen in Kremmen wurde es um die dortige Gruppe sehr ruhig. Um einen Zusammenhang mit der 'NF' zu vertuschen, wurde der Hauptschwerpunkt von Kremmen nach Henningsdorf verlegt.

Doch die Ruhe trügt. Die Nazis aus dem Raum Kremmen sind weiterhin aktiv. Z. B. Jens OHG aus Eichstädt, Kader der 'SrA' und dort Leiter des *„Referat Sicherheitsdienst - Innen"*, oder André LÄDER aus Kremmen, ebenfalls Kader in der 'SrA' und mit dem *„Referat Sicherheitsdienst - Außen"* betraut.

Zu Ostern 1993 verteilte der 'FMJ-Stützpunkt' Henningsdorf gar ein eigenes Blättchen in die *'stadteigenen'* Briefkästen, den *„Henningsdorfer Beobachter"*. Darin wurde das Postfach 67 in Velten verwendet, welches bereits von der 'NF' für deren Zeitschrift *„Kremmener Beobachter"* benutzt wurde. Diese beiden *„Beobachter"* sind von ihrer Machart fast identisch. Die Weiterverwendung des Postfachs versuchte der 'Stützpunktleiter' von Hennigsdorf, Mirko PFANNSCHMIDT dümmlich abzuwiegeln. Das Postfach sei von ihnen weiterverwendet worden, nicht weil etwa das 'FMJ' was mit einer 'NF'-Nachfolge zu tun habe, sondern weil der Besitzer nun in ihren Reihen kämpfe. Darüber hinaus sei es bei der Post nicht möglich, ein neues Postfach zu bekommen. Das 'FMJ' sei keine rechte oder gar faschistische Organisation, man fühle sich eher dem linken als dem rechten Spektrum zugehörig. Weiter versucht man eilfertig, eine Verbindung zur 'SrA' oder zur ehemaligen 'NF' zu leugnen. Man habe sich von alten 'NF'-Kadern getrennt, die nicht umdenken woll-



FÖRDERWERK MITTELDEUTSCHE JUGEND

Stzpkt. Hennigsdorf

PRESSEMITTEILUNG!

Der in einer Auflage von 9 500 Stück erscheinende "Hennigsdorfer Beobachter" wurde von FMJ-Aktivisten, am Ostersonntag, im gesamten Hennigsdorfer Stadtgebiet verbreitet.
Wir meinen flächendeckend nahezu jeden Haushalt erreicht zu haben.
Der "Hennigsdorfer Beobachter" erscheint regelmäßig und soll der Bevölkerung bei der Meinungsfindung zu stadtpolitischen Themen behilflich sein.

Für den Erhalt unserer Heimat sowie für die Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen von deren Bewohnern!

Stützpunktleiter

N.S. Viele liebe Ostergrüße an Herrn Martin Krüger, wir wünschen ihm ein langes Leben und ein gesundes Jahr 1993!

Kreis Oranienburg

ten. Diese hätten sich unabhängig von ihnen unter dem Namen 'SrA' und 'Neue Front' organisiert. Aber man wolle doch nicht soviel mit den Linken zu tun haben, denn Antifaschisten wären sie nicht. (Jungs, wirklich lustig) Am 15. 8. 93 landete dann die zweite Ausgabe des *„Henningsdorfer Beobachter"* in den Henningsdorfer Briefkästen. Da das 'FMJ' sich im Juni 1993 schon wieder aufgelöst hatte, (um einem Verbot des Bundesinnenministeriums zuvorzukommen) wurde schnell ein neuer Name erfunden. Als Absender galt diesmal eine *„Direkte Aktion"*. Laut einer Mitteilung der *„Direkten Aktion"* zum Erscheinen des zweiten *„Henningsdorfer Beobachters"* verstehen sie sich nun gar als *„Sprachrohr der revolutionären Henningsdorfer Jugend"* und wollen *„nicht zur Diskussion anregen, sondern Tatsachen darstellen, sowie zum revolutionären Widerstand gegen militanten Staatsterrorismus aufrufen."* Auch in der zweiten Ausgabe des *„Henningsdorfer Beobachters"* ist auffallend, wie gut die Macher über Lokalgeschehen Bescheid wissen, und wie sie mit internen Zahlen und Fakten arbeiten. Ein Teil der Informationen könnten aus dem Kreis der Stadtabgeordneten kommen. Gerüchte besagen, daß der CDU-Abgeordnete G. GÖLDNER mit den Kameraden aus Henningsdorf sehr gut zurechtkommt. Im ersten *„Henningsdorfer Beobachter"* wurde dieser auch als einziger Abgeordneter sehr positiv erwähnt. Jedoch wird nicht nur mit Fakten rumjongliert. Auch über das Ausländerwohnheim, werden z. B. dreckige Lügen verbreitet. So heißt es *„...treibt es manche zur Prostitution. Natürlich dort wo Unmoral kein Fremdwort ist. Im Ausländerwohnheim"*. Prompt versammelten sich Nazis davor und zwei *„Bürger"* gingen hinein, um *„ficken"* zu wollen. Gleichzeitig wurde wieder versucht, diese rechte Hetze so breit wie möglich in Henningsdorf zu verteilen. Sogar aus dem Lohnbüro des Stahlwerkes heraus wurde der *„Henningsdorfer Beobachter"* weitergegeben.

Stützpunkt Hennigsdorf

Lieber Kamerad,

beim Lesen des "Hennigsdorfer Beobachters" bitten wir zu beachten, daß dieser eine Lokalzeitung ist welche ausschließlich für den Hennigsdorfer-Normalbürger hergestellt wurde. Es werden ausschließlich nur lokale Themen angesprochen und behandelt.
Politische Aussagen sind nur unterschwellig eingebracht, da der Bürger nicht offensichtlich in eine bestimmte politische Richtung gedrängt werden soll.

Der "HB" sollte Dir jedoch als Anleitung dienen, in Deiner Heimatstadt/dorf etwas ähnliches auf die Beine zu stellen. Wir haben jedenfalls die Erfahrung gemacht, daß die Bürger lokalen Sachen sehr aufgeschlossen gegenüberstehen.

Front Heil!

gez.
Pfannschmidt
Stützpunktleiter

Der "Kremmener Beobachter" ist vollkommen vergriffen, daher können wir Dir keine Ausgabe zusenden, aber er ist im Wesen artgleich mit dem "Hennigsdorfer Beobachter".

'FMJ'-Begleitbrief zum „Henningsdorfer Beobachter"

Zwei 'NF'-Kader in Aktion

Seit Herbst 1991 wurde in Velten ein Jugendprojekt im Rahmen es *„Aktionsprogramm gegen Aggression und Gewalt"* (AGAG) aufgebaut. Mit dieser *„Jugendwohn- und Begegnungsstätte"* versucht der leitende Sozialarbeiter rechte Jugendliche aus dem Sumpf der Naziszene herauszuholen und will ihnen helfen *„sich in der neuen sozialen Wirklichkeit zurechtzufinden"*. Dieser Anspruch ist natürlich immer eine Gratwanderung zwischen Unterstützung der Nazis und deren Bekämpfung. Jedenfalls paßte diese Arbeit einigen Leuten überhaupt nicht. Ein STUMPF aus Staffelde bei Kremmen, seines Zeichen 'NF'ler, bewarb sich als Mitarbeiter im Projekt und wurde auch eingestellt. Dummerweise geschah STUMPF (ein Name ist Programm) ein übles Mißgeschick: Während eines gemeinsamen Wochenendes der Veltener mit anderen Jugendlichen in der Nähe von Cottbus, wurde STUMPF beim Verteilen von 'NF'-Propagandamaterial unter den Jugendlichen erwischt. Selbst das Innenministerium in Potsdam

PRESSEMITTEILUNG

Außerordentliche Jahreshauptversammlung (JHV) des Förderwerk Mitteldeutsche Jugend (FMJ) durchgeführt.

F M J A U F G E L Ö S T

Der am 20.6.1993 zusammengetretene Vorstand des Verein "Förderwerk Mitteldeutsche Jugend (FMJ)" schlug der JHV am 22.6.1993 die Auflösung des FMJ mit sofortiger Wirkung vor.
Der Vorschlag wurde laut § 10 Statut des FMJ mit einfacher Stimmehrheit der Mitglieder angenommen.

Wie der Vorstand in seiner Begründung ausführte war es dem FMJ nicht möglich die faschistischen Tendenzen bei dem Großteil seiner Mitglieder zu stoppen bzw. erzieherisch auf diese einzuwirken.

Rechtsnachfolger und Liquidator im Sinne des Vereinsgesetzes sind der Vorsitzende, der Schatzmeister und der Stellvertreter des aufgelösten Vereins.

gez. Doberschütz – Vorsitzender
Lück – Stellvertreter
Schwarz – Schatzmeister

Berlin den, 22.06.1993





Die „Kamerdschaft Kremmen" im Gespräch mit dem Bürgermeister: Wilko Kubiak (2. v. r.), Nicola Mierke (3. v. r.)

bekam davon Wind, und der leitende Sozialarbeiter schmiß ihn kurzer Hand heraus. Kurz danach verließ auch STUMPF's Freundin Nicola MIERKE völlig beleidigt das Projekt. Am 21. 4. 93 ereignete sich dann in Velten etwas fast Unglaubliches. Auf das Auto des erwähnten Sozialarbeiters wurde ein Sprengstoffanschlag verübt. Kurz nachdem er an diesem Abend nach Hause gekommen war, hörte er auf der Straße zwei Explosionen. Sein Auto stand in Flammen und zwei weitere Fahrzeuge wurden schwer beschädigt. Die Polizei ermittelt immer noch, und wahrscheinlich wird die ganze Sache mal wieder im Sande verlaufen. Ganz Velten hüllte sich nach diesem Anschlag in Schweigen. Die Nachbarn meinten nur, sie würden erwarten, daß der Geschädigte sein Auto künftig doch in sicherer Entfernung abstellen möge. Mit dem Sprengstoffanschlag wird der 'NF'ler STUMPF aus Staffelde bei Kremmen in Verbindung gebracht. Doch die Polizei führte bei ihm erst Anfang Mai 93 eine Hausdurchsuchung durch. Sie fanden dort lediglich die Einladung nach Altfriesack zur Sonnenwendfeier.

Die Freundin von STUMPF ist die bereits erwähnte Nicola MIERKE. Sie war kurzzeitig beim Projekt des Sozialarbeiters in Velten dabei. Zuvor tauchte sie 1991 als 'NF'-Vertreterin bei den Verhandlungen mit Kremmener Stadtvertretern auf. Nicola MIERKE ist Mitglied der 'Direkten Aktion Mitteldeutschland/JF', Stützpunkt Hennings-dorf. Am 28. 8. 1993 fand auf dem Hof ihres Wohnhauses in Henningsdorf eine gemeinsame Party der Heavy Metal und der



Kameradschaft Kremmen

betrifft die Durchführung eines " Gespräches " 23. 04. 1992 19.30 Uhr Rathaus Kremmen

Damen und Herren der Stadtverordnetenversammlung !

Ihre Absicht sich mit uns zu einem "Gespräch" zu treffen, wurde uns zur Kenntnis gebracht. Was wir hiermit bestätigen.
Wir teilen Ihnen dazu mit, daß wir grundsätzlich zu solchen "Gesprächen" bereit sind. Wir lehnen jedoch Gespräche die unter Ausschluß der Öffentlichkeit stattfinden ebenso grundsätzlich ab.
Wir haben nichts zu bereden mit den Vertretern:

- der Partei des Monopolkapitals
- mit denen der sozialdemokratischen Versagerpartei
- mit grün angemalten Bolschewiken
- und/oder mit Liberalisten und sonstigen Volksverrätern aller Schattierungen

Wir reden mit der Bevölkerung !

Auch endscheiden nicht Sie welche unserer Kameraden so ein "Gespräch" aufsuchen, sondern wir.

Für die Sache des Volkes !

- Ortsgruppenführung Kremmen -

Front Heil !

Aufbruch 21/1992

Berichte aus der Parteiarbeit

Bereich MITTE

Ortsgruppe Kremmen

Nachdem wir also im Bisherigen fleißig verteilt, geklebt und auch sonst von uns Reden gemacht haben, wurde unser Kremmer Bürgermeister (Kinne - SPD) vom Landrat Dr. Karl Heinz Schröder (MdB SPD) beauftragt, das Gespräch mit uns zu suchen.

Wir entschlossen uns zu einem kurzen Kennenlernen der Gegenseite da es uns günstig erschien, alle die, die in Kremmen und Umland gegen uns arbeiten mal per Videokamera festzuhalten. Was dann auch geschah.

Während der Zusammenkunft im Kremmener Rathaus [illegible] die Vertreter der "Nationalistischen Front" [illegible] Christoph [illegible] (ganz rechts) vom Neuen Forum, Bürgermeister Michael Kinne, [illegible] Harald [illegible]

In weiteren Gesprächen oder "Dialog" wie der Kinne sich ausdrückte sahen wir natürlich keinen Sinn. Deshalb wurden diese auch von uns abgesagt.

ufbruch
August 1992
Nr.
"COME TOGETHER"
in Rostock

Skinheadszene statt. Eingeladen hatte dazu die *'Direkte Aktion Mitteldeutschland/JF - Stützpunkt Henningsdorf zwei'*. Nachdem den ganzen Abend faschistische Lieder abgesungen und *„Heil Hitler"*-Grüße gegrölt wurden, hielt die Polizei es erst am frühen Morgen für nötig, einzugreifen. Eine Woche später fand wieder eine Party statt, diesmal in Nicola MIERKE's Wohnung. Trotz vehementer Proteste von AnwohnerInnen schritt die Polizei wieder erst am Ende der Party ein. Sie fand nur noch einige besoffene Nazis vor. Bei einer Durchsuchung kam umfangreiches Propagandamaterial des 'FMJ' zum Vorschein. Die Polizei erstattete Anzeige wegen *„Verwendens von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen"*. Entweder ist das immer wiederkehrende Auftauchen von Nicola MIERKE eher zufällig, oder aber, und das ist wahrscheinlicher, Nicola MIERKE ist ein wichtiger Kader und ihre Wohnung eine Anlaufstelle der Naziszene für Henningsdorf und Umgebung.

Vom 'FMJ' zum 'UJV' zur 'Direkten Aktion Mitteldeutschland/JF' - alter Wein in neuen Schläuchen

Die spektakulärste Aktion des 'FMJ' fand im Sommer 1993 in der Nähe von Kremmen statt. Sie wurde vom *„Stützpunkt Osthavel"*



maßgeblich organisiert. Am 19.6.1993 wurde zu einer *„Sonnenwendfeier"* in Wustrau-Altfriesack (Kreis Neuruppin) eingeladen. Ca. 200 Nazis aus der ganzen BRD reisten zum Teil in Uniform, mit Naziemblemen, Flaggen und Waffen an. Enno GEHRMANN, der doch angeblich aus dem 'FMJ' ausgeschlossen ist, war wieder mit von der Partie. Auch Mirko BRODZ, Schüler des Oranienburger Runge-Gymnasium, war bei der Feier. Die Örtlichkeit in Altfriesack, eine Halbinsel, war generalstabsmäßig abgesichert. Quergestellte Autos versperrten die Zufahrtswege, Wachposten auf dem Festland sowie Wachboote auf dem See. Obwohl die Feier spätestens seit der Hausdurchsuchung bei STUMPF bekannt, war fühlte sich die Polizei erst im Morgengrauen bemüßigt, einzuschreiten. Natürlich war zu dieser frühen Stunde ein Teil der Faschisten nicht mehr da oder schon viel zu besoffen, um noch etwas mitzubekommen. So wurden lediglich von neunzig Nazis die Personalien aufgenommen, dreißig des Platzes verwiesen und sage und schreibe achtzehn festgenommen. Als Ergebnis dieser grandiosen Heldentat der Polizei, im Namen der Demokratie, und nach intensivsten ganznächtlichen Ermittlungen, wurden anschließend ganze zehn Ermittlungsverfahren eingeleitet, wegen Verstoß gegen das Waffen-, das Versammlungsgesetz, das Uniformverbot und wegen Verwendens von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen. Gefunden wurde unter anderem jede Menge Propagandamaterial, Waffen und Kassetten mit 'SA'-Musik.

PRESSEMITTEILUNG

BETRIFFT: WINTERSONNENWENDFEIER DER »DIREKTEN AKTION MITTELDEUTSCHLAND«

DIE JUGENDBEWEGUNG »DIREKTE AKTION MITTELDEUTSCHLAND« FÜHRTE VOM 18.-19. DEZEMBER (JULMOND) 1993 IM NORDEN MITTELDEUTSCHLANDS EINE WINTERSONNENWENDFEIER DURCH.
DIE JAHRTAUSENDE IN GRAUE VORZEIT ZURÜCKREICHENDE FEIER DER WINTERLICHEN SONNENWENDE WAR UNSEREM VOLK STETS HOHER FESTTAG.
IM BEWUSSTSEIN DESSEN UND ALS ZEICHEN DES PROTESTES GEGEN DEN SEIT 1945 BIS HEUTE ANDAUERNDEN KULTURZERFALL NAHMEN INSGESAMT 172 MITGLIEDER UND GÄSTE DER DIREKTEN AKTION AN DER VERANSTALTUNG TEIL.
ALS UNTERBRINGUNG UND NACHTLAGER DIENTE EINE VON DEN ELTERN EINES KAMERADEN VERWALTETE JUGENDHERBERGE.
DIE VERANSTALTUNG BEINHALTETE VERSCHIEDENE VORTRÄGE ÜBER SINN UND BRAUCH DER WINTERSONNENWENDFEIER SOWIE DES JUL-/WEIHNACHTSFESTES, AUSSERDEM DIE DURCHFÜHRUNG DES WINTERSONNENWENDRITUALS MIT EINEM MÄCHTIGEN SONNENWENDFEUER UND EINER SYMBOLISCHEN BÜCHERVERBRENNUNG, ALS AUCH EINEN GEMEINSAMEN LIEDERABEND.
DIE VERANSTALTUNG VERLIEF AUFGRUND DER VORBILDLICHEN ORGANISATION BIS ZU DEREN ENDE AM VORMITTAG DES 19.12. OHNE JEGLICHE ZWISCHENFÄLLE ODER STÖRUNGEN DURCH brd-GESETZESHÜTER ODER ANTIFA-FASCHISTEN.
FÜR UNS EIN VOLLER ERFOLG!
LICHT WIRD WIEDER WERDEN!

DIREKTE AKTION MITTELDEUTSCHLAND

KLAUS-DIETER LÜCK (VORSITZENDER)

Pressemitteilung für die „Wintersonnenwendfeier" vom 18.-19. Dezember 93 in Güstrow (Mecklenburg-Vorpommern)

Nach diesem erst nach Stunden beendeten Spektakel und dem skandalösen Nichteingreifen der Polizei bei einer *„Privatparty"* von ca. 900 Faschisten in Prieros (nahe Königs Wusterhausen), geriet der Brandenburger Verfassungsschutz und die Landesregierung unter Handlungsdruck. Die Verbotsverfügung gegen das 'FMJ' war schon ausgearbeitet, und das Verbot sollte in wenigen Tagen erfolgen. Um diesem Verbot zu entgehen, löste sich das 'FMJ' kurzerhand selbst am 22.6.93 auf. Dafür zeichnete nun als Vorsitzender ein gänzlich *„Unbekannter"*, ein gewisser DOBERSCHÜTZ. Als Auflösungsgrund wurde angeführt, daß es dem 'FMJ' nicht möglich gewesen sei *„die faschistischen Tendenzen bei dem Großteil seiner Mitglieder zu stoppen bzw. erzieherisch auf diese einzuwirken"*. Dabei hatten sie es ja so versucht, wie erst wenige Tage vorher mit der vom 'FMJ' organisierten Sonnenwendfeier. Doch das war für alle Mitglieder

des 'FMJ' nicht so tragisch, denn mit der Mitteilung über die Auflösung wurde gleich eine erste Verlautbarung eines 'Unabhängiger Jugendverband' ('UJV') mitgeschickt. Sie war genauso aufgemacht wie die Auflösungserklärung und wahrscheinlich auf dem selben Computer geschrieben wie die letzten 'FMJ'-Papiere. Unterzeichnet hat ein gewisser CHRISTOPEIT als Sprecher des 'UJV's. In diesem Papier wird auch mitgeteilt, daß der 'UJV' ein am 25.6. vom Bezirksgericht Frankfurt/Oder verbotenes Konzert jetzt in der Berliner Wuhlheide (ausgerechnet am Christopher Street Day) durchführen werde. Anmelder für das Konzert, bei dem der faschistische *„Barde"* Frank RENNICKE auftrat, war das 'FMJ'. Jedoch muß man sich dann anders besonnen haben, denn anstelle weiterer Verlautbarungen jenes ominösen 'UJV', nannte man sich wenig später 'Direkte Aktion Mitteldeutschland/JF'.

Natürlich sind die Kameraden und Kameradinnen vom Stützpunkt Osthavel auch in der 'Direkten Aktion Mitteldeutschland/JF' organisiert. Und weil es so simpel ist, wird auch gleich das altbewährte Postfach 67 in Velten weiterbenutzt. Selbst die Herausgeber des *„Angriff"* (Zeitung des 'FMJ') hatten mit der Umstellung keinerlei Schwierigkeiten. Wenn er vorher noch vom Vorstand des 'FMJ' herausgegeben wurde, geschah dies danach vom 'Kameradschaftsbund Mitteldeutschland' und nun von der 'Direkten Aktion Mitteldeutschland/JF'. In einem Schreiben des ehemaligen Vorstandes an alle Mitglieder und Freunde schrieben sie: *„Die politische Arbeit geht selbstverständlich weiter, wir machen uns dabei von keinem Namen abhängig."* Es ist nur erstaunlich daß die Polizei von alledem angeblich nichts ahnt.



Von der Spree bis an die Memel - Kontakte ins Ausland

Seit längerem hält und pflegt die 'JF' und vorher das 'FMJ' Kontakt zu Deutschstämmigen in Polen. Im Juli 1993 fuhr eine Gruppe der *„Ortsgruppe Osthavel"* zum dritten Mal, diesmal mit Kamerad Michael BARTH aus Luckenwalde, nach Oberschlesien um die ach so armen vom „polnischen Joch" geknechteten deutschen Blutsbrüder und -schwestern mit einem Besuch zu beglücken. Ihr Ziel war der Ort Glogowcc: *„...Entlang der alten Autobahnlinie Cottbus, Liegnitz, Breslau und Oppeln noch Oberglogau, ein kleines Städtchen, das die Polonisierung bis auf das seltsame Ortsschild „Glogowcc" weitgehend überstand.."* Was sie auch immer mit dem Begriff *„Polonisierung"* verbinden, es wird voll Verzückung weiter geschildert: *„... Oberglogau ist eine deutsche Ortschaft geblieben..."* und man schwärmt über die typisch deutschen Äcker, Häuser und Vorgärten. So richtig in Fahrt kommt man dann bei der Schilderung der vielen schönen Kriegerdenkmale, *„...mit so herrlichen Motiven wie Reichsadler, Stahlhelm und Eisernem Kreuz..."*, die ihre Herzen höher schlagen ließen.

Doch mußten die 'JF'-Reisekader feststellen (und beklagen), daß viele der von ihnen so verehrten deutschstämmigen BürgerInnen in Polen, keine Lust auf die Rolle, mit der die Faschisten sie bedacht haben; nämlich in Polen zu bleiben und dort eine Bastion des *„Deutschtums"* abzugeben.

So wurde mit den 'JF'lern und wohlgesonnenen Schlesiern (einer von ihnen wird wohl ihr Gastgeber Gerhard, Jahrgang 28, sein) *„...eine Zeitungsbrücke mit prodeutschen Zeitungen (...) organisiert, um wenigstens ein kleines Gegengewicht zur Systempresse zu schaffen..."* (mit Systempresse sind die Erzeugnisse der BRD-Presse gemeint; Anm. d. Aut.)

Wehrsportübungen

Im Sommer 1993 machten die 'JF-Stützpunkte Oranienburg und Kremmen' eine gemeinsame zweitägige Wehrsportübung. Man kann sich die Möchtegern-Landser so richtig vorstellen *„...Gegen Abend schlugen wir das Lager auf, welches natürlich nach allen Regeln der Militärkunst gegen Feindentdeckung abgetarnt wurde..."*, Und wie sie als Rambo-Verschnitt stundenlang durch den Dreck der Oranienburger Wälder krabbeln: *„...Am nächsten Tag unterquerten wir die Autobahn, in dem wir einen Abwasserkanal nutzten..."*. Jedoch wurde der *„...4tägige Wehrmarsch..."* schon nach zwei Tagen beendet, *„...da durch den anhaltenden strömenden Regen die Erfüllung der Ausbildungsziele ... nicht mehr weiter garantiert wer-*

den konnte". Offensichtlich stand die zarte Gesundheit der Kruppstahlähnlichen Germanen auf dem Spiel. Weitere Wehrsportübungen werden im Briesetal bei Birkenwerder und auf ehemaligen Geländen der GUS und der NVA durchgeführt. Im Krämerwald bei Kremmen werden von der 'Direkten Aktion' regelmäßig Überlebenstrainings über mehrere Tage abgehalten. Eine der Kameradschaften des Stützpunktes Osthavel traf sich im Sommer 1993 zu einem zweitägigen Geländemarsch durch die deutsche Heide. Dabei entblöden sie sich nicht, durch den menschenleeren Wald zu robben und sich in Armeegehabe vor Spaziergängern zu verstekken.

Rekrutierung von Jugendlichen

Verstärktes Rekrutierungs- und Propagandafeld sind nach wie vor Schulen. Schon 1991 wurde an einer Henningsdorfer Schule und 1993 am Kremmener Gymnasium faschistisches Propagandamaterial verteilt. Am Oranienburger Runge-Gymnasium fanden SchülerInnen am 22.9.1993 im Eingangsbereich ihrer Schule vierundzwanzig Exemplare des *„Angriff"* und Flugblätter mit faschistischem und geschichtsrevisionistischem Inhalt: *„Auschwitz hat es niemals gegeben und andere Vernichtungslager auch nicht."* An dem selben Gymnasium tauchte Anfang Dezember 1993 eine *„Nationalistische Schülerzeitung für das Gymnasium Oranienburg"* mit dem pathetischen Namen *„Schüler REVOLTE"* auf. Herausgeber ist die *„Direkte Aktion Oranienburg"*. Als Postfach wird, und wen soll dies noch weiter verwundern, jenes nun schon fast legendäre 'NF'-Postfach 67 in Velten verwendet.



Nationalistische Schülerzeitung, die am Oranienburger Runge-Gymnasium verteilt wurde

Weitere Aktionen

Angehörige der 'Direkten Aktion Henningsdorf' brachten am 5.10.1993 an der Autobahnbrücke zwischen Flatow und Tietzow (Kreis Oranienburg), Transparente mit den Aufschriften: *„Ausländer raus"*, *„Multikultur ist Antikultur"* an.

Auch die Wintersonnenwende wurde am 18./19. Dezember 1993 gebührlich begangen: Diesmal lud man in den Norden von *„Mitteldeutschland"*. In eine Jugendherberge bei Güstrow in Mecklenburg-Vorpommern, die von Eltern eines Kameraden geleitet wird. Genau wie im Sommer gab es ein Lagerfeuer und es konnten, diesmal unbehelligt, Naziliedder in die Nacht gebrüllt werden. Außer einer Polizeistreife, die sich anscheinend schnell aus dem Staub machte, bemerkten die staatlichen *„Ordnungshüter"* von diesem Spektakel nichts.



Aktivitäten anderer faschistischer Organisationen

Im November 1992 wurde an einer Schule in Königs Wusterhausen die Jugendzeitung *„Denkzettel"* verteilt. Herausgeber sind die 'Jungen Nationaldemokraten' (Jugendorganisation der 'NPD'). Interessant dabei ist, daß dort auch ein Andreas STRICKER für seinen Friseurladen in Velten Werbung macht. Des öfteren tauchten im Kreis Oranienburg Plakate und Aufkleber diverser faschistischer Gruppierungen wie zum Beispiel 'FAP', 'NPD', 'FMJ', 'JN' und die 'NSDAP/AO' auf, die glücklicherweise nie lange hängen. Der Beauftragte der *'Hilfsgemeinschaft für nationale politische Gefangene' ('HNG')* für Mitteldeutschland Mike HAMPEL, lebt in Oranienburg. Der ehemalige 'Republikaner' hat gute persönliche Kontakte zu Faschisten in Wittstock. Dort stürmten Oranienburger Nazis, sicherlich unter Beteiligung der einheimischen *„Kameraden"* des öfteren Wohnungen von vermeintlichen Antifas. Eine weitere Organisation die in Brandenburg aktiv ist, ist die 'DVU'. Am 28.8.1993, dem Gründungstag der Brandenburger 'DVU' (aufgrund von massiven Protesten mußte dieser

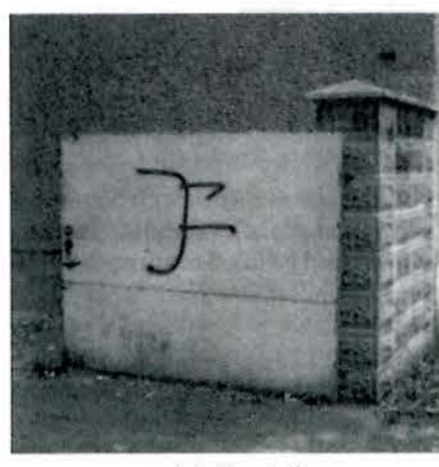


Anzeige aus der faschistischen Jugendzeitschrift „Denkzettel" der 'JN'

ins mecklenburgische Röbel verlegt werden) schändeten 'DVU'ler aus Cottbus die Gedenkstätte Sachsenhausen, indem sie drei Hakenkreuze in die Skulptur vor dem Mahnmal ritzten. Eine von unzähligen, von staatlicher Seite nicht oder nur geringfügig bestraften, Schändungen dieser Gedenkstätte.



'JF'-Schmierereien in Oranienburg...



...auch in Oranienburg

Verbote der 'NF'-Nachfolgeorganisationen?!

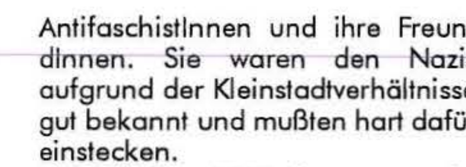
Am 20.1.1994 fanden im Land Brandenburg, in Berlin und in drei anderen Bundesländern Hausdurchsuchungen bei Mitgliedern der 'Direkten Aktion Mitteldeutschland/JF' statt. Der Hauptschwerpunkt war dabei der Kreis Oranienburg. Durchsuchungen gab es in Oranienburg, Velten, Kremmen, Eichstädt und Henningsdorf. Dabei wurde umfangreiches Propagandamaterial der bereits verbotenen 'Deutsche Alternative' ('DA'), der 'FAP' und der 'Direkten Aktion', Mitgliederlisten und Waffen sichergestellt. Mit dieser groß angelegten Polizeiaktion wollte das Bundesinnenministerium Beweismaterial für ein Verbot der 'Direkten Aktion' sammeln. Tatsächlich wurde auch ein Verbotsverfahren eingeleitet.

Nun wird also wieder laut über das Verbot einer Nachfolgeorganisation der 'NF' nachgedacht. Schon Monate vor dem Verbot der 'NF' hatte sich das 'FMJ' und die 'SrA' gegründet. Das 'FMJ' löste sich vor dem bevorstehenden Verbot kurzer Hand selbst auf und scheinbar aus dem Nichts tauchte die 'Direkte Aktion Mitteldeutschland/JF' auf. Alle diese Gruppen haben die Logistik, die Kader und Mitglieder der vorherigen Organisation übernommen. Damit sind sie Nachfolgeorganisationen der bereits im Herbst 92 verbotenen 'NF'. Die Region Oranienburg mit den Städten Velten, Kremmen, Oranienburg und Henningsdorf hat sich eindeutig zum Zentrum der rechtsextremistischen 'Direkten Aktion Mitteldeutschland/JF' entwickelt. Die einzelnen Kameradschaften sind alle im Stützpunkt Osthavel organisiert, aber der Einzugsbereich reicht weit darüber hinaus. Es gehören noch die Kameradschaften Nauen, Premnitz, Niederschönhausen, Potsdam, Beelitz, Werder und Brandenburg dazu.

Nach dem Verbot der 'Deutschen Alternative', ist die 'Direkte Aktion Mitteldeutschland/JF' im Land Brandenburg die zahlenmäßig größte faschistische Organisation. Sie, ist nach ihren Aktionen zu urteilen, am aktivsten und vor



allem die gefährlichste Organisation. Ausgehend von ihrem Zentrum Osthavel strecken sie ihre Fühler in alle Richtungen aus. Ihr Aktions- und Organisationsradius hat längst die Grenzen Brandenburgs überschritten. Andere Organisationen wie 'WJ', 'FAP' oder 'REPs' verstärken ihre Aktivitäten im Land und in der Region. Jedoch sind sie bisher nicht so massiv öffentlich in Erscheinung getreten wie die 'NF' mitsamt ihren Nachfolgeorganisationen.



Die „Grenze des Erträglichen" ist überschritten

Wittstock, eine Kleinstadt, liegt etwa 100 Kilometer nördlich von Berlin an der Autobahngabelung Berlin - Hamburg/ Rostock. Dort leben rund 14000 Menschen, davon sind etwa 3000 Jugendliche.

Vor 1989 bestimmten das Obertrikotagenwerk (ca. 3000 Beschäftigte), das MAW (Roboterherstellung), etliche Forst- und Landwirtschaftsbetriebe sowie das Krankenpflegeheim die Arbeitsstruktur der Stadt. Nach 1990 ebnete die Politik der Treuhand hier der Massenerwerbslosigkeit den Weg.

Die Aggressivität unter den Jugendlichen Wittstocks und der Umgebung ist enorm angestiegen. Früher hat man zusammen gefetet, heute schlägt man sich. Frei nach dem Motto: „Damals Freund - jetzt Feind".

Sieht man genauer hin, ist das zwar fast überall zur Normalität geworden - in Wittstock jedoch wurde die „Grenze des Erträglichen" schon lange weit überschritten. Bereits 1991 kristallisierte sich deutlich eine links/rechts Polarisierung heraus. 1993 erwuchs daraus ein regelrechter Terror. Terror gegen Leute, die nicht rechts oder neutral denken bzw. leben und deshalb als „Linke Schweine" bekämpft werden. Der „Startschuß" für eine ganze Reihe von Angriffen auf diese Menschen und ihre Wohnungen war der 28.12.1991. An diesem Tag feierte Stefan ZIEBOL, ein Sympathisant der rechten Szene, seinen Geburtstag. Zu Gast waren ca. 30 Rechtsradikale aus Wittstock, Neuruppin und Oranienburg. Spät abends zog diese Saufgemeinschaft durch die Stadt. Sie schmissen einige Schaufensterscheiben ein und randalierten im „Jugendclub 60". Zuletzt überfielen sie zwei Wohnungen. In einer trafen sie einen Antifa an und schlugen ihn zusammen. Etwa ein Jahr später, am 7.11.1992, sollte sich eine ähnliche Aktion wiederholen. Am Abend feierten Leute aus der Antifa-Szene Geburtstag, als Wittstocker Rechte in deren Wohnung auftauchten und zwei Personen so zusammenschlugen, daß sie vier Tage im Krankenhaus liegen mußten. Abgesehen von kleineren Pöbeleien sollten das die einzigen größeren Angriffe in den Jahren 1991/1992 bleiben.



Marco BENACK (l.) und Kumpels an der Spielhölle im Sommer 1992

Die treibende Kraft der Rechtsradikalen Wittstocks bestand 1991-1993 aus drei Personen: Marco BENACK, René BLOCKSDORF und Jörg SCHULZ. SCHULZ, genannt „Terror SCHULZE" war entgegen seinem Spitznamen der denkende Kopf. Er wollte 1991 eine 'REP'-Ortsgruppe aufbauen, was aber an internen Streitigkeiten scheiterte. Er hat sich anscheinend seit einiger Zeit aus der aktiven rechten Szene zurückgezogen. BLOCKSDORF und BENACK fielen als extrem brutale „Stiefelfaschisten" auf, die bei fast allen Aktionen gegen Andersdenkende, so z. B. am 28.12.1991 und am 17.11.1992, beteiligt waren und die Anleitungen dazu gaben. Sie sind wohl auch für die Mobilisierung der *„Kameraden"* aus der Umgebung verantwortlich. Bei größeren Überfällen standen diese mit Rat und hauptsächlich Tat zur Seite. BLOCKSDORF brüstete sich ab und zu in der Öffentlichkeit damit, daß er ja voll auf die 'FAP' abfährt und auch gerne ihre Politik betreiben würde. Über eine Mitgliedschaft von ihm oder anderen in einer neonazistischen Organisation gibt es aber nichts Beweisbares. Als Fakt erwies sich jedoch, daß die Wittstocker Nazis Parteimaterialien der 'FAP', 'NSDAP/AO' und 'DVU' beziehen.

BENACK wurde am 13. Februar 1993 beobachtet, wie er 'DVU'-Pamphlete in Briefkästen verteilte. Sofort starteten Antifas eine Gegenaktion, indem sie Flugblätter in die selben Briefkästen warf und somit versuchten, die Bevölkerung über die Partei aufzuklären. Logischerweise verlagerte sich daraufhin die Stoßrichtung der Rechten auf die AntifaschistInnen und ihre FreundInnen. Sie waren den Nazis aufgrund der Kleinstadtverhältnisse gut bekannt und mußten hart dafür einstecken.

Ab Februar 1993 begannen die Gewalttaten der Wittstocker Nazis zu eskalieren. Es gab nur wenige Wochen, in denen AntifaschistInnen nicht verprügelt oder deren Eigentum nicht beschädigt wurde.

Auffallend ist die neue Ebene, die dieser Terror 1993 erreichte. Bekannt sind bisher zwei lebensbedrohliche Angriffe: Kay WITTMANN, zu den Wittstocker *„Nachwuchs-Rechten"* zugehörig, hielt eine Diabolowaffe an den Kopf eines minderjährigen Antifa. Zum Glück konnte dessen Freund flüchten und die Polizei informieren, die dann das Schlimmste verhinderte. Bei der zweiten Attacke hielt ein Walkman Messerstiche ab. Es kam sogar vor, daß zwei minderjährige Antifas durch das Sozialamt gejagt wurden. Sie konnten sich aber noch rechtzeitig im Büro des Bürgermeisters verstecken.

Als im Jugendclub „Havanna" am 8.10.1993 eine Eröffnungsparty in Gange war, machte Marco WARMBRUNN Ärger, und es fand eine Prügelei statt, bei der zwei Ordner arg verletzt wurden. Einer davon mußte mit einem Trommelfellriß ins Krankenhaus. Insgesamt wurden 1993 fünf Wohnungen überfallen und vier Sachbeschädigungen an Häusern von AntifaschistInnen vorgefunden. In der Nacht vom 16. zum 17.10.1993 warf eine *„Delegation"* Neustrelitzer Rechtsradikaler vom Auto aus Fensterscheiben über den Betten der Kinder einer Antifaschistin ein. Auch ihr Auto wurde gleich zweimal beschädigt. Das eine Mal besprühten es rechte Kids mit Parolen, das andere Mal wurde die Frontscheibe zerschossen. Glücklicherweise haben die WittstockerInnen noch den Mut, Anzeigen zu erstatten. Daß es sich bei den Übergriffen nicht um sogenannte *„unmotivierte Gewalttaten"* handelt, sondern durchaus einen rechtsradikalen Hintergrund haben, muß der Polizei klar sein, denn sie kennt ihre *„Pappenheimer"* sehr genau.

Konsequenzen scheint die Wittstocker Polizei nicht zu ziehen. Sie warnt zwar AntifaschistInnen mit den Worten: „Verschwindet lieber, da sind ein paar auf dem Weg zu euch. Wir können euch nicht schützen." Doch mit dem polizeilichen Selbstschutz scheint es auch nicht immer zu klappen. So kamen Polizisten im Herbst 1993, nach der Festnahme eines Wittstocker Schlägers, in große Bedrängnis. Die Freunde des Festgenommenen und rechte Metals versperrten den Weg und wollten den Einsatzwagen, in dem die Polizisten saßen, umkippen. Dies gelang nicht. Die Polizisten konnten nur darauf hoffen, daß ihnen eine Verstärkung möglichst schnell aus dieser mißlichen Lage heraushelfen würde.



Theresa REPPENHAGEN

Im letzten Quartal 1993 begannen Prozesse, in denen sich BENACK, WARMBRUNN u.a. verantworten mußten (BLOCKSDORF muß noch vor Gericht). Die bis jetzt gesprochenen Urteile liegen zwischen Geldstrafen von 500,- DM und Haftstrafen bis zu zwei Jahren auf Bewährung.

Eine *„zweite Generation"* (Wittstokker Nazis) tritt seit Anfang 1993 in Erscheinung und hat bei den oben genannten Aktionen ihren nicht geringen Beitrag geleistet. In der Zeit der Prozesse hielten sich die im Durchschnitt erst 19 jährigen *„Jungrechten"* zurück.

Ende Dezember 1993 wurden 'NSDAP/AO'-Aufkleber US-amerikanischer Herkunft am Trafohäuschen und auf Parkplätzen angebracht. Theresa REPPENHAGEN, seit 1991 Sympathisantin der Wittstocker rechten Szene, hatte diese an ihre Clique verteilt. Wahrscheinlich stammen diese Aufkleber von BENACK, der (wie oben schon erwähnt) 'NSDAP/AO' Materialien bezieht. Ungewöhnlicherweise bekam die Polizei das heraus und lud beide deshalb vor.

Am 11.1.1994 stand REPPENHAGEN mit ihrem Freund Jens (aus Rathenow) und dessen Kumpel Christian GATTER vor dem Haus der bereits erwähnten Antifaschistin. (GATTER kommt aus Baden Baden und wird von Hamburger Faschos wegen Geldunterschlagung gesucht und ist wahrscheinlich deswegen in Wittstock.) REPPENHAGEN und Anhang pöbelten herum und warfen einen Pflasterstein auf die Frau.

Immer auffallender tätig wird Bastian, der jüngere Bruder von René BLOCKSDORF. Am Silvesterabend 1993 wurden Mitglieder einer russischen Familie auf ihrem Heimweg teilweise schwer verletzt. Die stattfindende Auseinandersetzung wurde ganz klar von Bastian BLOCKSDORF und seinen Prügelgefährten Ralf SCHULZ, Kay WITTMANN und Co. provoziert. Sie pöbelten die Familie aus dem Fenster an, der Familienvater wehrte sich, um sich Respekt zu verschaffen. BLOCKSDORF und Co. griffen daraufhin die russische Familie mit Messern an.

Die Behauptung, daß man von den Wittstocker *„Jungnazis"* in Zukunft noch einiges erwarten kann, ist sicher nicht von der Hand zu weisen, denn sie sind keine *„armen"* Jugendlichen mit *„nur"* tendenziell rechter Einstellung. Das zeigen sie ständig, indem sie immer wieder gezielt den Ehrgeiz an den Tag legen, ihre brutalen *„Vorreiter"* angemessen zu vertreten.

Kay WITTMANN,
Prügelgefährte von Bastian BLOCKSDORF

Potsdam

Rotlichtmilieu in Zusammenarbeit mit faschistischen Schlägern

Auch in der „liberalen, weltoffenen" Brandenburger Landeshauptstadt Potsdam ist die Naziszene aktiv: Das Spektrum reicht von rechtsextremen Parteien wie den 'REP's' über die neofaschistische Wochenzeitung „Junge Freiheit" bis hin zu faschistischen Schlägern, die eng mit dem Potsdamer und Berliner Rotlichtmilieu zusammenarbeiten.

Die Potsdamer Faschistenszene kann auf eine Geschichte vor 1990 zurückgreifen. Schon 1985/86 begann sich die Potsdamer Punkerszene zu spalten. Ein Teil der ehemaligen Punker - die sich bis dahin vor allem als (systemkritische) Jugendsubkultur verstanden hatten wendete sich der aufkommenden Skinheadwelle zu. 1987 fanden in Potsdam die ersten Angriffe von faschistischen Skinheads auf VertragsarbeiterInnen, Schwule, Hippies und Punker statt sowie auf einen Treffpunkt und Mitglieder der Potsdamer unabhängigen Antifa. Nach dem Angriff von faschistischen Skinheads auf ein Punkkonzert in der Berliner Zionskirche im Oktober 1987, bekam auch die Potsdamer Faschoszene mehr Zulauf. Bis 1990 waren die faschistischen Skinheads in Potsdam allerdings kaum in Parteien oder Gruppierungen organisiert. Sie waren mehr in ihren Cliquen unterwegs, die sich vor allem in den Plattenbaustadtteilen Potsdams, wie Stern, Rehbrücke und Waldstadt, zusammenfanden, um auf der Straße Terror auszuüben. Teilweise versuchte die DDR-Justiz, durch Prozesse und Haftstrafen für einzelne an Überfällen beteiligte Skinheads, eine abschreckende Wirkung auf die ganze Szene zu erzielen. Dies blieb jedoch ohne weitere Wirkung, zumal die faschistischen Skinheads auch für die DDR-Justiz größtenteils *„unpolitische, negativ-dekadente Jugendliche"* waren.

Faschist aus Potsdam

Faschistische Skinheads und organisierte Nazis in Potsdam

Anfang 1990 konzentrierte sich ein Teil der faschistischen Skinheads auf Überfälle auf von Linken und Antifas besetzte Häuser in der Potsdamer Innenstadt. Zum einen wurden diese Angriffe von Skinheads aus dem Umland, z.B. aus Oranienburg, durchgeführt. Zum anderen wurden die Häuser von faschistischen Skinheads aus Potsdam selbst angegriffen. Beteiligt waren dabei u.a. Mark MIEHAN, Björn EIBISCH, Holger STEINBUCH, Per MÜLLER sowie Lynn BRAUNE. Diese gehören schon seit einigen Jahren zum Kern aktiver Skinheads in Potsdam.



Zu DDR-Zeiten war Ronny STARK Punker und Antifaschist, nach einem Gefängnisaufenthalt 1990 hat er in einem besetzten Haus gelebt. Ende 1990 war er bei einem Faschoangriff auf das selbe Haus beteiligt. Etwa 1991 war er auch oft in der Weitlingstraße zu sehen. Jetzt ist er Türsteher in einer Stahnsdorfer Disco (sehr gewalttätig).

Andere faschistische Skinheads begannen 1990/91 Kontakte zu faschistischen Organisationen und/oder Parteien aus Westdeutschland aufzubauen - u.a. zur 'Nationalistischen Front' ('NF'), der 'Nationalen Offensive' ('NO') und der 'Wiking Jugend' ('WJ'). Zu den 'NF'- bzw. 'FMJ'-Kadern gehören u.a. Nick LAJOW aus der Stahnsdorfer Boschsiedlung, (der z.B. 1991 eine Schulungsveranstaltung mit dem Anführer der 'Nationalistischen Front' Meinolf SCHÖNBORN in der Stahnsdorfer Gaststätte *„Waldidyll"* organisierte), Ilja STENZEL, Jens KOSTECKI, Sebastian GRUST sowie Sven Per HOFFMANN. Seit 1991 verfügt die 'NF', bzw. ihre Nachfolgeorganisationen 'Förderwerk Mitteldeutsch Jugend' ('FMJ') und 'Direkte Aktion Mitteldeutschland/JF' über eine *„Kameradschaft"* in Potsdam, zu der auch Kader aus kleineren Orten wie Stahnsdorf, Klein Machnow und Teltow sowie aus Potsdam-Rehbrücke gehören. Die Aufbauarbeit leistete dabei vor allem Andreas POHL aus Berlin-Zehlendorf. Nach 'NF'-internen Streitigkeiten und Querelen zwischen Meinolf SCHÖNBORN & POHL um den Führungsstil, und Spaltungen in kleinere 'NF'-Grüppchen im Sommer 1992, hat sich inzwischen zumindest eine größere *„Kameradschaft"* der 'NF'-Nachfolgeorganisation 'Direkte Aktion Mitteldeutschland/JF' fest in Potsdam etabliert.



Fünf Minuten Volkstrauer im „Heldenblock" in Stahnsdorf



Ein Grabstein im „Heldenblock"

Diese arbeitet eng mit den *„Stützpunkten"* in Kremmen, Velten, Oranienburg und Berlin zusammen. Neben Schulungen, die u.a. gemeinsam mit dem 'Hoffmann von Fallersleben Bildungswerk' und der 'Berliner Kulturgemeinschaft Preußen' durchgeführt werden, gehörten 1993 z.B. auch regelmäßiges Verteilen von 'NF'-Propaganda mit Schwerpunkt auf Waldstadt und Babelsberg zu den Aktivitäten der Potsdamer *'Kameradschaft'*. Darüber hinaus betreibt die Potsdamer Gruppe regelmäßige *„Gräberpflege"* von Gräbern von ehemaligen 'SS'- und Wehrmachtsangehörigen im sog. *„Heldenblock"* auf dem Stahnsdorfer Friedhof. So legten Mitglieder der *'Kameradschaft'* Potsdam am Volkstrauertag 1993 auf diesem „Heldenblock" einen Kranz der 'Direkten Aktion Mitteldeutschland/JF' nieder, um das Verbot faschistischer Aktivitäten und des faschistischen Aufmarsches auf dem Soldatenfriedhof in Halbe zu untergraben. Der Kranz (siehe Foto links) zeigte allerdings schon nach wenigen Minuten Zerfallserscheinungen.

Als eine Verbindungsperson zwischen den 'NF'-Nachfolgeorganisationen und der 'Wiking Jugend' ('WJ') agiert Daniel JUNG, der gute Kontakte zur faschistischen Schulungsorganisation 'Berliner Kulturgemeinschaft Preußen' aus Berlin unterhält und nach seinem Austritt aus der 'NF' eine eigene Organisation unter dem Namen 'Brandenburger Heimatfront' gründete. Er arbeitet u.a. mit dem 'WJ'-Mitglied SPILLER aus Klein Machnow zusammen. An Schulungen der 'Berliner Kulturgemeinschaft Preußen' nahmen sowohl 'NF'- als auch 'WJ'-Mitglieder teil. In Klein-Machnow fand im Dezember 1992 eine Festveranstaltung unter den Motto *„40 Jahre Wiking Jugend"* statt, an der 200 Personen teilnahmen.



Ein weiterer führender Faschistischer Kader in Potsdam ist das ehemalige Mitglied der verbote-



Blonde Reene - Ex-Punkerin aus Caputh/Werder

nen 'Nationalen Offensive' ('NO'), Marco HÖLZEL. Auch die 'FAP' ist in der Landeshauptstadt aktiv. Zu ihren Propagandaaktivitäten gehören u. a. Flugblattverteilaktionen vor Einkaufshallen, wie z. B. Ende Januar 94 in Babelsberg. Ungeklärt ist, inwieweit 'FAP'-Mitglieder für einen Brandanschlag auf eine Einkaufshalle am 16. 8. 1993 in Potsdam-Drewitz mit anschließendem Aufhängen der verbotenen Reichskriegsflagge verantwortlich sind. Der Brandanschlag steht wahrscheinlich im Zusammenhang mit der Verbotsandrohung gegen die 'FAP' im Anschluß an den von ihr mitorganisierten *„Rudolf-Hess-Gedenkmarsch"* in Fulda im August 1993.

Alle der genannten Kader und Verbindungspersonen sind insbesondere im Zeitraum von 1991 bis 1992 und teilweise bis heute als aktive Faschisten in Erscheinung getreten. Es ist davon auszugehen, daß auch der Aufmarsch der 'Jungen Nationaldemokraten' ('JN'), der Jugendorganisation der 'NPD', 1991 in Potsdam von einigen der genannten Kader mitorganisiert wurde, auch wenn die Mehrheit der ca. 150 TeilnehmerInnen aus Berlin und Westdeutschland kam. Weitere Aktivitäten der 'JN'-Ortsgruppe Potsdam bestanden u. a. darin, für den 14. 8. 1993 eine Kundgebung zum *„Gedenken"* an Rudolf HESS in Potsdam anzumelden. Diese Anmeldung war Teil der bundesweiten Kampagne faschistischer Organisationen, um das Verbot des zentralen faschistischen *„Rudolf-Hess-Gedenkmarsches"* in Wunsiedel zu umgehen.

In Potsdam-Waldstadt existiert eine spezielle Hooligan- und Skinheadszene, zu deren aktivsten Mitgliedern u. a. Lars BREUER und Marko SIEGEL (die beide auch am faschistischen Aufmarsch in Halbe 1991 teilgenommen haben) sowie Knut HENTSCHEL und Christian HOEK gehören.

Keine Berührungsängste zum Rotlichtmillieu

Ein anderer Teil der älteren Faschisten aus Potsdam - u. a. Christian SPRINGER, Mark MIEHAN, Björn EIBISCH, Holger STEINBUCH, Per MÜLLER und Lynn BRAUNE - begann Mitte/Ende 1991, Kontakte ins Zuhältermilieu und in verschiedene Bereiche der *„Organisierten Kriminalität"* auszubauen.



Erhard HÜBSCHEN (vorn links) bei der 'JN'-Demo 1991 in Potsdam

Mark MIEHAN, SCHOKNECHT und andere ältere Faschisten arbeiteten und arbeiten als Fahrer und *„Schutz"* für die Zuhälter des Straßenstrichs in der Thälmann- bzw. Großbeerenstraße. Nachdem der Straßenstrich in der Thälmannstraße etabliert worden war, wurde Anfang 1993 ein Kinder- und Mädchenstrich aufgebaut, der zunächst über verdeckte Wohnungen in der Waldstadt organisiert war und dann in Wohnungen in die Friedrich-Ebert-Straße und Behlertstraße direkt gegenüber vom Potsdamer Magistrat verlegt wurde. Im Zusammenhang mit einer Razzia im Oktober 1993 wurde *„Zorro"*, einer der Chefzuhälter und Betreiber des Strichs auf der Thälmannstraße sowie des Kinderstrichs verhaftet. Auch Mark MIEHAN befindet sich zur Zeit in Haft. Darüber hinaus bauten Altfaschos wie Holger STEINBUCH illegale Bordelle und Spielcasinos in Groß Derschau und einen zeitweiligen Wohnwagenstrich in Rathenow auf. Holger STEINBUCH hat für seine Bordelle u. a. Frauen aus der ehem. CSFR regelrecht gekauft und dann zur Prostitution gezwungen.

Gleichzeitig stieg die sog. *„Springer Bande"* um Christian SPRINGER, Björn EIBISCH und Lynn BRAUNE in so lukrative *„Geschäftsbereiche"* wie Schutzgelderpressung von Kneipen und Discos, Hehlerei und Autoschiebereien nach Polen in Potsdam und Umgebung ein. Ein Schwerpunktstadtteil ihrer Aktivitäten ist Waldstadt, wo sie u. a. Jugendliche durch *„Schuldscheine"* dazu zwangen, Einbrüche zu verüben. Jugendliche, die versuchten, aus der Bande auszusteigen, wurden u. a. durch das Abschneiden von Ohren und dem Aussetzen von Kopfgeldern auf *„Abtrünnige"* zum Weitermachen gezwungen. Darüber hinaus ist die *„Springer Bande"* an den Überfällen auf Discos in Götz und Groß Glienicke im Oktober 1993 beteiligt gewesen, bei denen mehrere Menschen verletzt wurden und hoher Sachschaden entstand. In diesem Zusammenhang fanden im Februar 1994 mehrere Razzien und acht Festnahmen gegen Mitglieder der Springer Bande statt, denen auch Hehlerei und Schutzgelderpressung vorgeworfen wird. So wurde unter anderem Björn EIBISCH verhaftet.



Anhang der 'JN'-Demo 1991 in Potsdam

Seit Sommer 1993 hatten sich Faschisten aus dem Zuhälter-Bereich und die *„Springer Bande"* sowie Angehörige der rechten Hooligan- und Heavy-Metall-Szene wieder zu gemeinsamen Aktivitäten zusammengefunden, nachdem in den Jahren zuvor eher ein Konkurrenzverhältnis geherrscht hatte. Ihre Gesamtanzahl umfaßt ca. 60 bis 80 Personen. Aktuelle Treffpunkte sind hierbei ein Billardcafé in der Lennéstraße, der Insel-Club auf der Freundschaftsinsel sowie ein ausgebauter Imbiß in der Rudolf-Breitscheid-Straße.

Aus Kreisen der *„Springer Bande"* bestehen auch enge Kontakte zum organisierten Waffenhandel und faschistischen Wehrsportfanatikern. HEITSCH, TÜCK und ein gewisser *„Körnel"* agieren dabei als Kontaktpersonen. Wehrsportübungen fanden u. a. auf einem leerstehenden Bauernhof in Dallgow in der Nähe des ehemaligen Olympiadorfes statt.

Bei den Durchsuchungen im Februar 1994 wurde eine größere Anzahl von Waffen sichergestellt. Nach wie vor ungeklärt ist allerdings, wer im Dezember 1993 den großangelegten Waffendiebstahl aus der Bundeswehrkaserne in Geltow organisierte. Auch die Drahtzieher des Diebstahls von 30 Makarow-Pistolen aus einer Potsdamer Polizeikaserne im Januar 1994, die erst am Tag zuvor von der Polizei in einem Güterzug beschlagnahmt worden waren, sind bis jetzt nicht ermittelt worden.

Auch faschistische Gewalt auf der Straße gehört in Potsdam und Umgebung seit längerem zum Alltag

Um hier nur einige Vorfälle zu nennen:

- Anfang April 1992 schlug eine Gruppe von Skinheads einen Kubaner in der Innenstadt von Potsdam krankenhausreif.
- Im Juli 1992 wurde eine deutsch-afrikanische Familie in Potsdam über mehrere Wochen von einer 25köpfigen Gruppe faschistischer Jugendlicher terrorisiert, indem u. a. sechs Mal die Scheiben ihres Hauses eingeschmissen wurden.
- Im Juli 1992 überfiel eine Gruppe faschistischer Skinheads ein Erntelager mit ausländischen ErntehelferInnen in Plessow. Bei dem Überfall wurden mehrere ArbeiterInnen schwer verletzt.
- Nach dem Pogrom in Rostock im August 1992 versuchten ca. 100 organisierte Faschisten und rassistische BürgerInnen, das Flüchtlingsheim in Stahnsdorf anzugreifen.
- 1992, 1993 und Ende Februar 1994 wurde der sowjetische Ehrenfriedhof in Potsdam mehrfach durch Nazischmierereien und dem Umschmeißen von Grabsteinen geschändet.
- Im März 1993 griffen zwei faschistische Skinheads ein 16jähriges Mädchen auf dem Luisenplatz an, das sich geweigert hatte, den Hitlergruß zu



Faschist aus Potsdam/Waldstadt

machen. Sie verletzten das Mädchen durch zwei Messerstiche und mehrere Schläge ins Gesicht.

• Das Flüchtlingsheim in Teltow wurde 1992 und 1993 - zuletzt im Dezember 1993 - mehrfach von Faschisten aus Teltow und Potsdam angegriffen. Flüchtlinge wurden auf der Straße in Teltow zusammengeschlagen.

Durch antifaschistische Gegenwehr entwickelte sich eine *„Aufteilung"* Potsdams: die Innenstadt ist seitdem mehr oder weniger in der Hand der Linken, die Außenbezirke und Plattenbauviertel wie Rehbrücke, Waldstadt und Babelsberg gerieten noch fester in die Hand faschistischer Skinheads, die sich in letzter Zeit auf die Übernahme von Jugendclubs konzentrieren - z. B. den *„Otto-Nagel-Jugendclub"* in Waldstadt und ansatzweise den *„Club 5"* in Babelsberg, wo Faschisten massiv auftreten. Im September 1993 gab es außerdem regelrechte Straßenschlachten zwischen faschistischen Skinheads, Heavys und Polizei in Waldstadt, die u. a. darauf beruhten, daß Faschoskins mit Kontakten zur Zuhälterszene versuchen, den Waldstädter *„Hans-Eisler-Jugendclub"* in ihre Kontrolle zu bringen. In der Folge wurde der Club durch faschistische Schläger schwer verwüstet. Darüber hinaus gibt es seit Ende 1993 eine immer stärker werdende Präsenz faschistischer Skinheads bei den Discos, auch in dem bekannten Jugendtreffpunkt und Konzertort *„Lindenpark"*. Zu Silvester 1993/1994 wurden ca. 10 Menschen während der Disco von faschistischen Schlägern verprügelt. Nur wenige Wochen vorher wurde eine chilenische Frau vor der Discothek *„Lindenpark"* von einem Faschisten angegriffen und zusammengeschlagen, während ein Taxifahrer unbeteiligt zusah. Bis vor kurzem war der *„Lindenpark"* ausschließlich Treffpunkt für Linke, Hausbesetzer und Punks gewesen; durch erhöhte Eintrittspreise für Discos und Konzerte werden aber immer mehr dieser Jugendlichen von einem Besuch abgeschreckt.

Günter Kießling: „Eine alternative Sicherheitspolitik", Seite 13

JUNGE FREIHEIT

Nr. 4/94 Potsdam, 21. Januar 1994 Wochenzeitung für Politik und Kultur 9. Jahrgang 2A 4084 C DM 3,80/ÖS 30,-

Reaktionen auf die Gewaltspirale

Das Land

Brunners „Bürgerbewegung" konstituiert sich in Weimar

MÜNCHEN. Die vom früheren baye-

Die „Junge Freiheit" zieht nach Potsdam

Seit Januar 1994 hat sich darüber hinaus die Zeitung der sog. *„Neuen Rechten"*, die *„Junge Freiheit"*, die Amtsstraße 5 in Potsdam-Bornstedt als neuen Sitz ihrer Redaktion ausgesucht. Ihren alten Sitz in Freiburg im Breisgau haben sie aufgegeben. Die 86 gegründete „Junge Freiheit" hat inzwischen nach Angaben ihres Chefredakteurs Dieter STEIN mit einer Startauflage von 100.000 Exemplaren am 21. Januar 1994 begonnen, wöchentlich zu erscheinen. Er strebt weiterhin eine Erhöhung der Auflage an. Ihr LeserInnen- und AutorInnenspektrum reicht von militanten Neofaschisten bis in den rechten Rand der CDU und SPD. So war z.B. 1993 der ehemalige Berliner 'REP'-Fraktionsvorsitzende, Nazi-Anwalt und Mitglied des 'Hoffmann-von-Fallersleben Bildungswerks' Carsten PAGEL als Redakteur für die *„Hauptstadt-Redaktion"* verantwortlich, während der Holocaust-Leugner David IRVING regelmäßige Gastbeiträge für die *„Junge Freiheit"* schreibt. Die *„Junge Freiheit"* versteht sich selbst als Sprachrohr eines modernisierten Faschismus, der sich vor allem im Antisemitismus, einem biologistischen und eugenischen Weltbild sowie der Verleugnung des Holocaust ausdrückt.

Die Zukunft der *„Jungen Freiheit"* hängt sicherlich auch davon ab, wie ungestört die Redaktion in ihrem neuen Standort Potsdam arbeiten kann.

Es bleibt zu hoffen, daß die Verhinderung der Pressekonferenz der *„Jungen Freiheit"* vom 20. Januar 1994 in Potsdam und in Berlin nur der Anfang antifaschistischer Aktivitäten war...



Neupreuße Dieter STEIN

Brandenburg

Der Schein von Verschlafenheit trügt

Brandenburg - an der Havel gelegen - eine beschauliche Stadt mit historischem Stadtkern und Plattenbaughettos am Stadtrand. Schlagzeilen macht die Neonaziszene in Brandenburg selten, doch die scheinbare Ruhe trügt.

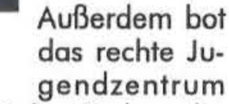
Vor 1989 waren die meisten der heutigen Nazis unorganisierte Heavies oder Hools. Wie in vielen anderen Städten der Ex-DDR auch, bildeten sich ab 1990 auch hier die ersten festeren Gruppen von Straßenskins. Zur gleichen Zeit wurden in Brandenburg Ortsgruppen der 'Republikaner' ('REP'), deren Geschäftsstelle in Brandenburg von Fritjof SPRITZER geleitet wird, und der 'Deutschen Volksunion' ('DVU') gegründet, deren Mitglieder sich hauptsächlich aus der Altersgruppe der 20-30jährigen rekrutierten und regelmäßig öffentlich auftraten (Infostände, Flugblattverteilen etc.).

Ab Anfang 1992 versuchten Neonazis und faschistische Skinheads in Brandenburg ihre Macht auf der Straße zu festigen, indem sie teils wahllos, teils gezielt Angriffe verübten. Ein wichtiger Treffpunkt für nächtliche Randaleaktionen faschistischer Skinheads war, bis zur Schließung im Frühjahr 1992, „Karsten's Disco" im nahegelegenen Wusterwitz, das schon zu DDR-Zeiten als Hochburg faschistischer Skinheads bekannt war. Dort trafen sich an Wochenenden bis zu 150 faschistische Skinheads aus der gesamten Region. Mal wurden nachts Flüchtlingsheime verwüstet, wie das (zu dem Zeitpunkt nicht bewohnte) Flüchtlingsheim Struvenberg im November 1992. Mal gab und gibt es Randale bei Fußballspielen, wie im August 1992 oder Ende 1993 beim Pokalspiel BSV Stahl Brandenburg gegen den 1. FC Kaiserslautern, bei dem u. a. ein Mosambikaner von ca. 20 organisierten faschistischen Skinheads angegriffen wurde.

Falko SCHUMACHER (l.)

Darüber hinaus stellte die Stadt Brandenburg in Zusammenarbeit mit dem Jugendamt den Naziskins 1992 ein - wenn auch renovierungsbedürftiges - Jugendzentrum mitsamt Sozialarbeiter zur Verfügung. Die Vorstellung des Jugendamtes war, die rechte Szene über das Jugendzentrum und den Sozialarbeiter unter Kontrolle zu halten. Die Praxis sah allerdings deutlich anders aus: Der städtische Sozialarbeiter, Jan HÖNICKE, soll schon DDR-Zeiten aktiver Neonazi gewesen sein. Offenbar nutzte er Sozialarbeit als Möglichkeit, aktive Unterstützung und Organisierungshilfe für die Naziszene in Brandenburg zu leisten. Er war 1991 und 1992 mitverantwortlich für die Organisierung von zwei großen neofaschistischen Konzerten.

Ein Konzert fand 1991 im Jugendclub Philip Müller mit 400 Skins und Neonazis statt; 1992 folgte ein Open-Air-Konzert auf der Marienburg mit 800 BesucherInnen. Das faschistische Open-Air-Konzert im August 93, bei dem u. a. *„Radikahl"*, sowie englische und italienische Faschobands auftreten sollten, wurde vom Land Brandenburg kurzfristig verboten. Auch ansonsten war HÖNICKE sehr um die Freizeitgestaltung *„seiner"* Schützlinge besorgt - wie sonst läßt es sich erklären, daß er bei Wehrsportübungen in Brandenburg-Kirchmöser und bei einem Faschoüberfall auf Punks gesehen, oder daß bei einer Hausdurchsuchung 1992 bei ihm jede Menge rechtes Propagandamaterial gefunden wurde?



André SCHMIDT (r.) deutsches Familienidyll

Außerdem bot das rechte Jugendzentrum *„Am Wiesenweg"* den Kadern der Brandenburger Neonaziszene - u. a. Patrick CUHRTS, Michael BARSCH, Marcel SCHILF, Michael SCHORRAT und André SCHMIDT - das ideale Rekrutierungsumfeld. Die Szene wurde ziemlich schnell größer - mit einem harten Kern von ca. 30 Nazis und einem Umfeld von ca. 60 Naziskins aus Brandenburg und Umgebung. Brandenburger Skins waren allerdings nicht nur in der Stadt selbst aktiv, sondern hatten und haben enge Kontakte zu organisierten Nazis in Potsdam, Rathenow, Belzig, Premnitz, Tangermünde und Genthin, wo sich mehrere Brandenburger Skinheads 1992 an einem Überfall auf eine Party in einem von linken Jugendlichen besetztem Haus beteiligten. Und in Fischbeck bei Tangermünde treffen sich am Wochenende in einer Discothek Brandenburger Faschisten mit Neonazis und faschistischen Skinheads der ge-



Freundin von SCHORRAT(r.), Anko MÜLLER (3.v.r.), L. PUDELWELL (4.v.r.), Frank LEHMANN (5.v.r.)

samten Region. Zum Teil entstanden diese Kontakte aber auch in Knästen, wie der JVA-Luckau; bei gemeinsamen Wehrsportübungen auf ehemaligen NVA- und GUS-Kasernengeländen oder durch gemeinsame *„Geschäftsinteressen"* wie Hehlerei, Schutzgelderpressung etc.

Im Herbst 1992 eskalierte der faschistische Terror in Brandenburg - Wohnungen von Antifas wurden verwüstet, linke Jugendliche auf der Straße zusammengeschlagen, 'KKK'-Aufkleber tauchten auf. Nach einem antifaschistischen Angriff auf das rechte Jugendzentrum *„Am Wiesenweg"* am 20.11.1992, fuhren dann mindestens drei der Nazikader - Patrick CUHRTS (19) , Michael BARSCH (21) und Alexander MENZ - durch die Stadt, um alle, die auch nur links angehaucht aussahen, *„plattzumachen"*, die restlichen 60 Nazis zogen vor die linke *„Disinfected-Disco"*. Ihre Angriffspläne scheiterten allerdings ziemlich kläglich. CUHRTS, BARSCH und MENZ hatten in der Zwischenzeit ein Opfer gefunden, dem CUHRTS ein Messer in den Rücken stach, während BARSCH und MENZ die Begleiterin des Mannes bedrohten. Es war reiner Zufall, daß der Mann diesen Angriff überlebte. Vier Tage später zogen CUHRTS und BARSCH wieder los - diesmal auf der Suche nach Jacken und Geld.

Ende Dezember 1992 wurde gegen CUHRTS Haftbefehl wegen eines Messerstichs erlassen. BARSCH wurde mitangeklagt, ohne allerdings in Untersuchungshaft genommen zu werden, was bestimmt garnichts damit zu tun hat, daß seine Mutter eine bekannte Rechtsanwältin in Brandenburg ist. MENZ sowie ca. 10 andere Nazis erhielten Vorladungen von Polizei und Staatsanwaltschaft. Die Naziszene begann aufgrund von Aussagen, gegenseitigen Belastungen etc. Spaltungs- und Verfallserscheinungen zu zeigen, zumal im Dezember 1992 das Jugendzentrum *„Am Wiesenweg"* wegen des Brandanschlags geschlossen wurde.

- 11 -

Möh und Oi, liebe Ursula!

Zuerst einmal ein herzliches Danke für Deinen lieben Brie
den ich mich sehr gefreut habe. Mir geht es soweit ganz g
gleiche hoffe ich auch von Dir. Schönen Dank für das L
ich eine süße Tochter habe... Ja, hier sind viele Kam
und es werden immer mehr, weil die ganze Szene im Momen
verunsichert und unterwandert ist!
Ich bin 19 Jahre alt und schon seit Kommunismuszeiten
"autonomen" Skinszene tätig, - dürften jetzt 5 Jahr
Meinen Vater habe ich schon gegrüßt, er ist im Mome
schwer krank, was die Sache hier nicht leichter macht.
Oliver schreib' ich dann auch noch. ... Anbei Danke
gesamten Sachen. Auch soll ich Dir bestellen, daß mein Va
HNG beitreten will! Ich selbst war und bin Aktivist der N
danke ich Dir, daß Du an meine Freundin schreibst.
So, für heute soll es das gewesen sein! Mit allen He
unsere gemeinsame Sache.

Dein Kamerad und Mitkämpfer
- Patrick Cuhrts -

Daß Nazis durch Wegschließen keineswegs in reumütige Sozialfälle verwandelt werden, zeigte sich z. B. bei CUHRTS. Zum einen wurde er während seiner U-Haft von der faschistischen 'Hilfsgemeinschaft für Nationale Gefangene' ('HNG') und seinen stramm rechten Eltern betreut. Zum anderen organisierte er zusammen mit anderen Nazis im März 1993 den Knastaufstand in der JVA-Luckau und schien sich auch ansonsten nicht gerade zu langweilen - immerhin werden mindestens acht weitere Gefangene in der JVA-Luckau von der 'HNG' betreut. Die 'Nationalen' ('DL'-nahe Wählergemeinschaft) sorgen dafür, daß Carsten PAGEL, Berliner 'Nazianwalt' und Mitglied des 'Hoffmann-von-Fallersleben-Bildungswerks' (eine flügelübergreifende neofaschistische Schulungsorganisation), als Verteidiger für CUHRTS engagiert wurde. CUHRTS bedankte sich dafür per Brief bei der Vorsitzenden der 'HNG', Ursula MÜLLER. In diesem veröffentlichten Brief verwies er gleichzeitig stolz auf seine Mitgliedschaft bei der 'NF' und die Unterstützung durch seinen *„national gesinnten"* Vater Fritz CUHRTS. Darüber hinaus versuchte CUHRTS auch noch, sich aus dem Gefängnis heraus dem Verfassungsschutz als Informant anzudienen - offensichtlich mit Wissen seiner *„Kameraden"*.

NACHRICHTEN DER



April 1993

15. Jahrgang - Nr. 149

Herausgeber: Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e.V. (HNG). - Schriftleiter und verantwortlich im Sinne des Pressegesetzes: Christian Scholz, Postfach 306 224, W - 2000 Hamburg 36. - Vorsitzende der HNG: Ursel Müller, Sägewerk 26, 6500 Mainz-Gonsenheim. Postbank: (HNG) Frankf./M. Nr. 142908 - 607

Der Prozeß gegen CUHRTS und BARSCH wegen versuchten Totschlags, der dann schlußendlich im August/September 1993 vor dem Potsdamer Landgericht stattfand, entwickelte sich innerhalb weniger Prozeßtage zur Farce. So war dann das milde Urteil auch keine Überraschung mehr. Keine Verurteilung wegen versuchten Totschlags, denn einen eindeutigen Tatnachweis hätte es nicht gegeben. Dennoch bekamen beide 6 Monate auf Bewährung. Für CUHRTS ist es schon die zweite Bewährungsstrafe, da er im April 1991 einen vietnamesischen Vertragsarbeiter in der Straßenbahn zusammengeschlagen hatte. CUHRTS wurde direkt nach Prozeßende aus der U-Haft entlassen und bleibt bis das Urteil rechtskräftig ist frei. Der Prozeß gegen den bekannten Wehrsportfanatiker Alexander MENZ, bei dem die Anklage hauptsächlich auf den belastenden Aussagen von CUHRTS und BARSCH beruht, wird voraussichtlich Mitte 1994 stattfinden.

Seit Prozeßende im Oktober 1993 können CUHRTS und BARSCH ihre faschistischen Aktivitäten ungehindert weiterführen. Beide wurden seit Prozeßende mindestens einmal festgenommen: BARSCH, nachdem er mit einem Baseballschläger vor einer Disco randalierte; CUHRTS, als er zusammen mit André SCHMIDT auf dem Weg zur Antifa-Demonstration in Brandenburg am 13. November 1993 war, um diese auszuspionieren und eventuell anzugreifen. Offenbar nutzt insbesondere CUHRTS seine neugewonnene Freiheit, um Nachwuchs auszubilden und die zerstreuten Skinheads und Neofaschisten wieder fester zu organisieren. So ist er inzwischen Mitglied in der 'HNG' und betreut selbst Gefangene mit *„nationaler"* Gesinnung, die in den Knästen des Landes Brandenburg einsitzen. CUHRTS Freund André SCHMIDT, der im April 1993 zusammen mit Michael SCHORRAT und anderen Brandenburger Nazis wegen des Genthiner Überfalls mit Anklagepunkten wie schwerer Körperverletzung und Landfriedensbruch vor Gericht stand, ist inzwischen zum Kader des 'Förderwerks Mitteldeutsche Jugend' ('FMJ'), einer Nachfolgeorganisation der verbotenen 'Nationalistischen Front', aufgestiegen. Er bekommt des öfteren Besuch aus Luckenwalde und Belzig, aber auch aus westdeutschen Städten. In den letzten Monaten wurde mehrfach bei Antifas und vermeintlichen Linken 'FMJ'- und 'NSDAP/AO' Aufkleber an den Haustüren geklebt, Namen von Antifas werden über die bundesweiten 'Anti-Antifa'-Strukturen weitergegeben.

Nicht nur André SCHMIDT hält in Brandenburg die Verbindung zur 'FMJ'. Auch ein gewisser Klaus-Dieter LÜCK, einer der Gründungskader des 'FMJ', ist hier aktiv. LÜCK schreibt unter seinem Namen rassistische Hetzartikel im *„Angriff"*, dem zentralen Propagandaorgan der 'NF' und des 'FMJ' sowie ihrer zahlreichen Tarn- und Nebenorganisationen, und es ist davon auszugehen, daß er auch ansonsten bei der Koordination der 'NF'-Nachfolgeorganisationen eine zentrale Rolle spielt. Parallel zu seiner Position als stellvertretender Vorsitzender des 'FMJ', hat er auch in der 'NF'-Kaderorganisation 'Direkte Aktion Mitteldeutschland/JF', deren Vorsitzender Ernst von AMHOFF ist, eine Schlüsselstellung als stellvertretender Vorsitzender.

Zwar tritt die neofaschistische Szene Brandenburgs seit Anfang/Mitte 1993 in der Stadt selbst kaum noch öffentlich in Erscheinung, denn die entsprechenden faschistischen Treffpunkte haben sich vor allem in die Kneipen des nahegelegenen Kirchmöser verlagert. Aber hinter den Kulissen versuchen Kader wie CUHRTS, BARSCH, SCHILF und MENZ neue, stärker gefestigte Strukturen aufzubauen.

André SCHMIDT und Marcel SCHILF

Besondere Beachtung verdient auch Marcel SCHILF. Er ist dänischer Staatsbürger mit deutscher Großmutter, die in Brandenburg lebt. Bei seinen regelmäßigen Besuchen in Brandenburg hält er sowohl in der Stadt, als auch in kleineren Orten in der Umgebung Schulungen ab und versucht neue Jugendliche zu rekrutieren. Als Kader der 'NSDAP/AO' ist er sowohl in Dänemark als auch in Brandenburg aktiv. Sein bevorzugter Aufenthaltsort in Dänemark scheint Kopenhagen zu sein, wo er enge Kontakte zur 'Dänischen Nationalsozialistischen Bewegung' ('DNSB') hat. Im März 1993 war Schilf dort und ist mit zehn anderen dänischen Faschisten bei einem Prozeß gegen den Anführer, Kaj VILHELMSEN, der faschistischen 'Nationalparti Danmark' in Nazipose zu sehen. Im Mai 1993 war SCHILF aktiv an rassistischen Krawallen und Angriffen gegen ImmigrantInnen in Nörrebro (ein Kopenhagener Stadtteil) beteiligt.



Hauptbeschäftigung: Raufen und saufen

Faschos oder Nazi-Skinheads treten in Rathenow erst seit 1989 auf. Eine zentrale Rolle in der frühen Phase spielte Mario KNUDSEN, der nach der Wende nach Braunschweig ging und dort in Kontakt mit Nazi-Skins kam. Zurück in Rathenow scharte er eine Gruppe von Skinheads um sich, die allmählich anwuchs. Sie bezeichneten sich selbst als „Oi-Skins", „ein Kult, der aus England kommt" und nahmen das typische uniforme Outfit an: Doc's, Jeans, grüne Bomberjacke und Glatze.

Ihre Aggression richtete sich damals vor allem gegen die Normalbevölkerung, da Punks, Grufties und Freaks ihnen aus dem Weg gingen. Sie genossen ihre Rolle als *„stärkste Macht in der Stadt"*, was sie ihr *„Stadtrecht"* nannten. Ihre Aktionen waren eher unpolitisch: Zeche prellen, Telefonzellen zerdreschen, x-beliebige Leute die ihnen irgnedwie nicht paßten, in der Disco oder auf der Straße verprügeln. Von der Polizei unbelästigt, zogen sie in Zweierreihen mit geschulterten Baseballschlägern nachts durch die Stadt. Mit der Zeit nahmen diese Skinheadgruppen immer mehr eine faschistische Tendenz an, erkenntlich am *„Stolzen Deutschen"* auf der Bomberjakke. Kontakte mit anderen Faschogruppen in Potsdam und Brandenburg wurden gepflegt. Spuckis tauchten auf, völlig beliebig: 'FAP', 'NA', 'NO', 'DA', 'NSDAP/AO' und ein *„Bund der Volksgenossen"* trat hervor mit Spuckis wie *„Stoppt den roten Straßenterror"* oder *„Die letzten von gestern werden die ersten von morgen sein"*. Aber explizit politische Arbeit oder Agitation blieb bis heute im Verhältnis zum Prügeln im Hintergrund. Einige Verbindungen mit Naziorganisationen existieren dennoch: Michael SCHMIDT, genannt *„Hacki"*, war schon bald nach der Wende in der 'Wiking-Jugend', ebenso Stefan NICKEL (Jahrgang 1970) und sein Bruder Matthias (Jahrgang 1972). Stefan NICKEL ist heute in der 'DVU', Matthias NICKEL vermutlich in der 'FAP', er soll Kontakte zur 'FAP' in Prenzlauer Berg unterhalten. Mario PEHLEMANN hat eine eigene Nazigruppe gegründet, die *„Jugendinitiative zur Rettung der Heimat"*, ist bisher jedoch nur mit einem Flugblatt an die Öffentlichkeit getreten.



Mike KNUDSEN (l.), Candy ALTENHORT (3.v.l.), Andreas BIGALKE (4.v.l.)

Andere Aktivitäten deuten auch auf Parteikontakte hin. Die NICKEL-Brüder, die eine Vorliebe für Wehrsport haben, sollen sich 1991 an den Nazi-Aufmärschen in Hof und in Halbe beteiligt haben. Von den Rathenower Faschos, Daniel KUHN und KIND, existieren Videoaufnahmen von Aufmärschen in Halbe. Am 15. August 1993 wurden einige Rathenower Faschos mit Fahnen am Bahnhof gesehen. Vermutlich waren sie auf dem Weg zum Rudolf-Heß-Aufmarsch. Der harte Kern der Rathenower Nazi-Szene besteht aus nicht mehr als 15 Leuten, die für Randale-Aktionen weitere rechte Jugendliche, auch 15jährige, mobilisieren können und dann auf eine Stärke von 30 bis 40 Leuten kommen.

Distanzierten sich die älteren Faschos in der frühen Phase noch von den jüngeren, die sie als *„Klapperköppe"* und *„Kniebeißer"* abtaten, so rekrutieren sie ab 1993 wieder verstärkt jüngere. Zumeist über Fascho-Skins an Schulen, die Klassenkameraden in die Cliquen einführen.

Der Treffpunkt der Rathenower Fascho-Szene ist heute das *„Champ"* am Jahn-Sportpark, wo sich jeden Freitag abend ca. 40 bis 50 Faschos aus Rathenow und den umliegenden Dörfern aufhalten. Besitzer des *„Champ"* ist MUTS. Ihm gehört auch der Klub *„Beimler"* in Brandenburg. Dort organisiert er die alljährlichen Skinheadkonzerte. Im *„Champ"* arbeiten auch Rathenower Skins, die früher der Kameradschaft Rathenow angehörten, sich jetzt aber (aus Angst vor Knast) ruhiger verhalten, wie der Einlasser Ingo EBEL.

Einige Rathenower Faschos haben enge Kontakte mit der Potsdamer Zuhälter-Szene. KNUDSEN, ist zur Jahreswende 1991/92 zusammen mit BIGALKE und Candy ALTENHORT wegen einer Reihe von Straftaten wie Randale, Zeche prellen, Körperverletzung, Telefonzellen zerstören, Widerstand, in Wohnungen einreiten etc., für etwa ein Jahr in U-Haft abgewandert. Er war im Knast Oranienburg mit den Potsdamer Zuhältern um Lynn BRAUNE und Christian SPRINGER in einer Zelle. Aus dieser Zeit besteht auch seine Sauf- und Prügelfreundschaft mit dem Potsdamer Zuhälter Thomas KLICKS, der seitdem regelmäßig in Rathenow auftaucht. Rathenower Faschos fahren oft nach Potsdam und Brandenburg und ziehen dort eine Art rechte Mafia auf: Autodiebstahl, Dealerei, Hehlerei, Zuhälterei. Und auch der im Mai 1993 zu vier Jahren Knast verurteilte Rathenower Faschoschläger BIGALKE pflegt enge Kontakte nach Brandenburg - z.B. zu den Nazi-Kadern Marco BARSCH und Detlef HEILE, die er als Alibizeugen angab.

Bis zur Schließung im Januar 1993 betrieben die Zuhälter in Großderschau bei Rathenow die Disco *„Vegas"* und einen *„Stützpunkt"*. Dort hat die Polizei bei einer Razzia jede Menge gestohlene Sachen gefunden: Schmuck, Stereoanlagen, vermutlich auch eine kleine Menge Heroin. In Rathenow selbst trieben die Potsdamer Zuhälter Frauen aus Ungarn und Tschechien zur Prostitution. Es kam zu Auseinandersetzungen mit AnwohnerInnen, die sich über den mit Wohnwagen zugestellten Parkplatz beschwerten. Daraufhin fiel eine Prügeltruppe von 15 Leuten aus Potsdam (an der sich vermutlich auch Rathenower Faschos beteiligten) ein und zerschlugen Autos von AnwohnerInnen. Zeitgleich mit der Razzia in Großderschau wurden die Prostituierten abgeschoben. Der Potsdamer Zuhälter SPRINGER soll jedoch in Zusammenarbeit mit Brandenburger Faschos erneut Frauen zur Prostitution in Rathenow zwingen.

Eine der größten Randale der Faschos in Rathenow lief zu Silvester 1991/92. Schon seit DDR-Zeiten ist es für Jugendliche in Rathenow Tradition, sich um Mitternacht auf der Hauptkreuzung zu treffen. Bis zu 400 Jugendliche kommen zusammen. Diese Tradition wurde mehr und mehr von den Faschos besetzt. 91/92 waren 60 bis 70 Faschos mit Baseballschlägern in der Menge. Punkt 12 Uhr starteten sie eine Randale in der Innenstadt, schmissen Schaufensterscheiben ein und plünderten Geschäfte. Nazis von auswärts, mit Schlips und Anzug im BMW, sollen die Menge aufgestachelt haben. PEHLEMANN wurde von der Polizei in flagranti erwischt, als er zusammen mit Kumpanen ein Schmuckgeschäft ausräumte. Daraufhin zogen die Faschos zur Wache, wo PEHLEMANN und andere festgehalten wurden, traten als geschlossener Block auf und riefen Parolen zur Freilassung der Gefangenen. Anscheinend völlig verunsichert, ließ die Polizei die Gefangenen wieder laufen. Solche Gefangenenbefreiungen sind mehrmals vorgekommen.

Gegen den Straßenterror der Skins gab es Anfangs keine Gegenwehr. Die linke Subkultur - Punks, Freaks, Grufties - war noch zersplittert und ohnmächtig. Sie zog sich aus der Öffentlichkeit zurück, ging den Faschos aus dem Weg, mied Discos, denn in Discos gab es immer Streß. An den Rand ihrer Existenz gedrückt, gab es nur zwei Möglichkeiten: abhauen oder sich selbst zu organisieren. So taten sich Anfang 1992 Leute zu antifaschistischer Arbeit zusammen, um sich gegen den Naziterror zur Wehr zu setzen.

Die Faschos wurden schnell zahm. Kurz nach Ostern 1992 boten sie den Antifas Verhandlungen an. Sie wollten eine Art Waffenstillstand oder eine Teilung der Stadt, betrachteten die Antifas als rivalisierende Gang. Die Antifas ließen sich auch tatsächlich auf bestimmte Vereinbarungen ein: Auf bestimmte Formen der Auseinandersetzung sollte verzichtet werden, Zwischenfälle sollten zuerst mit bestimmten Ansprechpersonen geklärt werden. Da sich die Faschos an diese Vereinbarung nicht hielten, wurde sie bald von den Antifas aufgekündigt.

Am 8. Mai 1992 führten Rathenower Antifas ihre erste Demo durch, aus Anlaß der Befreiung vom Hitlerfaschismus. 90 bis 120 Leute kamen zusammen, um durch die Stadt zu ziehen und gemeinsam am Ehrenmal einen Kranz niederzulegen. Die Faschos versuchten, eine Gegendemo anzumelden (vorgeblich gegen Drogen), die allerdings verboten wurde. Ca. 40 Faschos sammelten sich dennoch und stellten sich an der Demoroute auf. Als die Antifa-Demo vorbeizog, kam es zu kurzen Auseinandersetzungen, wobei die Faschos in die Flucht geschlagen wurden. Daß sich die Antifas nicht auf eine handfeste Prügelei eingelassen haben - sie wollten auf jeden Fall ihre Demo zu Ende führen - legten die Faschos als Niederlage aus, als *„unmännliches Verhalten"*.

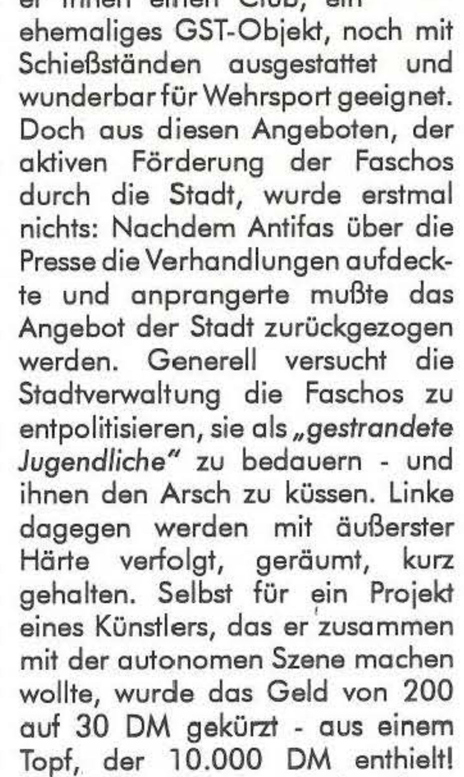
Zweimal griff ein Mob von etwa 40 Faschos das Haus eines Antifaschisten an. Dabei wurden Fensterscheiben eingeworfen, regelrechte Straßenschlachten fanden mit den Faschos statt.

Einmal brachen die Faschos in ein von Linken besetztes Haus ein, das wochentags nicht bewohnt war. Sie legten Feuer, das allerdings schnell wieder ausging, zerstörten die Einrichtung und schlitzten zahme Mäuse auf. Die Polizei stand vor dem Haus und guckte ohne einzugreifen zu. Die Polizei meinte nur, wann sie endlich fertig wären. Sie, die Polizei, wolle auch mal nach Hause. Als die Faschos zu Ende randaliert hatten, nahm sie die Polizei mit auf die Wache, schrieb dort ihr Protokoll und ließ sie wieder laufen. Ausgerechnet am darauffolgenden Tag wollte die

Wohnungsgesellschaft Strom und Wasser sperren. Alles deutete auf einen (von Stadtverwaltung und Polizei wohlwollend beobachteten) Naziüberfall hin, um einen Vorwand zu finden, das Haus räumen zu können, was später auch geschah.

Ende 1992 besetzte der harte Kern der Rathenower Faschos, etwa 10-15 Leute, ein Fabrikhaus in der Genthiner Straße. Das Haus wurde als Treffpunkt genutzt, weniger zum Wohnen. Wieder tauchten Nazis mit Schlips und Hemd von außerhalb im Haus auf. Nach zwei Wochen räumte die Polizei, aber nicht ohne die Faschos vorher zu warnen, so daß sie alle Waffen und anderes belastendes Material rechtzeitig beiseite schaffen konnten und die Räumung von der anderen Straßenseite feixend beobachteten.

Diese beiden Beispiele zeigen deutlich, daß die Polizei den Faschos breiten Raum gewährt, während, wie so oft, die linke Szene mit äußerster Härte verfolgt wird. Auch Gericht und Staatsanwaltschaft arbeiten den Faschos zu: Als BIGALKE, KNUDSEN und ALTENHORT nach einem Jahr U-Haft Ende 92 entlassen werden - sie wurden nur auf Bewährung verurteilt - ziehen sie schon drei Tage später mit einem Faschomob durch die Straßen, prellen die Zeche und brechen in eine Bäckerei ein. Die Polizei greift die auf Bewährung Entlassenen auf und bringt sie zur Wache, wo sie weiter randalieren und die Einrichtung demolieren. Der Haftrichter entläßt sie wieder, die Taten seien zu geringfügig gewesen.



Bis zu dem Zeitpunkt, als Antifas begannen einen Schutz für ProzeßzeugInnen zu organisieren und selbst bei Prozessen in großer Zahl aufzutreten, konnten die Faschos Verfahren gegen sich meist zum eigenen Vorteil bestimmen. Diese Prozesse verliefen meist im Sande, da sie auf den äußerst dürftigen Ermittlungen der Polizei beruhten. Allein PEHLEMANN wurde bisher drei Mal zu zwei Jahren auf Bewährung verurteilt. Knast scheint für ihn nicht eingeplant zu sein. Genannte ZeugInnen wurden sogleich von den Faschos eingeschüchtert, z.B. in ihren Wohnungen überfallen, so daß sie aus Angst vor Gericht keine Aussagen mehr machten. Gegen Nazi-Spuckis im Gerichtsaal wird nichts unternommen, genauso wenig wie dagegen, daß ein Hauptangeklagter KUHN den Gerichtssaal mit Baseballschläger betritt und Morddrohungen äußert. Im März 1993, als Antifas zum ersten Mal selbst massiv beim Prozeß gegen KUHN, KNUDSEN, Olaf RITZE und Heiko BÜSCHKE auftreten, kommt es außerhalb des Gerichts zu einer Auseinandersetzung mit Faschos.



Andreas BIGALKE

Ende 1992, zur gleichen Zeit, als die Vorbestraften BIGALKE, KNUDSEN und ALTENHORT in der Stadt randalierten und gleich wieder entlassen wurden, traf sich der Bürgermeister (SPD) mit dem harten Kern der Faschos und bot ihnen ABM-Stellen an. Sie sollten die GUS-Kasernen saubermachen. Weiter versprach er ihnen einen Club, ein ehemaliges GST-Objekt, noch mit Schießständen ausgestattet und wunderbar für Wehrsport geeignet. Doch aus diesen Angeboten, der aktiven Förderung der Faschos durch die Stadt, wurde erstmal nichts: Nachdem Antifas über die Presse die Verhandlungen aufdeckte und anprangerte mußte das Angebot der Stadt zurückgezogen werden. Generell versucht die Stadtverwaltung die Faschos zu entpolitisieren, sie als *„gestrandete Jugendliche"* zu bedauern - und ihnen den Arsch zu küssen. Linke dagegen werden mit äußerster Härte verfolgt, geräumt, kurz gehalten. Selbst für ein Projekt eines Künstlers, das er zusammen mit der autonomen Szene machen wollte, wurde das Geld von 200 auf 30 DM gekürzt - aus einem Topf, der 10.000 DM enthielt! Gerüchten zufolge soll der skandalträchtige ehemalige CDU-Landrat Dieter DOMBROWSKI (der seit Jahren auch Mitglied der rechtsextremen 'Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte' ('IGfM') ist) noch kurz vor seiner Abwahl dafür gesorgt zu haben, daß 2/3 dieses Geldes an die Junge Union verteilt wurde. Der Künstlerverband riet dem Künstler sogar davon ab, die Zusammenarbeit mit Autonomen zu veröffentlichen, Angst vor Repressalien der Faschos. Rathenow ist gleichzeitig ein extremes Beispiel für eine Verharmlosung der faschistischen Organisierung bei gleichzeitiger Kriminalisierung und Ausgrenzung von linken und antifaschistischen Gruppen von Seiten der Stadt, der Polizei und des Brandenburger Verfassungsschutzes. Das ist vielleicht auch nicht weiter verwunderlich, wenn man sich vor Augen führt, daß im nahegelegenen Premnitz ein Auszubildender von der Polizeischule Berlin-Spandau, Andreas WINKEL, im örtlichen Jugendclub regelmäßig das 'NF'-Propagandablatt *„Angriff"* verteilt. Es ist davon auszugehen, daß neben Polizeischüler WINKEL auch Jens RIEDEL aus Premnitz und Michael DEUTSCHMANN aus Rathenow Mitglieder der verbotenen 'NF' bzw. ihrer Nachfolgeorganisationen sind. Der faschistische Polizeischüler WINKEL ist im übrigen kein Einzelfall: Im März 1993 waren offiziell gegen vier Brandenburger Polizeischüler Ermittlungs- und Disziplinarverfahren wegen Beteiligung an rechtsextremen Straftaten anhängig. Von einer wesentlich höheren Dunkelziffer ist auszugehen, wenn schon selbst der Direktor der brandenburgischen Landespolizeischule in Basdorf gegenüber der Presse zugeben muß, daß es *„Probleme"* mit den zukünftigen *„Ordnungshütern"* gibt.



Oft gehörtes Thema in der bundesdeutschen Presse

Königs Wusterhausen (KW) liegt ca. 20 km südöstlich von Berlin. Die 20.000 EinwohnerInnen leben zum Großteil in den üblichen Plattenbausiedlungen. Der ältere Stadtkern ist nur zu Geschäftszeiten belebt. Abends sind früh die Bürgersteige hochgeklappt; nur eine öde Disco und ein langweiliges Kino wird geboten. In vielen Jugendclubs dominieren die Rechten und schüchtern andere Jugendliche ein. Kurz nach der Wende konnten faschistische Organisationen Mitglieder und Sympathisanten werben, die bis heute mit rücksichtslosem Terror gegen Antifas und Flüchtlinge vorgehen.

Folgerichtig waren Nazi-Aktivitäten im Kreis Königs Wusterhausen schon öfters Thema in der bundesdeutschen Berichterstattung.

- Am 20. September 91 führte der 'Ku Klux Klan' ('KKK') im Kreis KW unter Regie des aus Amerika angereisten 'KKK'-Chefs, MAHON, eine Kreuzverbrennung durch. Der mediengeile MAHON brachte zu seinem Auftritt gleich ein Kamerateam von RTL mit. Anwesend waren besonders viele Mitglieder der 'NF' aus Berlin und Brandenburg.
- In Halbe, Kreis KW, fand eine der letzten großen Kesselschlachten des 2. Weltkrieges statt. 1991 und 1992 marschierten am Volkstrauertag auf dem dortigen Soldatenfriedhof Hunderte von uniformierten Nazis auf. Organisatoren und Teilnehmer kamen aus dem gesamten Nazispektrum, von der 'Deutschen Kulturgemeinschaft' ('DKG'), als Anmelderin, über 'Wiking Jugend' ('WJ'), 'Junge Nationaldemokraten' ('JN'), 'Nationalistische Front' ('NF'), 'Deutsche Alternative' ('DA') bis zur 'Freiheitliche Arbeiterpartei' ('FAP').
- In Prieros, Kreis KW, fand am 19. Juli 93 ein als Geburtstagsparty getarntes Faschokonzert mit bis zu 800 Teilnehmern statt. Die *„Gratulanten"* erschienen zum Teil in 'SS'-Uniformen, grölten faschistische Parolen und hißten die Hakenkreuzflagge. Die Polizei, die schon vorher über das Faschokonzert informiert war, hielt es nicht für nötig einzuschreiten.
- Traurige Berühmtheit erlangte das Dorf Dolgenbrodt bei KW. Einen Tag bevor Flüchtlinge in ein ehemaliges Ferienlager einziehen sollten, brannte das Lager ab. Die Bewohner des Dorfes stehen unter Verdacht, Rechtsradikalen 2000 DM für das Abbrennen des Flüchtlingslagers gezahlt zu haben.



Organisierte Nazis in KW

Diese spektakulären Ereignisse finden nicht zufällig hier in dieser Region statt. Seit der *„Wende"* gilt der Kreis KW als eine der Hochburgen der Nazis. Nicht nur, daß hier einige Kader wohnen



Munter weht die Reichskriegsflagge in Dolgenbrodt



Silvio JANKOWSKI (v. r. mit Kranz), dahinter mit Mütze Helmut BRAUN ('SrA') in Halbe 1991

oder sich aufhalten, sondern auch das zahlenmäßig relativ große Fußvolk stellt eine Gefahr dar.
Wohl am bekanntesten ist der berüchtigte Schläger Silvio JANKOWSKI. Er war/ist Mitglied in der verbotenen 'NF' und hat gute Kontakte zur 'FAP'. JANKOWSKI steht unter Verdacht, am Abbrennen des Flüchtlingswohnheimes in Dolgenbrodt beteiligt gewesen zu sein und dafür Geld bekommen zu haben. Auftrag- und Geldgeber für dieses Verbrechen war die Dolgenbrodter *„Bürgerinitiative"*. Diese *„BI"* hetzte schon länger gegen das geplante Heim. In einem ihrer Protestschreiben heißt es in markigen und eindeutigen Worten: *„... muß es erst ein zweites Rostock geben?"* Ihre dumpfen rassistischen Vorurteile wollte die *„BI"* auch in die Tat umgesetzt sehen. Die gesuchte tatkräftige Unterstützung erhielten sie auch von Marko SCHMIDT, der als Faschoführer einer Wehrsportgruppe gilt. Bekannterweise feiert SCHMIDT gerne große *„Geburtstagspartys"*. Auf dem Gelände seines Vaters Wolfgang WENDLAND in Prieros fand das oben bereits erwähnte Faschokonzert statt. Organisiert wurde das Ganze von Carsten SZCZEPANSKI, der in diesem Zusammenhang festgenommen wurde. Er verfügt als Herausgeber des dumpfen Fascho Fan-Zines *„United Skins"* aus KW über gute Kontakte zu Nazi Bands. In der Ausgabe 4 dieses Fan-Zines wurde die 'HNG'-Gefangenenliste veröffentlicht, angeregt durch den Austausch mit Mike HAMPEL aus Oranienburg, dem 'HNG'-Beauftragten für Mitteldeutschland. Das Fan-Zines hat mittlerweile sein Erscheinen eingestellt.
Carsten SZCZEPANSKI ist schon seit längerem einschlägig bekannt. Er war die Kontaktadresse für den 'KKK' in Deutschland, fungierte als *„Grand Dragon"* (Leithammel), der 1991 entstandenen 'KKK'-Truppe *„White Storm"* aus Berlin und war Herausgeber des 'KKK'-Blättchens *„Feuerkreuz"*. Diese rassistische Schmierpostille beteiligte sich auch an der 'Anti-Antifa' und veröffentlicht Adressen und Namen von Antifas unter der Rubrik *„gegen die rote Gefahr"* mit einer Handgranate darunter abgebildet. Es kann davon ausgegangen werden, daß SZCZEPANSKI im Mai 1991 bei dem Mordversuch auf einen nigerianischen Flüchtling in Wendisch-Rietz bei KW mitgeprügelt hat. An jenem Abend zog er mit einer Gruppe gezielt los, um Ausländer zu schikanieren. Sie trafen in der Disco auf einen Nigerianer, den sie halb tot schlugen. Anschließend versuchten Sie, ihn im nahegelegen See zu ertränken. Dabei riefen sie immer wieder 'KKK'-Parolen, *„Nigger raus, KKK lebt"*. Dank der Hilfe des Discobesitzers konnte der Mann gerettet werden. Er ist seitdem halbseitig gelähmt.





Halbe 1991: Hagen BOHRLOCH (r.), Jens PUHSE (l. vorn mit Fahne)

Auch Mirko SCHRÖTER aus Senzig, beteiligte sich im September 1991 gemeinsam mit 20 anderen Naziskins an dem Überfall auf die Disco *„Grüner Baum"* in Wolzig. Er wurde am 22.12.1994 in Potsdam wegen Mordversuchs an dem nigerianischen Flüchtling in Wendisch-Rietz zu vier Jahren Knast verurteilt.
Anzunehmen ist auch, daß SZCZEPANSKI die 'KKK'-Kreuzverbrennung im September 1991 in der Nähe von KW mitorganisiert hat. Danach wurde in KW eine 'KKK'-Truppe gebildet, die Drohbriefe an AusländerInnen im Kreis KW mit der Unterschrift *„Grüße vom KKK"* verschickte. 1992 wurde bei einer Polizeirazzia bei den 'KKK'-Mitgliedern in KW Waffen gefunden sowie ein Rundschreiben mit der Anweisung, in den totalen Untergrund zu gehen und sich auf den bewaffneten Kampf vorzubereiten. Der Kameradschaftsführer der 'KKK'-Truppe ist Ralf LUCHO, der Jungscharführer der 'NF' war. Er wurde auch im Adreßbuch von M. KÜHNEN geführt.
Die 'Nationalistische Front' ('NF'), spielt die wichtigste Rolle im Kreis. Hagen BOHRLOCH aus Bestensee gilt als einer der gefährlichsten Nazis, der frühzeitig Kontakt zur 'NF' hatte und Adressen von Antifas weitergegeben hat. Seiner Truppe fiel eine zentrale Rolle bei den Vorbereitungen des sog. *„Heldengedenkens"* in Halbe zu. In dem 'NF'-Rundschreiben *„Aufbruch"* wurde die Ortsgruppe immer wieder lobend erwähnt. Sie schrieben auch eigene Aktionsberichte.
BOHRLOCH stieg im November 1991 in die *„Bereichsleitung Mitte"* der 'NF' auf und hat auch nach dem Verbot der 'NF' gute Kontakte zu der Führung der Nachfolgeorganisationen.
Ein weiterer wichtiger 'NF'-Kader ist René MAURITZ, dem Gründer der 'NF'-Kameradschaft KW, der erst Ende 1992 wieder in seine Heimatstadt KW zurückkehrte. Er war drei Jahre im rheinischen Schladern, Bonn-Rhein/Sieg, und gründete dort mit Stefan NIEMANN den 'Förderkreis Freies Deutschland' ('FFD'), der heute nicht mehr existiert. Zu den Veranstaltungen des 'FFD' waren die Nazis Manfred ROEDER und der Holocaust-Oberleugner David IRVING eingeladen. MAURITZ werden gute Kontakte ins Ausland und der Besitz einer Schußwaffe nachgesagt.



René MAURITZ (vorn) in Halbe 1991

Bis zum Verbot der 'NF' tauchte in den Straßen und Schulen immer wieder deren Propagandamaterial auf. Ende August 1993 wurden Plakate der 'Rechten-Front-Mark-Brandenburg' und des 'Deutschen Freundeskreis KW' fast flächendeckend im Kreis angebracht. Die 'Rechte-Front' ruft u. a. zum *„Nationalen Widerstand"* auf und verdreht auch Zitate von Linken, wie das von Ulrike Meinhof: *„Wo Recht zu Unrecht wird, wird Widerstand zur Pflicht"*. Der 'Deutsche Freundeskreis' will zwar vordergründig die Mordbrennerei a 'la Solingen stoppen, bekräftigt

> **Wir Befreiungsnationalisten führen unseren Kampf gegen die völkerverzehrende multikulturelle Gesellschaft und nicht gegen Frauen und Kinder anderer Nationalität ...**
>
> ***Stop der menschenfeindlichen Mordbrennerei,***
>
> **aber auch dem Ausverkauf unserer deutschen Heimat ...**
>
> ***Solingen mahnt und warnt!***
>
> DEUTSCHER FREUNDESKREIS KW

aber *„den Kampf gegen die volksverzehrende und multikulturelle Gesellschaft..."* Beide Elaborate stammen höchstwahrscheinlich aus der Küche der 'NF'.

Den gut vorbereiteten rechten Boden glaubte auch die 'DVU' nutzen zu können, um am 5.9.1992 in KW ihren Landesverband Brandenburg zu gründen. Versammlungsort sollte der *„Märkische Hof"* in KW sein, ein bekannter Nazi-Treff, der in seinen Werbeanzeigen mit der Odalsrune wirbt. Nachdem Antifas dem Wirt gegenüber die noch vorhandene heile Einrichtung lobten und auch der sonstige Antifaprotest zu stark wurde, verbot die Polizei die Veranstaltung mit Gerhard FREY. Am Tag der verbotenen 'DVU'-Veranstaltung in KW traf sich FREY stattdessen mit einigen ausgesuchten Leuten nördlich von KW in einer Kneipe in Rotberg bei Diepensee.

Wehrsport

Die Neonazis aus KW werden auf den zahlreichen verlassenen Übungsplätzen der Sowjetarmee im Kreisgebiet militärisch trainiert. Schwerpunkte liegen bei Halbe, Massow und Freidorf, wo BürgerInnen bestätigen, daß sie des öfteren Schüsse hören, die nicht von Jägern stammen können. Ein Beispiel für die hohe Toleranz, die Nazis in dieser ländlichen Gegend genießen, ist Freidorf. Dort lebt Alfred KAISER, ein älterer Mann, der *„Zugführer"* einer Horde von Nazi-Skins ist, die bei ihm im NVA-Jeep vorfahren. KAISER veranstaltet mit den jungen Nazis an den Wochenenden paramilitärisches Training, was so gut wie allen BürgerInnen des Dorfes bekannt ist. Denn KAISER versteckt seine Einstellung durchaus nicht. Er läuft in voller Nazi-Uniform, einschließlich Hakenkreuz, durch das Dorf. Er besitzt eine scharfe Pistole, deren Existenz den AnwohnerInnen durch die häufigen Schießübungen auf seine Scheune



Marcolf BRUMMLIG (hinten, mitte)

bekannt ist. Auch die paramilitärischen Übungen an anderen Örtlichkeiten des Landkreises sind ein offenes Geheimnis. Wenn man die Gruppen mit den Tarnuniformen und Klappspaten über die Landstraße ziehen sieht, dann sieht man lieber weg und regt sich nicht weiter auf. Auch die Polizei des Kreises weiß von den *„Wehrsportübungen"*, doch nach Angaben der Berliner Zeitung fehlen ihr die Einsatzkräfte, um dagegen vorzugehen.

Auch das Bunkergelände in der Nähe von KW ist ein beliebter Treff von Nazis. Hier hat sich auch Arnulf PRIEM, Chef der faschistischen neuheidnischen Gruppe 'Wotans Volk', eingenistet.

Bedrohungen und Morde

Die Neonazis aus dem Kreis KW fallen durch ihre besonders menschenverachtende Brutalität auf. Nach der Wende bildete der oben erwähnte Mordversuch an dem Nigerianer den Auftakt zu einer Reihe von Morden und Mordversuchen. Am 7. November 1992 ermordeten Marco WENZEL, Thomas SDZUJ und Daniel KRÜGER, alle aus Kreis KW, den 52jährigen Obdachlosen Emil Wendland auf bestialische Art am Kolpingsee. Sie schlugen ihn nieder, zertrümmerten seinen Schädel mit einer Gasflasche, ertränkten ihn und zündeten ihn an. Noch im Gerichtssaal hielten sie es nicht für nötig, ihr Opfer mit Namen zu nennen, bezeichneten ihn als *„Penner"* und *„Assi"*. Einer der Mörder, Daniel KRÜGER, ist Mitglied in der verbotenen 'NF' und hat ein eintätowiertes Keltenkreuz am Unterarm. Er sagte über sein Opfer, daß solche Menschen kein Recht hätten, unter strahlender Sonne zu leben. Inzwischen ist D. KRÜGER in der JVA Schwarze Pumpe inhaftiert, aus der er zusammen mit sechs weiteren Nazis im Dezember 93 für einen Tag ausbrach.

Ebenfalls im November 1992 wurden zwei Jugendliche tot an den S-Bahn Gleisen zwischen KW und Wildau gefunden. Die Umstände, die zum Tod der beiden führten, sind bis heute nicht geklärt. Einer der beiden wurde zuvor von Neonazis massiv bedroht.

Am 26.5.93 wurde ein weiterer Mord von Nazis verübt. Der Motorradfahrer Jeff von den



Die Mörder des 51jährigen Obdachlosen Rolf Schulze: Marco WENZEL, Thomas SDZUJ und Daniel KRÜGER (v.l.n.r.)

„Dotsch Riders" wurde von dem Nazi Daniel K. absichtlich totgefahren. Daniel K. kannte Jeff, der eine dunkle Hautfarbe hatte. 250 Biker kamen zu seiner Beerdigung und sammelten Geld, damit der Vater auch gerichtlich gegen die Mörder vorgehen kann. Anfänglich weigerte sich der Staatsanwalt, wegen Mordes oder auch nur wegen „Totschlag" zu ermitteln. Nur aufgrund des öffentlichen Drucks wird jetzt doch ermittelt.

Dies ist alles nur die Spitze des Eisberges, der Fälle, die nicht mehr zu vertuschen sind. Alltag dagegen sind Beschimpfungen, Bedrohungen bis zum Verprügeln, Überfälle auf Wohnungen von angeblich antifaschistischen Jugendlichen. In den Jugendclubs haben sich die Nazis und rechte Schläger breitgemacht, und kaum jemand schreitet dagegen ein. Insgesamt herrscht in KW, besonders nach spektakulären Ereignissen, ein Klima der Angst durch Einschüchterung. Keiner will etwas gesehen haben, geschweige denn, sich dazu äußern. Angst vor faschistischen Repressionen und einer offenen Auseinandersetzung hemmen zu viele davor sich offen dagegen zustellen.

Besonders an Schulen versuchen die Nazis gezielt Leute anzuwerben, so auch an der 1. KW'er Gesamtschule. Schulungsmaterial der 'NF' wurde gelesen und weitergereicht. Die 'JN' verteilt ungehindert den *„Denkzettel"* an den Schultoren. Einige Schüler liefen in 'KKK'- oder Hakenkreuz-T-Shirts rum. Besonders Andreas KOMENDA und Ralf ZIERCKE traten als geschulte 'NF' Kader in Erscheinung. Immer wieder terrorisierten sie andere Jugendliche und verbreiten Angst und Schrekken. Nach einer Flugblattaktion, die sich gegen diesen Terror richtete, hängte Marcolf BRUMMLIG, Sohn des SPD-Stadtverordnetenvorstehers BRUMMLIG, einen Zettel an das schwarze Brett seiner Schule mit der eindeutigen Warnung: *„Paßt auf, daß ihr nicht die nächsten seid, die Blut spucken"*. BRUMMLIG verfügte über gute Kontakte zur 'NF'. Die Stadtverwaltung hielt es bislang nicht für nötig, gegen das Treiben der Nazis einzuschreiten, obwohl die Drahtzieher hinreichend bekannt sind.

Ein antifaschistisches Konzert, organisiert von KW'er Jugendlichen, wurde nicht unterstützt.



Wegen Prügel- und Morddrohungen: Um von Faschisten nicht erkannt zu werden, vermummen sich diese Jugendlichen der antifaschistischen SchülerInnendemo.



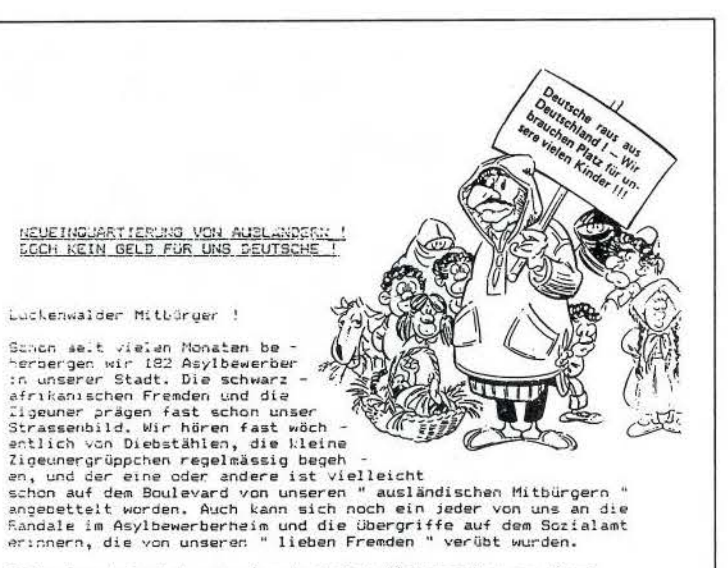


Die Naziszene hat sich festgesetzt

Luckenwalde, Kreisstadt des Teltow-Fläming-Bezirks und Geburtsort von Rudi Dutschke mit ca. 27.000 Einwohnern, liegt 50 km südlich von Berlin. Die ganze Gegend hat ein sehr ländliches Flair. Kleine gewachsenen Ortschaften mit Kirche und Kriegerdenkmal als Ortskern. Plattenbauten sind nur vereinzelt zu sehen. Die Straßen sind schlecht und holprig. Zu DDR-Zeiten waren die Tuch- und Hutfabriken die Hauptarbeitgeber im Kreis. Mittlerweile sind diese Betriebe längst „abgewickelt".

In Luckenwalde haben vor allem die 'Nationalistische Front' ('NF') und deren Nachfolgeorganisationen Fuß gefaßt. Seit Ende 1991 kleben in den Straßen Plakate und Flugblätter der 'NF'. In der Bahnhofsgaststätte Mitropa hielt die 'NF' 1992 ungestört eine Mitgliederversammlung ab.

Es existiert ein *„Stützpunkt"* der 'NF'. Der *„Stützpunkt"* ist der kleinste organisatorische Zusammenschluß und muß über mindestens vier Mitglieder innerhalb eines Aktionsradius verfügen. Der *„Stützpunktleiter"* ist Michael BARTH, auch „LAMSER" genannt. Mario KUMPEL, WEBER und Bert LINDER sind *„Stützpunktmitglieder"*. Im November 92 schlug BARTH einen Mann nieder, weil dieser sich weigerte den Hitlergruß zu machen. Nach dem Verbot der 'NF' Ende 92, fand bei BARTH eine Hausdurchsuchung statt, bei der eine Namensliste von GewerkschafterInnen, PDS'lerInnen, Kirchenleuten und Antifas gefunden worden sein soll. Danach machte BARTH unter dem Logo des 'Förderwerk Mitteldeutsche Jugend' ('FMJ') weiter. In der Öffentlichkeit tauchten Aufkleber und im Sommer 1993 ein extrem rassistisches Flugblatt des 'FMJ' auf. BARTH ist der Verfasser dieses Machwerkes, welches flächendeckend in die Briefkästen verteilt wurde. Darin wendet sich das 'FMJ' an die Luckenwalder BürgerInnen und ruft zu Übergriffen gegen AusländerInnen auf: *„Ihr habt es selbst in der Hand, denn was tut man mit einem Untermieter* (gemeint sind die AusländerInnen, Anm. d. Red.) *den man auf legale Weise nicht los wird. Man versauert ihm solange das Leben, bis er von selbst geht".*



NEUEINQUARTIERUNG VON AUSLÄNDERN !
DOCH KEIN GELD FÜR UNS DEUTSCHE !

Luckenwalder Mitbürger !

Schon seit vielen Monaten be - herbergen wir 182 Asylbewerber in unserer Stadt. Die schwarz - afrikanischen Fremden und die Zigeuner prägen fast schon unser Strassenbild. Wir hören fast wöch - entlich von Diebstählen, die kleine Zigeunergrüppchen regelmässig begeh - en, und der eine oder andere ist vielleicht schon auf dem Boulevard von unseren " ausländischen Mitbürgern " angebettelt worden. Auch kann sich noch ein jeder von uns an die Randale im Asylbewerberheim und die Übergriffe auf dem Sozialamt erinnern, die von unseren " lieben Fremden " verübt wurden.

Jeder Fremde kostet uns, dem deutschen Steuerzahler pro Monat 1000,- DM. Bei 182 Asylbewerbern macht das 182000,- DM (!), die wir in Luckenwalde allein in einem Monat an die Asylbewerber verschleudern. Kann man dieses Geld nicht viel besser für Kinder - gärten, für die Unterstützung von Arbeitslosen oder für andere Sozialleistungen, die uns Deutschen zugute kommen, verwenden ?

Für die meisten Städte und Gemeinden, vor allem in den neuen Bundesländern, ist die Unterbringung der Asylanten oder besser Scheinasylanten, denn politisch verfolgt sind von denen nur ca. 4,8 %, ein grosses Problem geworden. In Göttingen und anderen Orten wird Bewohnern städtischer Häuser wegen Eigenbedarfs ge - kündigt. Deutsche müssen ausziehen, um für Asylbewerber Platz zu machen.(!)

Auch wir Luckenwalder bleiben von Neueinquartierungen " aus - ländischer Mitbürger " nicht verschont. Im Elsthal 1 b wird das ehemalige Lehrlingswohnheim zum Asylantenheim umgebaut, das Platz für ca. 60 neue Fremde bieten wird. Nachdem die Unterbringung dieser 60 geklärt ist, stellt sich die Frage, wo danach der nächste Ausländerstoss untergebracht wird. In Turnhallen ? In Schulen ? Oder müssen auch Luckenwalder demnächst ihre Wohnungen für " einreisende Negerstämme " räumen ?

Diese neuen Scheinasylanten werden wieder ein Stück mehr zur Überfremdung unserer Stadt beitragen. Die massenhafte Einwan - derung von fremden Volksmassen hat zur Folge, das wir Deutschen immer mehr an nationaler Identität verlieren. Wenn dem Asyl - missbrauch nicht so schnell wie möglich ein Riegel vorgeschoben wird, werden wir schon bald Fremde im eigenen Land sein.



Rassistisches Flugblatt des 'FMJ'

Kurze Zeit später, am 17. September 1993, gab es eine Bombendrohung gegen das örtliche Flüchtlingsheim. Die Flüchtlinge mußten in eine Turnhalle evakuiert werden.

Michael BARTH versucht immer wieder, auf Leute Einfluß zu nehmen. Zuerst wollte er bei den Skins landen, die aber anfangs nicht viel Lust auf Partei und Disziplin hatten. Seitdem versuchten BARTH und seine Leute in dem örtlichen Jugendclub Fuß zu fassen. Die Sozialarbeiter duldeten dieses Treiben und viele andere Jugendliche mußten sich zurückziehen. Besonders die Heavys versuchte BARTH zu gewinnen. Argumentationshilfe für diesen Schritt fand er im *„Angriff"* Nr. 4, in dem Rockmusik als arische Musikrichtung dargestellt wird, die eine *„natürliche"* Beziehung zum Nationalismus habe. Prompt kam es zu faschistischen Provokationen. Eine Ehrentafel am Jugendclub zum Andenken an Verfolgte des Naziregimes wurde zertrümmert.

Nicht nur in Luckenwalde, sondern auch in der Region hält BARTH Veranstaltungen und Schulungsabende ab, wie zum Beispiel in der Trebbiner Kneipe *„Zum Eisenbahner"*. Angestachelt durch die faschistische Propaganda und unterstützt von der allgemeinen Stimmungslage kommt es immer wieder zu Übergriffen auf Flüchtlinge. Im Oktober 93 wurden in Luckenwalde Leute aus Rumänien von 20 bis 30 Nazis durch die Straßen und Gärten gejagt. Die Verfolgten suchen in ihrer Not Hilfe bei AnwohnerInnen. Sie klopften an die Türen, aber niemand machte auf oder gab auch nur eine Reaktion von sich. Ein Rumäne wurde daraufhin von den Nazis verprügelt.

Am 21.12.92 fand in Jänickendorf bei Luckenwalde eine Sonnenwendfeier statt, die wahrscheinlich von BARTH organisiert wurde. BARTH hat gute Kontakte, vor allem nach Berlin, Oranienburg und Umgebung. Im Frühsommer 1993 machte die 'FMJ-Ortsgruppe/Osthavel' mit einem Luckenwalder Kameraden Fahrten nach Schlesien. Drei Mal kann man/frau raten, wer dieser Kamerad wohl war.

Eine weitere wichtige Person in der rechten Szene in Luckenwalde ist LINDER. Er organisiert Schulungs- und Videoabende. Im Sommer 93 war er auf dem als *„Nordische Dichtertage"* getarnten Revisionistenkongress in Dänemark, zu dem auch die 'FMJ' eingeladen hat. LINDER hat auch gute Verbindungen nach Potsdam.

Mittlerweile gibt es drei 'DA/JF'-*„Stützpunkte"* in Luckenwalde. Sie rühmen sich damit 1000 *„Angriffe"* gefaltet und verteilt, auch an der Wintersonnenwende am 18.12.93 in Güstrow/Meckl.-Vorpommern teilgenommen zu haben und Rechtsschulungen durchzuführen. Angeblich haben sie auch ein Flugblatt in einer 3000er Auflage angefertigt.

Im Umkreis von Luckenwalde finden auch Wehrsportübungen statt. Auf dem Gelände des ehemaligen Heereshauptquartiers in Scharfenbruch treffen sich Nazis aus Luckenwalde, Zossen und Jüterbog.

Das Bild über faschistische Aktivitäten zeigt, daß die Naziszene sich auch hier festgesetzt hat und versucht, zu einem politischen Faktor zu werden. Besonderes Augenmerk wird dabei auf die Rekrutierung von Heavys und anderen Jugendlichen gesetzt, die über Gemeinschaftsabende, Schulungen und Wehrsportübungen geworben werden. Obwohl die Täter von Übergriffen und die Agitatoren bekannt sind, sieht die Stadtverwaltung dem faschistischen Treiben tatenlos zu.

Doch was tun unsere " Volksvertreter " in der Regierung ?

Sämtliche Politiker, die die Interessen unseres Volkes vertreten sollten, arbeiten schon seit Jahrzehnten gegen unseren Willen. Denn 3/4 unseres deutschen Volkes sind gegen die Zerstörung un - seres Landes durch Millionen von Ausländern, sind für die Ab - schiebung von Asylbetrügern, sind für " Ausländer raus ".

Erst nach den Ausschreitungen gegen Asylantenheime, wo sich viele unserer Landsleute mit Gewalt gegen die Auswirkungen der anti - deutschen Politik der Regierung wehrten, waren die Herren im fer - nen Bonn gezwungen, über das Ausländerproblem zu diskutieren.

Doch Gewalt gegen Ausländer ist nur ein Bekämpfen von Symptomen. Die wahren Schuldigen an den Verhältnissen, unter denen wir Deu - tschen leben müssen, sind die Volksfeinde in der Regierung !

Erst wenn diese deutschenfeindliche Regierung beseitigt ist, kann das Ausländerproblem im Interesse unseres deutschen Volkes ge - löst werden.

Das deutsche Volk hat es versäumt, seine Politiker auszutauschen. Jetzt tauschen die Politiker das Volk aus.

Luckenwalder ! Sagt " Nein " !

Wehrt Euch gegen die Neueinquartierung von Fremden.

Zeigt den Ausländern Eure Abneigung.

Ihr habt es selbst in Eurer Hand, denn was tut man mit einem Un - termieter den man auf legale Weise nicht los werden kann ? Man versauert ihm solange das Leben, bis er von alleine geht.

Protestiert bei den Kommunalpolitikern gegen die Neueinquartierung von Scheinasylanten!

Helft mit, das wir wieder als Deutsche in Deutschland leben kön - nen !

Deutsche, lernt wieder aufrecht zu stehen !





Stützpunkt Luckenwalde

Und die Rückseite desselben

Faschisten als Biedermänner und Brandstifter

Cottbus, die 120.000 Einwohner zählende Hauptstadt der Lausitz, im Südosten Brandenburgs, bedarf ebenfalls genauerer Betrachtung, was neofaschistische Umtriebe angeht. Das Zentrum der Lausitzer Braunkohleindustrie gehört zu den Städten, die durch die Vielzahl und Brutalität faschistischer Gewalttaten einen traurigen Ruf erlangt haben. Brandanschläge auf Flüchtlingswohnheime, Schändungen von Friedhöfen und Ehrendenkmälern, Wehrsport, Überfälle auf Ausländer und Linke, die mehrere Tage andauernden Angriffe auf das Flüchtlingswohnheim in Cottbus-Sachsendorf (unmittelbar nach dem Pogrom in Rostock-Lichtenhagen) - Cottbuser Alltag. Beispiele, die die Bandbreite rechter Aktivitäten verdeutlichen.

Diese Ereignisse haben einen organisatorischen Hintergrund, mit dem wir uns im Folgenden beschäftigen werden.

Wir berichten im Artikel über die 'DA' (Seite 83) über ein *„Koordinierungstreffen Ost"*, auf dem die Gründung der 'DA-Mitteldeutschland' beschlossen wurde. Wie dieser Plan umgesetzt wurde, wird Thema dieses Beitrages sein.

Aufbau der 'DA'

Der erste Vorsitzende der 'DA-Mitteldeutschland' war der Dresdener Ray TRÄGER, der später von dem Cottbuser Carsten WOLTER abgelöst wurde. Die 'DA-Ortsverbände' Dresden und Cottbus sind bereits Ende Dezember 1989 gegründet worden. Der erste Cottbuser Parteitag fand dann am 7.7.1990 in Kiekebusch in der Kneipe *„Zum Kelch"* statt, die zeitweise als Treffpunkt der Rechten fungierte. Der an Aids verstorbene Michael KÜHNEN und der inzwischen inhaftierte österreicher Gottfried KÜSSEL nahmen daran teil.

Maßgeblich beteiligt am Aufbau der 'DA'-Cottbus war der gebürtige Cottbuser Frank HÜBNER.

HÜBNER ist ein Mann mit einschlägiger Vergangenheit. Er wurde 1984 als politischer Häftling von der BRD freigekauft und verließ die DDR zusammen mit seinem Bruder Peter HÜBNER, der wegen Gründung einer illegalen Wehrsportgruppe im Knast saß.



Carsten WOLTER, ehem. 'DA'-Landesvorsitzender

Sie ließen sich in Hessen nieder und fanden schnell Anschluß an die rechtsradikale Szene. Frank HÜBNER gelangte nach einem Zwischenspiel bei der 'DVU' und der 'FAP'-Hessen zu KÜHNENs 'Nationale Sammlung' ('NS'). Dort erhielt er eine Kaderschulung durch die 'Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front' (GdNF). Nach Mauerfall, im Dezember 1989, kehrte HÜBNER (als Kader der 'GdNF') nach Cottbus zurück. Er hatte die Aufgabe, die nationalen Kräfte in den *„Gauen"* Brandenburg und Sachsen zu sammeln und zu organisieren. Am 19.10.1991 fand dann ein weiterer Parteitag der 'DA' in Cottbus statt, auf dem HÜBNER zum Bundesvorsitzenden gewählt wurde. Der Cottbuser René COSWIG wurde sein Stellvertreter und



Frank HÜBNER

Carsten WOLTER blieb in seinem Amt als 'DA-Landesvorsitzender' Brandenburg. Sein Stellvertreter wurde Mike HÖNZKE und zum Schatzmeister wurde Ingo FENSKE gewählt. FENSKE, auch „Glasi" genannt, stellte der 'DA' seine



„Glasi" (r.), HÜBNERs rechte Hand ist inzwischen auf Mauritius im sonnigen Exil

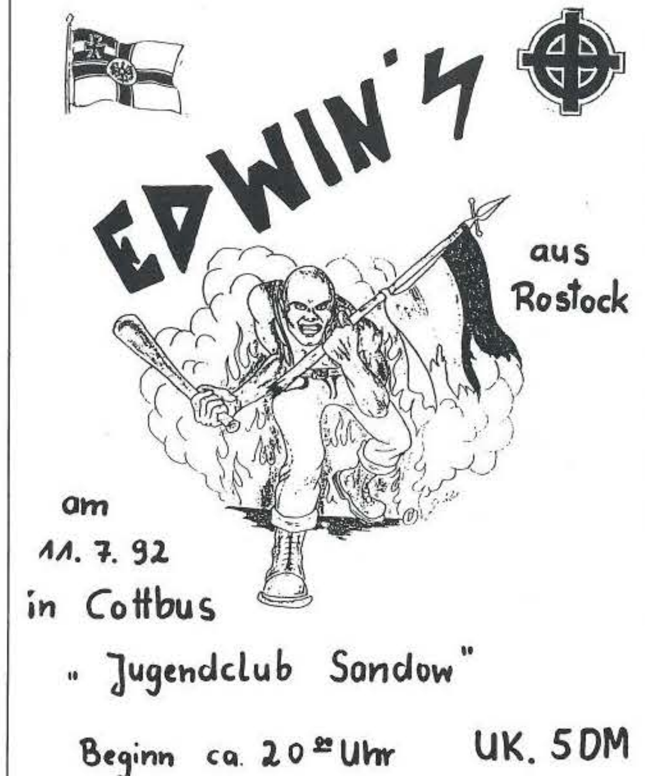
Cottbus

Wohnung zur Verfügung. HÜBNER wohnte bei ihm, bis er selbst eine Wohnung gefunden hatte.

Mit dem Parteitag im Oktober 1991 wurde der Wandel der 'DA' von der bundesweiten Organisation zur Partei, deren Gewicht eindeutig in den fünf neuen Bundesländern liegt, unterstrichen. Sie hatte in ihren Hochzeiten bis zu 1200 Mitglieder, die zum größten Teil aus der ehemaligen DDR stammten. Neben der 'DA-Kameradschaft' entstanden in Cottbus eine eigene Frauen- und Jugendgruppe der 'DA'.

Schwerpunkt Jugendarbeit

Überhaupt kann man Jugendarbeit als ein Standbein in der Praxis der 'DA' bezeichnen. Zeitweise gab es bis zu fünf (hauptamtliche!) Faschos aus den Reihen der 'DA' (u. a. HÜBNER, WOLTER, SCHÖNROCK), die aktive Jugendarbeit leisteten. Innerhalb der 'DA' war Sten SÖHNDEL, HÜBNERs Privatfreund und *„Ziehkind"*, eigens für Jugendarbeit verantwortlich. Es gelang der 'DA' zeitweise, städtische Jugendprojekte zu unterwandern. Die Cottbuser Jugendhilfe e.V. stellte z. B. zwei Streetworker aus der Naziskinszene ein: Andi MUSCHIK und Christian KOLLOSCHE, beide als Schläger bekannt, und zeitweise Mitglieder der 'DA'. Sie konnten als Sozialarbeiter in aller Ruhe

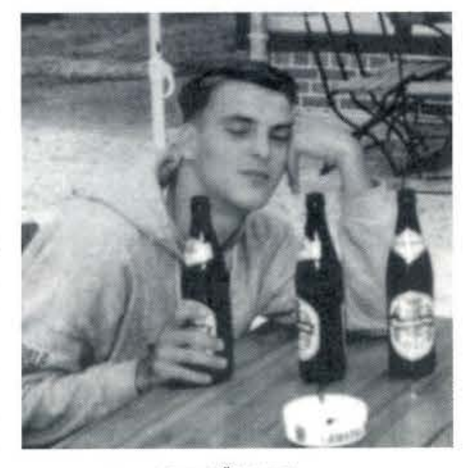


Ankündigung zu einem Konzert der rechtsradikalen „Edwins"

Nazikonzerte mit Bands wie *„Störkraft"*, *„Werwolf"*, *„Screwdriver"* usw. im Club organisieren und wurden dabei aus dem staatlichen Topf des bundesweiten „Aktionsprogramms gegen Aggression und Gewalt" (AGAG) bezahlt.

Im Cottbuser Jugendclub *„Sandow"* fanden eine Zeitlang tatsächlich Schulungen und Kameradschaftsabende der Nazis statt. Zuerst von der 'Deutschen Hitlerjugend', dann der Jugendorganisation der 'DA'. Konzerte faschistischer Bands fanden sehr häufig in Cottbus oder in kleineren Städten des Umlandes statt. In Sandow z. B. sollte ein von der 'DA' organisiertes Konzert mit der englischen Naziband „Screwdriver" stattfinden. Bandmitglieder stachen am Vorabend des Konzertes einen jungen Mann nieder, den sie für einen Linken hielten. Er wurde schwer verletzt. Das Konzert fiel dann aus, da die gesamte Band bis auf den Sänger verhaftet wurde. Hier kommt dann auch noch mal Streetworker Andi MUSCHIK ins Spiel, der früher die *„Screwdriver-Security-Deutschland"*, die sich *„SS"* abkürzt, leitete. Kam es bei von der 'DA' mitorganisierten Konzerten zu Sachschaden, kam diese dafür finanziell auf. Für linke antifaschistische Jugendliche bedeuten diese Konzerte immer Streß und Wachsamkeit. So laufen nach Konzerten Trupps von Faschos auf der Suche nach Linken oder AusländerInnen durch die Stadt. Nachdem es

Andreas MUSCHIK, ein (r)echter Sozialarbeiter



Sten SÖHNDEL, HÜBNERs Augapfel und Kronprinz

vermehrte Öffentlichkeitsarbeit von AntifaschistInnen zur Situation im *„Sandower Jugendclub"* gab, hat sich der Schwerpunkt des offiziellen Jugendarbeitsträger wie *„Jugendhilfe Cottbus e.V."* wieder mehr auf *„normale"* Jugendliche verlagert. Wenn es in Cottbus zu Angriffen kommt, so sind selten

Nazis aus der Stadt selbst beteiligt. Die rechten Schläger der Region gehen arbeitsteilig vor. Dem liegt die Idee der MEKs (Mobile Einsatzkommando) zugrunde. Das bedeutet praktisch, daß für







Maik HOFFMANN Jens-Werner KLOCKE Silvio KÖCHEL Daniel LANGNER

Cottbus die Kameraden aus Spremberg, Lübben, Burg, Peitz, Görlitz usw. zuständig sind und die Cottbuser eher im Umland agieren. So vresuchten z. B. 30



Andreas HAUSER ('Werwolf Jagdeinheit Senftenberg') in seiner Lieblingspose

Görlitzer Faschoskins nach einem *„Märtyrer"*-Konzert im *„Sandower Jugendclub"*, am Bahnhof zu randalieren. Für 20 von ihnen endete der Ausflug nach einer Begegnung mit aufmerksamen Antifas allerdings im Krankenhaus. Generell erschwert diese Strategie jedoch die Zuordnung und Verfolgung von Angriffen (derartigen Terrors).

Im Umland sind mit der Zeit in mehreren Kleinstädten 'DA-Kameradschaften' und Ortsgruppen entstanden, z. B. in Finsterwalde, Spremberg, Lübben oder Senftenberg. Es entstanden aber auch eigenständige Terroreinheiten, wie z. B. die *„Werwolf-Jagdeinheit Senftenberg"*, deren Mitglieder sich Januar 94 wegen Mordes vor Gericht verantworten mußten. Die Mitglieder der *„Jagdeinheit"* hatten einen Raubüberfall geplant, um Schulden aus Waffenkäufen zu begleichen. Da sie dafür ein Fahrzeug benötigten, täuschten sie auf einer Landstraße einen Unfall vor. Der 27jährige Timo P. hielt an, um zu helfen, und wurde daraufhin kaltblütig mit drei Schüssen ermordet.

Auch Wehrsport gehört natürlich ins Repertoire der 'DA'. Wehrsport und theoretische Schulung sind ein Muß in 'GdNF'-Vorfeldorganisationen. Zuständig für diesen Bereich ist der *„Sicherheitsbeauftragte"* der 'DA' KUNSTMANN und eventuell auch René COSWIG. So führte die 'DA' z. B. ein Pfingstlager (Wehrsport und Schulung) zusammen mit der Wikingjugend vom 17.-20. 5. 1991 am Spremberger Stausee durch.

Deutsche Söldner in Kroatien

Nazis aus dem 'DA'-Spektrum kämpfen auf kroatischer Seite im ehemaligen Jugoslawien mit. Die Kontakte zur faschistischen 'HOS'-Partei (im ehem. Jugoslawien) und die Vermittlung deutscher Söldner nach Kroatien ist u. a. ein Werk des hessischen 'GdNF'-Kaders Heinz REISZ, dem langjährigen, engen *„Kameraden"* HÜBNER's und Aufbauhelfers der 'DA'.

Der Aufbau der 'DA'-Struktur in Cottbus erhielt internationale Unterstützung von prominenten *„Kameraden"*. Oftmals waren österreichische Nazis der 'VAPO' (Volkstreue Außerparlamentarische Opposition) zu Besuch oder Dennis MAHON vom 'KKK' (Ku Klux Klan/USA), Poyl H. R. KNUDSEN aus Dänemark von der 'DNSB' (Dänische Nationalsozialistische Bewegung). Ernst ZÜNDEL aus Kanada sowie z. B. auch Ewald ALTHANS oder Arnulf PRIEM.

Die 'DA'-Kader trafen sich wöchentlich zu Kameradschaftsabenden in Groß-Gaglow in der Kneipe *„Wassermann"*. Ihr Einfluß ist im Stadtteil Sachsendorf am größten. Dort spielt der Jugendclub *„Onkel Tom`s Hütte"* eine wichtige Rolle als Treffpunkt der sowohl, organisierten wie unorganisierten Rechten.



Roman DANNENBERG

Die 'DA-Mitteldeutschland' mit ihrem Zentrum Cottbus avancierte bis zu ihrem Verbot zur mitgliedsstärksten, offen auftretenden faschistischen Partei.

Öffentlich distanziert sich die 'DA' von faschistischer Gewalt, spricht man doch im populistischen Parteiprogramm von einer *„humanen, aber konsequenten Ausländerrückführung"*. Was sich 'DA'-Mitglieder und ihr Umfeld tatsächlich darunter vorstellen wird im

Die Deutsche Liga für Volk und Heimat - DLVH

stellt sich am 5.12.93 zur Kommunalwahl in Cottbus

Wir denken:

- **national**
- **sozial**
- **antikommunistisch**

und kämpfen gegen

- **Arbeitslosigkeit**
- **Asylmißbrauch**
- **steigende Kriminalität**
- **Wohnungsnot und Mietwucher**
- **Exkommunisten mit fragwürdiger Vergangenheit**

Wählen Sie die einzige Opposition !

Frank Hübner als Oberbürgermeister

ins Rathaus !

Listenplatz Nr. 8

Für weitere Informationen :
DLVH, Postfach 500 138, 03172 Guben

HÜBNERs Kandidatur in Cottbus

mehrtägigen Angriffe auf das Flüchtlingswohnheim in Cottbus-Sachsendorf im Sept. 92. Ein gewisser Mike P. gab an, im August 92 vom Plan des 'DA'-Umfeldes das Flüchtlingsheim zu stürmen, gewußt zu haben. So hat Torsten SCHÖNROCK, Leibwächter von F. HÜBNER, bei dem Angriff auf das Wohnheim Jugendliche damit betraut, Molotowcocktails auszugeben. Der Einfluß der 'DA' auf rechte Jugendliche und deren logistische, praktische Unterstützung sorgten letztendlich dafür, daß die Flüchtlinge über mehrere Tage Todesängste auszustehen hatten.

Bemerkenswert ist, inwieweit das politische Kalkül HÜBNERs aufgeht, offen als Faschist mit dem Antlitz eines Biedermannes aufzutreten, sich jedoch von Brandanschlägen und Überfällen zu distanzieren. So wurde ihm gar die *„Ehre"* zuteil, an einer Bürgerversammlung teilzunehmen, die anläßlich der Ausschreitungen in Sachsendorf einberufen wurde und bei der auch *„Landesvater"* M. Stolpe und Polizeipräsident Lüth anwesend waren. Er wurde dort aufgefordert, seinen Einfluß auf den rassistischen Mob geltend zu machen und die braunen Schlägertrupps zurückzupfeifen. - Illusorisch, oder?

Ab Januar 1992 gab die 'DA' den bundesweit vertriebenen *„Brandenburger Beobachter"*, eine faschistische Hetzpostille, heraus. Das 'DA-Mitglied' Andy LEHMANN, geschult und eher der intellektuellen Fraktion zugehörig, war dafür zuständig. LEHMANN gehört zu einer Gruppe Lübbener Neonazis, zu der auch Ray DRASKOWSKY ('DA-Mitglied', er war schon zu DDR-Zeiten als



Neonazi bekannt) und Alexander FINSTERBUSCH (der eher aus dem 'FAP'-Spektrum kommt) zählen.

folgenden deutlich. So waren 'DA'ler wie Frank HÜBNER, René COSWIG (stellvertr. 'DA'-Vorsitzender) und Carsten WOLTER ('DA-Vorsitzender Brandenburg') Drahtzieher beim Pogrom von Hoyerswerda im Sept. 91. Zwei Monate später fand dann der sächsische 'DA-Parteitag' unter dem Vorsitz von Roman DANNENBERG in der *„ersten ausländerfreien Stadt Deutschlands"* statt. Michael BÜTTNER fungiert dort als 'DA-Kameradschaftsführer'.

Ebenso war die 'DA' mitverantwortlich für die

Das Verbot

Am 10. Dezember 1992 wurde die 'DA' vom Bundesinnenministerium verboten. Vorausgegangene öffentliche Verbotsdiskussionen ließen dies erwarten, so daß sich die 'DA'-Führungsclique auf die zu erwartenden Hausdurchsuchungen vorbereiten konnte. Entspre-

chend wenig belastendes Material wurde dann auch gefunden. Für keinen der Kader der 'DA' hatte das 'DA'-Verbot persönliche Konsequenzen.

Mit dem Verbot kamen die Aktivitäten keinesfalls zum Erliegen. So wurden die Kameradschaftsabende regelmäßig (fast wöchentlich) weitergeführt. Das Verbot wurde umgangen, indem andere rechte Parteien oder Organisationen wie die 'Deutsche Liga' ('DL'), die 'Nationaldemokratische Partei Deutschlands' ('NPD') oder das 'Deutsche Jugendbildungswerk' ('DJBW') Schulungen oder Veranstaltungen anmeldeten, bei denen internationale Naziprominenz vor Ort war, wie z.B. Ewald ALTHANS aus München oder Ernst ZÜNDEL aus Canada.

„Initiative Freiheit für Gottfried KÜSSEL“

HÜBNER selbst hat Ende 1993 die „Initiative Freiheit für Gottfried KÜSSEL“ zusammen mit Michael PETRI (Ex-DA'ler) aus Mainz und Arnulf PRIEM aus Berlin (Ex-DA'ler) ins Leben gerufen. Eine interessante Verbindung: Gottfried KÜSSEL, im Knast sitzender Chef der 'VAPO', der Organisation, die für die Serie von Briefbombenanschlägen in Österreich verantwortlich ist und F. HÜBNER und die Cottbuser 'DA'. Das alte Band ist nicht abgerissen.



Cottbuser Stadtansichten

HÜBNER ließ sich sogar im Herbst 93 als Kandidat für die 'DL' zum Oberbürgermeister und für die Stadtverordnetenversammlung im Stadtteil Sandow aufstellen. Die Teilnahme an den Kommunalwahlen war zwar ein Flop, doch unterschätzen sollte man dies nicht. Immerhin erlangte er fast 1500 Stimmen.

Intensiviert wurden die Kontakte nach Polen, Rußland oder Ungarn. In *„Frankenfeld“* (Polen) waren 'DA'-Kader häufig in einem von polnischen Nazis bewohnten Haus. In Moskau hält HÜBNER Kontakt zur 'Volkssozialistischen Partei Rußlands'.

Seit dem Verbot ist mehr als ein Jahr vergangen. Es hat keine einheitliche Neuorientierung der 'DA-Mitglieder' gegeben. Gegen mehr als 100 Personen aus dem 'DA-Umfeld' wird wegen Fortführung einer illegalen Organisation ermittelt. Am 19.4.93 (mensch beachte die zeitliche Nähe zum 20.4., dem Geburtstag von Hitler und ein beliebter *„Feiertag“* der Nazis) löste die Polizei ein Treffen der 'DA' auf, an dem Gäste aus NRW, Hessen und Berlin teilnahmen. Die Zusammenarbeit mit anderen faschistischen Gruppen, Parteien hat sich seit dem Verbot verstärkt. Es bleibt abzuwarten, ob es in absehbarer Zeit eine organisatorische Neugründung geben wird oder wohin sich die 'DA-Mitglieder' orientieren. Eines ist sicher, ihre Gesinnung ist dieselbe geblieben.

Im letzten Teil dieses Berichts wollen wir unser Augenmerk auf andere faschistische Organisationen richten, die in der Stadt agieren. Es gibt noch wesentlich mehr, als die eingehend beschriebene 'DA'. Die Naziszene ist groß, Faschisten jeglicher Couleur haben in Cottbus keine Schwierigkeiten etwas entsprechendes für sich zu finden. Die Stadt ist inzwischen in verschiedene Einflußgebiete aufgeteilt. So ist die 'DA', wie schon erwähnt, am stärksten in Sachsendorf. Hier erhielt HÜBNER auch die meisten Stimmen bei der Kommunalwahl. Der Stadtteil Sandow, in dem viele Naziskins leben, ist 'FAP'-Gebiet, die dort massiv plakatiert und anderes Propagandamaterial verteilt. Naziskins, die von der 'DA' teilweise *„vernachlässigt“* wurden, werden jetzt verstärkt von der 'FAP' rekrutiert.



Jochen JANSEN ('NPD'-Mitglied)

Die 'FAP'

Marco BÄR aus 03042 Cottbus ist Kontaktmann für die 'FAP' und führend an deren Aufbau beteiligt. Es existiert zwar nach Angaben der Cottbuser Polizei keine 'FAP-Gruppe', doch wurden im Neubaugebiet Schmellwitz im Juni 93 Plakate geklebt und am 1.8.1993 Flugblätter in Briefkästen gesteckt. Ebenso meldete die 'FAP' für den 17.8.1993 (Rudolf Heß Todestag) eine Demonstration an, die jedoch im Vorfeld verboten wurde. Im September 1993 wurde eine Flugblattaktion von der Polizei vereitelt. 15 Berliner 'FAP'ler waren mit drei Autos nach Cottbus unterwegs. Im Gepäck 1000 rassistische Flugblätter. Bei einer Polizeikontrolle in Kolkwitz wurden die Autos durchsucht und die Flugblätter sichergestellt. Trotz Kontrolle, Beschlagnahmung und Platzverweis konnten Flugblätter in der Innenstadt verteilt werden, da die 'FAP'ler' sich unter den Augen der Polizei im nächsten Kopierladen Flugblätter nachkopierten. Mit von der Partie war der Berliner 'FAP-Chef' Lars BURMEISTER. Ein paar Tage nach der etwas verunglückten Verteilaktion erschien ein weiteres Flugblatt der 'FAP', in dem sie den *„Anti-FAP-Einsatz“* der Polizei verurteilte.



Marco BÄR

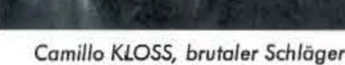
Die 'NPD' und ihre 'Jugendorganisation JN'

Laut einem Bericht aus dem Innenministerium vom 23.8.93 ist die Cottbuser 'NPD-Gruppe' die aktivste in ganz Brandenburg. Sie hat enge Kontakte zur Führungsriege der 'DA'. So machte die 'NPD' den 'DA'lern nach dem Verbot das Angebot, sie geschlossen in ihre Partei aufzunehmen. Anbei sollte auch Erwähnung finden, daß vor dem 'DA'-Verbot große Teile der brandenburgischen 'NPD' um Michael SPIEGLER der 'DA' beigetreten sind. In der 'NPD' sind eher ältere Leute organisiert. Sie arbeiten eng mit dem revanchistischen 'BdV-Cottbus' (Bund der Vertriebenen) zusammen. Die Jugendorganisation 'Junge Nationaldemokraten' ('JN') steht den Alten in ihren Aktivitäten nicht nach. So feierte der 'Bundesvorsitzende der JN' Andreas STORR, seinen Geburtstag in Cottbus. Besonderer Gast war der Faschobarde Frank RENNICKE, der aber nur ein Lied singen konnte, da die Polizei die Feier aufgrund der Anwesenheit von Frank HÜBNER auflöste. Auch bei der 'JN', die schwerpunktmäßig in der Innenstadt tätig ist, kann man, genau wie bei der 'FAP', Aufbauhilfe aus Berlin und Westdeutschland beobachten. In Forst fand zum Beispiel eine Veranstaltung der Spremberger 'JN' statt, an der auch der stellvertretende Bürgermeister von Forst teilnahm. In der 'NPD'-Publikation *„Zündstoff“* (von März 93 wurde angemerkt), daß die *„Cottbuser Kameraden sich langsam aber sicher ihre Infrastruktur aufbauen“*. Nachdem das 'NPD'-Domizil verwüstet wurde, stehen jetzt wieder privat finanzierte Räume zur Verfügung.



Frank SCHWERDT (r.) bei Gubener 'Kameraden'

Weitere Kader vom 'Förderwerk Mitteldeutsche Jugend' ('FMJ'-Kader) scheinen in Ströbitz zu leben, da dort immer wieder 'FMJ-Aufkleber' auftauchen. In Lauchhammer ist die lokale Faschistenorganisation 'Nationaler Kameradschaftsbund Lauchhammer' in die 'FMJ' eingetreten.



Camillo KLOSS, brutaler Schläger

Die 'Deutsche Liga' (DL)

Als letztes ist zur 'Deutsche Liga' ('DL') noch einiges zu erzählen. Die 'DL', die bis Herbst 93 nicht in Cottbus vertreten war, was nicht bedeutet, daß es keine Kontakte gab, beschloß an den Cottbuser Kommunalwahlen teilzunehmen. In zwei Wahlkreisen erzielte sie die erforderlichen Unterschriften für den Wahlantritt des in 'DL-Kreisen' nicht unumstrittenen Ex-'DA'-Chefs Frank HÜBNER. An einer Wahlveranstaltung in Sachsendorf nahm dann auch der 'DL-Funktionär' Frank SCHWERDT aus Berlin teil. In Peitz fand ebenfalls eine Wahlveranstaltung mit F. SCHWERDT statt, an der auch 'FMJ'ler teilnahmen. Der Berliner 'DL-Kader' SCHWERDT hat den Kontakt zwischen 'DA' und 'DL' aufgebaut. Auf seine Initiative hin organisierte die Gubener 'DL' eine Veranstaltung, bei der Wahllisten aufgestellt wurden. Am 2.10.93 wollte die 'DL' ihren Bundesparteitag in Kolkwitz abhalten, und am 3.10.93 hatte sie dort eine Gedenkveranstaltung angemeldet. Beides wurde im Vorfeld verboten. Die 'DL' konnte glücklicherweise in Cottbus keinen Erfolg bei den Wahlen verbuchen. Die weitere Entwicklung bleibt abzuwarten. Einzig in Peitz gelang es Helmut WANDKE in die Stadtverordnetenversammlung gewählt zu werden.

Barnim

Unter den Augen der Polizei totgeschlagen

Eberswalde ist ein ca. 60.000 Einwohner zählendes Städtchen und liegt rund 50 Autominuten nordöstlich von Berlin. Die langezogene Ortschaft wirkt wie an der Straße aufgefädelt. Während des Hitlerfaschismus wurde hier eine Papierfabrik errichtet, in der das Papier hergestellt wurde, das die Nazis für das Fälschen von englischen Banknoten, Dokumenten und Pässen benötigten.

Bundesweit in die Schlagzeilen geriet Eberswalde, als am 24. November 1990 der erste rassistische Mord in der Ex-DDR verübt wurde. Der Angolaner Antonio Amadeu wurde von einer Horde Nazis, die vorher plündernd und grölend durch die Stadt zogen, unter den Augen der Polizei totgeschlagen.

In dem Prozeß gegen die Mörder, wurde der Gerichtssaal von den Faschisten als Bühne für die Darstellung ihrer Gesinnung benutzt. Die 'Nationalistische Front' ('NF') und die 'Deutsche Liga' ('DL') mobilisierten zu einen Naziaufmarsch am 27.8.91, an dem 150 Rechte teilnahmen. Ursprünglich sollte die Fernsehaufzeichnung einer antirassistischen Veranstaltung angegriffen werden.

Nach dem Prozeß wurde das dumpfe und rassistische Klima unter den Eberswalder Jugendlichen und die unverhohlene Sympathie von Teilen der Bevölkerung immer deutlicher. Während der antirassistischen Demo am 19.8.91 wurde aus einem Wohnzimmer heraus mit einem Luftdruckgewehr auf die TeilnehmerInnen geschossen und ein Heinz BRUCK (61) verkündete öffentlich in der Zeitung, daß es richtig war, was die Skins getan haben. Die Polizisten, die während des Mordes untätig zusahen, weil sie *„keinen Einsatzbefehl"* hatten sind bis heute im Dienst. Sie werden strafrechtlich nicht belangt.

Geschichte und Entwicklung der rassistischen Angriffe in Eberswalde

Den wirtschaftlichen Aufschwung erlebte das verschlafene Städtchen 1976, als hier ein moderner Schlachthof hochgezogen wurde. Die Menschen, die durch die Arbeitsplätze angelockt wurden, sind in den DDR-typischen Plattenbauten untergebracht. Inzwischen leben in der Betonwüste namens Max-Reimann-Viertel rund 18.000 Menschen, rund 1/3 der Eberswalder Bevölkerung. Damals kamen auch Vertragsarbeiter aus Angola, Mozambique und Algerien in die Stadt. Sie lebten meist abgeschottet von der übrigen Bevölkerung in Arbeiterwohnheimen.

Eine größere rassistische Ausschreitung wurde 1984 bekannt. Nach einer Schlägerei zwischen Deutschen und Vertragsarbeitern auf dem Rummel zog ein aufgebrachter und vom Alkohol hochgeputschter Mob vor ein Wohnheim. Es wurde versucht die ArbeitsimgrantInnen zu verprügeln und das Heim anzugreifen. Geeint hat den Mob Vorurteile und Ausländerhaß. Das war aber nur die Spitze des Eisbergs. Alltäglich gab es Beschimpfungen und Bedrohungen gegen Polen und Schwarzafrikaner. Letztere mieden aus Angst vor Ausschreitungen die Kneipen und Discotheken der Deutschen. Die Wende brachte dann neuen Schwung in die deutschtümelnde Stimmung.

Organisierte Nazis in Eberswalde

Bald nach der Wende hatten Nazis aus dem Westen erkannt, daß die Ex-DDR ein fruchtbarer Boden für ihre Propaganda ist. Sie versuchten vor allem in den Jugendclubs Fuß zu fassen. So auch in Eberswalde, wo sich Axel GRUNOW ('NF'-Kader aus Berlin) herumtrieb. Schnell hatten sich Sympathisanten gefunden. Tristan DEWITZ gründete, nachdem er zuvor drei Monate in Westdeutschland (Ruhrgebiet) war, seine lokale Organisation, den 'Deutsch-Nationalen Völkischen Bund'. Er betrieb hauptsächlich 'NF'-Propaganda. Mitglieder aus der DEWITZ-Gruppe waren an der Ermordung des Angolaners Antonio Amadeu beteiligt, u.a. der Hauptangeklagte Kay-Nando BÖCKER und sein Bruder Sven. Sie saßen gemeinsam im Jugendgefängnis Schwarze Pumpe ihre Strafe ab. Dort gehörten sie zu den führenden Nazis, die im Knast eine Nazi-Szene aufgebaut und vorangetrieben haben. Im Dezember 1993 bekam Kay-Nando BÖCKER Hafturlaub, obwohl dies nach so kurzer Zeit der Haftverbüßung außerordentlich ungewöhnlich ist. BÖCKER nutzte die Gelegenheit um in Schwedt einen Überfall zu begehen und dann bei seiner Freundin in Stuttgart unterzutauchen. Dort wurde er von der Polizei festgenommen. Seitdem sitzt er im Brandenburger Knast.



Rocco NEUMANN - er sieht nicht nur so aus, er ist auch einer...

Ein weiterer Nazi-Schläger in Eberswalde ist Rocco NEUMANN. Zusammen mit Matthias ADLER, DEWITZ und FRIEDBERG suchte er öfters den Stadtjugendclub auf. Am 25.1.94 wurde er wegen räuberischer Erpressung und Körperverletzung zu vier Jahren Gefängnis verurteilt. Hintergrund sind die Geschehnisse von Pfingsten 92. Damals trafen sich Rechtsradikale aus dem ganzen Bundesgebiet, um hier ein *„Pfingstlager"* abzuhalten. NEUMANN versuchte vom Wirt einer nahegelegenen Kneipe Freibier zu erpressen, andernfalls würde er *„aus der Bude Kleinholz machen"*.

Mittlerweile haben sich in Eberswalde mehrere Nazis zusammengefunden, die sich innerhalb der 'Direkten Aktion Mitteldeutschland/JF' organisieren. Angeblich wurden bereits Flugblätter verteilt und die neusten Aufkleber von Andreas POHL, *„EG - Nein Danke"* mit Postfach in Potsdam, geklebt. Derzeit sind sie noch auf der Suche nach geeigneten Räumen.

Tristan DEWITZ

Seit Mitte Dezember 1993 tauchen Aufkleber der illegalen 'NSDAP/AO' auf. In letzter Zeit versucht sich auch die 'FAP' in Eberswalde festzusetzen. Vor den Kommunalwahlen im Dezember 1993 verteilten sie Flugblätter und die 'FAP'-Gruppe aus dem benachbarten Zepernick wollte sich zur Wahl stellen. Bei diesem Ansinnen wurden sie von dem Berliner 'FAP'-Vorsitzenden Lars BURMEISTER unterstützt. Auch die 'Republikaner' sind mit Jörg-Dieter VENNEN in Eberswalde präsent.

Übergriffe

In Eberswalde ist die rechte Szene tief mit der Heavy-Metall-Szene verwoben. Aus diesem Kreis heraus kommt es immer wieder zu gewalttätigen Angriffen. Das schlimmste Ereignis war der Mord an Antonio Amadeu. Am Rande des Prozesses wurde durch das zunehmende öffentliche Interesse die Bedrohungssituation von AusländerInnen starkt verdeutlicht. Nachdem einige der Nazianführer verhaftet wurden, beruhigte sich die Lage. In jüngster Zeit kommt es wieder öfter zu Übergriffen. Aus einem Trabbi heraus wurde auf einen Bus mit Jugendlichen, die der Antifa Szene zuzurechnen sind, scharf geschossen. Die Täter entkamen. Nach dem Mord an Antonio Amadeu wuchs der Druck auf die Stadtregierung, die skandalösen Zustände zu ändern und der faschistischen Organisierung Einhalt zu gebieten. Seitdem hat sich das Klima in Eberswalde merklich geändert.



NUR DER ORGANISIERTE WILLE BEDEUTET MACHT

NATIONALISTISCHE FRONT

Stützpunkt Osthavel

KS Kremmen
PSF 67
Velten-1420
Mitteldeutschlan

Kameraden der Kameradschaft Eberswalde! Kremmen den 20.08.92

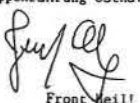
Wir planen für Mittwoch, dem 26.08. eine Gegenveranstaltung zur Kundgebung des Antirassismusvereins und sonstiger linker Zecken in Euerer Stadt.
Das ganze soll so gegen 19.00 Uhr stattfinden.
Die Gegenveranstaltung wird zusammen mit Kameraden der "Deutschen Liga für Volk und Heimat" durchgeführt.

Bitte trommelt soviel Leute wie möglich für diesen Tag zusammen.

Der Fernsehsender "Antenne Brandenburg" wird von der Zeckendemo live berichten.

Vormerken könnt ihr Euch auch schon den Samstag 05.09. . An diesem Tag wird hier bei uns eine größere Fete stattfinden, bei der auch die Berliner Band "Landser" auftreten wird. Ihr seid herzlichst eingeladen.

Ortsgruppenführung Osthavel



Front Heil!



Eine ungewöhnliche Universitätsstadt

Bereits zu DDR-Zeiten kamen mehrere der Frankfurter Naziskins wegen faschistischer Aktivitäten in den Knast. Seit der Öffnung der deutsch-polnischen Grenze im Juni 1990 sind brutale Angriffe und Überfälle auf polnische und andere osteuropäische TouristInnen zur zeitweiligen Hauptbeschäftigung für rechte Jugendliche und organisierte Faschisten in Frankfurt/Oder und anderen Grenzorten geworden.

Zu einem ersten Höhepunkt rassistischer Angriffe an der Grenze und im Grenzgebiet kam es Anfang April 1991, als die Visumspflicht für polnische TouristInnen aufgehoben wurde. Schon im Vorfeld des Abkommens wurde in den lokalen und überregionalen Medien eine massive Hetzkampagne gegen die angeblich durch die Grenzöffnung drohende *„Ausländerflut aus dem Osten"* eingeleitet. Dabei wurde von den Medien größtenteils unterschlagen, daß die Aufhebung der Visumspflicht für polnische StaatsbürgerInnen nur ein *„Trostpflaster"* der BRD-Regierung für die polnische Regierung war: Im März 1991 mußte sich die polnische Regierung nämlich mit dem sog. *„Rückübernahmeabkommen"* verpflichten, alle Flüchtlinge unabhängig von ihrer Nationalität, die nachweislich über Polen in die BRD eingereist sind, wieder aufzunehmen. In der Praxis bedeutet das, daß der BGS diese Flüchtlinge sofort nach dem Grenzübertritt oder beim Versuch, in der BRD einen Asylantrag zu stellen, festnimmt und sie wieder nach Polen abschieben kann. Diese Flüchtlinge tauchen inzwischen schon nicht einmal mehr in der Statistik für AsylbewerberInnen auf, sondern werden nur noch in der Rubrik *„illegale GrenzgängerInnen"* gezählt.

Unterschiedliche faschistische Organisationen und Kader, u.a. der inzwischen verstorbene Michael KÜHNEN, kündigten zum Stichtag der Abschaffung der Visumspflicht am 8. April 1991 Aktionen gegen offene Grenzen an. Tagelang versuchten organisierte Nazis aus der gesamten BRD gemeinsam mit Hunderten von rassistischen BürgerInnen der Grenzstädte, die deutsch-polnischen Grenzübergänge in Frankfurt/Oder sowie in Guben und Görlitz zu blockieren. Polnische TouristInnen wurden mit nationalistischen und rassistischen Parolen beschimpft sowie mit Knüppeln und Steinen angegriffen. Viele polnische und rumänische TouristInnen berichteten von brutalen Mißhandlungen in den Grenzorten und auf Autobahnraststätten. Laut Angaben der Staatsanwaltschaft Frankfurt/Oder vom Juli 1992 wurden alleine im Zeitraum von Juni 1990 bis Juli 1992 82 Anklagen gegen 182 TäterInnen im Zusammenhang mit Angriffen auf osteuropäische TouristInnen erhoben. Diese Zahl dürfte sich im Jahr 1993 noch einmal erheblich erhöht haben.

Eine besondere Rolle in den rassistischen Hetzkampagnen von Politikern und Medien während des Sommers in den Jahren 1991 und 1992 spielten immer wieder Berichte über angebliche Lager mit Tausenden von Flüchtlingen - vor allem Roma und Sinti aus Rumänien - im polnischen Grenzgebiet, die nachts versuchen würden, die Grenze zur BRD illegal zu überqueren. Obwohl die Existenz dieser Lager nie offiziell bestätigt wurde, eskalierte der Rassismus der deutschen Bevölkerung in den Grenzgebieten, und die Medien hatten wieder neue



Ein wichtiger Bestandteil dieser Jugendzeitschrift ist sein Antisemitismus...

Schlagzeilen für ihre Fortsetzungsserie *„Die Flüchtlingsflut an den Toren der BRD"*. Bürgerwehren wurden gegründet, die gemeinsam mit dem BGS Jagd auf Flüchtlinge machten. Eine unbekannte Anzahl von Flüchtlingen ertrank bei dem Versuch, die Oder schwimmend zu durchqueren bzw. nachdem sie vom BGS ein zweites Mal schwimmend zurück durch die Oder geschickt wurden. Andere Flüchtlinge zogen sich erhebliche Verletzungen beim Versuch zu, in Frankfurt/Oder hinter der Oderbrücke aus fahrenden Zügen zu springen. Die Bürgerwehren wurden im Februar 1993 durch einen Erlaß des Bundesinnenministeriums quasi legalisiert. Nach den Anordnungen des inzwischen zurückgetretenen Bundesinnenministers Seiters wird eine offizielle Hilfstruppe für das BGS - auch *„Freikorps Seiters"* genannt - in den Grenzgebieten aufgebaut, die eine Stärke von 1.600 Personen haben soll und aus der örtlichen Bevölkerung rekrutiert wird.



Christian WORCH

Während einer gemeinsamen Aktionswoche der 'Nationalen Liste' ('NL') aus Hamburg und der 'Deutschen Alternative' ('DA') Anfang November 1992, planten u. a. Christian WORCH ('NL') und Frank HÜBNER ('DA') einen faschistischen Großaufmarsch an der Grenze sowie einen Angriff auf ein von linken Punks besetztes Haus in Frankfurt/Oder. Ihr Ziel war es, dort die Reichskriegsflagge zu hissen. Die Nazidemonstration wurde letztendlich vom Verwaltungsgericht Frankfurt/Oder verboten. Die Faschisten versuchten daraufhin, den Aufmarsch stattdessen bei Cottbus durchzuführen und ließen es dann bei einer Saalveranstaltung mit 250 Nazis in der Gaststätte *„Turbine"* in Lübbenau. Zwei Tage vor der geplanten Demonstration wurde ein Brandanschlag auf ein Studentenwohnheim der Frankfurter Europa-Universität verübt. Am 7.11.1992, dem Demonstrationstag, nahm die Polizei in Frankfurt/Oder und auch Nazis aus Frankfurt/Oder, Schwedt, Guben, Eisenhüttenstadt und Salzwedel fest und räumte ein von Faschisten besetztes Haus.

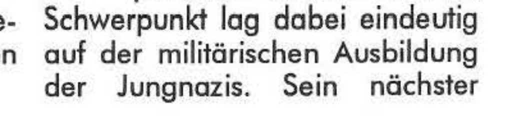
Parallel zu den Angriffen auf osteuropäische TouristInnen konzentrierte sich die zahlenmäßig von Anfang an große Frankfurter Faschoszene (1993 gab es ca. 50-70 Nazis im harten Kern mit einem Umfeld von ca. 150 Personen) auch auf Angriffe auf die zwei von linken Jugendlichen und AntifaschistInnen besetzten Häuser. So griff im Juli 1990 ein deutschnationaler Mob von 300 Personen, darunter ca. 50 locker organisierte Nazis, das eine besetzte Haus an. Im Sommer 1990 griffen außerdem 40 organisierte Nazis, u.a. auch aus Fredersdorf im Kreis Strausberg, das Haus während eines Konzerts erneut an. Die Faschoangriffe auf die besetzten Häuser steigerten sich im laufe der Zeit von Steinwürfen und Leuchtspurmunition bis hin zu Molotowcocktails.

Im 50.000 EinwohnerInnen zählenden Frankfurt/Oder waren und sind mehrere faschistische Organisationen aktiv.



...und es kommen ebenso Berichte über „Rockmusik und Nationalismus" zum Tragen

Für die meisten Schlagzeilen sorgte 1993 sicherlich der sog. *„Kameradschaftsbund Deutschland"* ('KBD') des Berliner Neonazis Sven RUDA. RUDA gründete schon 1991 einen Ableger der inzwischen verbotenen 'Nationalen Alternative' ('NA') in Müncheberg bei Strausberg. Für seine Gruppe organisierte der Bundeswehrreservist RUDA ideologische Schulungen und Wehrsportübungen. Angeblich zerfiel die Gruppe, nachdem RUDA 1992 nach Frankfurt/Oder umzog. Hier gelang es ihm schnell, erneut eine Gruppe von faschistischen Jugendlichen zu sammeln, die er durch die Gründung einer sog. *„Arier-Schule"* schnell integrierte und sowohl ideologisch als auch praktisch schulte. RUDAs Schwerpunkt lag dabei eindeutig auf der militärischen Ausbildung der Jungnazis. Sein nächster



Schritt war dann die Gründung des *„Kameradschaftsbundes Deutschland"* im März 1993. Der 'Kameradschaftsbund' umfaßte ca. 20-30 faschistische Jugendliche im Alter von 14-17 Jahren. Vor laufenden Fernsehkameras zeigte die Gruppe um RUDA u.a. Messerangriffsübungen auf den *„linken Gegner"* und andere *„Wehrsportkunststücke"*. Obwohl die Existenz der *„Arier-Schule"* und die Aktivitäten des 'KBD' über Frankfurt/Oder hinaus lange Zeit ein offenes Geheimnis waren und RUDA offensiv für die Organisationen warb, sah sich die Staatsanwaltschaft Frankfurt/Oder erst nach dem RTL-Fernsehbericht im Juni 1993 dazu veranlaßt, ein Ermittlungsverfahren gegen RUDA einzuleiten. Vom anfänglichen Ermittlungsverfahren gegen RUDA und zwei seiner Kameraden u.a. wegen *„Gründung einer terroristischen Vereinigung"* nach §129a StPO blieb allerdings bald nicht mehr viel übrig. Seit Juli 1993 ermittelt die Staatsanwaltschaft gegen RUDA nur noch wegen der Schändung des jüdischen Friedhofs bei Müncheberg im Sommer 1992 sowie wegen Munitionsraubs aus ehem. NVA-Beständen und seiner Führungsrolle bei Wehrsportübungen. Es ist davon auszugehen, daß RUDA sich nach der angeblichen Auflösung des 'KBD' und wegen des laufenden Ermittlungsverfahrens wieder nach Berlin zurückgezogen hat. Aber seine faschistischen Zöglinge sind in Frankfurt/Oder geblieben...

Weniger schlagzeilenträchtig, aber dafür um so gefährlicher ist der stetige Ausbau der Strukturen der verbotenen 'Nationalistischen Front' ('NF') und ihrer Nachfolgeorganisationen 'Förderwerk Mitteldeutsche Jugend' ('FMJ') und 'Direkte Aktion Mitteldeutschland/JF' in Frankfurt/Oder und der gesamten Oderregion (siehe auch Schwedt-Artikel *„Welcome To Terrortown"*). Schon Anfang 1992 bildete sich ebenso wie in Schwedt eine festere Struktur der 'NF' in Frankfurt/Oder, deren Aufbau von Andreas POHL aus Berlin betreut wurde. Zu den führenden Frankfurter Nazis zählten und zählen Mike DANOWSKI, Daniel KERSTEN, Sven LEMKE und Torsten SOMMER. Gemeinsam mit fünf weiteren Faschisten standen sie u.a. im Mai 1993 wegen eines versuchten Überfalls in Jakobsdorf vor Gericht. Bei diesem Überfall wurden 1992 fünfzig faschistische Skinheads, Heavy-Metal-Fans und Hooligans von Jakobsdorfer Bauern mit Mistgabeln und Knüppeln wieder aus dem Ort gejagt und z.T. krankenhausreif geschlagen.

Frankfurt/Oder:

Frank-Rennicke-Konzert rechtswidrig verboten

Polizeibehörden verbieten "nationalen Liederabend" trotz verbindlicher Zusage

FRANKFURT/ODER - Ein für Ende Juni vorgesehenes und von der Ortsgruppe Oder vorbereiteter Liederabend mit dem nationalen Liedermacher Frank Rennicke wurde trotz der verbindlichen Zusage der Polizeibehörden vom Frankfurter Polizeipräsident rechtswidrig verboten.

Erst am Vortag der geplanten Veranstaltung wurde den Organisatoren verbindlich sogar noch der Schutz des Konzertes durch eine Hundertschaft der Polizei zugesichert. Dennoch entschieden sich die Behörden wenige Stunde vor Beginn anders und sperrten die Räumlichkeiten unter Verbotshinweis ab. Dagegen gingen die Veranstalter vor Gericht. In der Berufungsverhandlung wurde das Anliegen der jungen Nationalgesinnten jedoch einfach ignoriert. Die Organisatoren sehen sich in dem Verhalten der Polizei getäuscht und werden nach eigenen Angaben künftig auf die Anmeldung geplanter veranstaltungen verzichten.

Aus der Ausgabe Aug./Sept. 93 der Zeitung „BBZ" von den 'Nationalen'

Mike DANOWSKI ist inzwischen in der JVA Schwarze Pumpe inhaftiert, nachdem er wegen versuchten Mordes an einem nigerianischen Flüchtling im Sommer 1993 zu sieben Jahren Jugendstrafe verurteilt wurde. Er wird, ebenso wie zwei weitere Frankfurter Nazis, von der Kameradschaft Frankfurt/Oder der 'Direkten Aktion Mitteldeutschland/JF' und der 'Hilfsgemeinschaft für Nationale Gefangene' ('HNG') betreut. Bei der Urteilsverkündung, zu der DANOWSKI in 'SS'-Uniform erschien, pöbelten ca. 20 Nazis im Gerichtssaal herum und machten rassistische Sprüche.

Sowohl Sven LEMKE als auch Thorsten SOMMER müssen sich derzeit ebenfalls wegen mehrerer Fälle von schwerer Körperverletzung, Angriffe auf polnische TouristInnen u.a. Straftaten vor Gericht verantworten. Drei mitangeklagte Naziskins wurden Mitte Februar 1994 zu Jugendstrafen zwischen einem und zweieinhalb Jahren verurteilt. Weitere Prozesse stehen noch aus.

Angesichts der Tatsache, daß einige seiner Mitschläger sich momentan im Knast befinden, rückt Daniel KERSTEN immer mehr in den Mittelpunkt der Frankfurter 'NF'-Nachfolgestrukturen. Er u.a. sind verantwortlich für die Organisation des verbotenen 'FMJ'-Treffens *„gegen die multikulturelle Entwicklung in der BRD"* am 21.6.1993. Das Treffen der 'NF'-Kameradschaft Oder war zuvor als Klassentreffen und Geburtstagsfeier getarnt worden. Nazibarde RENNICKE sollte auf der verbotenen Veranstaltung singen; er hatte seinen Einsatz dann in einer Gaststätte in der Nähe von Königs Wusterhausen. Die Presseerklärung zum RENNICKE-Konzert und gegen die gleichzeitig in der benachbarten Wulheide stattfindende Kulturveranstaltung anläßlich des schwul-lesbischen Christopher Street Days, wurde dann schon von der Nachfolgeorganisation des 'FMJ', dem 'Unabhängigen Jugendverband' ('UJV') herausgegeben.



„Barde" Frank RENNICKE

Weitere Aktivitäten der 'Kameradschaft Oder'

bestehen z.B. darin, bekannte und vermeintliche AntifaschistInnen auszuspionieren und deren Adressen mit Fotos an die bundesweiten 'Anti-Antifa'-Gruppen weiterzugeben und zu veröffentlichen. Zu den betroffenen Personen gehören autonome AntifaschistInnen ebenso wie PDS-Mitglieder und Angestellte der Stadt Frankfurt/Oder, wie der Frankfurter Polizeichef und ein Sozialdezernent. Die Gruppe um Daniel KERSTEN hat auch ein eigenes 'Anti-Antifa'-Postfach (PSF-Nr. 609, 15206 Frankfurt/Oder) eingerichtet; die gleiche Adresse fungiert als Kontaktadresse für die 'Kameradschaft Oder' des 'FMJ' bzw. der 'Direkten Aktion Mitteldeutschland/JF'. Die wöchentlichen Schulungsabende finden des öfteren bei Christian SILVA statt. Ungeklärt bleibt vorerst, ob sich die Nazis für ihr geplantes *„Nationales Pressearchiv"* ebenfalls des schon bekannten Frankfurter Postfachs bedienen wollen...

Die sonstigen Aktivitäten der 'NF-Kameradschaft Oder' und ihres Frankfurter 'Stützpunktes' beinhalten u.a.: Gräberpflege von sog. *„Heldengräbern"* in Lietzen, Verteilaktionen von faschistischen Flugblättern sowie Angriffe auf osteuropäische TouristInnen und vermeintliche Linke. Von Bedeutung ist darüber hinaus die enge Zusammenarbeit mit den Gruppen der 'Direkten Aktion Mitteldeutschland/JF' in Schwedt und Eisenhüttenstadt. Alle drei sind zu einer Bereichsgruppe zusammengefaßt. Auch der (verhinderte) Plan von ca. 100 Faschisten, die antirassistische Demonstration für offene Grenzen und Bleiberecht für alle Flüchtlinge in Frankfurt/Oder am 4. September 1993 anzugreifen, geht wohl auf das Konto der 'NF'-Gruppen.

Am 20.1.1994 fanden in Frankfurt/Oder im Rahmen der landesweiten Durchsuchungsaktion drei Durchsuchungen statt. Dabei wurden u.a. 7.000 Blatt (und nicht wie vom LKA gemeldet, 7.000 Stück) des 'NF'-Hetzblättchens *„Angriff"* beschlagnahmt. Bei einer (nach Angaben der Faschisten) Auflage von 15.000 Stück, kann diese Durchsuchung wohl nur als ein väterlicher Klaps bezeichnet werden...

PRESSEMITTEILUNG

Unabhängiger Jugendverband (UJV) führte Frank Rennicke Konzert durch

Das vom Bezirksgericht Frankfurt (O) verbotene Frank Rennicke Konzert vom 25.06.93 konnte am 26.06.93 in der Berliner Wuhlheide nachgeholt werden. Es erschienen 550 vorwiegend Jugendliche Besucher, die sich auch dadurch nicht den Spaß verderben ließen, daß unmittelbar vor dem Veranstaltungslokal ein ganzer Mob "Geschlechtsschwindler" aufmarschiert war und 'es' seinen "Christopher Street Day" feiern wollte. Die Polizei entschied, dann doch lieber die die Schwulenveranstaltung aufzulösen. Mann und Frau Konzertbesucher konnten schließlich ungestört nach Hause ziehen.

gez. Christopeit
Sprecher d. UJV

Pressemitteilung des 'Unabhängigen Jugend Verband' ('UJV')

Auch andere faschistische Organisationen versuchten seit 1991 in Frankfurt/Oder zu rekrutieren. Die 'FAP' probierte es 1992 mit einem zugereisten Herrn VOSS aus Hamburg, der allerdings wenig Erfolg hatte. Da waren die 'Jungen Nationaldemokraten' ('JN') schon erfolgreicher: Sie verteilten mehrfach ihre faschistische Schülerzeitung *„Denkzettel"* an den Schulen und freuten sich im November 1992 über eine *„gelungene Rekrutierungsveranstaltung"*.

Auch Propagandamaterial der 'NSDAP/AO' tauchte im Sommer 1993 an Frankfurter Schulen auf.

Neben den organisierten Faschisten gibt es in Frankfurt/Oder ein große Anzahl von Faschoskins und faschistischen Heavys. Eine 20köpfige Gruppe dieser Straßenschläger traf sich bisher regelmäßig im Oderturm; inzwischen treffen sie sich davor, weil der Wachschutz einsehen mußte, daß es vielleicht doch ein wenig geschäftsschädigend wirkt, wenn regelmäßig in der Nähe des Oderturms osteuropäische TouristInnen und StudentInnen beraubt und zusammengeschlagen werden.

Angeführt wurden und werden die verschiedenen Gruppen der Straßenschläger von Naziskins wie Torsten SOMMER, Mario MARTINS, Hendrik BAUMERT und NEUMANN. Die hier genannten haben alle diverse Ermittlungsverfahren am Hals und teilweise auch schon Bewährungsstrafen. Die Welle der Angriffe reißt trotzdem nicht ab, wie die Angriffe auf StudentInnen im Oktober 1993 der Europa-Universität zeigten.

Frankfurt/Oder ist ein Beispiel dafür, daß Lippenbekenntnisse für *„Ausländerfreundlichkeit"* von Politikern (die um ausländische Investoren fürchten), einige Gerichtsprozesse und danach wieder Weggucken nicht ausreicht, um gegen faschistische Organisierung und Gewalt vorzugehen - zumal sich diese in Frankfurt/Oder jeglicher staatlicher Kontrolle schon längst entzogen hat.

Hier hilft nur noch, mehr linke und antifaschistische Ideen und Kultur in der Stadt zu verankern, sich eigene Räume zu beschaffen, eventuell auch breitere antifaschistische Bündnisse einzugehen und die antifaschistische Selbsthilfe zu organisieren.



Lose Strukturen und die Bahnhofsclique

Von einer straff durchorganisierten Faschoszene direkt in Strausberg kann nicht gesprochen werden, jedoch gibt es dort einige Treffpunkte, an denen neonazistische Cliquen zusammenkommen. Diese Zusammenkünfte bestehen aus circa 30 Personen, deren Aktivitäten hauptsächlich darin bestehen, schwächere Leute zu belästigen oder anzugreifen.

Ihre Treffpunkte sind im Bereich des S-Bahnhofs Strausberg, in Kneipen oder am alten Bunker auf dem Sportgelände Strausberg-Vorstadt. Auch Tankstellen sind bevorzugte Orte für Zusammenkünfte, ganz besonders die DEA-Tankstelle Strausberg-Vorstadt/Eggersdorf, von der aus meist agiert wird. Die Neonazis und Rechten, die sich an besagter Tankstelle treffen, haben gute Kontakte zu Neonazis und Auto-Wettfahrern. Manchmal wächst diese Gruppe auf 150 Personen an, die u.a. aus Berlin, Bad Freienwalde, Fürstenwalde und Bernau anreisen. Faschos aus Strausberg und Umgebung sind trotz ihres nicht sonderlich hohen Organisationsgrades in der Lage, Menschen anderer Hautfarbe oder Nationalität und Andersdenkende anzugreifen. Es fanden zahlreiche


Geschändeter jüdischer Friedhof im württembergischen Vaihingen

Personen ihrer Gesinnung in den umliegenden Dörfern von Strausberg. Dabei treten die Strausberger als Wortführerer auf. Die Gruppe, die sich vorzugsweise am Wochenende an der DEA-Tankstelle trifft, ist eine Mischung aus Angriffe auf Menschen anderer Hautfarbe und Jugendliche, die als Linke angesehen werden statt, sie wurden verfolgt, z. T. verprügelt und ausgeraubt. Zudem wurden in Strausberg und Müncheberg des öfteren Grabsteine oder Gedenktafeln auf dem ehemaligen jüdischen Friedhöfen mit Naziparolen beschmiert und Grabsteine umgeworfen. Als Täter einer Friedhofsschändung im September 1992 in Müncheberg konnte Sven RUDA als einer der Täter ermittelt werden.


Sonntags, in den Wäldern Brandenburgs

Am 22. 9. 91 wurde, nach einem Diskobesuch in Rüdersdorf, von einer Gruppe unter *„Sieg Heil"*- und *„Ausländer raus"*-Gegröle das von RumänInnen bewohnte Flüchtlingsheim in Wesendahl angegriffen. Während des Prozesses gegen 16 deswegen angeklagte Personen im März 1992, behaupteten die Angeklagten, ein Polizist habe ihnen mehrere Tage vor der Tat geraten, statt mit dem Auto die Straßen unsicher zu machen, doch lieber mal ein Flüchtlingsheim zu überfallen. Der betreffende Polizist machte vor Gericht dazu keine Aussage, da gegen ihn deswegen ein Ermittlungsverfahren wegen Anstiftung zu einer Straftat lief.

Im Juli 1993 überfielen René BERGER (20), Henry GÜNTHER (19) und Thomas DOMKE, nach einem Kneipenbesuch, in der S-Bahn den schlafenden Hans-Georg Jacobsen. Alle drei wohnten zur Tatzeit in einem Lehrlingswohnheim in Neuenhagen. Sie schlugen ihr Opfer zusammen, durchwühlten seine Taschen und warfen ihn anschließend aus dem fahrenden Zug. Der Mann starb an seinen Verletzungen. Die Täter fuhren daraufhin nach Strausberg zurück und überfielen zwei weitere Männer, von denen einer eine Pistole an den Kopf gehalten bekam.


Auch in seiner Freizeit liebt Marco LÖWE Uniformen - ob als Bundeswehrsoldat oder als aktiver Wehrsportausbilder


Marco LÖWE, 1990 bei einer Fahrt der 'FAP' zur Wintersonnenwendfeier

Organisierte Faschisten in Strausberg und Umgebung

An faschistischen Parteien sind insbesondere die 'Republikaner' in Strausberg und Region vertreten. Sie besitzen allerdings keinen entscheidenden Einfluß. Eine der wichtigsten Personen aus diesem Umfeld ist Hermann FLEMMING aus Strausberg, ein ehemaliger NVA-Offizier und Absolvent der Leningrader Militärakademie. FLEMMING ist stellvertretender Landesvorstand der Brandenburger 'REPs' und Mitglied des faschistischen 'Hoffmann von Fallersleben Bildungswerk' aus Berlin. Neben FLEMMING und René MALEK aus Strausberg sind Werner BOCK, Mitglied im 'REP'-Landesvorstand Brandenburg, und Herbert KOCHMANN, der am 24.5.92 für die 'REPs' zur Bezirksverordnetenversammlung in Berlin-Köpenick kandidierte, in der Region für die 'REPs' aktiv. Letztere wohnen beide in 15566 Schöneiche. Neofaschistische Parteien und Organisationen, wie die 'Nationale Alternative' ('NA'), die 'FAP', die 'REPs' und die verschiedenen Nachfolgeorganisationen der 'NF' ('Förderwerk Mitteldeutsche Jugend' ('FMJ'), 'Direkte Aktion Mitteldeutschland/JF', versuchen vor allem in den Dörfern um Strausberg junge Menschen zu rekrutieren. In Müncheberg tauchte Werbematerial der 'FAP' und des 'FMJ' auf. Durch die Veranstaltung von *„Kameradschaftsabenden"* mit Jugendlichen oder der Organisierung von Wehrsportlagern in den Wäldern von Müncheberg und Strausberg gelingt es den neofaschistischen Kadern bei Jugendlichen an Einfluß zu gewinnen. In 15374 Müncheberg gab es eine Kamerdschaft der 'NA'. Die 'NA' wurde 1990 hauptsächlich von Ostdeutschen, die aus rechten Schlägerbanden kamen, in Ostberlin gegründet. Bekannt wurde sie hauptsächlich durch ihr Engagement in der Ostberliner Weitlingstraße. Dort bewohnten Neonazis ein Haus und wollten es zum *„Zentrum der Neofaschismus"* aufbauen. Nazikader aus ganz Europa gaben sich dort die Klinke in die Hand. Nach dem personellen und organisatorischen Niedergang der 'NA', wollten einige Nazis konspirativ weitermachen


Holger Reiko BEERBAUM (r.) - Was haben wir denn falsch gemacht?

und Angriffe auf Flüchtlinge vorbereiten. Die Kamerdaschaft Müncheberg gehörte mit zu dem

engeren Kreis, die in Wehrsportlagern mit Berliner Nazis Angriffe und lautloses Töten trainierten. Die Hauptorganisatoren dieser *„Camps"* vor Ort waren Mike

„Ehrenkranz" für Kriegsverbrecher

KOMROWSKI und Daniel SCHÜNEMANN aus Müncheberg. Angeleitet wurden sie von Sven RUDA, einem ehemaliger 'NA'ler aus Berlin und Aufbauhelfer der Müncheberger Kamerdaschaft. Gegen RUDA wird inzwischen wegen seiner Wehrsportaktivitäten im Raum Frankfurt/Oder ermittelt. Mike KOMROWSKI wurde Januar 1992 Mitglied der 'NA' und Vorsizender im 'NA'-Kreisbverband Müncheberg. Er ist auch Mitglied der 'Deutschen Volksunion' ('DVU'). Daniel SCHÜNEMANN trat der 'NA' im Mai 1992 bei und wurde zum stellvertretenden Vorsitzenden.

In Stausberg und Umgebung fand im Frühjahr 1992 ein 'FAP'-Parteitag statt. Die 'REPs' hielten, ebenfalls im Frühjahr 1992 ein Parteitreffen in der ehemaligen Gaststätte *„Blau-Weiß"* in Strausberg ab.

In Lindenberg bei Bernau wurde von der 'FAP' eine militärisch aufgezogene Grabpflege für gefallene deutsche Soldaten durchgeführt. Der Berliner 'FAP'-Vorsitzende Lars BURMEISTER jagte seine Vasallen, bewaffnet mit Scheuerlappen und Schrubber, unter Sturmgeschrei und Kriegsgeheul, die Straße entlang. Die 'FAP', und auch die 'REPs', versuchen in 15345 Eggersdorf Fuß zu fassen.

In Eggersdorf existiert eine Faschoszene, die sich am Wochenende meistens in der *„Dschungeldisko"*, auch *„Gesellschaftshaus"* genannt, gegenüber der Kirche in Eggersdorf trifft. Einige der Eggersdorfer Nazis sind durch ihre Aktivitäten einschlägig bekannt. Dazu gehören neben dem gewaltätigen ehemaligen Türsteher des örtlichen Bordells Daniel GROSS, die Gebrüder Bernd und Thomas SCHMIEDIKE. Beiden wird eine besondere Sympathie für die 'FAP' nachgesagt. Wobei Thomas SCHMIEDIKE das gut mit seiner 'REP'-Mitgliedschaft vereinbaren kann. Auch Enrico RITTER ist der Eggersdorfer Neonazi-Szene zuzurechnen. Er beteiligte sich am Überfall auf das Flüchtlingsheim in Wesendahl und wurde dafür zu gemeinnützigen Arbeitsstunden bei der Gemeinde Eggersdorf verurteilt.

In einigen Orten um Strausberg kam es zur Bildung von Bürgerwehren, so z. B. in Prötzel, Buckow und Müncheberg, die sich vorwiegend gegen Flüchtlinge richten. Im Umfeld von Strausberg treten Neonazis verstärkt in Rüdersdorf, Rehfelde, Hennikendorf, Petershagen, Neuenhagen und Hoppegarten auf. Es gibt Anzeichen dafür, daß sich Faschos aus einigen dieser Orte zu einer Wehrsportgruppe zusammenschließen.



Auszüge aus dem Merkbuch des Bundeswehrsoldaten Marco LÖWE:

Gewehr G3 ist eine autom. Handwaffe mit Rückstoßlader und Magazin (Einzel-, Dauerfeuer). Techn. Daten:
- Kaliber 7,62 mal 51
- 20 Patronen im Magazin
- größte Schußweite 3.700 m
- 300 m Kampfentfernung
- 600 m mit Zt.
- 600 Schuß theoretisch pro Minute
- Vo 780-800 m/s
- Grobvisier und Lochkimme

Die Handgranate

...sind ein wichtiges Mittel für den Nahkampf. Wurfweite und Treffaussicht hängen ab von:
- Wurftechnik, Kraft, Geschicklichkeit des werfenden Soldaten. Gefechtshandgranaten sind gelb oliv gestrichen, Übungshandgranaten sind blau. Übungshandgranaten werden nicht wurffertig geliefert. Gefechtshandgranaten wurffertig geliefert.

Sicherheitsbelehrung:
1) offen, nicht vertrauensselig sein!
2) Maß halten!
3) Verschwiegen sein!
4) Auf anvertrautes Gut achten!
5) Hellhörig und kritisch sein!
6) Ordnung halten!
7) Verstöße u. jegl. Verdacht melden!
8) Nicht voreilig sein, umsichtig handeln!
9) Eigene Fehler melden!
10) Nachrichtendienstliche Verstrikkung melden und offenbaren!

Schwedt

Schwedt - Welcome to Terrortown!

Die Stadt der FaschistInnen

Für alle, die es noch nicht aus dem Heimatkunde-Unterricht wissen: Schwedt - ein Kunstwerk staatssozialistischer Betonbaukunst und östlicher Kern der Chemieindustrie - ist heute eines der wichtigen Zentren des organisierten Rechtsextremismus. Die Stadt an der Oder liegt etwa eine Autostunde nordöstlich von Berlin. Schwedt gleicht Lichtenhagen und Hoyerswerda: 50.000 Menschen leben in Neubausilos eingepfercht, die Jugend marschiert rechts. Am Ortseingang hat ein Rapper gesprayt: „Welcome to Terrortown!" - Recht hat er.

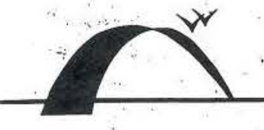
Die 'Nationalistische Front' ('NF') und ihre Nachfolgeorganisationen 'Sozialrevolutionäre Arbeiterfront' ('SrA'), und das 'Förderwerk Mitteldeutsche Jugend' ('FMJ'), inzwischen 'Direkte Aktion Mitteldeutschland/JF', haben die 150 bis 200 harten Nazi-Skins ebenso im Griff, wie die Kinderglatzen, die rechten Stinos und Popper an den Schulen und Gymnasien.

Kurz nach der Wende versuchten faschistische Parteien, in Schwedt Fuß zu fassen. Es gibt ein paar 'RepublikanerInnen' ('REP') und einen Vertreter der 'Deutschen Volksunion' ('DVU'). Besonders die *„alten"* Glatzen, die schon während der *„Wende"* wenig Haare besaßen, orientieren sich an der 'DVU'. Die Kader der 'Nationaldemokratischen Partei Deutschlands' ('NPD'), die Anfang 92 in Schwedt ein Treffen abhalten wollten, kamen nicht weiter als bis zum Bahnhof. Von dort aus mußten sie wieder flüchten. Sie waren unerwünscht.

Die eher zersplitterte Naziszene von 89/90 konnte sich bis heute unter der Führung der 'NF/SrA' fest zusammenschließen. 1991/1992 gelang es den 'NF'lern zunehmend, die berüchtigten Nazischläger an sich zu binden. Das Fußvolk kam dann automatisch hinzu.

Jugendarbeit - für Nazis

Es gibt keinen Jugendclub mehr, in dem die Rechten nicht hausen. Sie brauchen die Clubs normalerweise gar nicht direkt zu *„besetzen"*, schon die permanente Bedrohungssituation hält die anderen Leute von den Clubs fern. Ein linker Treff in Criewen (5 km von



STADT SCHWEDT/ODER
Der Oberbürgermeister

Stadtverwaltung · Lindenallee 25-29 · O-1330 Schwedt/Oder

Freizeittreff HIT
Nationalistische Jugend
Schwedt
Berliner Str. 56
1330 Schwedt/O.

Amt oder Dienststelle: Jugend und Familie
Dienstgebäude: Bürohotel
Bearbeiter: Frau Schwarz
Telefon: 451 2604
Telefax 22116
Ihr Zeichen/vom:
Mein Zeichen: 515 schw
Datum: 03.02.1993

Arbeitsgruppe "Jugendarbeit"

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Jugendfreunde,

in Gesprächen mit Kindern und Jugendlichen der Stadt Schwedt,sowie in Auswertung von Mitteilungen in den Medienv/(Presse, Rundfunk und Fernsehen) wurde deutlich, daß die Freizeitmöglichkeiten und Angebote der Jugendarbeit nicht immer den Interessen und Bedürfnissen der Jugendlichen entsprechen.

Für uns als Anbieter und Macher der Jugendarbeit in Schwedt sollte sich die Frage stellen, welche Ursachen dem zugrunde liegen könnten.

Sind unsere Angebote nicht attraktiv genug? Oder liegt es nicht auch daran, daß die (über 30) tätigen Jugendgruppen, -vereine und -verbände, sowie die Interessen- und Fördervereine im eigenen Kreis bemüht sind, interessengebundene Jugendarbeit zu leisten, allerdings dies nicht bei den ca. 12000 Kindern und Jugendlichen bekannt ist?

Es erscheint ratsam, daß ein Gremium, bestehend aus den in Schwedt tätigen Jugendgruppen, -vereinen und -verbänden, gebildet wird, das sich bemüht, Jugendarbeit und somit auch Freizeitangebote in und für Schwedt zu planen, zu koordinieren und anzukurbeln.

Wir würden uns freuen, wenn Sie / Ihr bzw. ein Vertreter am

02. März 1993
Dienstag
17.00 Uhr
Treffpunkt "Kosmonaut" (im ehemaligen Bildungszentrum)
Berliner Straße 52

an der Gesprächsrunde zu o.g. Thematik teilnehmen würden.

Lange geleugnet und nun auf dem Tisch

Schwedt) ist innerhalb eines halben Jahres insgesamt acht Mal überfallen worden. Der Club ist heute eine Ruine.

Der ehemals links-alternative *„Karthausclub“* war auch mehrfach Ziel faschistischer Überfälle. Konsequenz: Der *„Karthausclub“* ist nicht mehr bereit, junge Linke eigene Konzerte und Partys dort veranstalten zu lassen. Die Vorstandssprecherin begründete das damit, daß es für den Club zu gefährlich sei, wieder einen linken Ruf zu bekommen. Statt die Nazischläger vor die Tür zu setzen, werden deren Opfer ausgegrenzt!

Die 'Nationalistische Jugend Schwedt' ('NJS') als 'NF'-Jugend bekam in Verhandlungen zwischen der Stadtregierung und den 'NF'-Kadern aus Schwedt einen Raum in dem Jugendfreizeithaus *„HIT“* in der Berliner Straße. Hier konnten regelmäßig Kaderschulungen und Absprachen mit Berliner Nazikadern stattfinden. Durch den öffentlichen Druck sah sich die Stadt inzwischen gezwungen, den Nazikeller zu schließen. Andreas POHL ('NF') hat(te) enge Kontakte nach Schwedt, und verkehrte im *„HIT-Keller“*. Die 'NJS' wurde sogar offiziell von der Stadt als Gesprächspartner akzeptiert. Zu Diskussionen über gemeinsame (!) Jugendarbeit in Schwedt werden die Nazis schriftlich vom Jugendamt eingeladen. Vertraulich heißt es: *„Liebe Jugendfreunde!“* (siehe links).

Brauner Terror

Schwedt ist Schaltzentrale. Ständig sind FaschistInnen aus Emden, Bad Schaumburg, Hamburg und Berlin in der Stadt. Am Briesensee nahe Schwedt finden (z.B. am 1.5. 1993) Wehrsportcamps der Rechten statt. Kay-Nando BÖCKER, einer der Mörder des Angolaners Amadeu Antonio in Eberswalde, war maßgeblich am Aufbau der Schwedter 'NF' beteiligt und war mehrmals in der Wohnung von WÜNSCH und Sven HANSEN zu beobachten. Etliche Angriffe auf den *„Karthausclub“* gingen 1991 auf sein Konto. Während seines Hafturlaubs Ende Dezember 1993 ging er zunächst zu seinen alten Kameraden nach Schwedt. Dort beging er einen schweren Raubüberfall, ehe er sich zu seiner Freundin Karin HAASE nach Stuttgart absetzte (sie selbst war bei dem Angriff auf Amadeu Antonio dabei), wo ihn die Polizei dann wieder aufgriff.

Praxis holen sich die Kameraden bei Aktionen in Schwedt und ganz Brandenburg.

1991 wurde ein Obdachloser von Nazi-Skins zusammengeschlagen und zu Tode getreten. Linke sind ständig Ziel faschistischer Überfälle. Im Februar 1993 wurden ein paar Antifas von einer Horde gut bewaffneter Faschos angegriffen. Ein Linker wurde niedergeprügelt, regungslos am Boden liegend weiter getreten und geschlagen. Er lag fast zwei Wochen im Koma, mußte insgesamt 14 Wochen im Krankenhaus verbringen. Eine linke Frau wurde am hellichten Tag von Rechten zusammengeschlagen, ein Antifa mit Molotowcocktails beworfen. Auch eine Party in einer Privatwohnung wurde schon von Nazis angegriffen.

Die Büros des linksorientierten Stadtjugendringes CITI e.V. wurden mehrfach demoliert, der Clubraum mit Molotowcocktails niedergebrannt. Der Uckermark Kurier berichtete daraufhin: Burkhard Fleischmann, Jugendamtsleiter der Schwedter Stadtverwaltung, hätte die Hoffnung zum Ausdruck gebracht, daß es sich nicht um einen Anschlag rechter Jugendlicher gehandelt habe: *„Denn das würde vieles zerstören, was wir in letzter Zeit mit der Jugend und für die Jugend in Schwedt versucht haben ... Wenn es sich um einen Anschlag von rechts handeln sollte, wirkt das der gegenseitigen Verständigung entgegen, die wir anstreben. Ich würde das sehr bedauern.“*

Innerhalb eines halben Jahres sind in Schwedt, Grenzstadt zu Polen, 14 Angriffe auf polnische BürgerInnen bekannt geworden. 1993 wurden über 73 Straftaten mit rechtsextremen Hintergrund von Schwedter Nazis begangen. Die Dunkelziffer liegt weitaus höher.

Eberswalde, Bad Freienwalde, Bernau, Angermünde und Prenzlau sind beliebte Ausflugsziele für



rechte Terrorbanden, um dort linke Treffs anzugreifen. Das Antifa-Info-Café in Angermünde (20 km von Schwedt) wurde schon in der ersten Woche seiner Existenz von Schwedter Nazis angegriffen.

Da es in Schwedt nur eine handvoll Linker gibt, gehen die Nazis verstärkt auf Jagd nach Rappern und Ravern*. Gerade bei kleinen Rapper-Kids finden sie immer wieder wehrlose Opfer. Ende 1992 wurde der Rapper-Club *„Külz“* von Nazis besetzt und ist inzwischen einer der wichtigsten rechten Treffs. Die Rapper wurden rausgeprügelt. Vom *„Külz“* aus startete z.B. der letzte Angriff auf den Karthaus-Club, der von Schwedter Nazi-Skins und

** (Rapper und Raver sind Jugendliche, die sich für Rap - schwarze Musik mit Sprechgesang - oder Rave - Technomusik - interessieren.)*

Holsteiner 'REP's zusammen ausgeführt wurde. Die 'NF'-Führer hatten alles organisiert und beobachteten die Aktion aus sicherer Entfernung.

Dem liebsten und dümmsten Nazischläger der 'NF', Mirko HANNIG sollte im Dezember 1993 der Prozeß wegen mehrfacher z.T. schwerer Körperverletzung und anderer Delikte gemacht werden. So hatte er u.a. im Februar 1993 mit noch einem Dutzendanderer, ganz besonders tapferer Kameraden, einen Punk fast zu Tode geprügelt und getreten. Justiz und Polizei sind in Schwedt ob ihrer schlampigen Arbeit in öffentliche Bedrängnis geraten, so daß sie schnell einen Musterprozeß (Parole: *„Der Staat geht konsequent gegen militante Rechtsextremisten vor!“*) gegen Mirko HANNIG aus dem Boden stampfen wollten. Am ersten Prozeßtag konnte nicht einmal geklärt werden, ob die Anklagen eigentlich gegen Mirko HANNIG oder gegen Marko HANNIG (der ebenfalls in der Schwedter rechtsradikalen Szene unterwegs ist) laufen, und wer nun wer sei. Mit immer neuen Beweisanträgen schaffte es der Anwalt von Mirko HANNIG, jeden Prozeßtag kurz nach Beginn platzen zu lassen. Es wurde endlos vertagt. Die Krönung: Erst am vorerst letzten Verhandlungstag (Januar 94) gab M. HANNIG vor, von dem Punk mit einer Pistole bedroht worden zu sein und in Notwehr gehandelt zu haben. Der Punk sei ihm dabei unglücklich unter die Stiefel gefallen. Tatsächlich hatte die Polizei am Tatort eine Waffe sichergestellt. Da sie aber auf Anfrage des Gerichtes bei der Polizei nicht mehr auffindbar war, wurde der Prozeß im Januar 1994 gänzlich abgebrochen, und wird wohl erst in einigen Monaten neu aufgezogen. Bis dahin genug Zeit für Mirko HANNIG, sich neue Versionen des Tathergangs auszudenken und nebenbei mit seinen Freunden weiter herumzurandalieren.



Das zweite Gesicht des Mirko H.

Fräch 93

Pressefreiheit gegen Meinungseinfalt

Sie hat mit der ganzen Scheiße angefangen: Skinhead O'Connor

Wehret den Anfängen!

Fräch 3/92

Das "boese" Blatt für "brave" Schüler

Überall Polizisten – man fühlt sich so unsicher!



HANSEN, wir freuen uns schon auf das nächste mal

Die 'NF/SrA': Kader und Propaganda

Die FaschistInnen geben Flugblätter und Zeitschriften (*„Angriff“*, *„Fräch“*, *„Zitti“*) in hoher Auflage heraus. Plakate, Aufkleber und Sprühereien der 'NF/SrA' sind überall zu sehen. Die 'NF' schaffte es sogar mit ihrer Zeitschrift *„Fräch“* als Veranstalter zu einer Gymnasiumsparty aufzurufen, ohne daß Schulleitung oder Stadtregierung reagierten.

Einer der wichtigsten Kader der 'NF' bzw. deren Nachfolgeorganisationen in Schwedt ist Sven HANSEN. Im März 1991 galt er als Kontaktperson für die Aufbaugruppe der

Ausgabe 3/1991 Nummer 3

Revolte

Zeitung der nationalistischen Bewegung

Aufbaugruppe NF-Schwedt sucht preisgünstig guterhaltene Schreibmaschine und guterhaltenen Kopierer (DIN A 4). Angebote entweder schriftlich an: Sven Hansen, Werner-Seelenbinder-Str. 5/Haus 4, O-1330 Schwedt, oder über die Rufnummer Schwedt/32489 (nach Sven verlangen)

Schwedter 'NF'. Er nahm am Naziaufmarsch in Halbe am Volkstrauertag 1991 teil und ebenfalls an einer Schulung der faschistischen 'Deutschen Kulturgemeinschaft e.V.' Ende 1991 in Berlin.

Mittlerweile ist er in den Vorstand der Nachfolgeorganisation der 'NF', der 'Sozialrevolutionären



SCHUTZ DES LEBENS STATT SCHUTZ DES KAPITALS !

Melanie, ein dreizehnjähriges Mädchen aus unserer Stadt, von einem jungen Mann und drei Jugendlichen auf brutalste Weise gequält und regelrecht hingerichtet. Die Polizei versagte auf der ganzen Linie.
Für den Haupttäter darf man die gesetzlichen Höchststrafe erwarten. Doch genügt diese Bestrafung als Abschreckung für mögliche folgende Täter? Nein!
Wir denken ein Mensch , der aus egoistischen Gründen tötet, ist es nicht wert selber weiter zu leben. Deshalb fordern wir:

TODESSTRAFE FUR MÖRDER!

Wichtiger aber ist die Frage nach den Ursachen dafür, daß Jugendliche aus normalen Elternhäusern zu grausamen Mördern werden können, aber auch das Kriminalität und Zerstörungswut ständig zunehmen. Des Übels Wurzel ist diese Gesellschaft, denn sie und alles in ihr ist nur dem Interesse des Profitmachens um jeden Preis untergeordnet. Das beste Beispiel dafür sind die Politiker, als Aushängeschild dieses Staates, deren Aktivitäten von Waffenschmuggel und Steuerbetrug bis zu Diätenerhöhung und Korruptionsaffären reichen. Gewinnspanne und Absatzmärkte sind wichtiger als Menschenleben. So wachsen Jugendliche in einer Welt der alltäglichen Gewalt auf, die ihnen reichlich in Filmen und Zeitschriften vorgelebt wird. Man lernt von klein auf in dieser Ellenbogengesellschaft, die sich übrigens selbst als "nicht gerecht" bezeichnet, zu überleben.

Dabei fragt niemand mehr, was hast Du geleistet - sondern jeder fragt nur noch nach dem Geld, woher Du es hast ist meistens egal. Das begünstigt Verbrecher, Rauschgifthandel, Prostitution und all die anderen Abartigkeiten dieser Gesellschaft.

Dagegen wehren wir uns.

Wir fordern: GEMEINNUTZ GEHT VOR EIGENNUTZ:
Denn wir haben uns nicht vom marxistischen Staatskapitalismus befreit, um die Herrschaft des Privatkapitalismus, der dem ersteren an Grausamkeiten in nichts nachsteht, zu erdulden. Wir müssen und werden ändern!
Wir sind aber nur stark, wenn wir vom Willen unseres gesamten deutschen Volkes getragen werden. Denn wir wissen, daß die derzeitige Politik, die ohne und gegen das Volk geführt wird, ein Verbrechen ist.
Wir fordern: DURCH DAS VOLK FUR SEINE ZUKUNFT:
Helfen Sie uns bei unserem Kampf, denn wir sind auf Sie angewiesen. Leben Sie nach den Moral - und Verhaltensnormen, die Sie von ihren Eltern mit auf den Weg bekommen haben und nicht nach denen die ihnen in Schule, Rundfunk, Presse und Fernsehen tagtäglich anerzogen werden sollen. Denken Sie daran, für uns Deutsche kommt vor dem Geld immer noch die Ehre!
Zeigen Sie diesem Staat und dieser Gesellschaft, daß wir nicht alle käuflich und konsumsüchtig geworden sind.

STELLEN WIR UNS GEMEINSAM GEGEN

KRIMINELLE und zerstörERISCHE

GEWALT!

48 Bielefeld 1 · Postf. 8110
NATIONALISTISCHE FRONT

Flugblatt der Schwedter 'NF'

Arbeiterfront' ('SrA'), aufgestiegen. HANSEN ist dort für das Referat Schulung zuständig. Weitere wichtige Kader sind Stefan WÜNSCH, Christian KUSCH und Mirko HANNIG.

Rechtsradikale und das kriminelle Milieu

Die rechte Schlägerszene umfaßt mindestens 150 Personen. Bürgermeister Schauer behauptet hingegen: Bestenfalls gäbe es ein Dutzend Rechtsradikaler, aber die würden doch nicht die Stadt terrorisieren. Schutzgelderpressungen? Davon hätte er nie gehört. Überfälle auf polnische BesucherInnen, organisierte Kriminalität, Waffenhandel, Autoschiebereien? Hirngespinste? - Er könnte es besser wissen.
Sieben oder acht Schlägerbanden sollen sich nach den Erkenntnissen der Polizei gebildet haben, die vom politisch harten Kern der Neonazis rekrutiert wurden. *„Erste Anzeichen auf Schutzgelderpressungen liegen vor"*, sagt die Eberswalder Polizeipräsidentin Uta Leichsenring.

Nazi-Skins sind gewissermaßen Bestandteil der städtischen Familie. Sie gehen seit Jahren direkt zum Oberbürgermeister und dessen Jugendamtsleiter. Mit den Negativschlagzeilen über die Jungscheitelchen gerät OB Schauer in Erklärungsnotstand. Besorgten Investoren muß er immer wieder versichern, *„daß Schwedt keine braune Stadt ist"*. Im April 1990 eröffnete ein engagierter Schwedter Bürger eine Kneipe. Seitdem wird er die schlagenden *„Kameraden"* nicht mehr los. Zwei Mal versuchte der Wirt, sich ihnen in den Weg zu stellen. Als Antwort zerschlugen sie ihm das Mobiliar. Zu Himmelfahrt, im Mai 93, verhandelte er mit dem Führer der Clique, Marcel KOVAC. Doch der ließ sich nicht beeindrucken. Um seine Forderungen zu unterstreichen, räumte er sämtliche Gläser aus dem Kneipenregal.



Ein „Investitionshindernis" - die Schwedter Jugend

Der schwer betrunkene 22jährige kam noch in derselben Nacht mit seinem Moped ins Schleudern und landete direkt unter dem Auto eines Kameraden. Marcel KOVAC, der bekannteste Nazischläger aus Schwedt, starb noch am Unfallort.
Jetzt terrorisieren die hinterbliebenen Schläger das Personal des Gastwirtes. Vor zwei Monaten legten sie dem irischen Kellner eine 7,65er Patrone auf die Theke: *„Du weißt, was das bedeutet"*. Eine Morddrohung, die wirkte: Der Ire verließ mit seiner ebenfalls irischen Kollegin die Stadt. Auf eine formelle Anzeige verzichtet er aus Angst vor Rache. Zwei Mal sind die Kneipeninhaber zur Polizei gegangen. Dem örtlichen Polizeichef JANKOW und seinem Stellvertreter KLEMM haben sie Morddrohungen, Erpressungen und immer wiederkehrende Schlägereien geschildert. Die Ordnungshüter zuckten die Schultern und rieten, die vorgesetzte Polizeipräsidentin in Eberswalde zu informieren. Die Vermutung liegt nahe, daß die kurzgeschorenen Erpresser und Randalierer mit dem Wohlwollen einiger örtlicher Polizisten rechnen können.
Viele der Schwedter Nazis kommen aus dem Umfeld der 'NF'.
Gegen einige wird seit langem wegen Verbreitung faschistischen Gedankenguts, Landfriedensbruch, Körperverletzung und Verwendens von Kennzeichen verfassungsfeindlicher Organisationen ermittelt. Zu Verurteilungen ist es aber bislang in den seltesten Fällen gekommen.
Bislang zeichnen sich Polizei, PolitikerInnen und die FachdezernentInnen in der Stadtverwaltung vielmehr durch ihre provokante Passivität aus.

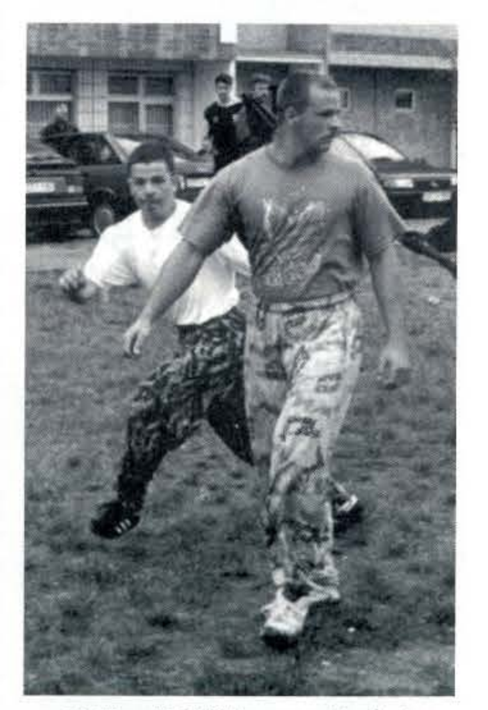


Stefan CSEVI beim Plausch mit „Kameraden"

Die Neonazis kommen überall gut an. Auch Berührungsängste zum Rotlichtmilieu existieren nicht. Walter MINUT, Betreiber einer Disco, einer Bar, eines Restaurants, zweier Bierbuden, eines Kiosks, einer kleinen Pension und eines illegalen Bordells, wird nachgesagt, er engagiere glatzköpfige Schläger für die Drecksarbeit, wie das Abkassieren der Konkurrenz. Zumindest gibt er zu, die *„Jungs"* zu kennen. Noch mehr helfen ihm aber die Kontakte zum Bundesgrenzschutz, der ihm die unliebsame Berliner Konkurrenz vom Hals hält, wenn er mit dieser mal Ärger hat. Kommentar von MINUT: *„Was kann schlimm daran sein, wenn Deutsche Deutschen helfen?"* Mittlerweile ließ das BGS-Kommando Berlin in eigener Sache ermitteln, weil diese ungeheuerliche Kooperation doch zu offensichtlich ist. Die Stadt, konkret Rechtsdezernent Hildebrandt und sein Ordnungsamtsleiter Schirg, dulden die illegalen Machenschaften MINUTs. Sie wissen auch um MINUTs Kontakte zum BGS und zu den Faschos. Es wird stillgehalten.
Als MINUT durch die *„Perle der Uckermark"*, eine Disco seines Rivalen ZWERG, deutliche Konkurrenz bekam, verwunderte es nicht, daß eines Nachts die *„Perle"* bis auf die Grundmauern niederbrannte und die Polizei keine Ursache feststellen konnte. Brandstiftung?
Dann aber verkaufte MINUT wegen finanzieller Probleme seine *„UFO-Disco"* an ZWERG, der seitdem dort die *„Perle der Uckermark 2"*, kurz P2, betreibt. Türsteher in der P2 sind Berliner Faschisten, die am Eingang auch mal ein nettes Pläuschen mit den Schwedter Skins pflegen. Aber auch schon zu *„UFO"*-Zeiten verkehrten dort ja die Rechten und verstanden sich mit dem Chef gut. Zu gut?

Die Antifa-Demo im Juni 93 und deren Folgen

Am 12. Juni 93 fand in Schwedt eine von unabhängigen Antifas organisierte antifaschistische Demonstration statt. Von vornherein wurde versucht die Demonstration zu kriminalisieren. Polizei und Stadtregierung ließen nach der Demonstration verlauten, daß durch den besonnenen Einsatz der Polizei das Ziel der Demo, Schwedt *„platt zu machen"*, nicht erreicht wurde. Man wäre entschlossen gegen die linksextremistischen Gewalttouristen aus Kreuzberg vorgegangen. Die Diffarmierung Schwedts als braune Stadt wäre Lüge und schrecke Investoren ab. Der Panikmache würde man entschlossen entgegentreten, indem man gegen gewalttätigen Extremismus, besonders den linken, hart angehen würde.
Dies war zu erwarten. Die Verantwortliche für Jugendpolitik in der regierenden SPD, *Giese*, hatte einst verkündet: *„So wie die Linken aussehen, könnten die Eltern nur Asoziale sein, und dann könne sie die Rechten verstehen, wenn die die Linken zusammenprügeln."*
Nach der Demonstration wollten die FaschistInnen klar machen, wessen Territorium Schwedt ist. Innerhalb von zwei Wochen wurden zehn Rapper zusammengeschlagen, drei von ihnen mußten stationär ins Krankenhaus, zwei davon sogar auf die Intensivstation. Ein Schüler wurde von zwei Faschisten aus dem Sportunterricht gezerrt. Vor der Turnhalle warteten noch acht weitere Faschisten und schlugen ihn krankenhausreif. Drohungen blieben nicht ohne Folgen, wie z. B.: *„Du warst bei der Demo, wir haben Dein Gesicht auf Film! Jetzt bist Du fällig..."* Die Nazis arbeiten nach und nach ihre *„Schwarze Liste"* ab. Ganz oben die Leute der Antifa.



GIESE und SASSE lernen am Rande der Antifa-Demo das Laufen

Erst am 18. September 1993 wurde ein linker Lehrer aus einem Rockkonzert im Schwedter *„Café Lisa"* (schon mehrfach Ziel faschistischer Angriffe) von mehr als 30 Nazi-Skins rausgezerrt und auf Anweisung der 'NF'-Kader



„Keinen Monat ohne meine 'Geierwally'..."

WÜNSCH und HANSEN krankenhausreif geprügelt.
Schwedter Antifas werden seit der Demo konsequent von Polizei und Stadtregierung kriminalisiert. Es gab Hausbesuche des Jugendamtsleiters, um den Eltern bei der Erziehung der Kids zu helfen. Die plichtbewußten Polizisten arbeiten an der Akte *„Links-Extremismus in Schwedt - Antifa"*. Es gab sogar Kommentare von öffentlicher Seite, man warte direkt darauf, daß AntifaschistInnen von den Rechten umgenietet werden, damit es wieder Ruhe in der Stadt gäbe.

Die „GenossInnen" von der Volkspolizei

Die Polizei, speziell der Chef der Schwedter *„Schutzpolizei"* Dieter Jankow und sein Stellvertreter, der Einsatzleiter Stefan Klemm, ist in der Stadt extrem rechts. Sie machen Jagd auf Linke, während sie verkünden lassen, in unserer Region gäbe es gar keine Faschisten!
Bezeichnend war der Einsatz von 70 Polizisten unter Klemms Leitung, die Anfang Juli 93 das Angermünder *„A.L.C."* (Alternatives Literatur-Café) mit gezogenen Knarren und Kampfhunden stürmten, während über 100 FaschistInnen zusahen und applaudierten. Grund der Aktion: Die Polizei hatte angeblich Hinweise, daß sich im *„A.L.C."* StraftäterInnen aus der autonomen Szene befinden würden. Nichts davon konnte nachgewiesen werden. Am Rande der Polizeiaktion wurden zwei junge AntifaschistInnen von Nazis zusammengetreten, während die Polizei aus 15 m Entfernung zusahen. Ein Einsatz, der Schwedter und Angermünder Antifas kriminalisieren sollte. Der Chef der Schwedter Schutzpolizei, Dieter Jankow, widerspricht vehement der Darstellung, Schwedt sei *„die braune Stadt in ganz Brandenburg"*. Er vertritt die Auffassung, daß es keine fest organisierten rechtsradikalen Strukturen in Schwedt gibt. Er sieht auch keinen Widerspruch darin, im Nachsatz zuzugeben: *„Einmal im Monat treffe ich mich mit Vertretern der rechten Szene. Absprachen und so."*
Die Eberswalder Polizeipräsidentin Leichsenring bezeichnet die Entwicklung in Schwedt als sehr bedenklich, zumal die Gefahr bestehe, daß sich rechtsextremistische Strukturen aufbauen. Die Schwedter Polizei wird an Wochenenden durch auswärtige Kräfte unterstützt, 15 neue Stellen sind in der Schwedter Wache ausgeschrieben. Dies wird aber nichts an der Situation ändern, da die Schwedter Polizeileitung in ihrer Praxis eher Linke verfolgt als


In Schwedt gibt es statt der Zelle einen Klubraum
Polizei und Jugendamt der Oderstadt pflegen den Dialog mit Schlägern aus der Neonazi-

Von unserem Redaktionsmitglied Walter Wüllenweber

Wer sehen will, wie Deutsche den braunen Schlägertrupps wieder nachgeben und sich keiner mehr traut zu widersprechen – die Zeitungen nicht, der Bürgermeister nicht, die Polizei nicht, die Bürger schon gar nicht, wer das sehen will, der fahre nach Schwedt. Dort ist die Horrorvision schon nahe an der Wirklichkeit.

Zuerst ein harmloser Fall, ohne Blut und ohne Intensivstation. In der „Bierstube", einer Alkohol-Abfüllstation für Schwedter Neonazis, sind wir mit Mirko Hannig verabredet, einem stadtbekannten rechten Kampfhund. Doch Hannig kommt nicht. Statt dessen kommt Dirk Wittge. „Los, setz die Brille ab!", brüllt er gleich nach Erscheinen und hebt die Fäuste in Gefechtsstellung. Schwedter Neonazis scherzen nicht. Seine Kameraden springen auf und gurgeln betrunkene Anfeuerungen: „Hau drauf! Mensch, hau drauf!"

Polizisten zeigen ihr Selber-schuld-Gesicht

Aber Wittge will sich gar nicht schlagen. Er will Geld. Schwedter Neonazis kriegen, was sie wollen. Die Fäuste öffnen sich. Ein paar Scheine verschwinden darin.

Die Polizisten auf der Wache machen ihr „Selber-schuld-Gesicht". Deswegen die sichere Amtsstube verlassen? „Da hätten wir viel zu tun", sagt einer. Erst als sie beim Feststellen der Personalien Presseausweise erkennen, werden sie aktiv. Eine halbe Stunde später sitzt ein verblüffter Wittge in der Polizeistation. Eine Strafanzeige wird aufgenommen.

Das war vor über vier Monaten.

Schwedt: Neue Nazi-Hochburg

Frankfurt (Oder) – Schwedt ist Brandenburgs Hochburg in puncto rechtsradikaler Kriminalität. So die Einschä... der Frankfurter Sta... schaft, die sei... schon fün... rech...

Hat Schwedt vor dem Rechtsradikalismus kapituliert?

Nachts fahren Jung-Nazis Streife

Schwedt 1993. Die Stadtverwaltung hat aus der Geschichte gelernt. Ohne Zögern hat man vor dem heranrückenden Rechtsextremismus die Kapitulation erklärt. Das jedenfalls ist der Eindruck, den Opfer rechtsextremistischer Gewalt haben. Doch entspricht das der Wirklichkeit?

Zunächst einmal spricht die Sozialpolitik gegen diesen Eindruck. Schon zu DDR-Zeiten war das Kita- und Jugendclubangebot in Schwedt besser als in anderen Regionen. Seit der „Wende" ist die Stadtverwaltung bemüht, d... Standard beizubehalten... Überleben...

...ert. Zweimal lehnt ... die von sowjeti... ...botene Ka... ...Angriff ...und

und faschist... schreien (so g... Juni bei der ... mo), schuld ... Antifa Schw... gendamt. E... die AAS ... Gewalt a... Mord dro... wirf...

Wie 20 rechte Chaoten eine ganze Stadt in Angst versetzen

Schwedt – Die junge Frau aus dem brandenburgischen Schwedt ist erschrocken. Nicht so sehr über die hier herrschende braune Gewalt, sondern über ihre eigene Hilflosigkeit. „Ich habe Angst, einem von Skins Überfallenen zu helfen", sagt sie. Seit Jahresbeginn hat die Schwedter Polizei mehr als 120 Straftaten mit rechtsextremem Hintergrund registriert.

Die Polizei geht in der Schwedter rechten Sz...

Jugendlichen einen Klub zu geben, war im Sommer gescheitert. Sie hatten das Angebot mißbraucht, die Wände mit Nazi-Parolen beschmiert. „Regelrechte Parteischulungen sollen dort abgehalten worden sein", sagt Rathaus-Sprecherin Corinna Müller.

Als Ursache für die Gewaltbereitschaft der Jugendlichen machen die ...


Marco DOMANSKI (mitte)und Claudia PINTER (rechts)

rechte Schläger dingfest zu machen. Nach dem Motto *„der Feind steht immer links"*.
Viele Menschen in Schwedt haben Angst, gegen den faschistischen Terror Anzeige zu erstatten. Diejenigen, die den Schritt wagen, werden von der Polizei hingehalten und abgewimmelt. Die, die jedoch hartnäckig bleiben, bekommen von der Polizei den Hinweis, besser keine Anzeige zu erstatten - aus Sicherheitsgründen. So wurden Leute, die Anzeige gegen Rechtsradikale erstatten wollten, Fotos von Gewaltopfern gezeigt, die rechte Gewalttäter angezeigt hätten. Mit solchen Methoden wird also versucht Betroffene selbst im Polizeirevier noch von einer Anzeige abzuhalten. Ohne Anzeige werden natürlich keine Ermittlungen durchgeführt und keine darauf basierende Anklage erhoben.
Dann doch entgegengenommene Anzeigen werden einfach nicht weitergeleitet. Bis heute weiß die Staatsanwaltschaft von vielen Anzeigen nichts. Desweiteren ist auffällig, daß die Aufklärungsrate von Verbrechen mit rechtsextremistischem Hintergrund in Schwedt weitaus geringer ist als im Landesdurchschnitt. Hinter dieser Arbeitsverweigerung der Schwedter Polizei steckt ein politisches Kalkül. Sie versuchen zu verhindern, daß Nazis in die Mühlen der Gerichte kommen und auffällig werden. So können die Nazis ungestört weitermachen.
Bei alledem verwundert es nicht, daß sich mehrere Kinder von Polizisten im harten Kern der rechten Szene bewegen. So ist der Sohn des Schwedter BGS-Chef's KRONENBERG einer der übelsten Nazi-Schläger (Mutter KRONENBERG ist Sozialarbeiterin für die FaschistInnen).
Wie die Situation in Schwedt ist, zeigt auch eine Umfrage unter Schwedter GymnasiastInnen: Fast 36% der befragten Jugendlichen


Marco D. auf der Suche nach neuen Autos

würden gar nicht eingreifen, wenn ein Mensch auf offener Straße mißhandelt werden wird, 57% nur bedingt, und gerade einmal 7% hätten genug Courage, dazwischenzugehen.

Der Terror geht weiter

Nachdem im Herbst 1993 auch Schwedter Antifas wieder offensiver auftraten, jagen die Nazis Leuten hinterher, die sie der Antifa zurechnen. So wurde einer jungen Frau von 30 Nazis vor der Schule aufgelauert, sie wird ständig von motorisierten Faschisten verfolgt und gejagt. Angst wird zum Normalzustand. Neonazis, vermummt mit Pali-Tüchern, gehen auch auf Jagd nach *„normalen"* Jugendlichen, und versuchen durch ihre Verkleidung, Linke zu kriminalisieren. Die Polizei glaubt's ihnen und veröffentlichte entsprechende Polizeimeldungen. Bei einer solchen Aktion wurden Sven HANSEN und Mirko HANNIG erkannt.
Daß Schwedt eine der wichtigsten braunen Hochburgen ist, wollten die Nazis auch am 14. November


Ein ganz normaler Samstag-Vormittag in Schwedt...

1993, zum *„Heldengedenktag"*, unterstreichen. So wurde von Dirk WINKEL, stellvertretender Landesvorsitzender der 'Freiheitlichen Arbeiterpartei' ('FAP') in Hessen und wohnhaft in Schwedt, ein Aufmarsch von 1500 Kameraden *„in Ehrung der zahlreichen gefallenen Kameraden der Waffen-SS unter Führung des Obersturmbannführer's Otto Skorzeny, Kommandeur der Div. Schwedt"* angemeldet. Der Aufmarsch wurde durch die Polizei verhindert, ausnahmsweise.

Schwedt 1945. Der 'SS'-Obersturmbannführer Skorzeny befiehlt im Februar die Verteidigung der Stadt vor den heranrückenden sowjetischen Truppen. Aus 7000 versprengten deutschen Soldaten wird eine Division zusammengeschustert. Zweimal lehnt Skorzeny die von sowjetischer Seite angebotene Kapitulation ab und nahm damit bewußt die Zerstörung Schwedts und den sinnlosen Tod tausender Menschen in Kauf. Am 20. April begann der sowjetische Angriff auf Skorzenys Division und endete am 26. April 1945 mit der 85prozentigen Zerstörung Schwedts und der Befreiung vom Faschimus.

Anfang Februar 1994 tauchten in der Stadt ganz massiv Aufkleber des 'Freundeskreis Revolutionärer Volkssozialisten' ('FRVS') auf. Sprüche wie: *„Gegen Staat und Kapital - Unser Kampf ist national"* und *„Den Zionismus stoppen - Schlachtfeld Deutschland droht"* führen die bekannte Ideologie der 'NF' weiter.

Der 'FRVS' taucht in Schriften der 'NF' und deren Nachfolgeorganisationen als Bestelladresse für faschistisches Propagandamaterial (Spuckis, Flugblätter, Aufnäher) und Ausrüstung (Sturmhauben, Gasmasken, Stahlhelme) auf, vertreibt aber auch faschistische Bücher und Broschüren, wie den *„Leuchter-Bericht"* (Leugnung der Vergasungen in Ausschwitz) und 'NF'-Schulungsmaterial. Die Bankverbindung läuft über Oliver WERNER aus Berlin. Die ideologische Nähe des 'FRVS' zur 'NF' und das gemeinsame Verschikken ihrer Propagandablättchen *„Stadtrebell"* ('FRVS') und *„Angriff"* ('Direkte Aktion Mittel-



Symbol des 'FRVS'

deutschland/JF') läßt auf eine enge Zusammenarbeit schließen.



Am Freitag, dem 18. 2. 1994 haben ca. 20 Schwedter Nazi-Skins den *„Karthausclub"* angegriffen, zwei Gäste wurden übel verletzt (Kopfplatzwunden, Zähne ausgeschlagen). Anführer der Aktion waren MARSCHKE, BREHMER und natürlich HANNIG. Aus Angst vor faschistischen Übergriffen lehnt es der *„Karthausclub"* bisher ab, die Antifa in ihren Räumen Partys und Konzerte veranstalten zu lassen, man würde ein *„linkes Image"* des Klubs vermeiden wollen. Nun haben sie die Quittung: Die Faschisten schlagen trotzdem zu!

Die Vati's und Mutti's der Stadtregierung

Die PolitikerInnen der Stadt bekommen das Problem *„Rechtsextremismus"* nicht in den Griff (Wollen sie das überhaupt wirklich?), deshalb leugnen sie den Rechtsextremismus in Schwedt oder verharmlosen ihn zumindest. Nur wenn nichts mehr zu leugnen ist, wird die Flucht nach vorn angetreten. So hat der *„Antifaschist"* und Bürgermeister Schwedts, Peter SCHAUER, auch mal zu einer Demo der SPD *„Gegen Gewalt"* aufgerufen, die sich wenigstens zur Hälfte auch gegen rechte Gewalt richtete. Die Stadt hat mehrfach mit organisierten Nazis der 'NF/SrA' und der Schwedter 'NF'-Jugend 'Nationalistische Jugend Schwedt' ('NJS') geredet und verhandelt. Dies wird vehement bestritten: *„Wir verhandeln nicht mit Neonazi-Führern und haben dies auch nie getan!"*, so Bürgermeister SCHAUER in der Berliner Zeitung vom 14. 10. 1993. Obwohl die Wahrheit längst an die Öffentlichkeit gekommen ist, sieht sie Stadt keinen Grund zum Umdenken: *„Wir werden von unserem Konzept nicht abgehen und weiter mit allen Jugendlichen im Gespräch bleiben, weil wir der Meinung sind, daß es keine Alternative zu Gesprächen gibt."* (Schauer in der Märkischen Oderzeitung, vom 2. 11. 93).



Uwe KNÖFLER mit Claudia PINTER - nicht alle Faschos haben Glatzen

Als Anfang Dezember 1991 ein Mann in Hohenselchow von Faschisten ermordet wurde, reagierte der Schwedter Rechtsdezernent HILDEBRANDT prompt: *„Ich werde als erstes heute oder morgen erst einmal in die Szene gehen und mich auch von dieser Seite informieren, was in Hohenselchow wirklich vorgefallen ist ... nun kann es ja nicht sein, daß jetzt gleich alle Glatzköpfe für Totschläger gehalten werden ... In Hohenselchow ist meiner Meinung nach auch zu fragen, wie der Wirt seine Pflichten erfüllt hat ... Warum wurden nicht vor Ort bekannte Skins als Ordner eingesetzt."* Einer der Täter war Sven BÖCKER aus Schwedt, der inzwischen wegen dieses Mordes und seiner Beteiligung an der Ermordung von Antonio Amadeo in Eberswalde Ende 1990 zu 7,5 Jahren verurteilt wurde.

Schuld an der rechtsextremen Gewalt, so zitiert das Neue Deutschland das Schwedter Jugendamt, sind nicht die Täter oder jene Bürger, die auf ihren Balkonen den rechten Arm zum Hitlergruß recken und faschistische Parolen schreien, schuld ist die Autonome Antifa Schwedt. Es wird nicht behauptet, die Antifa würde körperliche Gewalt anwenden oder mit Mord drohen, wie die Rechten. Man wirft der Antifa schlimmeres vor: Verbale Gewalt.

> **Thema:**
>
> **Jugendtreffs statt Asyl-Heime**
>
> **JUNGNATIONALE fordern Jugendklub in Guben**
>
> **GUBEN/SCHWEDT (BBZ/nat)** Mit dem Ziel, ähnlich wie in Schwedt, öffentliche Mittel für einen geplanten nationalen Jugendtreff als Anlaufpunkt für interessierte Jugendliche der Industriestadt Guben zu erwirken, trafen der Gubener Bürgermeister Balzarek (CDU), Vertreter der **NATIONALEN**, sowie der **NATIONALEN JUGEND** im Rathaus zusammen. Nach Angaben des Kreisvorsitzenden Gramke, sowie dessen Stellvertreter Wandke ließ der Bürgermeister grundsätzliches Interesse erkennen, konnte aber aufgrund der angespannten Haushaltslage keine finanziellen Mittel zusagen. Die **NATIONALE JUGEND** will aber weiter am Projekt festhalten und sucht entsprechende Räumlichkeiten sowie finanzielle Förderer. Gegenüber dem Jugendbeauftragten Saupe schlug der CDU-Bürgermeister einige potentielle Unterstützer vor. Die **NATIONALE JUGEND SCHWEDT**, die bereits seit längerem über einen Jugendtreffpunkt verfügt und ebenfalls in gutem Kontakt mit den Behörden steht, wird unterdessen von besonders eifrigen Journalisten in die Kritik genommen. Mit einer gezielten Kampagne soll die Schließung des Treffs erreicht werden. In Berlin sind solche Projekte dagegen überhaupt nicht mehr durchzusetzen. Dafür werden reihenweise rein ausländische Klubs eröffnet. Zuletzt mußte sogar eine Kindertagestätte geschlossen werden, damit sich ausländische Jugendliche so richtig entfalten können.

Erst die verbale Gewalt veranlasse die Rechten zur körperlichen Gewalt. Das wirft die Frage auf: War Tucholsky ein Gewalttäter?

Doch schon vor 1992 erkannte der evangelischer Pfarrer und Abgeordnete des Neuen Forums in der Stadtverordnetenversammlung Hans-Reiner Harney: „Ich habe mich immer gefragt, ob die Gespräche mit den Skinheads wirklich das bringen, was sie bringen sollten, ob nicht eine gewisse Aufwertung ihrer Person erfolgt ... Meiner Meinung nach wird an den Symptomen gebastelt, aber nicht an den Ursachen."

Die bisherige Jugendarbeit der Stadt hat einen entscheidenden konzeptionellen Fehler: Ein Jugendlicher ist für die Stadt erst dann förderungsfähig, wenn er mit dem Baseballschläger beim Bürgermeister an die Tür klopft. Entsprechend wird die Sozialarbeit durch die Stadt betrieben: Nicht mit rechten Kids wird gearbeitet, sondern die wirklichen Schläger und Kader sollen auf den *„rechten"* Weg zurückgebracht werden. (Aber da sind sie doch schon!) So nimmt Birgit KRONENBERG als Mutter der *„rechten Kompanie"* kriminelle, militante und organisierte FaschistInnen in Schutz, verharmlost sie öffentlich: *„Wir stellen uns ganz bewußt an die Seite derer, die im Volksmund die Bösen sind, weil, so böse sind sie nämlich gar nicht."* Und als sie versucht, ihren Schützling, den Nazischläger Mirko HANNIG, am Telefon zu einem Interview mit der ARD zu überreden: *„...und nun kann ich denen ja viel erzählen, daß Du ja eigentlich ein ganz netter Junge bist, und kein Schläger, und kein rechtes Vieh ... kein brauner Kampfhund, daß Du auch mehr kannst als bellen..."*. Birgit KRONENBERG stellt immer wieder faschistischen Terror als Ausleben einer *„natürlichen"* Aggressivität dar. Diese Frau ist als Sozialarbeiterin nicht nur unfähig, sondern in ihrer konsequenten Verharmlosung rechtsradikaler Gewalttäter mehr als gefährlich!

Viele Schwedter PolitikerInnen halten es für eine prima Idee Linke und Rechte zusammenzuführen. Gemeinsame Sommercamps und eine Afrikareise, *„so zum gegenseitigen Kennenlernen"* für Fascho-Skins (auch den organisierten!) und Antifas, würden das Gewaltpotential bremsen und der *„Bandenbildung"* am politischen Rand entgegenwirken. Faschisten und Linke zusammenführen, weil es ja nicht um ein politisches Problem gehen, sondern es sich nur um verirrte Schäfchen auf beiden Seiten handeln würde.

Dana (sitzend)und Dirk SCHRÖDER (rechts daneben), ein braunes Geschwisterpaar

Schluß damit!

In der Stadt gibt es eine eindeutige Situation: Die Faschisten haben Schwedt in der Hand, viele Jugendliche verkriechen sich aus Angst, oder weil sie mit alledem nichts zu tun haben wollen. Auf Polizei und Politiker kann man sich nicht stützen, das ist klar. Das zeigen uns die Schwedter Stadtväter und Stadtmütter. In ihrem kontinuierlichen Tun oder Nichttun tagtäglich. Die Möglichkeit zu einer offensiven Antifa-Politik in Schwedt sind nicht zuletzt wegen des guten Zusammenspiels zwischen faschistischen Schlägern, Polizei und Stadtverwaltung außerordentlich begrenzt. Aber den Nazis die Stadt zu überlassen, ist keine Alternative. *„Wir werden nicht in unseren Niederlagen untergehen, sondern in den Kämpfen die wir nicht führen"*.





Schaltstelle der Neonazi-Aktivitäten in Brandenburg

Sämtliche Neonazi-Organisationen, die heute im Land Brandenburg existieren, sind maßgeblich von Berlin aus aufgebaut worden. Kontakte zu kleinen faschistischen Gruppierungen im Ostteil Berlins gab es schon vor dem Fall der Mauer. Die West-Kader erschlossen sich den Zugang zur Szene, vor allem über den Kontakt zu rechtsextremistisch beeinflußten Fußball-Hooligan-Kreisen. Die West-Neonazis saßen 1989 in den Startlöchern und legten verstärkte Anstrengungen auf den „Aufbau-Ost". Das „Organisationsmodell-West" wurde erfolgreich in die Region um Berlin exportiert. Im folgenden lest Ihr einen kurzen Abriß über die faschistischen Gruppen und Parteien der Stadt.

In Berlin sind sämtliche bundesweit operierenden Organisationen anzutreffen. Die organisierte 'NS'-Rechte hat eindeutig von Zersplitterung und Grabenkämpfen Abschied genommen und orientiert sich stärker in Richtung Zusammenarbeit. Berliner Nazis haben anscheinend einen Vertrag geschlossen, sich gegen die Linke zu unterstützen. Die gegenseitigen Abgrenzungen der vergangenen Jahre sind zurückgegangen.

Die Berliner Ortsgruppe der 'Nationalistischen Front' ('NF') galt vor der Wende als die *„Biertrinkerfraktion"* und entsprach so gar nicht dem Anspruch der Partei nach Eliteausbildung. Seit den Mini-Aufmärschen, die Mitte der 80er Jahre von der 'NF' in Westberlin vor dem Spandauer-Kriegsverbrechergefängnis abgehalten wurde, sah man lange nichts mehr von ihr. Die 'NF' begann sich im Stillen zu organisieren und rückte von öffentlichen Auftritten ab, die den Widerstand zahlreicher Antifa-Gruppen angelockt hatten. Bis 1992 war Andreas POHL, der Anführer der Berliner 'NF'. Er ist auch bekannt durch seine frühere Mitgliedschaft in der Musikgruppe *„Kraft durch Froide"* ('KdF'), er pflegt das Image des rebellischen Skinheadanführers, noch heute läßt er sich gerne auf Nazi-Konzerten feiern. Dabei verschweigt er natürlich, daß er im Streit mit seinen ehemaligen *„Kameraden"* liegt, weil er sie um den Erlös der Neuauflage von 'KdF'-Aufnahmen prellen wollte.

Die Berliner 'NF' arbeitete in den letzten Jahren hauptsächlich am Ausbau ihrer Kaderstruktur und betrieb die ideologische Schulung ihrer Mitglieder. Berliner 'NF'-Kader waren häufig im Zentrum der Partei in Bielefeld und später in Detmold-Pivitsheide anwesend. Nach der Wende 1989 knüpften POHL und Co. an die bestehenden Kontakte zu Ostberliner Fußballnazis an. Als der bekannte Nazi-Hooligan-Anführer Jens-Uwe VOIGT in den Westen wechselte, war seine erste Anlaufstelle die 'NF'. Nach dem Mauerfall konzentrierten sich die Aktivitäten der Berliner 'NF' voll auf das Berliner Umland. Die Organisationskader Enno GEHRMANN und Axel GRUNOW wurden mit der Betreuung der brandenburgischen 'NF'-Interessenten beauftragt und erhielten für ihre umfangreiche Reisetätigkeit Mittel und Finanzen von der Partei. Lt. Verfassungsschutz trat Andreas POHL Anfang 1992 die Führung der Berliner 'NF' an Enno GEHRMANN ab. Lange Zeit vertrieb GEHRMANN über das Postfach der 'NF' in Velten das publizistische Sprachrohr der 'NF', den *„Angriff"*. Auch Andreas POHL ist, nach seiner längeren öffentlichen Abwesenheit in Berlin und der Region inzwischen wieder in Erscheinung getreten. Seit Ende 1993 können über ein Potsdamer Postfach, das auf seinen Namen läuft, Anti-EG- Aufkleber bezogen werden.

Das zentrale Büro der 'NF', bzw. ihrer Nachfolgeorganisationen 'Sozialrevolutionäre Arbeiterfront' ('SrA') und Direkte 'Aktion Mitteldeutschland/JF' ist nach wie vor in Berlin. In Berlin bestehen *„Kameradschaften"* der 'JF' in Buch, Charlottenburg, Hohenschönhausen, Kreuzberg, Pankow, Spandau und Zehlendorf. Obwohl sich die Berliner 'NF'ler hauptsächlich mit so spannenden Sachen wie dem Falten vom *„Angriff"* oder der Pflege von Kriegsgräbern auf dem Stahnsdorfer Friedhof brüstet, darf das nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Berliner 'NF' und ihre Nachfolgeorganisationen ihre Anhänger ideologisch auf die Nachfolge der 'Waffen-SS' trimmt. Der Schwerpunkt der 'NF', bzw. der 'SrA' und 'JF' liegt in der Kaderausbildung und Schulung ihrer Mitglieder. Es besteht eine enge Zusammenarbeit mit der Berliner 'Wiking Jugend' ('WJ'), die sich ebenfalls als Kaderaufzuchtsanstalt versteht.

Die 'WJ' hat ihren Bundesvorsitzenden Wolfram NAHRATH nach Berlin entsandt. Er lebt im Bezirk Wedding und ließ Ende 1993 vermelden, daß man es endlich geschafft habe, ein Büro einzurichten. Als *„Gauführer Berlin-Preußen"* fungiert der Berliner Mittzwanziger Sascha STEIN. Er wurde 1992 ertappt, als er den Befehl der 'WJ' sich zu bewaffnen umsetzen wollte. Wie viele Nazis kaufte und verkaufte STEIN Waffen. Als er versuchte diese einem Zivilfahnder der Polizei anzudrehen, wurde er verhaftet. Bei der nachfolgenden Durchsuchung in seiner Wohnung entdeckten die Beamten ein ganzes Waffenarsenal. Dieser Vorfall beendete STEINs Karriere bei der Berliner Freiwilligen-Polizei-Reserve, bei der er sonst als Anwärter aufgenommen worden wäre. Im Prozeß gegen STEIN wegen Waffenhandels blendeten Staatsanwaltschaft und Gericht den politischen Hintergrund der Waffengeschäfte aus und STEIN konnte mit zwei Jahren auf Bewährung den Gerichtssaal als freier Mann verlassen.

Wie die Kader der verbotenen 'NF', stehen auch die Mitglieder der 'WJ' für einen unspektakulären Organisationsaufbau. 'WJ'-Gruppen existieren in Berlin-Rudow, Lankwitz, Zehlendorf und im Berliner Norden, wo 'WJ' und 'NPD' traditionell eine Basis haben.

Eine weitere in Berlin aktive Nazi-Organisation ist sind die 'Jungen Nationaldemokraten' ('JN'), der Jugendorganisation der 'Nationaldemokratischen Partei Deutschlands' ('NPD'). Der Berliner Andreas STORR ist 1993 zum Bundesvorsitzenden der 'JN' ernannt worden. Ebenso wie die beiden oben genannten Organisationen steht die 'JN' für Kaderschulung und auch sie legte nach der Wende einen Schwerpunkt auf den *„Aufbau-Ost"*. Es wurden in Rostock, Frankfurt/Oder und Finsterwalde 'JN'-Gruppen aufgebaut und betreut. Jedoch geht der Parteiaufbau in Brandenburg nur schleppend voran. Alle Aktivitäten gingen bisher von Berlin aus und einzig in Cottbus ist eine stabile Ortsgruppe der 'JN', bzw. 'NPD' vorzuweisen. Ein weiteres Betätigungsfeld der Berliner 'JN' ist die Agitation an Schulen, vor deren Toren sie kostenlos die Schülerzeitschrift der 'JN', den „Denkzettel", verteilen. Insbesondere die Gruppe um den Vorsitzenden der Berliner 'JN', Steffen ERIKSSON, hat sich dieser Aufgabe verschrieben.

Desweiteren fühlt sich die 'JN' der Propaganda für die „Rückgewinnung" der ehemaligen deutschen Gebiete in Osteuropa verbunden. Sie bereitete die Störaktionen im September 1993 auf dem alljährlich stattfindenden Vertriebenentreffen, dem *„Tag der Heimat"*, in der Berliner Sömmering-Halle vor. Wie wenig Berührungsängste die 'JN' mit anderen neonazistischen Gruppierungen hat, zeigt die Abstimmung dieser Störaktion mit der 'Freiheitlichen Arbeiterpartei' ('FAP'), der 'WJ' und den 'Nationalen'.

'FAP'-Aufmarsch 1993 in Berlin-Lichtenberg

Die 'JN' ist für ihre Kader das Sprungbrett, um in der 'NPD' (aber auch in anderen faschistischen Organisationen) leitende Funktionen einzunehmen. Vorsitzender des Landesverbandes Berlin-Brandenburg der 'NPD' ist der ehemalige 'JN'-Vorsitzende Thilo KABUS (28) aus Reinickendorf. Harald FISCHER (43) aus Berlin-Spandau und Norbert MICHALLIK fungieren als Beisitzer des 'NPD'-Landesverbandes, der Spandauer Klaus LÜCK hat seit 1992 den Vorsitz des Berliner Stadtverbandes inne. Der wichtigste Mann dieses Vorstandes ist das 'NPD'-Bundesvorstandsmitglied Thomas SALOMON (41), der als Stellvertreter im Berliner Landesvorstand sitzt und sich besonders für die Wiedereinverleibung des heute polnischen Territoriums stark macht. Diese Clique hat in Berlin ein festes Umfeld und feierte den Jahreswechsel 1991/1992 mit 350 Personen in der Berlin-Hohenschönhausener Kneipe *„Bierstube"*. Während im Innern der 'Wiking-Jugend'-Barde Frank RENNICKE die Versammlung beglückte, zerlegte der jugendliche Anhang zwei Imbißstände vor der Kneipe - einer gehörte einem Berliner Türken, der Stand des deutschen Nachbarn wurde gleich mit zerlegt.

Die oben genannten Organisationen arbeiten sehr eng mit der 'Berliner Kulturgemeinschaft Preußen ('BKP') zusammen. Die 'BKP' ist die alljährliche Veranstalterin des Nazi-Aufmarsches zum Volkstrauertag in Halbe/Kreis KW. Die 'BKP' ist Bindeglied zwischen alten

'SS'-Mitgliedern, 'NSDAP'-lern und Neonazis und sie ist regionale Ablegerin einer der bedeutendsten Schaltstellen im bundesdeutschen 'NS'-Netz, der 'Deutschen Kulturgemeinschaft'. Die 82jährige Dr. Ursula SCHAFFER ('NPD'), die trotz hohen Alters zurecht als eine Spinne im braunen Netz bezeichnet werden muß, ist die Vorsitzende der 'BKP'. Die 'BKP' betreibt Eliteschulung mit auserwählten Mitgliedern neonazistischer Gruppen. Hier gehen alle, die innerhalb der Nazi-Szene als Kader vorgesehen sind, in den Unterricht. Auf dem Lehrplan stehen Themen wie *„Rassenkunde"*, *"Nationalsozialistische Weltanschauung"* etc. und hinter den Kulissen dienen die Treffen der 'BKP' zur Koordination und Absprache faschistischer Strategien. Sieht man sich die Liste der Teilnehmerlnnen an diesen Veranstaltungen an, hat man fast alle Anführer der Stadt auf einem Haufen: Andreas POHL ('NF'), Andreas STORR ('JN'), Oliver SCHWEIGERT ('GdNF'), Thomas SALOMON ('NPD'), Wolfram NAHRATH ('WJ') usw. Die Ausbildung beschränkt sich natürlich nicht auf Berliner, sondern auch auf Brandenburger Faschisten, wie den Schwedter 'NF'ler Sven HANSEN.




Ursula SCHAFFER (mitte) in Halbe 1991

Die 'BKP' arbeitet eng mit dem 'Hoffmann von Fallersleben Bildungswerk' ('HvFB') zusammen. Diesem überparteilichen Zusammenschluß gehören Mitglieder der 'Republikaner' und der 'Deutschen Liga für Volk und Heimat' ('DL') an. Ihr Aufgabenbereich ist ähnlich dem der 'BKP'. Die Vertreter des 'HvFB' haben seit Januar 1993 den Schulterschluß mit der 'BKP' vollzogen. Das 'HvFB' veranstaltet Vorträge mit führenden europäischen Faschisten und bietet Kurzschulungen an. Dominiert wird das 'HvBF' von (ehemaligen) Mitgliedern der 'Deutschen Liga', Der Vorsitzende des 'HvFB' ist seit Dezember 1992 Karl-Heinz PANTELEIT. Er ist gleichzeitig Mitglied der 'Nationalen' und der 'DL'.

Die Berlin-Brandenburger Funktionäre der 'DL' stehen offen zur Zusammenarbeit mit militanten Nazis. Sie sind aus Ärger über die Abgrenzung ihres Bundesvorstandes gegen die Kandidatur des Cottbusers Frank HÜBNER auf der Wahlliste der 'DL' bei den Brandenburger Kommunalwahlen vom 5.12.93, vor Kurzem aus der 'DL' ausgetreten. Der ehemalige Landesvorsitzende der 'DL', Frank SCHWERDT aus Berlin-Heiligensee, reist in seiner Funktion als 'HvFB'-Mitglied durch die Brandenburger Lande und betreibt *„Talentsuche"*. Er bietet Themen wie *„Nationalsozialismus"* oder *„Kommunalpolitik"* gleichermaßen Schlägern aus den losen strukturierten rechten Cliquen wie Mitgliedern der 'NF'-Nachfolgeorganisationen an. Der ehemalige 'NPD'-, CDU- und 'REP'-Mann versteht sich selbst als Organisator der neonazistischen Szene und unterhält Kontakte zu allen Fraktionen der Rechten.



Oliver SCHWEIGERT

SCHWERDT ist nach wie vor Landesvorsitzender der Berlin-Brandenburger Wählergemeinschaft 'Die Nationalen'. Seit den Berliner Kommunalwahlen im Mai 1992 versucht diese Initiative die zersplitterte Rechte zusammenzuführen. Auf ihren Wahllisten kandidierten 1992 vor allem Mitglieder der 'NPD' und der Deutschen Liga. Es fanden sich auf diesen Wahllisten allerdings auch Mitglieder der damals noch nicht verbotenen 'Deutschen Alternative', sowie zahlreiche Nazis, deren Vorstrafenregister sich sehen lassen kann. Einer von ihnen war Hans-Christian WENDT aus Berlin-Rudow. Er fungiert heute als Schriftleiter der *„Berlin-Brandenburger Zeitung"* von den 'Nationalen'. In diesem Blatt kommen von der 'Wiking Jugend' bis hin zur 'Berliner Kulturgemeinschaft Preußen', alle bisher erwähnten Organisationen zu Wort. WENDT selbst kommt aus dem Spektrum der 'Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front' ('GdNF') und organisiert den Bereich *„Jugend"* der 'Nationalen'. Mit SCHWERDT reist er durch die Region und rekrutiert neue Jünger für die 'Nationalen'.

Einer der leitenden Berliner 'GdNF'-Funktionäre ist der alte WENDT-Freund Oliver SCHWEIGERT. SCHWEIGERT ist zwar nicht gerade der Klügste aber dafür beharrlich. Er war Vorsitzender der 'Nationalen Alternative' und leitete im April 1992 einen Überfall von 60 Nazis auf das Flüchtlingsheim in Berlin-Buckow. SCHWEIGERT gehört zur Kaderstruktur um den verstorbenen Nazi Michael KÜHNEN, die sich als Nachfolgerin der Sturmtruppenvereinigung Hitlers, der 'SA', versteht. Entsprechend sieht ihre Praxis aus. Sie rekrutieren hauptsächlich Jugendliche für den Straßenterror.

Die 'GdNF' war die treibende Kraft in der ehemals von Neonazis besetzten Berliner Weitlingstaße in Lichtenberg. Arnulf PRIEM, Berlin-Wedding, ist der Leiter der Berliner 'GdNF'-Struktur. Bis zu ihrem Verbot, Ende 1992, war PRIEM Vorsitzender der Berliner 'DA'. In Groß-Köris bei Königs Wusterhausen unterhält PRIEM einen Bunker, der Ausgangspunkt für seine *„Gelände-Exkursionen"* ist. PRIEM ist Schulungsleiter des Kadernetzwerkes und bei den Versammlungen der 'GdNF' als Einpeitscher beliebt. Bemerkenswert ist sein gutes Verhältnis zur Berliner Polizei, die ihn fürsorglich überwacht, aber noch nicht einmal gemerkt haben will, daß PRIEM Anfang Dezember 1993, kurz vor den Briefbomben-Attentaten in Österreich (5.12.93) für einige Tage nach Wien reiste, um an einem Treffen des *„Freundeskreis Gerd Honsik"* teilzunehmen. Seit 1977 gehört PRIEM zur illegalen 'NSDAP' und war mit seiner 20 Mann starken Gruppe 1979 gern gesehener Gast auf dem Schießstand des Westberliner Polizeisportvereins. Darüber hinaus verfügt er über hervorragende Kontakte zu international agierenden neonazistischen Kreisen, insbesondere nach Österreich.

Seit dem Verbot der 'DA' hat vor allem die 'Freiheitliche Arbeiterpartei' ('FAP') in Berlin deutlichen Zulauf. Bereits 1990 legte der 'FAP'-Bundesvorstand verstärkte Anstrengungen in den Aufbau der Berliner 'FAP'. Berliner 'FAP'-Vorsitzender ist Lars BURMEISTER aus Berlin-Prenzlauer Berg. Mit dem aus Duisburg kommenden Michael DRÄGER, als stellvertretender Vorsitzender der 'FAP'-Berlin/Brandenburg und Silvia BOCHE aus Berlin-Treptow wurden BURMEISTER erfahrene Kader an die Seite gestellt. Silvia BOCHE und ihr Gatte Peter, der erst bei den 'Republikanern' und dann bei der 'DL' war, nahmen bereits 1991 beim *„Rudolf-Heß-Gedenkmarsch"* in Bayreuth teil und fehlen seitdem bei keinem größeren Nazi-Aufmarsch. Die 'FAP' rekrutiert vor allem in Prenzlauer Berg und Treptow. Sie unterhält ihr Büro in Berlin-Treptow und hat im Verlauf des Jahres 1993 ihre Aktivitäten deutlich auf Brandenburg erweitert. Der Versuch zu den Brandenburger Kommunalwahlen im Dezember 1993 zugelassen zu werden, scheiterte jedoch an der Unfähigkeit der Parteileitung, da diese nicht mit dem Wahlgesetz vertraut war. Die 'FAP' veranstaltete in den beiden zurückliegenden Jahren einen Aufmarsch zum 1. Mai im Ostteil Berlins. 1992 endete dies im Desaster, da antifaschistische Demonstrantlnnen ihren Unmut zum Ausdruck brachten. Am 1. Mai 1993 sorgten über 500 Bereitschaftspolizisten dafür, daß sich keine Gegendemonstrantlnnen in größerer Zahl im Aufmarschgebiet Berlin-Lichtenberg sammeln konnten. Etwa 100 teilweise uniformierte Nazis marschierten in Begleitung von etwas anderes Uniformierten durch die Lichtenberger Straßen. Im August 1993 mobilisierte die 'FAP' überregional zu einer sog. *„Anti-Antifa-Aktion"* und griff Teilnehmerlnnen einer am 21.8.93 in Berlin-Marzahn stattfindenden antifaschistischen Demo an.

Eine weitere Gruppe, der eine zentrale Rolle in den Berliner 'Anti-Antifa'-Aktivitäten zukommt ist der 'Freundeskreis Revolutionärer Volkssozialisten' ('FRVS'). Das Postfach des 'FRVS' ist identisch mit einem der Berliner 'Anti-Antifa'-Postfächern. Im Rahmen der *„Anti-Antifa-Kampagne"* veröffentlichte der 'FRVS' in seiner Zeitung *„Stadtrebell"* eine Liste mit ca. 90 vermeintlich linken Projekten. Beobachterlnnen nehmen an, daß der *„Freundeskreis"* der Brückenkopf zwischen den 'NF'-Nachfolgeorganisationen, der 'FAP' und der 'GdNF' ist. Oliver WERNER aus Berlin-Kreuzberg, der des öfteren in Schwedt zu Gast ist, ist einer der führenden Köpfe des 'FRVS'. Auf sein Konto bei der Berliner Sparkasse soll das Geld für über den 'FRVS' bestellte Nazi-Propaganda einbezahlt werden.

Neben seinen 'Anti-Antifa'-Aktivitäten und der Beteiligung an der Jahreshauptversammlung der 'Hilfsgemeinschaft Nationaler Politischer Gefangener' ('HNG') im September 1993 in Hessen, tat sich der 'FRVS' bisher lediglich mit dem Aufruf zu einen Aufmarsch am 16.11.93 in Berlin-Marzahn hervor. Aus dem Aufmarsch, zu dem auch die 'REPs' und die 'DL' eingeladen hatten, wurde jedoch nichts. Zum einen wurde er von der Polizei verboten, zum anderen sorgten zahlreiche Antifas dafür, daß die 150-200 trotz Verbot gekommenen Faschos keine große Freude an dieser *„Veranstaltung"* hatten. Anmelder des Aufmarsches war das Republikaner-Mitglied Olaf HEMPELMANN. Er wird verdächtigt, den Namen der Anmelderin/des Anmelders einer Antifa-Kundgebung gegen den 'REP'-Parteitag vom 23.10.93 im brandenburgischen Tiefensee weitergegeben zu haben. Sie/er wurde daraufhin zwei Wochen von Nazis observiert.

Einem ähnlichen Spektrum wie dem 'FRVS' muß der sog. 'Weißenseer Arische Widerstand' ('WAW') zugerechnet werden. Diese Gruppierung scheint eng mit dem 'Weißen Arischen Widerstand', einer international agierenden neonazistischen Gruppe, zusammenzuhängen. Der 'Weißenseer Arische Widerstand' hat sich der faschistischen/rassistischen Propaganda unter dem Motto *„Gesinnung rot, schlagt sie tot"* oder *„Schwarz und kraus, schmeißt sie raus"* verschrieben. In ihrer Zeitung *„NaturSchutz(NS)Denkzettel"* (nicht identische mit dem *„Denkzettel"* der 'JN') wird ein terroristisches Kleingruppen-Konzept gepriesen. Im Rahmen der Hausdurchsuchungen bei drei Mitgliedern des 'WAW' Ende Januar 1994, die wegen Drohungen gegen das PDS-Büro in Berlin-Weißensee durchgeführt wurden, fand die Polizei u.a. Propagandamaterial der 'NF'.

Luckau
Schwarze Pumpe

Nazis in den Knästen

Es ist eine alte Weisheit, daß gesellschaftliche Probleme nicht durch Wegschließen und Knäste gelöst werden. Dies gilt auch für faschistische Skinheads und Nazis: Insbesondere in einer Gesellschaft, in der Rassismus aus der gesellschaftlichen Mitte kommt, und in der faschistische Schläger und Brandstifter der Überzeugung sein können, sie würden nur die Regierungspolitik, die rassistischen Reden der Politiker und den sog. „Volkswillen" in die Tat umsetzen. Und so verwandeln sich denn auch faschistische Mörder und Schläger keineswegs in brave angepaßte Jugendliche, sofern sie einmal das Innere eines Brandenburger Knastes zu Gesicht bekommen. Im Gegenteil: Die Knäste Brandenburgs und anderer Bundesländer entwickeln sich schleichend zu Schulungs- und Kaderschmieden der Nazis.

In Brandenburg gibt es 11 Knäste mit insgesamt 1.520 Gefangenen. Insbesondere die JVA Schwarze Pumpe bei Cottbus und die JVA Luckau entwickelten sich seit 1992 immer mehr zu faschistischen Hochburgen. Nach Angaben der Anstaltsleitung der JVA Schwarze Pumpe geht diese davon aus, daß 1/3 aller Gefangenen in der JVA Rechtsradikale sind. Diese Entwicklung wird durch mehrere Faktoren begünstigt:

- Durch Anstaltsleitungen, deren einziges Interesse es ist, die Gefangenen zu verwahren. Das heißt in Schwarzen Pumpe, daß das einzige Freizeitangebot aus einem Kraftsportraum besteht. Bildungsangebote oder Kurse sind nicht vorhanden.
- Durch Anstaltsleitungen und Schließer, die weggucken oder anfeuern, wenn faschistische Skinheads ausländische, unpolitische oder linke Gefangene mißhandeln. In der Schwarzen Pumpe verzichten vermeintlich *„unpolitische"* oder *„linke"* Gefangene aus Angst vor den Naziskins auf den ihnen zustehenden Hofgang. Die Anführer des faschistischen Terrors in der Schwarzen Pumpe waren bis zu ihrer Verlegung Kay-Nando BÖCKER und Sven BÖCKER, die Mörder des angolanischen Vertragsarbeiters Amadeu Antonio. Momentan gehören hier z.B. die Nazischläger Michael SCHORRAT aus Brandenburg und Mike DANOWSKI aus Frankfurt/Oder zu den Anführern.
- Durch Anstaltsleitungen, die faschistische und rassistische Propaganda - wie z.B. das rassistische Hetzblatt *„Nachrichten der Hilfsgemeinschaft für Nationale Gefangene"* - ungehindert in den Knast gelangen lassen.

Die sog. *„Hilfsgemeinschaft für Nationale Gefangene"* ('HNG') hat eine zentrale Rolle bei der Betreuung, Vernetzung und „Politisierung" faschistischer Skins und Nazis in den Gefängnissen und darüber hinaus. Die 'HNG' existiert seit Ende der 70er Jahre und wird von Ursula MÜLLER aus Mainz geleitet. Die 'HNG' vermittelt den faschistischen Gefangenen AnwältInnen mit entsprechender Gesinnung, z.B. Carsten PAGEL aus Berlin oder Jürgen RIEGER ('NF') aus Hamburg. Es kann davon ausgegangen werden, daß diese Anwälte die Gefangenen bei Besuchen mit faschistischen Propagandamaterial versorgen. Darüber hinaus werden von der 'HNG' Besuche organisiert und durch die monatlich erscheinenden *„Nachrichten der HNG"* Briefkontakte vermittelt. Die *„HNG Nachrichten"* dienen gleichzeitig dazu, neue Gefangene zu rekrutieren und faschistisches, antisemitisches und rassistisches Gedankengut in den Gefängnissen zu verbreiten.

Die 'HNG' ist keineswegs eine *„karitative"* Organisation, sondern hat eine wichtige politische Schlüsselfunktion im Netz der Naziorganisationen, die in der 'Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front' ('GdNF') zusammengeschlossen sind. Die 'HNG' arbeitet mit dem gesamten faschistischen Spektrum in der BRD und in Europa zusammen und hat häufig eine Vermittlerposition bei Streitigkeiten zwischen führenden Nazikadern. In den *„HNG Nachrichten"* kommen auch Arnulf PRIEM aus Berlin, Kühnen-Nachfolger Christian WORCH aus Hamburg, Gottfried KÜSSEL aus seiner österreichischen Gefängniszelle sowie andere führende Kader der 'GdNF' zu Wort. Gefangene, die einmal von der 'HNG' betreut wurden, werden - wie z.B. der 'NF'ler Patrick CUHRTS aus Brandenburg - nach ihrer Haftentlassung zumeist Mitglied in der 'HNG': Sie halten die Kontakte zu den ehemaligen Mitgefangenen, besuchen sie, versorgen sie mit Propagandamaterial und *„helfen"* ihnen nach ihrer Entlassung, indem sie sie wieder in die Nazistrukturen vor Ort reintegrieren. Koordiniert wird die regionale Arbeit durch die jeweiligen Gebietsbeauftragten, wie z.B. durch Mike HAMPEL aus Oranienburg, dem Gebietsbeauftragten für *„Mitteldeutschland"* (dazu zählt u.a. auch das Land Brandenburg). Ab Januar 1994 plant die 'HNG' eine Beilage zu den *„HNG-Nachrichten"* - die *„Mitteldeutsche Gefangenenstimme"*, die sich vor allem an faschistische und rassistische Gefangene in den Knästen in der ehem. DDR richten soll. In der JVA Schwarze Pumpe betreut die 'HNG' z.B. den o.g. Mike DANOWSKI sowie N. SIEGMUND, einen ehem. Mitgefangenen von Patrick CUHRTS. In der JVA Luckau gehört auch Maik HOFFMANN, Mitglied der 'Werwolf Jagdeinheit Senftenberg' und Mörder von Timo Kählke, zu den 'HNG'-Schützlingen.

Faschisten in den Knästen beschränken ihre Aktivitäten allerdings nicht nur auf Schulungen, Kraftsporttraining und Gewalt gegen Mitgefangene. So wurden die Gefängnisrevolten in der JVA Luckau Anfang 1993 und die Geiselnahme im Knast von Königs Wusterhausen von faschistischen Gefangenen organisiert und durchgeführt. Auch gemeinsame Ausbruchsaktionen wie im Dezember 1993 aus dem Knast Schwarze Pumpe werden organisiert: Damals flohen 9 faschistische Gefangene aus der JVA Schwarze Pumpe - darunter auch Daniel KRÜGER, der von der 'HNG' betreute Mörder des Obdachlosen Emil Wendland.

Gewalt

Im folgenden wollen wir näher auf die gesellschaftlichen Gruppen eingehen, die besonders oft Opfer von Gewalt sind. Dies erscheint uns wichtig, da die Gewalt gegen Menschen aufgrund ihres Geschlechts, ihrer sexuellen Orientierung, ihrer Hautfarbe oder ihrer „körperlichen Verwertbarkeit" immer einen gesellschaftlichen und politischen Hintergrund hat. Sie kommt nicht aus dem Vakuum, sondern aus der gesellschaftlichen und politischen Mitte. Faschisten sind hierbei oftmals nur noch diejenigen, die die Politikerpropaganda und Stammtischparolen umsetzen. Antifaschistische Politik muß sich daher ebenso mit den Ursachen faschistischer Gewalt, wie mit den Schlägern auseinandersetzen und gemeinsam mit den Opfern faschistischer Gewalt Möglichkeiten zur Selbsthilfe erarbeiten..

Gewalt gegen Frauen - sexistische Gewalt

Gewalt gegen Frauen und Mädchen ist alltäglich. Die Täter kommen ebenso wie ihre Opfer aus allen sozialen Schichten.

Gewalt gegen Frauen hat unterschiedliche Formen, kann sichtbar, aber auch unsichtbar sein:

Gewalt gegen Frauen wird immer dann ausgeübt, wenn das *„Nein"* einer Frau von einem Mann übergangen, nicht beachtet oder nicht ernst genommen wird, z.B. bei Vergewaltigungen durch Unbekannte, Ehemänner und Freunde, bei sexuellem Mißbrauch von Mädchen, bei Schlägen und anderen Formen körperlicher Gewalt gegen Frauen und Mädchen...

Gewalt gegen Frauen existiert,

- weil in dieser Gesellschaft allen (Männern und Frauen!) vermittelt wird, daß Mädchen und Frauen sich unterordnen sollen und weniger wert sind als Jungen und Männer;
- weil Männern durch Werbung, Pornographie, Filmen etc. suggeriert wird, daß sie *„Frauenkörper"* ebenso wie Autos, Häuser etc. besitzen können;
- weil Frauen und Mädchen das Recht abgesprochen wird, über ihr Leben und ihren Körper selbst zu bestimmen;
- weil über Gewalt gegen Mädchen und Frauen nicht geredet wird, denn *„schließlich mögen es Frauen ja, wenn mann sie etwas härter anfaßt"*, *„hat sie es selbst provoziert, so wie die rumläuft"*...
- weil eine Frau, die sich traut, eine Vergewaltigung zur Anzeige zu bringen, damit rechnen muß, daß sie vor Polizisten, Staatsanwälten und Richtern die Details ihrer Erniedrigung endlos wiederholen muß - mit der hohen Wahrscheinlichkeit, daß dem Täter mehr Glauben geschenkt wird als ihr.

Eine andere Form der Gewalt gegen Frauen ist die strukturelle Unterdrückung und Benachteiligung von Mädchen und Frauen, z.B.:

- wenn Frauen durch die Neuregelung des §218 das Recht genommen wird, über ihren Körper selbst zu entscheiden und sie gezwungen werden, bei Abtreibungen um Erlaubnis von Ärzten und Beratungsstellen zu betteln;
- wenn Frauen als erste gekündigt werden;
- wenn bei Neueinstellungen Männer bevorzugt werden;
- wenn im Sprachgebrauch, z.B. in den Medien, Frauen nicht auftauchen oder Frauen mit sexistischen Schimpfwörtern erniedrigt werden;



- wenn Frauen auf eine Rolle an Heim und Herd festgelegt werden sollen, weil die Arbeitslosenzahlen immer weiter steigen;
- wenn die Finanzierung von Kindergarten- und Kitaplätzen gestrichen werden, so daß

alleinerziehende Frauen ihre Kinder 24 Stunden am Tag selber betreuen sollen.
Gewalt gegen Mädchen und Frauen nimmt in Zeiten von gesellschaftlichen Krisen zu; parallel dazu werden die Mittel für Schutzräume für Frauen und Mädchen, wie z. B. Frauenhäuser und Krisentelefone gekürzt und gestrichen.
Faschisten und Neonazis vertreten eine Ideologie, in der die gesellschaftliche Unterordnung von Frauen unter Männer, der Gehorsam von Frauen gegenüber Männern und das Besitzrecht von Männern am Frauenkörper zentrale Werte sind, die als *„naturgegeben"* oder *„natürlich"* dargestellt werden. Im faschistischen Weltbild werden Frauen zu Gebärmaschinen reduziert. Gewalt gegen Frauen wird somit institutionalisiert. Deswegen ist es auch kein Widerspruch, wenn Faschisten einerseits in Flugblättern zum *„Schutz von deutschen Frauen und Mädchen"* aufrufen, und andererseits Faschisten z. B. in Potsdam Frauen und Mädchen zur Prostitution zwingen, den Schutz von Bordellen organisieren etc.
Um sich gegen Männergewalt zu wehren, müssen Frauen gemeinsame Strukturen entwickeln - sich Freiräume organisieren, Möglichkeiten, über Erfahrungen und Ängste zu reden, Kampfsport und Selbstverteidigung trainieren, Frauenhäuser aufbauen etc. In vielen Städten existieren Frauennotruftelefone bzw. -krisentelefone, Frauengruppen und Organisationen, die geschlagenen und/oder vergewaltigten Frauen weiterhelfen, indem Mitarbeiterinnen mit Frauen zur Polizei gehen, zum Rechtsanwalt, psychosoziale Betreuung anbieten etc. In den Brandenburger Städten Cottbus, Frankfurt/Oder, Potsdam und Schwedt gibt es derartige Frauenorganisationen und/oder auch Treffpunkte. Der Kampf gegen Frauenunterdrückung ist ein wichtiger Bestandteil antifaschistischer Arbeit.

Antisemitische Gewalt

Antisemitismus hat in diesem Land eine lange Geschichte und in der Ermordung von sechs Millionen JüdInnen während des Nationalsozialismus seinen extremsten Ausdruck erreicht.
In den letzten Jahren ist Antisemitismus in der BRD wieder salonfähig geworden. Die Holocaust-Leugner, Geschichtsrevisionisten und diejenigen, denen es schon immer lästig war, sich mit der faschistischen Vergangenheit und ihren Kontinuitäten auseinanderzusetzen, gewinnen wieder an gesellschaftlicher Akzeptanz. Antisemitistische Gewalt äußert sich in Brandenburg am häufigsten in der Schändung von jüdischen Friedhöfen, aber auch in Drohanrufen gegen JüdInnen, jüdische Organisationen und Einrichtungen etc. Antisemitismus und Rassismus sind eng miteinander gekoppelt. Beide beruhen darauf, Menschen aufgrund einer vermeintlichen oder realen Zugehörigkeit zu einer bestimmten *„Gruppe"*, auszugrenzen, zu stigmatisieren, sie über ihre Gruppenzugehörigkeit zu definieren.

Gewalt gegen Obdachlose

Es gibt in der BRD inzwischen etwa eine Millionen Menschen, die obdachlos sind. Ihre Zahl wächst ständig, weil immer mehr Menschen aufgrund von Arbeitslosigkeit, horrenden Mietsteigerungen, Verschuldung etc., nicht in der Lage sind, ihre Miete zu bezahlen oder bezahlbaren Wohnraum zu finden. Obdachlose werden in den Medien als *„Stadtstreicher"* und *„Asoziale"* diskriminiert; Politiker benutzen sie gerne in ihren Sonntagsreden über *„arbeitsscheue Elemente"*; sie werden systematisch ausgegrenzt und entmenschlicht. Auf diese Weise gelingt es den tatsächlich Verantwortlichen für Wohnungsnot und Mietensteigerungen (Politikern, Maklern, Spekulanten, Wohnungsbaugesellschaften) ihre Verantwortung auf die Opfer der eigenen Politik abzuwälzen, die ja *„selber schuld sind"*, wenn sie obdachlos werden. Gleichzeitig wird damit Faschisten und Naziskins signalisiert, daß ihre Opfer ohnehin für die Gesellschaft *„wertlos"* seien. Dies drückt sich auch in den Zahlen und Statistiken über die Opfer des faschistischen Terrors aus - ca. die Hälfte der Toten der letzten drei Jahre sind Obdachlose gewesen.

Gewalt gegen Behinderte

Für viele behinderte Menschen gehören Beschimpfungen auf der Straße und seit einiger Zeit zunehmend auch körperliche Angriffe zum Alltag.
Behinderte Menschen werden in dieser Gesellschaft zur Randgruppe gemacht und auf vielfältige Weise isoliert. Der Weg in die Isolation beginnt mit den Sonderkindertagesstätten, führt dann über Sonderschulen (mit einem Schulabschluß, der kaum eine Wahl bei der Berufsausbildung läßt) in Werkstätten und Heime für Behinderte - und dies alles mit der Zielsetzung, Behinderte vom Rest der Gesellschaft abzuschirmen und Kontakte zwischen Behinderten und Nicht-Behinderten so weit wie möglich zu verhindern. Inzwischen wird bereits wieder über die *„Euthanasie"* (sprich Ermordung) an Behinderten von Nicht-Behinderten diskutiert und überlegt. „Pränatale Diagnostik" ist eine der Möglichkeiten über eine eventuelle Behinderung von Föten noch während der Schwangerschaft Auskunft zu geben. Je nach Ergebnis der Untersuchung ist es auch im vierten Schwangerschaftsmonat noch möglich eine Abtreibung vornehmen zu lassen. Auch die gezielte Tötung behinderter Säuglinge kurz nach der Geburt wird diskutiert.
Dies alles ist möglich, weil Menschen in dieser Gesellschaft zunehmend unter dem Gesichtspunkt der Leistungsfähigkeit und Arbeitsproduktivität eingestuft werden und dementsprechende *„Kosten-Nutzen-Rechnungen"* für Menschen erstellt werden. Je mehr sich in der Gesellschaft, angefacht durch entsprechende Politikerpropaganda, das klassische *„Leistungsprinzip"* durchsetzt, desto mehr werden Behinderte an den Rand gedrängt und isoliert. Gewalt gegen Behinderte dringt oftmals nicht einmal an die Öffentlichkeit, weil die staatlichen und sonstigen *„Aufsichtspersonen"* daran kein Interesse haben. So ist in den letzten Wochen nur durch intensive Recherche bekannt geworden, daß in Berlin mehrere psychiatrische Einrichtungen sowie einzelne PatientInnen Ziele von faschistischen Angriffen geworden sind.
Bei einer Auseinandersetzung mit Gewalt gegen Behinderte muß auch daran erinnert werden, daß eine Ideologie, die Menschen nach einem vermeintlichen *„Wert"* definiert und kategorisiert, letztendlich die bewußte Ermordung behinderter Menschen in Kauf nimmt bzw. fördert. Während des Nationalsozialismus wurden mehr als 100.000 behinderte Menschen in den Euthanasie-Programmen der Faschisten ermordet; weitere 350.000 vermeintlich und tatsächlich behinderte Menschen wurden zwangssterilisiert.

Rassistische Gewalt

Rassismus ist in der BRD sowohl gesellschaftlich, als auch politisch tief verwurzelt. Rassismus beruht auf der Annahme, daß Menschen aufgrund ihrer Hautfarbe bzw. ihrer Nationalität bestimmte Eigenschaften zugeschrieben werden. Gleichzeitig wird ihnen aufgrund ihrer Gruppenzugehörigkeit eine bestimmte Position in der *„Werteskala"* zugeschrieben - und die ist bei anderen meistens unterhalb der eigenen Position. Damit sollen Menschen *„von Natur aus"* als *„minderwertig"* definiert werden. Mit dem Begriff *„Natur"* argumentieren Rassisten und Faschisten immer dann besonders gerne, wenn sie wissen, daß ihre Theorien unhaltbar sind.
Durch Rassismus werden Menschen, die aufgrund ihrer Hautfarbe und/oder Nationalität als *„die Anderen"*, die *„Fremden"* definiert und zur Bedrohung der eigenen, weißen deutschen Vorherrschaft hochstilisiert. Diese Grundfunktion des Rassismus - Ausgrenzung und die Schaffung von Sündenböcken - sind auch die Gründe, warum die Regierungspolitiker seit 1989 Flüchtlinge und MigrantInnen permanent als eine *„Bedrohung des deutschen Wohlstandes"* darstellen. Ihre praktische Konsequenz findet diese Propaganda in der Politik der Massensammellager und Massenabschiebungen von Flüchtlingen und der Kriminalisierung von schon lange hier lebenden MigrantInnen und VertragsarbeiterInnen.
Rassistische und faschistische Gewalt gegen Flüchtlinge, VertragsarbeiterInnen, MigrantInnen, schwarze Deutsche ist inzwischen wieder zum deutschen Alltag geworden. Daran haben weder Lichterketten noch moralische Appelle etwas geändert. Nur eine konsequente Solidarität und Zusammenarbeit mit den Opfern rassistischer Gewalt, sowie ein offensives Vorgehen gegen die gesellschaftlichen Wurzeln von Rassismus, kann diese Situation wieder verändern.

Gewalt gegen Schwule und Lesben

Lesbisch sein oder schwul sein wird immer noch von vielen Menschen, und nicht nur von Faschisten, als etwas *„unnatürliches"* deklariert. In der Umgangssprache wird *„schwul sein"* als Schimpfwort verwendet. Gesellschaftlich werden Schwule und Lesben an den Rand gedrängt und ausgegrenzt, weil sie *„irgendwie anders"* sind und den heterosexuellen Gesellschaftsnormen nicht entsprechen. Homosexuelle Menschen wurden und werden wegen ihrer sexuellen Orientierung beschimpft, gedemütigt, angegriffen und ermordet. In den letzten Jahren hat die Gewalt gegen Lesben und Schwule stark zugenommen. Aus Angst vor gesellschaftlichen Nachteilen trauen sich viele Lesben und Schwule nicht, faschistische Angriffe öffentlich zu machen. Treffpunkte für Schwule und Lesben werden von Faschisten angegriffen und zerstört; schwule Männer werden an den inoffiziellen Schwulen-Treffpunkten *„auf der Klappe"*, d.h. in Parks oder öffentlichen Toiletten, von faschistischen und rechten Jugendlichen angegriffen, zusammengeschlagen und ausgeraubt. Die Polizei guckt weg, denn auch viele Polizeibeamte sind offen schwulen- und lesbenfeindlich.
Oftmals ziehen Schwule und Lesben aufgrund gesellschaftlichen Drucks aus kleineren Städten in Großstädte, wo sich Schwule und Lesben in den letzten 20 Jahren eigene Freiräume, Treffpunkte etc. erkämpft haben. Umso wichtiger ist es, daß Schwule und Lesben in antifaschistischen Strukturen - insbesondere in kleineren Städten und auf dem Land - einen selbstverständlichen Platz haben; daß z.B. in Antifa-Cafés, besetzten Häusern, Jugendzentren etc. Schwule und Lesben Veranstaltungen, Partys usw. organisieren können.

Aktivitätsschwerpunkte:
Berlin
Kreis Oranienburg
Kreis Potsdam
Schwedt
Eisenhüttenstadt
Fürstenwalde

Alter Wein in neuen Schläuchen

In Brandenburg entwickelte sich die verbotene 'Nationalistische Front' ('NF') und deren Nachfolgeorganisationen zu den aktivsten und größten faschistischen Gruppierungen. Da ihre Aktivitäten in erster Linie nach innen gerichtet sind, findet der Strukturaufbau meist ungeachtet der Öffentlichkeit statt. Mittlerweile verfügen sie über ein relativ weitverzweigtes Organisations-Netz in ganz Brandenburg. Diese Entwicklung zwingt uns zur näheren Betrachtung dieser Naziorganisation.

Die 'NF' wurde 1985 in Bielefeld als bundesweite Partei gegründet. Ihr Vorsitzender war Meinolf SCHÖNBORN. Das besondere an der 'NF' war ihre *„nationalrevolutionäre"* Ideologie und ihre straffe Kaderstruktur. Ausgebildet und *„weltanschaulich"* geschult wurden ihre Kader in zu militärischen Festungen ausgebauten Häusern in Bielefeld und Detmold/Pivitsheide. Das Geld für das Schulungszentrum (186.000 DM) hatten sie aus einem Banküberfall.

Ideologie der „National-Revoluzzer"

Anders als andere Neonazis kochen sie nicht einfach den plumpen Hitlerkult auf. Stattdessen nehmen sie linke Begriffe in den Mund und definieren sie auf ihre - faschistische - Weise um. Historisch beziehen sie sich auf den *„nationalrevolutionären"* Flügel, den sog. Strasser-Flügel in der 'NSDAP'. Er hatte die wichtige Funktion, die ArbeiterInnen mit angeblich revolutionären Phrasen für den Faschismus zu gewinnen. Diese Methode gilt auch heute. Nicht nur, daß Aussagen der Linken hemmungslos kopiert werden, sondern auch die direkte ideologische Auseinandersetzung wird gesucht.

Die Nazis geben sich ganz *„wissenschaftlich"* und *„philosophisch"*, nennen ihr Weltbild *„naturalistisch"* und verwursteln allerhand pseudowissenschaftlichen Kram aus der Genetik. Rein in das Schulungszentrum mit den dumpfen ausländerfeindlichen Vorurteilen, raus mit festen ideologischen Überzeugungen. Jedes *„Volk"* habe unveränderliche, genetische Eigenschaften, äußerlich, aber auch in Geist und Psyche. Deshalb sei eine *„Vermischung"* mit anderen Völkern *„genetisch ungesund"*.

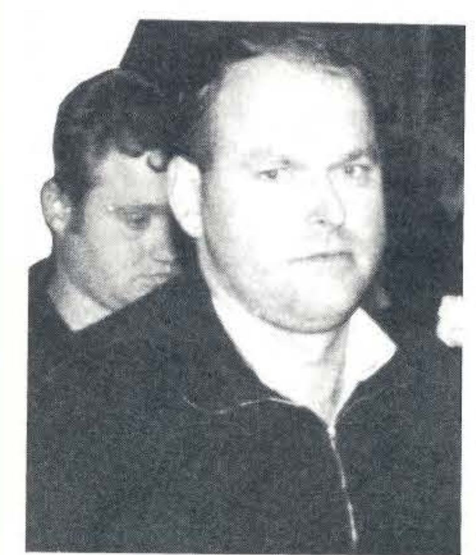
Alter Wein in neuen Schläuchen: früher hieß es *„Herrenvolk"* und *„Untermenschen"* und *„Rassenschande"*, heute nennt die 'NF' das ganze *„Ethnopluralismus"*, klingt doch seriöser. Getarnt als Konzept zum Schutz des Selbstbestimmungsrecht der Völker und deren Kultur, verbirgt sich dahinter nichts anderes als der rassistische Machtanspruch über *„minderwertige Ethnien"*. Karl Arsch kann sich nun *„genetisch höherwertig"* fühlen, zu Höherem bestimmt, nämlich zum Treten nach allem, was er nicht versteht.

Einige Verwunderung mag die 'NF' mit ihrer Anbiederung an Befreiungsbewegungen auslösen. Doch meinen sie damit nicht den berechtigten Kampf gegen Unterdrückung, sondern die Errichtung neuer *„völkischer"* Diktaturen unter faschistischer Knute.


Meinolf SCHÖNBORN (l.)



Um ihren rassistischen Ethnopluralismus zuverkaufen ist ihnen Niemand zu schade


Andreas POHL

Der angebliche Antikapitalismus der 'NF' kommt besonders gut in Ostdeutschland an. Geschickt greifen sie die berechtigte Unzufriedenheit mit dem Deindustrialisierungsprogramm der BRD-Regierung auf, hängen sich an die Empörung über die Treuhand, die neuen Bonzen und fordern verbalradikal die Enteignung des Großkapitals. Was sie wollen ist allerdings nicht die Abschaffung der Ausbeutung und Unterdrükkung, sie wollen, daß nur *„deutsche"* Kapitalisten uns ausbeuten und rausschmeißen. Sie wollen nicht die Abschaffung der Chefs, sie wollen *„deutsche"* Chefs, aufgemotzt zu despotischen *„Betriebsführern"*. In solchen Betrieben wären Interessenvertretungen von ArbeitnehmerInnen sowieso überflüssig, da die germanischen Bosse ja immer zum völkischen Wohl handeln.

Außenpolitisch verknüpfen sie den Begriff Antikapitalismus lediglich mit der Forderung nach wirtschaftlicher Unabhängigkeit. Dies geschieht jedoch nicht aus der Erkenntnis heraus, daß die Machtstruktur von EG und Weltmarkt verantwortlich sind für Unterdrükkung und Ausbeutung in der sogenannten Dritten Welt. Hinter den *„Unabhängigkeitsforderungen"* verbirgt sich nichts anderes als Großmachtbestrebungen und Gebietsansprüche in Richtung Osteuropa. Der Zugriff auf diese Gebiete und deren Rohstoffvorräte soll ungestört und *„ohne teilen zu müssen"*, vonstatten gehen.

Auch in der Ökologiefrage versuchen die Nazis Anknüpfungspunkte zu finden und bezeichnen sich als *„Heimatschützer"* und *„Vertreter der reinen Ökologie"*. Doch *„rein"* ist weder die Ideologie die dahinter steht noch die Geschichte. Dem Ruf zum Schutz der Natur folgen die Nazis gerne, propagieren sie doch die Rückkehr zu ihr. Altbekannte Thesen zur Verklärung von bäuerlichem Leben, Wiederentdeckung der deutschen Heimat verknüpft mit nationaler Identität, Volksgesundheit und Rassenhygiene quellen hier braun hervor.

Das Terrorkommando 'NEK'

Die Nationalrevoluzzer sehen sich in der Tradition der 'SA' bis zum Röhm-Putsch und der 'Waffen-SS'. Logische Konsequenz war der Aufruf des 'NF'-Chefs Meinolf SCHÖNBORN zur Gründung eines 'Nationalen Einsatzkommandos' ('NEK'). Eine militärisch ausgebildete, terroristische Vereinigung zum Kampf gegen Linke und AusländerInnen. Dies war selbst dem bundesdeutschen Rechtsstaat zu viel und letztendlich Anlaß zum generellen 'NF'-Verbot im November 1992. Das Verbot stand schon lange ins Haus. Deshalb wurde schon im Juli 92 vom Ortsgruppenführer der Berliner 'NF' und im Bundesvorstand mitarbeitenden Andreas POHL, eine Auffangorganisation gegründet. Was früher die 'NF' als Kaderpartei war, sollte nun die 'Sozialrevolutionäre Arbeiterpartei' ('SrA') werden. Zur Vorfeldorganisation, früher 'Förderkreis Junges Deutschland' ('FJD'), wurde das 'Förderwerk Mitteldeutsche Jugend' ('FMJ').

Aufgabenverteilung und Aufbau

Die Vorfeldorganisation hat die Aufgabe auf lokaler Ebene Interessierte anzuwerben und organisatorisch einzubinden. Dann werden die Mitglieder ideologisch geschult und wehrsportmäßig gedrillt. Diejenigen die sich bewähren, werden als Kader für die 'SrA' geworben und übernehmen Führungsaufgaben.

Die Organe des Vereins sind: Der *„Stützpunkt"*, die „Ortsgruppe",



René MAURITZ (l.), Silvio JANKOWSKI (2.v.l.)

der *„Vorstand"* und die *„Organisationsleitung"*. Der „Stützpunkt" ist der kleinste Zusammenhang mit vier Mitgliedern und einem Leiter. Wenn der „Stützpunkt" eine bestimmte Mitgliederzahl übersteigt, wird ein neuer gegründet. Mehrere *„Stützpunkte"* schließen sich zu einer *„Orts- oder Bereichsgruppe"* zusammen, deren Leitung aus drei Leuten besteht. Der *„Vorstand"* wird von der *„Organisationsleitung"* eingesetzt. Letztere ist das oberste Organ und bestimmt die Gestaltung der Vereinspolitik. Der gesamte Strukturaufbau entspricht in wesentlichen der der 'NF' und ist streng hierarchisch gegliedert. Die jeweiligen Chefs werden nicht gewählt sondern von *„oben"* eingesetzt, weiteres regeln die Arbeitsanweisungen. Disziplin, Gehorsam, Melde- und Rechenschaftspflicht sind einige der Tugenden die abverlangt werden. Die Ausdehnung des 'FMJ' - in jedem Städtchen ein Stützpunkt. Unter dem Logo des 'FMJ' machten die 'NF'-Gruppen in Berlin, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen weiter. Berlin/Brandenburg ist die Hochburg und Zentrale mit ca. 150 Mitgliedern. Kein Wunder, ehemalige 'NF'-Kader und jetzige 'FMJ'-Chefs waren viel im Lande unterwegs und leisteten gezielt Aufbauhilfe.

Die *„Ortsgruppe Osthavel"* ist der größte Zusammenschluß. In ihr sind Mitglieder und „Stützpunkte" aus Oranienburg, Hennigsdorf, Kremmen, Velten, Nauen, Werder, Wilhelmshorst, Michendorf, Niederschönhausen, Potsdam und Beelitz organisiert. In Velten ist das Postfach 67 des 'FMJ'. Die Kremmener Gruppe war eine der ersten *„NF-Stützpunkte"* in diesem Kreis. Dementsprechend haben viele Kader aus diesem winzigen Nest Führungspositionen inne.

Die „Bereichsgruppe Oder" umfaßt Schwedt, Frankfurt, Eisenhüttenstadt und Fürstenwalde. In Frankfurt existiert ein weiters Postfach des 'FMJ', welches gleichzeitig als 'Anti-Antifa'-Postfach fungiert.

Neben Cottbus und Luckenwalde bestehen auch in Berlin mehrere Stützpunkte wie in Kreuzberg, Spandau, Charlottenburg und eine *„Kameradschaft Hermann Ahlwart"*. Der Stützpunkt Kreuzberg wird wahrscheinlich von Oliver WERNER geleitet, der auch im 'Freundeskreis Revolutionärer Volkssozialisten' ('FRVS') organisiert ist. Diese Nazigruppe ist für das 'FMJ' aktiv. Der Propagandazeitung *„Stadtrebell"* wird gleichzeitig ein *„Angriff"* beigelegt.

Zwei Drittel unseres Volkes sind für

Ausländer raus!

Des Volkes Wille ist unser Auftrag

Wir wehren uns gegen alle Bestrebungen, die darauf hinauslaufen, das deutsche Volk in seiner Seele, seiner kulturellen und völkischen Identität zu schädigen oder gar zu vernichten.
Das hat nichts mit „Ausländerhaß" oder „Übermenschenwahn" zu tun, wie es die linke Lügenpropaganda ständig behauptet, sondern allein mit dem natürlichen Lebensrecht unseres Volkes. Einem natürlichen Existenzrecht, welches heute selbst dem kleinsten Ne[illegible]stamm zugebilligt wird!
Deutsche Politiker, die laut Amtseid „Schaden vom deutschen Volk wenden sollen", sind [illegible] Volk zu zerstören. Trotz verbaler Versprechungen, eine Besse[rung] [illegible] werden diese nicht besser, sondern immer schlimmer!
[illegible] diesem System keine volkstreue Politik erwarten.

[illegible]re Forderungen selbst durchsetzen!

[illegible]

[illegible]üssen und werden ändern!

[illegible]pft nicht länger – handelt!

[illegible]ne starke, deutsche Kraft –
[illegible] Rechte des Volkes!

[NUR] DER ORGANISIERTE WILLE BEDEUTET MACHT
[NA]TIONALISTISCHE FRONT

SIE KOMMEN!
seit Jahrzehnten und in Massen:

Türken, Kurden, Griechen, Italiener, Jugoslawen, Polen, Vietnamesen, Zigeuner, Afrikaner, Araber - Asylanten in Mengen, die längst unsere finanziellen Mittel überschreiten!

Ohne Einschränkung!

Sie fordern und bekommen
- Geld in unglaublichen Mengen,
- Wohnungen,
- Arbeit,
- Integrationshilfen verschiedenster Art,
- immer mehr Kinder.

Wir bekommen
- weniger Wohnungen
- weniger Arbeit und Ausbildungsplätze
- weniger Renten und Unterstützung im beruflichen wie schulischen Ausbildungswesen, immer weniger Kinder,

erhalten dafür durch unsere »ausländischen Mitbürger«
- mehr Kriminalität
- mehr Vergewaltigungen
- mehr Umweltverschmutzung
- mehr antideutsche Propaganda
- mehr Drogen
- mehr soziale Unruhen
- mehr Probleme an den Schulen
- mehr Überfremdung
- mehr Fremdbestimmung
- mehr, mehr, mehr . . .

Das Chaos ist vorprogrammiert!

Verantwortungslose, kurzsichtige und böswillige Politiker aller etablierten Parteien haben uns das eingebrockt. Mit unglaublicher Arroganz und Dreistigkeit betreiben sie weiterhin eine aggressive Integrationspolitik auf Kosten unseres Volkes und seiner Nachkommen.

»Minderheit im eigenen Land«

hört sich für viele heute noch utopisch an, doch die Weichen sind längst gestellt und mit Volldampf geht es in den biologischen und kulturellen Volkstod!

Das machen wir nicht mit!

Rassistisches 'NF'-Flugblatt (Vorder- & Rückseite)

Am Sonntag den 31.1. fand eine gemeinsame Verteilaktion von FMJ und Luxemburger Kameraden und Kameradinnen im luxemburgischen Esch statt.
Von beiligendem Flugblatt (leider nur schwarz-weiß Kopie) wurden insgesamt 7 000 Stück verteilt.
Weitere Zusammenkünfte bzw. gemeinsame Aktionen wurden vereinbart.

Mit der flämischen Jugendbewegung 'Vlaanderen Eerst' wurden ebenfalls zukünftige gemeinsame Veranstaltungen besprochen.

Termine:

17.05. '93 bis 22.05. '93

Revisionistenkongreß in Nordschleswig (heute Dänemark)

Es sprechen: Ernst Zündel /Kanada
Bent Erikson /Belgien
David Irving /England
Prof. Robert Faurisson /Frankreich
u.a.

Solidaritätsbetrag: 30,- DM für die ganze Woche.
Unterbringung: Hotel/Vollpension
Kosten: pro Person 38,-DM die Nacht.

Anmeldungen und Fragen bis 15.02. an unsere Adresse oder an Eure FMJ-Kontaktperson.

Veranstaltung mit Ernst Zündel /Kanada im Großraum Berlin im Frühjahr.
Anmeldung ab sofort an unsere Adresse oder Eure FMJ-Kontaktperson.

Kritik:

Einladung nach Dänemark zu einem als „Nordische Dichtertage" getarnten Internationalen Revisionistenkongreß

NF/FMJ

PRESSEMITTEILUNG

HELDENGEDENKEN DURCHGEFÜHRT !

TROTZ MASSIVEN POLIZEIEINSATZES GELANG ES DEM FÖRDERWERK MITTELDEUTSCHE JUGEND (FMJ) DAS GEPLANTE HELDENGEDENKEN DURCH MEHRERE KRANZNIEDERLEGUNGEN IM GROẞRAUM HALBE DURCHZUFÜHREN.
DURCH GESCHICKT DURCHGEFÜHRTE TÄUSCHUNGSMANÖVER KONNTEN DIE POLIZEIKRÄFTE VON DEN GEPLANTEN GEDENKORTEN ABGELENKT WERDEN UND TRAFEN JEWEILS ERST NACH BEENDETER GEDENKVERANSTALTUNG EIN.
AUF EINER FMJ - GROẞVERANSTALTUNG AUF DEM FRIEDHOF IN STAHNSDORF SPRACH KAMERAD ANDREAS POHL ÜBER DIE BEDEUTUNG DES "HELDENGEDENKEN" IN UNSERER HEUTIGEN ZEIT.
AUF DER FMJ-VERANSTALTUNG IN MITTENWALDE SPRACH KAMERAD STEFFEN HUPKA DEN TEILNEHMERN AUS DEN HERZEN ALS ER ERKLÄRTE: DAS ES GANZ EGAL SEI OB WIR UNSEREN TOTEN IN HALBE GEDENKEN ODER ANDERSWO. WICHTIG IST DAS ES GETAN WIRD!
DIE VERANSTALTUNGEN ENDETEN MIT DEM GEMEINSAMEN ABSINGEN DES LIEDES: "ICH HAT EINEN KAMERADEN".

IHR ERBE IST UNS VERPFLICHTUNG !





AUFRUF !!!

UMWELTZERSTÖRUNG UND UMWELTVERSCHMUTZUNG GESCHEHEN NICHT NUR DURCH DIE UNVERANTWORTLICH HANDELNE KAPITALISTISCHE GROẞINDUSTRIE ; DURCH Mc DONALDS IMPERIALISMUS UND WEGWERFGESELLSCHAFT .
UMWELTVERSCHMUTZUNG ENTSTEHT LEIDER AUCH DURCH UNS " NORMALE BÜRGER " .
BÜRGER UND BÜRGERINNEN VON KREMMEN ZEIGT DAS IHR NICHT NUR VON UMWELTSCHUTZ REDEN KÖNNT , SONDERN TUT ETWAS DAFÜR .
WIR DIE NATIONALISTISCHE FRONT (NF) - ORTSGRUPPE KREMMEN FÜHREN AM 1. MAI , DEM TAG DER ARBEITER , EINE SÄUBERUNGSAKTION IM BEREICH " ZIETHENER BERGE " DURCH .
JEDER BÜRGER (IN) DER UNS UNTERSTÜTZEN WILL IST HERZLICH WILLKOMMEN UND WIRD UM 13.45 UHR AM KREMMENER MARKT ERWARTET .
DIE AKTION FINDET STATT IN ABSPRACHE MIT DER NATURSCHUTZGRUPPE " KREMMENER LUCH " .

WIR GEHÖREN ZUR NATUR WIR MÜSSEN MIT IHR LEBEN , WENN WIR DAS NICHT VERSTEHEN ZERSTÖREN WIR DIE NATUR UND DAMIT UNS SELBER !!!

Im übrigen ist jeder Kremmener jede Kremmnerin dazu aufgerufen Umweltverschmutzer auf Hand und Fuß zu treten.

FÜR EINE SAUBERE DEUTSCHE HEIMAT !!

- ORTSGRUPPENFÜHRUNG KREMMEN -

Pressemitteilung über „Heldengedenken" im Großraum Halbe (o.l.), Verordnetes Saubermachen durch die Parteizentrale (o.r.)





Jugendzeitschrift der 'Direkte Aktion Mitteldeutschland/JF'

Die Propagandazeitungen

Die Zeitung des 'FMJ' heißt *„Angriff"*. Inzwischen sind fünf Ausgaben erschienen. *„..., wir hätten da die Möglichkeit, den 'Angriff' ab Ausgabe Nr. 7 richtig profimäßig daherkommen zu lassen; in Farbe und mit Hochglanzpapier"* wird darin geprahlt. Dieses Machwerk ist besonders auf Jugendliche zugeschnitten. Ausführliche Berichte über *„Rockmusik und Nationalismus"* stehen neben Einschätzungen zur Fußball- und Hoolszene. Ausländerhaß wird dort offen propagiert, *„Rostock erste ausländerfreie Stadt"* heißt es, und Aktionstips für Angriffe auf AusländerInnen und Linke werden gegeben. Ein weiterer wichtiger Bestandteil die-

"Das sind Idealisten, die weitermachen..."

Förderwerk Mitteldeutsche Jugend kommt Verbot mit Selbstauflösung zuvor

Verfassungsschutz: "Aktivste nationalgesinnte Jugendgruppe im Land Brandenburg"/ Aktive Arbeit in den ehemaligen FMJ-Gruppen wird fortgesetzt

VELTEN (BBZas) - Bereits seit gut einem Jahr halten die Mitglieder und Anhänger des Förderwerkes Mitteldeutsche Jugend (FMJ) aus Berlin und Brandenburg mit zahllosen Aktivitäten die örtlichen Verfassungsschutzorgane in Bewegung. Jetzt, nachdem Innenminister Alwin Ziel (SPD) mittels eines Verbotsantrages zu einem weiteren Schlag gegen das nationale Lager ausholen wollte, löste sich das rechtsgerichtete Förderwerk aus "taktischen und politischen" Erwägungen heraus selbst auf.

Auf einer eigens einberufenen außerordentlichen Jahreshauptversammlung Ende Juni dieses Jahres beschlossen die Mitglieder auf Antrag des Vorstandes die offizielle Auflösung des Förderwerkes Mitteldeutsche Jugend (FMJ), das geht aus einer Presseerklärung des zurückgetretenen Vorstandes hervor. Mit diesem Schritt kommt der Verein einer bereits ausgearbeiteten Verbotsverfügung des potsdamer Innenministeriums zuvor, daß sich von der "Schnellebigkeit der Ereignisse" überrascht zeigte.

Besonders in den letzten Monaten entwickelte sich das Förderwerk mit etlichen Kadergruppen und Stützpunkten zur schlagkräftigsten nationalen Jugendbewegung im Land Brandenburg, die auch über weitreichende Verbindungen in andere mitteldeutsche Bundesländer verfügt. Mit ihren zahllosen Aktivitäten, wie etwa zuletzt eine von mehr als 250 jungen Nationalgesinnten besuchten traditionellen Sommersonnenwendfeier in Altfriesack/Neuruppin, sorgte das FMJ immer wieder für Aufsehen in der Systempresse. Auch mit ihren verschiedenen Publikationen, die von einigen FMJ-Gruppen in einer Auflagenhöhe von jeweils mehreren tausend Exemplaren gedruckt und in den Stützpunkten verteilt wurden, zogen sich die jungen Aktivisten den Zorn der etablierten politischen Klasse zu. Obwohl sich das Förderwerk *grundsätzlich* auf dem Boden der Legalität bewegte und über ständige Rechtschulungen dafür Sorge trug, daß es aus den Reihen der Mitgliedschaft zu keinerlei strafbaren Handlungen kam, stand das FMJ von Anfang an im Visier des Verfassungsschutzes. In Potsdam wird die Selbstauflösung entsprechend nicht sonderlich ernst genommen, auch wenn der Verbotsantrag des Innenministers dadurch hinfällig und ein neuer schwer begründbar geworden ist. So *äußerte sich der Referatsleiter des* Brandenburgischen Verfassungsschutzes, Jörg Milbrandt, gegenüber Pressevertretern, bei den FMJ-Aktivisten handele es sich um "Idealisten, die in jedem Fall weitermachen". Tatsächlich arbeiten die ehemaligen FMJ-Gruppen in gewohnter Weise weiter. Die Veröffentlichungen "Angriff", sowie die "Beobachter" aus Kremmen und Hennigsdorf werden jetzt von einer "**Direkten Aktion**" herausgegeben und sind unter der Kontaktanschrift **Kameradschaft Osthavel, Postfach 67, 16721 Velten** zu beziehen.

"Die politische Arbeit geht selbstverständlich weiter, wir machen uns dabei von keinem Namen abhängig", heißt es in einem Schreiben des ehemaligen Vorstandes, das an alle Mitglieder und Freunde des Förderwerkes versendet wurde.



Zeltlager des Förderwerkes Mitteldeutsche Jugend in Altfriesack/Kreis Neuruppin

Der Bericht aus der „BBZ", Ausgabe Aug./Sept.93, verdeutlicht einmal mehr das lasche Vorgehen des Staates

ses Heftes ist die Verbreitung von Antisemitismus. Die Existenz von Gaskammern wird bestritten, *„mißliebige"* Personen werden als Juden bezeichnet und Bilder von Nazis, die einen Davidstern unter dem Titel *„gegen Kapital und Hochfinanz"* zerschlagen, werden gezeichnet.

Lokalzeitungen, die von den *„Stützpunkten"* herausgegeben werden, sind der *„Kremmener und Henningsdorfer Beobachter"*, die sich überwiegend mit Lokalpolitik beschäftigen. Schülerzeitungen sind in Oranienburg die *„Schüler Revolte"* und in Schwedt die ('FMJ'-nahe) *„Fräch"*.

...und was die 'FMJ'/'JF' sonst noch veranstaltet

Nicht nur, daß die Nazis sich durch eigene Zeitungen, Flugblätter und Spuckis immer mehr in das öffentliche Bild drängen. Sie organisieren für Jugendliche Konzerte mit Nazibands, halten Schulungsabende mit Abschlußtest ab, machen sich in Jugendclubs breit, putzen Kriegsdenkmäler, organisieren Fahrten und vor allem steht Wehrsport und Überlebenstraining auf ihrem Programm.

Die spektakulärste Aktion des 'FMJ' war die Sonnenwendfeier am 19.6.1993 in Altfriesack mit 200 Nazis. Nach diesem Ereignis wurden erneut Verbotsforderungen gegen sie laut. Flugs wurde das 'FMJ' von den zu diesem Zeitpunkt amtierenden Vorsitzenden Klaus Dieter LÜCK, R. DOBERSCHÜTZ und J. SCHWARZ aufgelöst.

Schnell war ein neuer Name parat; diesmal hieß das Kind 'Direkte Aktion Mitteldeutschland/JF'. Als Vorsitzender fungiert Ernst von AMHOFF aus Oranienburg, als Stellvertreter Klaus Dieter LÜCK und als Schatzmeister Thoralf (Olaf) DEGENHARDT aus Kremmen. Das 'JF'-Statut wurde am 1.8.93 in Brandenburg/Stadt beschlossen.

Auch unter der Führung der 'JF' konnte sich der Ausbau fortsetzen. In Ortschaften wie Luckenwalde und Hennigsdorf treiben mittlerweile zwei bis drei *„Stützpunkte"* ihr Unwesen. In Berlin sind *„Stützpunkte"* in Buch und Pankow gegründet worden, die *„Kameradschaft Hohenschönhausen"* ist auch wieder mit dabei. Die Berliner haben sich inzwischen mit der *„Ortsgruppe Osthavel"* zur *„Bereichsgruppe Spree-Havel"* zusammengeschlossen. Die „Ortsgruppe Oder" ist nun mit dem *„Stützpunkt"* in Neubrandenburg (Mecklenburg Vorpommern) angereichert. Dieser *„Stützpunkt"* organisierte am 18.12.93 die Wintersonnenwendfeier in Güstrow.

Vor den Kommunalwahlen in Brandenburg im Dezember 1993 wurde flächendeckend ein Flugblatt verteilt, welches zum Wahlboykott aufrief. Zur gleichen Zeit wurden vielerorts gleichlautende Parolen mit 'JF'-Absender gesprüht.

Wahlboykott jetzt!!!

KEINE LEGITIMATION FÜR DIESE VERBRECHERREGIERUNG



LGU/SED/PDS - Die Stalinisten/Kommunisten

Wir können uns beim besten Willen nicht vorstellen das es irgendjemand gibt der sich diese Schweine zurückwünscht!

sieht leider anders aus. Es wird betrogen und gelogen wie schon lange nicht mehr.

Frage: Wer glaubt denn heute noch den *"Ehrenwörtern"* unserer Politiker? Wie im Großen - so im Kleinen. Auch auf lokaler Ebene sieht jeder zu wie er sein Säckel voll bekommt.

Regelmäßig zu Wahlen fällt den Herrschaften dann ein, dem gemeinen Volk mit ein paar

SPD - von der Arbeiterpartei zur Bonzenfirma

Um eine Ausrede nie verlegen: Der "IM Sekretär". Der sogenannte "Landesvater" ist einer der Haupttäter bei der Zerschlagung des Stahlstandortes Hennigsdorf

Wer die Wahl hat, hat die Qual. Die Qual kommt aber regelmäßig erst nach der Wahl.

Mit unserer Stimmabgabe geben wir diesen Verbrechern eine Legitimation für ihr

Das Schwein!

Arbeitsamt redet man uns ein: "Das wir für die Almosen auch noch dankbar zu sein haben!"

Wir aber sollten uns nicht länger verarschen lassen! Setzt Euch zur Wehr - *macht kaputt was Euch kaputt macht.* Ein harter Weg der

Aufruf der 'NF' im Vorfeld der brandenburger Kommunalwahl Ende 93

Am 20. Januar 1994 durchsuchte die Polizei Wohnungen von 'FMJ/JF'lern in Berlin, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen und Nordrhein Westfalen. In Berlin/Brandenburg lag mit insgesamt 43 durchsuchten Objekten der Schwerpunkt der Polizeiaktion. Gefunden wurde wenig bis gar nichts.

Seitdem versucht die 'JF' auf mehr Sicherheit zu bauen und ihre Zellenstruktur zu verbessern. Waren vorher noch Aufnahmeformulare auszufüllen und Mitgliedsnummern auszuhändigen, genügte daraufhin, daß der Leiter die Namen *„seiner Schäfchen"* kennt. Desweiteren soll es demnächst ein Postfach im Ausland geben.

Am 20.1.94 wurden sämtliche Vereinsnamen, Symbolik und kameradschaftsübergreifende Organisationsstrukturen der 'JF' aufgelöst. Die Stützpunkte sollen zukünftig *„selbstständig"* arbeiten. Sie sollen auf eigene Namensschöpfungen zurückgreifen, unter denen sie bei Aktionen etc. auftreten. Die Bezeichnungen sollen ständig wechseln.

Insgesamt betrachten sie die Arbeit dieser Vorfeldorganisation für abgeschlossen. Die Struktur sei so gefestigt und die *„Kameradschaften, Zellen und Strukturen vor Ort, in seiner Gesamtheit als, für das System, unangreifbar und für die Erringung des politischen Erfolges für absolut"*. Um weiterer staatlicher Verfolgung zu entgehen soll, im Sinne einer kontinuierlichen Arbeit, vermieden werden mit dem Gesetz in Konflikt zu geraten, z.B. durch *„Auffliegen"* wegen Verteilens von 'NS'-Propaganda.

Verbindungen zu anderen Nazi-Gruppen

Besonders nach den diversen Verbotsverfügungen und der damit verbundenen Kriminalisierung zeigt sich, daß die Nazis aller Couleur enger zusammenrücken. *„Streitigkeiten"* über die richtige Linie spielen vor allem an der Basis keine Rolle mehr. Gemeinsam ist allen, den Wiederaufbau der 'NSDAP' voranzutreiben, die *„Ausländer Raus"*-Kampagne und die Leugnung der Nazikriegsverbrechen.

Für diese Ziele wird im wesentlichen arbeitsteilig vorgegangen. Die 'NF' hat den Anspruch die Elite auszubilden und ist trotz Unterschieden am ehesten mit der 'SS' zu vergleichen. Die 'GdNF' koordiniert die Kader, die in den sog. Massenorganisationen tätig sind und historisch der alten 'SA' ähneln.

In Brandenburg sind die Kontakte zwischen den Nazis vielfältig. Die 'NF' veranstaltete am 27.8.92 mit der 'Deutschen Liga' einen Aufmarsch mit ca. 150 Teilnehmern in Eberswalde. Damit wollten sie die Nazi-Mörder unterstützen, die 1990 Antonio Amadeu erschlagen hatten und vor Gericht standen. Gemeinsame Schulungen von 'DL'lern und 'NF'lern sind wie in Nauen keine Seltenheit. Mit der 'Wiking Jugend' trifft man sich zu gemeinsamen Fußballspielen, wie im Herbst 1993 in Berlin/Spandau und bestimmt zu vielem mehr. In Berlin ist der 'Freundeskreis Revolutionären Volkssozialisten' für die 'JF' aktiv. Seit neuestem wird die Order ausgegeben bei der Europawahl 1994 die Stimme für die 'FAP' abzugeben, Infomaterial sei in Bonn zu bestellen.

Einschätzung

„Die politische Arbeit geht selbstverständlich weiter, wir machen uns von keinem Namen abhängig" heißt es in einem Schreiben des ehemaligen Vorstands an alle Mitglieder und Freunde des 'FMJ'. Ähnliches gibt auch der Artikel zum 'FMJ', *„Das sind Idealisten, die weitermachen..."* in der 'Berlin Brandenburger Zeitung' ('BBZ') von den 'Nationalen' wieder. Die Strategie ist klar: durch ständig neue Namen wird versucht den Verboten zu entgehen, um legal arbeiten zu können. Die Organisationsstrukturen und die Personen bleiben meist die gleichen.

Nach der Wende gab es in der 'NF', wie bei allen faschistischen Organisationen, einen erheblichen Mitgliederzuwachs. Schnell wurde Personalmangel deutlich, die mittlere Kaderriege, die vor Ort anleiten und öffentlich Auftreten kann, ist dünn gesät.

Jürgen RIEGER ('NF'), ein einflußreicher Nazi-Anwalt betont in einem Interview: *„Wenn wir genügend Untercorpsführer hätten, könnten wir Zehntausende marschieren lassen"*. Auch deshalb wird verstärkt auf Schulung gesetzt. Über das 'DL'-nahe 'Hoffmann von Fallersleben Bildungswerk' und die 'Berliner Kulturgemeinschaft Preußen' erhalten die 'FMJ/JF'ler das nötige ideologische Rüstzeug.

Aktivitätsschwerpunkte:

Bernau

In Anlehnung an das Programm der 'NSDAP'

1978 wurde die 'Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei' ('FAP') von dem ehemaligen Hitlerjugendführer und späteren NPD-Mitglied Martin PAPE in Stuttgart gegründet. Während die 'FAP' sich nach außen hin einen verfassungskonformen Anstrich gab, arbeiteten 'FAP'-Kader von Anfang an mit bekannten Altnazis zusammen. Nachdem im Dezember 1983 die von Michael KÜHNEN angeführte militante Neonazi-Organisation 'Aktionsfront Nationaler Sozialisten/Nationale Aktivisten' ('ANS/NA'), deren Hauptziel die erneute Gründung und Legalisierung der 'NSDAP' war, verboten wurde, bot der damalige 'FAP'-Vorsitzende PAPE die 'FAP' den 'ANS/NA'-Mitgliedern als Auffangbecken und legale Organisation an.

'FAP'-Mitglieder beteiligten sich seit Mitte der 80er Jahre u.a. an Morden, Sprengstoffanschlägen und Banküberfällen sowie unzähligen Angriffen auf ImmigrantIn-

STANDARTE

Heft 7 2.Jahrgang

Sept. '93 2,00 DM

ZEITUNG DER FREIHEITLICHEN DEUTSCHEN ARBEITERPARTEI

Einheit aller Rechten

Weder die sieben Partei-Verbote noch über 20 erlassene Demonstrationsverbote haben die nationale Rechte gestoppt! In trauter Einigkeit erinnerte sie in Fulda an das Schicksal von Rudolf Heß. Die enge Zusammenarbeit zwischen (fast) allen nationalen Parteien ist Wirklichkeit geworden!

nen und AntifaschistInnen. Allein im Jahr 1987 wurden 300 Ermittlungsverfahren gegen 'FAP'-Mitglieder eingeleitet.

Nachdem sich die 'FAP'-Mitgliederzahlen 1987/88 aufgrund von internen Auseinandersetzungen um die offensive Propagierung von Homosexualität durch Michael KÜHNEN und Machtkämpfen zwischen KÜHNEN und Friedhelm BUSSE (BUSSE wurde 1988 offiziell 'FAP'-Bundesvorsitzender) stark verringert hatte, erhielt die Partei nach 1989 durch KÜHNENs Rekrutierungsreisen in der ehemaligen DDR neuen Auftrieb. Nach KÜHNENs Tod 1992 hat Friedhelm BUSSE die alleinige Führung der 'FAP' übernommen. BUSSE wurde 1991 wegen Hehlerei, Waffen- und Sprengstoffbesitz zu drei Jahren und neun Monaten Haft auf Bewährung verurteilt, was den Umfang seiner Aktivitäten allerdings keinesfalls eingeschränkt hat.

Die 'FAP' ist in der gesamten BRD aktiv. Dementsprechend ist auch ihre Infrastruktur über mehrere Bundesländer verstreut: Der 'FAP'-Vorsitzende Friedhelm BUSSE wohnt in München, die 'FAP'-Bundesgeschäftsstelle und der Bundesgeschäftsführer Glenn GOERTZ befinden sich in Halstenbek bei Hamburg, und die bundesweite 'FAP'-Zeitung *„Standarte"* wird von André GOERTZ in Hamburg herausgegeben (in Berlin-Brandenburg verteilt die Berliner 'FAP' mit dem „Aufbruch" ein eigenes Propagandablättchen, seit September 1993 gibt es die Erstausgabe des Informationsblattes *„Vorwärts"* der 'FAP' für Mitteldeutschland). Die Angaben über die 'FAP'-Mitgliederzahlen schwanken je nach Quelle erheblich: während die 'FAP' selbst von mehreren Tausend Mitgliedern bundesweit spricht, zählt der Verfassungsschutzbericht 1992 gerade einmal 220 Mitglieder bundesweit, ohne anzugeben, woher diese niedrige Zahl stammt.

Seit dem Ansteigen der rassistischen und faschistischen Angriffe und Pogrome mischen 'FAP'-Kader wieder an vorderster Front mit. Ein Anzeichen für diese Entwicklung war die Anmeldung des sog. *„Rudolf-Hess-Gedenkmarsches"* im August 1993 in Fulda durch ein 'FAP'-Mitglied sowie die logistische Organisation des Aufmarsches durch die 'FAP'. Insgesamt nahmen ca. 800 militante Alt- und Neonazis aus der BRD und verschiedenen europäischen Staaten an dem Aufmarsch in Fulda teil. Und während Politiker wieder einmal laut über ein Verbot der 'FAP' nachdenken - die 'FAP' sollte nämlich eigentlich schon seit 1985 verboten werden - nutzt die 'FAP' die Publizität nach Fulda, um neue Mitglieder zu rekrutieren und ihr Image als militante Neonaziorganisation vor allem bei Jugendlichen aufzufrischen.

Ideologisch lehnt sich die 'FAP' an das 25-Punkte-Programm der 'NSDAP' an, von dem sie 23 Punkte fürs eigene Parteiprogramm übernommen hat.

Der Berliner 'FAP'-Landesverband umfaßt ca. 100 Mitglieder und 100 SympathisantInnen. In Berlin organisierte die 'FAP' in den Jahren 1992 und 1993 Aufmärsche am 1. Mai (am Ernst-Thälmann-Denkmal und in Lichtenberg), an denen jeweils ca. 150 'FAP'-Mitglieder und SympathisantInnen teilnahmen. Eines der Hauptzentren der Berliner 'FAP' befindet sich im Ostberliner Stadtteil Prenzlauer Berg, wo sich auch der Berliner 'FAP'-Vorsitzende Lars BURMEISTER oft aufhält und immer wieder kleinere 'FAP'-



Lars BURMEISTER diesmal nicht beim „Sturm"-Geheul

Aufmärsche stattfinden. Bei den Wahlen zur Bezirksverordnetenversammlung im Prenzlauer Berg am 24. Mai 1992 erhielt die 'FAP' 0,37% der Stimmen. 'FAP'-Aufkleber und Flugblätter tauchen aber auch in anderen Berliner Bezirken wie Spandau oder Zehlendorf auf.

Schon relativ bald nach 1989 versuchte die 'FAP', in den Bundesländern der ehemaligen DDR Fuß zu fassen. Rechtsradikale und faschistische Jugendliche, denen faschistische Parteien wie 'REPs' und 'DVU' zu passiv und moderat waren, wurden von der 'FAP' rekrutiert. Diese Entwicklung zeigt sich auch im Land Brandenburg, wohin die 'FAP' neben Berlin auch laut Verfassungsschutzbericht 1992 einen Schwerpunkt ihrer Aktivitäten verlegte und viele neue Mitglieder rekrutieren konnte. Bei dem Versuch der 'FAP', in Brandenburg Fuß zu fassen, wurde planmäßig vorgegangen. Beim außerordentlichen Parteitag der 'FAP' im April 1992 in Obersdorf bei Müncheberg wurde der sog. *„Arbeitsplan Ost"* verabschiedet, in dem die Strategie für die Ausbreitung der 'FAP' in der Ex-DDR festlegt wurde.

Die 'FAP' ist inzwischen in folgenden Städten Brandenburgs aktiv: Bad Freienwalde (über den Stahlhelm Freienwalde), Bernau, Brandenburg, Cottbus, Eberswalde, Königs Wusterhausen, Lübben (über den 'Bund Vaterlandstreuer Volksgenossen'), Neuruppin, Potsdam, Strausberg, Tiefensee, Wittstock, Zepernick u.a. Die Aktivitäten der 'FAP' sind vielfältig: In Neuruppin fand 1990 ein 'FAP'-Aufmarsch mit ca. 75 Teilnehmern statt. Und auf dem Lindenberger Friedhof bei Bernau betreiben 'FAP'- Aktivisten unter Anleitung von Lars BURMEISTER aus Berlin Grabpflege sog. „Heldengräber". Im November 1991 beteiligte sich ein großer 'FAP'-Block an dem Nazi-Aufmarsch auf dem Soldatenfriedhof in Halbe. In Cottbus rekrutiert die 'FAP' verstärkt seit dem Verbot von Frank HÜBNERs 'Deutsche Alternative' ('DA') im Dezember 1992. Bei der Rekrutierung in Cottbus erreicht die 'FAP' momentan vor allem faschistische Skinheads, die sich vorher einer Organisierung durch die 'DA' entzogen hatten. So fand in Cottbus eine Flugblattverteilaktion



Dumpfer Propaganda-Aufkleber der 'FAP'

und Plaktieraktion der 'FAP' statt. Am 12./13. Juni 1993 wurden von 'FAP'lern im Stadtgebiet von Cottbus diverse Plakate („FAP-National, Radikal, Sozial") geklebt und Aufkleber („FAP gegen das Wahlrecht von Ausländern") angebracht. Am 1. August 1993, wurden im Stadtteil Schmellwitz Flugblätter der 'FAP' in die Briefkästen der AnwohnerInnen geworfen. Unter den VerteilerInnen dürfte sich mit ziemlicher Sicherheit auch Lars BURMEISTER befunden haben. Eine Demon-



Ein Teil des 1991 gewählten Berliner 'FAP'-Vorstandes, ganz links Lars BURMEISTER

stration, die die 'FAP' für den 17.8.1993 unter dem Motto „Wir fordern Höchststrafe bei Kindesmißhandlung und Kindesmord" in Cottbus beantragt hatte, wurde verboten. Im gleichen Zeitraum wurden in der Nähe von Neuruppin 'FAP'-Transparente an Autobahnbrücken befestigt. Im Oktober 1993 verteilten 'FAP'-Mitglieder in Eberswalde - getarnt als Blumenstand - Flugblätter auf dem Markt. 'FAP'-Aktivisten aus Berlin und Nordbrandenburg organisieren gemeinsame Wehrsportübungen auf ehemaligen NVA- und GUS-Kasernengeländen in mehreren Orten in Nordbrandenburg. Darüber hinaus organisiert die 'FAP' größere mehrtägige Lager, so unter anderem Pfingsten 1992 mit ca. 200 TeilnehmerInnen auf dem Campingplatz bei Tiefensee. Derartige Aktivitäten verschaffen der 'FAP' dann auch immer wieder neue Mitglieder. In der militanten Neonazi-Szene sind Mitgliedschaften in mehreren Organisationen jedoch eher die Regel als die Ausnahme - schließlich weiß niemand so genau, ob nicht doch irgendwann wieder die nächste Verbotsverfügung erlassen wird.

Die 'FAP' versucht auch immer wieder, sich als legitime Rechtspartei zu etablieren, indem sie bei Kommunal- und Landtagswahlen im gesamten Bundesgebiet 'FAP'-Wahllisten aufstellt. Auf diesem Weg versucht die 'FAP' direkten Einfluß auf die Kommunalpolitik zu nehmen.

Auch bei den Brandenburger Kommunalwahlen im Dezember 1993 versuchte die 'FAP' Fuß zu fassen. So wollte z. B. der Berliner 'FAP'-Vorsitzende Lars BURMEISTER einigen „Kameraden" aus Zepernick bei der Wahlanmeldung der 'FAP' in Eberswalde behilflich sein. Er mußte dann aber feststellen, daß dort nicht genügend Unterschriften für die Zulassung zur Wahl gesammelt wurden.

FAP Innern
Inneres Organ der FAP
9/89

'FAP': Keine Berührungsängste...

Aufbruch
FAP
Informationsblatt der Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei für Mitteldeutschland
1. Jahrgang 3. Ausgabe Dezember 1993 Preis 1.50 DM

Demokratie - ein anderes Wort für nationale Schande ?

Nationaldenkende Menschen dürfen in diesem Deutschland nicht mehr der Opfer beider Weltkriege gedenken. Die massiven bundesweiten widerrechtlichen Polizeiaktionen am Volkstrauertag sollten ein würdiges Gedenken für Gefallene beider Weltkriege verhindern

Fortsetzung Seite 2

Aufstand der Leichen in Brandenburg
PDS zieht roten Adler rote Socken an

Fortsetzung Seite 3

Inhalt: *Weitere aktuelle Berichte, Hintergrundinformationen und Kommentare lesen Sie auf den folgenden Seiten !*
- Bauernprotest gegen EU-Wahnsinn, FAP fordert Austritt aus der EU !
- Ausländerkriminalität oder bedauernswerte "Mitbürger"?
- Aufstand der Leichen, PDS-Sieg in Brandenburg
- Großer Lauschangriff auch gegen politische Gegner !
- Unabhängige "Statt-Parteien", Bauernfängerei für enttäuschte Menschen !
- Schwangerschaftsabbruch aus sozialer Not, legalisierter Mord an Kindern !

Deutscher Bauernprotest gegen den EU-Wahnsinn
Der deutsche Bauernstand wird seit Jahren durch die EU systematisch vernichtet, die verantwortlichen Politiker sitzen in Bonn, FAP einzige politische Alternative für den deutschen Bauernstand !

Fortsetzung Seite 2

Wurde bisher regelmäßig in Bernau verteilt

Bis 1992 hatte die 'FAP' aufgrund interner Auseinandersetzungen und einem Mangel an Kadern im Land Brandenburg keine herausragende Bedeutung gehabt. Andere Gründe hierfür waren auch, daß sich die militante Skinheadszene direkt nach 1989/1990 in einigen Städten der Ex-DDR, wie z. B. in Cottbus, eher in neugegründeten faschistischen Organisationen wie der 'DA' organisierten, deren Führungskader direkt aus der Ex-DDR kamen. Diese Abgrenzungstendenzen der „*Basis*" sind jedoch verflogen: So besuchten z. B. Skinheads aus Königs Wusterhausen bei einem Ausflug zu einem Konzert der Faschoband "Störkraft" im schleswig-holsteinischen Rendsburg 1993, auch den Bundesgeschäftsführer der 'FAP' Glenn GOERTZ in Halstenbek bei Hamburg und zeigten sich durchaus begeistert von der 'FAP'. Brandenburger 'FAP'ler pflegen darüber hinaus nach Hamburg und Köln enge Kontakte. Insgesamt läßt sich feststellen, daß es der 'FAP' seit 92 und verstärkt seit dem „*Rudolf-Hess-Gedenkmarsch*" 93 gelingt, in Brandenburg immer mehr Jugendliche zu rekrutieren. Die 'FAP' profitiert dabei von den Verboten anderer faschistischer Parteien wie der 'Deutschen Alternative' ('DA') oder 'Nationale Offensive' ('NO'). Momentan werden die Aktivitäten der 'FAP' noch von Kadern aus Berlin angeleitet und koordiniert. Es ist jedoch davon auszugehen, daß die 'FAP' in Brandenburg weiteren Zulauf haben wird und sich ihr Einfluß auch innerhalb der unorganisierten Straßen-Skinheadszene ausweiten wird.

Aktivitätsschwerpunkte:
Cottbus

Ermittlungen wegen Fortführung einer illegalen Organisation



In trauter Zweisamkeit: Arnulf PRIEM und Frank HÜBNER

Gegründet wurde die 'Deutsche Alternative' ('DA') am 5. Mai 1989 in Bremen. Geistiger Vater des Konzeptes der 'DA', als legale faschistische Sammlungs- und Wahlpartei, war der inzwischen verstorbene Neonaziführer Michael KÜHNEN. Hauptfunktion der 'DA' war anfänglich Auffangbecken für „*kühnentreue*" 'FAP'ler nach der Spaltung der 'FAP' zu sein, ebenso wie auch für Mitglieder der 'Nationaldemokratische Partei Deutschland' ('NPD'), 'Die Reupblikaner' ('REP') oder 'Deutsche Volksunion' ('DVU'), denen es in ihren Parteien nicht radikal genug zuging. Die 'DA' ist als Vorfeldorganisation der 'Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front' ('GdNF') zu betrachten, entprechend eng ist die Verknüpfung mit anderen Organisationen des 'GDNF'-Spektrums (z. B. 'FAP', 'DFF', 'Deutsches Hessen', 'NA'...).

Durch den Mauerfall änderte sich die Funktion der 'DA' grundlegend. Am 20.1.1990 fand in Fechenheim bei Frankfurt am Main ein „*Koordinierungstreffen Ost*" statt. Unter dem Einfluß von KÜHNENs kurz zuvor veröffentlichten Strategiepapier zum „*Arbeitsplan Ost*" wurde bei diesem Treffen der Wandel der 'DA' (von einer bundesweiten Organisation) zur Partei, deren Gewicht eindeutig in den fünf neuen Bundesländern liegt, unterstrichen.

In ihrer Hochzeit kurz vor dem Verbot, hatte die 'DA' ca. 1200 Mitglieder. Das Parteiprogramm ist populistisch, voll von rassistischen und revanchistischen Forderungen, mit eindeutigem Bezug auf den Nationalsozialismus, z. B. „*humane, aber konsequente Ausländerrückführung*"; *Rückgewinnung der „deutschen Ostgebiete"*; „*gegen Abtreibung aus sozialer Not*"; *Generalamnestie für NS-Kriegsverbrecher*; „*Fremdarbeiter" sollen deutschen Arbeitslosen weichen...* Die ersten namentlich genannten Mitglieder der 'DA' sind Hitler, Heß, Röhm, Goebbels usw.

Im Dezember 1992 wurde die 'DA' verboten. Die Aktivitäten der Faschisten kamen dadurch jedoch nicht zum Erliegen. Die „*Kameradschaftsabende*" wurden weitergeführt, die Kontakte zu anderen Naziorganisationen intensiviert (*siehe Artikel „Faschisten als Biedermänner und Brandstifter" ab Seite 42*).

Seit Dezember 1993 wird in Koblenz und in Cottbus gegen mehr als 100 Personen wegen Fortführung einer illegalen Organisation (sprich der 'DA') ermittelt. Sinn und Erfolg des Verbotes sind sehr fragwürdig.

Mitgliederliste der DEUTSCHEN ALTERNATIVE
(Stand c.a. April 91 - Abschrift)

Nr.1-6 wird nicht ausgegeben
Nr.7 Adolf Hitler (Traditionsnummer)
Nr.8 Rudolf Hess (Traditionsnummer)
Nr.9 Ernst Röhm (Traditionsnummer)
Nr.10 Dr. Joseph Goebbels (Traditionsnummer)
Nr.11 Otto Riehs (Ehrenmitglied)
Nr.12 Walter Matthael (Ehrenmitglied)
Nr.13 wird nicht ausgegeben
Nr.14 Et Wolsink, ANS-Niederlande (Ehrenmitglied)
Nr.15 Edgar Geiß, Einzelmitglied (Ehrenmitglied)
Nr.16 Christa Goerth, (Ehrenmitglied) Kreisverband Ostwestfalen-Lippe
Nr.17 A.W. Priem, Einzelmitglied (Ehrenmitglied)
Nr.18 - Nr.30 nicht besetzt
Nr.31 Heinz Seeger, LV Bremen
Nr.32 Rolf Humpe, LV Bremen
Nr.33 Dietmar Wendt, LV Bremen
Nr.34 Herbert Köster, LV Bremen
Nr.35 Uwe Haun, LV Bremen
Nr.36 Stefan Grenheid, OV Kiel
Nr.37 K.H. Schmidt, Einzelmitglied (EM)
Nr.38
Nr.39 Olaf Dietrich, OV Kiel
Nr.40 Frank Schlesier, OV Kiel
Nr.41 Klaus Mertineit, OV Kiel

Nr.93 Joachim Goebel, OV Berlin
Nr.94 Andreas Caternberg, OV Berlin
Nr.95 xy, OV Berlin (ausgetreten)
Nr.96 Zoltan Baronfeind, KV OWL
Nr.97 Tobias Ehlert, KV OWL
Nr.98 Mario Kolb, OV Kronach (ausgeschlossen)
Nr.99 Gerhard Schütz, OV Lichtenfels
Nr.100 - Nr.199 FAP-Hessen (Stand Anfang Mai 1990 72 Mitglieder)
Nr.200 Günter Kurzawe, OV Lichtenfels
Nr.201 Helmut Baumann, OV Lichtenfels
Nr.202 Ingrid Wockert, Einzelmitglied (ausgetreten)
Nr.203 Christian Balve, KV OWL (ausgetreten)
Nr.204 Peter Schuster, KV München
Nr.205 Michael Thiel, OV Duisburg
Nr.206 Peter Kuckels, OV Duisburg
Nr.207 Christian Hasley, OV Duisburg
Nr.208 Rene Wagner, OV Duisburg
Nr.209 Jochen Lesnik, OV Duisburg
Nr.210 Thomas Panke, OV Essen (gestrichen)
Nr.211 Michael Kittler
Nr.212 Thomas Preis, OV Gladbeck
Nr.213 Sascha Jastram, OV Heiligenhaus
Nr.214 Andreas Luisetti, OV Essen
Nr.215 Bernd Prericks, OV Gladbeck
Nr.216 Olliver Köster, ehem. OV ''elbert (ausgetreten
Nr.217 - Nr.224 unbekanntes Altmitglied, ehem. OV V
Nr.225 Steffen Föll, Einzelmitglied (ausgetreten)
Nr.226 Jörg Schiemann, OV Kellinghusen

Aktivitätsschwerpunkte:
Cottbus
Guben

Deckmantel scheinbarer Seriosität aufgegeben

Die rechtsextreme 'Deutsche Liga für Volk und Heimat' (DL) wurde am 3.10.1991 im Baden-Württembergischen Villingen-Schwenningen gegründet. Sie ist ein Zusammenschluß von ehemaligen Mitgliedern der 'Republikaner', der 'Deutschen Volksunion', der 'NPD' und der 'DSU'. In ihren Reihen finden sich jedoch ebenfalls VertreterInnen offen militant auftretender neonazistischer Gruppierungen und Parteien.



Bier und Deutschland = 'Deutsche Liga'

Die 'DL' verfügt über Kontakte zum gesamten neofaschistischen Spektrum in der BRD und Verbindungen zur faschistischen 'Front National' in Frankreich, zu rechtsextremen Gruppierungen in Österreich, zum 'Vlaams Blok' in Belgien sowie zu extrem nationalistischen Kreisen im Baltikum und anderen Regionen der ehemaligen UdSSR. Laut Satzung der 'DL' sind Doppelmitgliedschaften bei anderen rechtsextremen und neofaschistischen Parteien und Vereinigungen möglich.

Die programmatischen Grundpfeiler der 'DL' sind:

- Rassismus, AusländerInnenfeindlichkeit, absolute Ablehnung einer multinationalen Gesellschaft und extremer Nationalismus. Auf dem zweiten Bundeskongreß der 'DL' im Oktober 1992 befürwortete die 'DL' verbal Gewaltanwendungen gegenüber Flüchtlingen in der BRD und machte sich für die Bildung von Bürgerwehren stark.
- Sie setzt sich für eine Revision des Geschichtsbildes bezüglich der Verbrechen des Nationalsozialismus in Deutschland ein im Sinne einer Leugnung und Verharmlosung der Untaten des NS-Regimes. So ist die 'DL' z.B. an der Verbreitung der sogenannten *„Auschwitz-Lüge"* beteiligt. Damit wird versucht, die Mordmaschinerie der Nazischergen in Auschwitz herunterzuspielen oder ganz zu leugnen.
- Sie fordert die Wiederherstellung eines Deutschlands in den Grenzen von 1937 und nennt polnische Gebiete, die ehemals zum Hoheitsgebiet des Deutschen Reiches gehörten, penetrant *„Ostdeutschland"*.

Die 'Deutsche Liga' und 'Die Nationalen' in Berlin-Brandenburg

Die Berlin-Brandenburgische 'DL' tritt öffentlich, entweder mit dem Berliner 'Hoffmann-von-Fallersleben-Bildungswerk' oder im Rahmen der 'Nationalen', in Erscheinung. Der Berliner Verfassungsschutz rechnet der 'DL' selbst 140 Mitglieder zu. Gegründet wurden die 'Nationalen' Ende 1991 von dem Berlin-Treptower Peter BOCHE aus dem Umfeld der 'GdNF' (siehe Seite 92) und der 'DL' zusammen mit Thilo KABUS, Landesbeauftragter Berlin-Brandenburg der 'NPD', und Dr. Bernd WITTE, ehemals Kreisvorsitzender der 'DSU' für Berlin-Lichtenberg und später Mitglied der 'REPs'. Unter dem Namen 'Die Nationalen' traten sie am 9.5.1992 in neun Bezirken zu den Berliner Kommunalwahlen an und erreichten 0,2% der abgegebenen Stim-



Peter BOCHE

men. Auf ihrer Kandidatenliste fanden sich in schöner Eintracht neben 'NPD'-Mitgliedern und ehemaligen 'Republikanern' auch Vertreter des militanten Neonaziflügels wieder, so z.B. Oliver SCHWEIGERT, Mitglied der 'Na-



Christian WENDT: Eine Karriere in braun - vom Fahnenträger...

tionalen Alternative' ('NA') und *„Bereichsaufbauleiter"* der 'GdNF' oder Christian WENDT. Dieser schwenkte schon 1987 als Jungfaschist vor dem Kriegsverbrechergefängnis in Berlin-Spandau anläßlich des Todes, des dort einsitzenden Rudolf HESS die Reichskriegsflagge. Heute ist WENDT im Vorstand der 'Nationalen' und leitender Redakteur der 'Berlin Brandenburger Zeitung' (BBZ) herausgegeben von den 'Nationalen'. Seit Anfang 1992 versucht die 'DL', sich auch in den neuen Bundesländern breitzumachen. Bei einer Versammlung mit 80 Personen wurde am 8.2.1992 der Landesverband Berlin-Brandenburg gegründet. Zum Vorsitzenden wurde Frank SCHWERDT (ehemaliger 'REP') gewählt. Seit Februar 1993 ist er auch im Vorstand der 'Nationalen' vertreten.

Impressum

Berlin-Brandenburger-Zeitung
Mitteilungsblatt der NATIONALEN e.V.

Herausgeber: DIE NATIONALEN e.V. Landesverband Berlin-Brandenburg, vertreten durch Frank Schwerdt
Sammelanschrift Berlin: Postfach 4041, 10324 Berlin
Sammelanschrift Brandenburg: Postfach 500138, 03165 Guben

Leitender Redakteur: Christian Wendt (V.i.S.d.P.)
Ständige Redaktionsmitglieder: Christian Wendt, Frank Schwerdt, Dr. Bernd Witte, Dr. Peter Feldtmann, Andreas Stemmer, Christian Sydow, Kerstin Krüger, Andreas Storr, Erik Niemann

Die Berlin-Brandenburger-Zeitung ist als Mitteilungsblatt der NATIONALEN e.V. kein gewerbliches Unternehmen und dient als Rundbrief an Mitglieder und Freunde nur der Sache und keinerlei Partikularinteressen.

Auflage: 12.500 Exemplare
(November/Dezember)

Anzeigenannahme: Telefon: 030-6032306 oder 030-4316574
Einnahmen durch Anzeigen oder Spenden werden ausschließlich für die Druckkosten aufgewendet. Eventuelle Überschüsse kommen ausschließlich der Auflagensteigerung zugute. Für namentlich (auch mit Kürzel) gekennzeichnete Beiträge, sowie für irrtümlich abgedruckte Plagiate übernimmt der Herausgeber keinerlei Verantwortung. Für unverlangt eingesandte Manuskripte kann keine Haftung übernommen werden.

SCHWERDT wurde jedoch kurz vor den Kommunalwahlen in Brandenburg am 5.12.93 laut Pressemeldungen aller seiner Ämter bei der 'DL' enthoben. Er hat sich mit der Unterstützung für die Kandidatur des Neonazis Frank HÜBNER um das Amt des Bürgermeisters in Cottbus zu weit aus dem Fenster gehängt und damit jedes Deckmäntelchen einer scheinbaren Seriösität aufgegeben. Zum kommissarischen Nachfolger wurde der Rentner Peter GILIAN aus Kähsdorf in der Nähe von Seddin bestellt. Bis 1991 war er Landesvorsitzender der 'REPs' in Brandenburg und ist seit 1992 im Landesvorsitz der 'DL' in Berlin-Brandenburg. GILIAN ist nebenberuflich als Bauleiter bei der Potsdamer Firma Exleben tätig und betrieb für die 'DL'/'Nationalen' Brandenburgs eine Unterschriftensammlung zu einer *„Volksinitiative gegen den Asylantenzustrom"*. Die 'Nationalen' und die 'DL' verstehen sich als Wählergemeinschaft und versuchen, VertreterInnen von Parteien, Gruppen aus dem militanten neofaschistischen Bereich, aber auch aus den Reihen der 'DSU' und CDU unter einem Dach zu versammeln. Ihr Ziel ist es, als überparteiliche Vereinigung auf eine Einheit der *„nationalen"* Kräfte hinzuarbeiten.

Beispiele der Aktivitäten der 'Nationalen'/'DL' in Brandenburg

Bereits seit einiger Zeit führen die 'Nationalen' in Brandenburg Schulungs- und Kameradschaftsabende durch. Einen besonderes Augenmerk haben sie dabei auf die Einbindung und Anwerbung Jugendlicher gelegt und bieten für diese Zeltlager und Fahrten an. Im Sommer 1993 gründete sich ein Lausitzer Kreisverband der 'Nationalen'/'DL' um



...zum Redakteur der 'Nationalen'

den Arzneimittelvertreter Dipl. Ing. Dieter GRAMKE aus Guben, den Kreisbeauftragten Hans BAHLKE und den stellvertretenden Kreisvorsitzenden Helmut WANDKE aus dem Cottbuser Vorort Peitz.

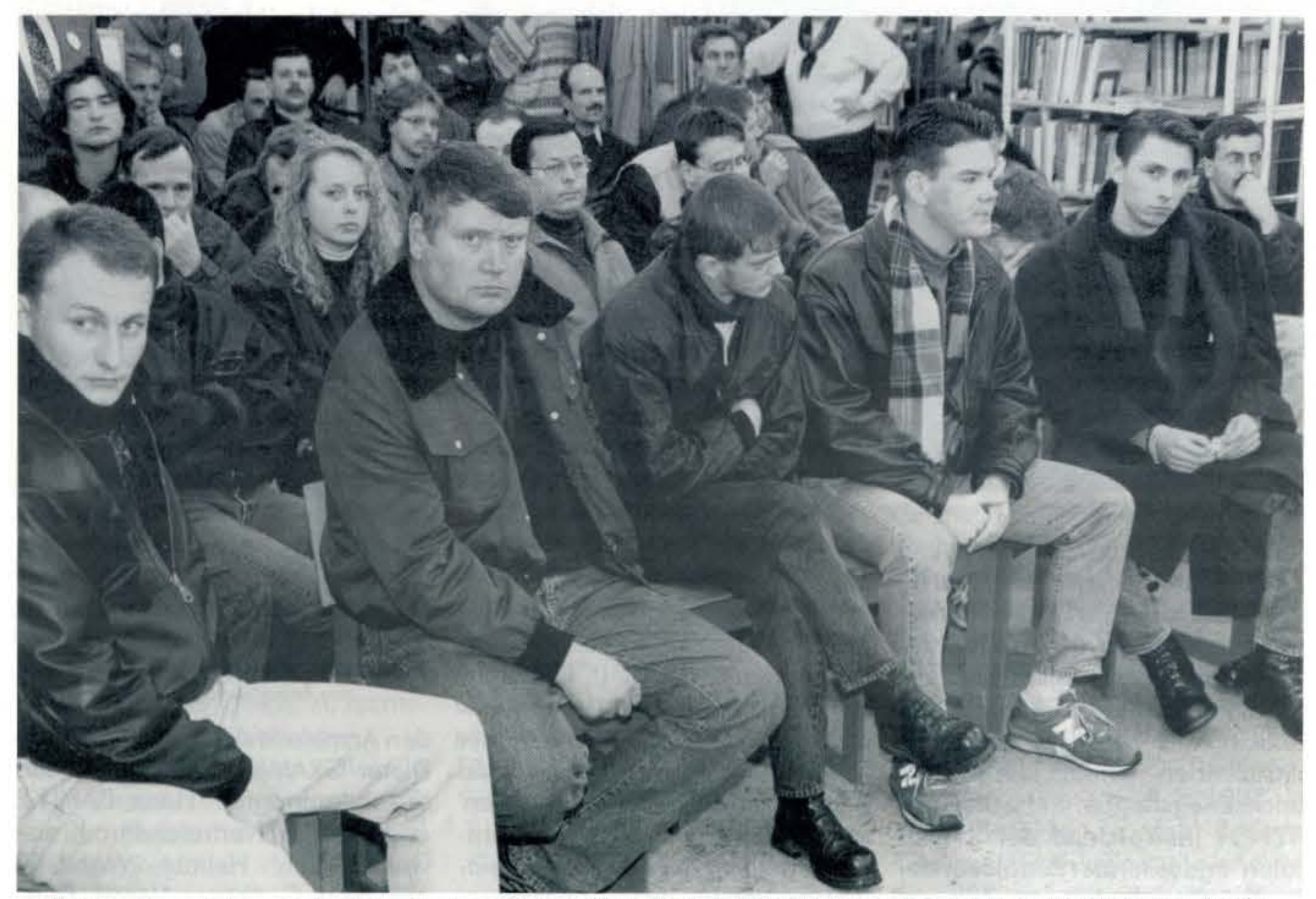
Die Vorbereitung für die Gründung des o.g. Kreisverbandes fand in Guben, unter Beteiligung von SCHWERDT und anderen Mitgliedern des Landesvorstandes der 'Nationalen' aus Berlin statt. In Peitz gelang es der 'DL', mit ihrem 40jährigen Kandidaten Helmut WANDKE bei den Kommunalwahlen vom 5.12.93 mit 3,8% der Stimmen einen Sitz in der Stadtverordnetenversammlung zu ergattern. Gegen den heutigen Abgeordneten der 'DL' wird (inzwischen wegen Diebstahls) ermittelt. Ihm droht eine Anklage wegen mehrerer Einbrüche. WANDKE soll z.B. im April und im September 93 in Büroräume einer Firma in Tauer eingedrungen sein und Telefone, Computer, Kopierer, Drucker, ein Faxgerät und weitere Bürotechnik entwendet haben.

In Cottbus brachte es die 'DL' auf insgesamt 0,5%. Dort kandidierte in Cottbus-Sachsendorf neben HÜBNER der Auszubildende Matthias WEISS für einen Sitz im Stadtparlament. Für HÜBNER stimmten fast 1500 WählerInnen, das waren 2,75% der gültig abgegebenen Stimmen und damit leider immer noch mehr als der OB-Kandidat HÜBNER Alkohol im Blut hatte, als er mit über 2,6 Promille stockbesoffen seine Karre in den Straßengraben setzte. Dadurch wurde er zumindest seinen Autoführerschein los.

Vertreter der 'Nationalen'/'DL' scheuen sich nicht, Verbindungen mit anderen neofaschistischen Gruppierungen aufzunehmen oder gemeinsame Veranstaltungen zu besuchen. Bereits im Juni 1992 besprachen Funktionäre der 'Deutschen Alternative' ('DA') und der 'DL' in Groß-Gaglow bei Cottbus ein gemeinsames Vorgehen in Bayern. Frank SCHWERDT persönlich hielt im Februar 1992 in der Kneipe *„Zum Wassermann"* in Groß-Gaglow eine Veranstaltung ab, bei der neben 'DA'-Mitgliedern auch Enno GEHRMANN (ehemals 'Nationalistische



Front') und führender Kader im 'Förderwerk Mitteldeutsche Jugend', einer Nachfolgeorganisation der verbotenen 'Nationalistische Front' ('NF'), anwesend waren. Überhaupt scheinen die Verbindungen zur 'NF' und deren Nachfolgeorganisationen recht gut zu sein. Nicht nur, daß 'DL' und 'NF' gemeinsam am 26.8.1992 zu einer Demo *„gegen linke Zecken"* in Eberswalde aufriefen. Auch schrieb SCHWERDT im 'NF'-Blatt *„Angriff"* nach dem Brandanschlag auf die jüdische Baracke der Gedenkstätte Sachsenhausen einen Artikel mit der unsäglichen Überschrift *„Sachsenhausen - Zündelten die Juden selbst ?"*. Aber auch in jüngster Zeit scheint die 'DL' für Neonazis ihre Anziehungskraft nicht verloren zu haben. So nahmen im August 1993 an einer Versammlung der 'DL' in Peitz Mitglieder der 'Direkten Aktion Mitteldeutschland/JF' teil.



Wahlkampfveranstaltung der 'Deutschen Liga' am 30. 11. 1993 in der Stadtteilbibliothek in Sachsendorf (Helmut WANDKE, vorn 2. v. l.)



Frank HÜBNER (ehem. 'DA') stellt sich auf der Wahlkampfveranstaltung am 30. 11. 1993 als Kandidat für das Amt des OB in Cottbus vor (dahinter Frank SCHWERDT)

Die „Berlin Brandenburger Zeitung" der 'Nationalen'

Da sich die 'Nationalen'/'DL' von Anbeginn an als Klammer der verschiedenen Spektren der bundesdeutschen Neonaziszene verstanden, nimmt es nicht weiter Wunder, daß die *„Berlin Brandenburger Zeitung"* ('BBZ') der 'Nationalen' sowohl auf redaktioneller Ebene, als auch inhaltlich den unterschiedlichen neonazistischen Gruppierungen Genüge tut. So findet sich neben dem lobenden Bericht über die Sonnenwendfeier der 'FMJ' am 19.6.93 in Alt-Friesack eine Selbstdarstellung der 'Berliner Kulturgemeinschaft Preußen' durch deren Vorsitzende Dr. Ursula SCHAFFER, die auch den Faschoaufmarsch zum Volkstrauertag am 14.11.93 in Halbe anmeldete. Auch daß Andreas STORR, Bundesvorsitzender der 'Junge Nationaldemokraten' ('JN'), (siehe Artikel ab Seite 88) als Redaktionsmitglied in der 'BBZ' vertreten ist, unterstreicht den Anspruch der 'Nationalen' und der 'DL' als überparteiliche Sammlungsorganisation.



DEUTSCHE LIGA
FÜR VOLK UND HEIMAT



'DL'-Parteitag 1991

Aktivitätsschwerpunkte:

Cottbus
Frankfurt/Oder
Forst
Senftenberg

Die „Jugendorganisation" der 'NPD'

Die 'Junge Nationaldemokraten' ('JN') sind offiziell die Jugendorganisation der 'Nationaldemokratische Partei Deutschland' ('NPD'). Der aus Berlin stammende Andreas STORR ist Bundesvorsitzender. Die 'JN' ist eine ausgesprochene Kaderorganisation. Aus ihren Reihen stammen z. B. Neonaziführer wie Meinolf SCHÖNBORN ('Nationalistische Front'), Michael SWIERCZEK ('Nationale Offensive') oder Manfred ROUHS ('Deutsche Liga'-Köln, Herausgeber von „Europa vorn"). Ein Teil der Kader geht aber auch zum Parteiaufbau in die 'NPD'.







Arnold Gehlen

Anthropologie und Ethologie bilden das Fundament des deutschen Nationalismus. Dieses wissenschaftliche Feld bildet deshalb auch den Schwerpunkt der vorliegenden Ausgabe. Im Mittelpunkt stehen dabei die Beiträge "Ein Volk in der Krise" und "Es ist in Ordnung, gierig zu sein".

Publikation der 'JN'

Schulung und Ideologie sowie Öffentlichkeitsarbeit gehören zum Hauptbetätigungsfeld der 'JN'. Publikationen wie die Schülerzeitung *„Denkzettel"*, Mitarbeit an der *„Berlin Brandenburger Zeitung"* 'Der Nationalen' oder die Herausgabe der *„Saufeder"* aus Franken zusammen mit der 'Nationalitischen Front' ('NF') seien hierzu als Beispiele angeführt.



Andreas Storr

Ihre Aktivitäten sind rege; so sind 'JN'-Mitglieder verantwortlich für faschistische Mailboxen (Nürnberg) und die Theoriezeitung *„Vorderste Front"*, die speziell auf Universitäten zugeschnitten ist. Doch sowohl sog. *„Geländespiele"*, als auch die regelmäßige Teilnahme an Neonazi-Aufmärschen machen deutlich, daß es sich bei der 'JN' nicht nur um einen Theoriezirkel handelt. So nahmen 'JN'-Mitglieder im August 1993 am „Rudolf-Hess-Gedenkmarsch" in Fulda teil. Desweiteren war und ist Bundesvorsitzender Andreas STORR Mitorganisator beim Aufmarsch in Halbe.

Knut Hamsun

Die Jugend ist die vom Leben angeheuerte neue Mannschaft. In ihr liegt alle Kraft und Herrlichkeit. Soll etwas aus den Angeln gehoben werden, so weicht das Alter ohnmächtig zurück und der junge Mensch tritt vor. Er vollführt die Tat, und hat in der Regel das Glück mit sich, den unergründlichen Glückstreffer. Das Werk der Alten kann Routine, Handfertigkeit, Erfahrung und Fleiß für sich haben, aber es fehlt ihm die Frische des Taus. Es ist ein altes Gesetz, das der Vorangehende stehen bleibt, wenn er in ein gewisses Alter kommt, ja sogar kehrt macht und für das Gegenteil stimmt. Dann muß die Jugend ihm entgegentreten

Aktionsgruppe

- Deutsch
- Frei
- Stark

Name: ____

Vorname: ____

Straße: ____

Ort: ____

Unterschrift: ____

Mitglied seit: ____

Mitgliedsnr.: ____

Aktionsgruppenleiter

Jedes Mitglied der Aktionsgruppe verpflichtet sich an allen Aktionen, Schulungen und Veranstaltungen teilzunehmen und die Aktionsgruppe im Rahmen seiner Möglichkeiten zu fördern.

Interner Mitgliedsausweis der 'JN'

Die 'JN' und besonders A. STORR haben eine Schlüsselfunktion in der Naziszene. Damit ist gemeint, daß er die Verbindungen und Kontakte zu anderen Gruppen und Organisationen hält und herstellt. Das bedeutet im Prinzip eine Zusammenarbeit von Faschisten unterschiedlichster Couleur, speziell zwischen 'NF', 'Berliner Kulturgemeinschaft Preußen' ('BKP') natürlich auch der 'NPD', der 'Wiking Jugend' ('WJ') und den 'Nationalen'.

Die 'JN' selbst sind ideologisch den Nationalrevolutionären zuzuordnen und stehen für einen „modernisierten Faschismus". Die Mitgliederzahl liegt bei ca. 600 Personen. Ortsgruppen gibt es verteilt in der ganzen Bundesrepublik. In der ehemaligen DDR haben sich inzwischen Ortsgruppen in Rostock, Senftenberg, Forst, Frankfurt/Oder und Cottbus gebildet.

Vom eigenen Selbstverständnis her sehen sich die 'Jungen Nationaldemokraten' als Intellektuelle. Ihre Nähe zu denen, die die Ideologie in die Tat, also in den tagtäglichen faschistischen Terror umsetzen, ist offensichtlich.

Ausgabe 16 6. Jahrgang Preis DM 3,-
01/1993

DENKZETTEL

Weibliche Töne in Frankfurt/M.
Christine Ringmayer

Ökologische Katastrophe: ÜBERBEVÖLKERUNG
Seite 3+9

Ein Liedermacher geht andere Wege:
Frank Rennicke

'JN'-Schülerzeitung



Ausgabe Nr. 22 März 1980
Herausgeber: Abteilung Politische Bildung im JN-Bundesvorstand

 DER DEUTSCHE BAUERNKRIEG 

Mehr als 450 Jahre sind vergangen, seit im Frühling und Frühsommer des Jahres 1525 der Aufstand der deutschen Bauern in mehreren großen Schlachten niedergeschlagen und ihr Schrei nach Freiheit im Blut erstickt wurde.

Damit war nicht nur ihre militärische Niederlage besiegelt; mit dem Ende des Bauernkrieges schied ein ganzer Stand, die Bauernschaft, und damit der größte Teil des Volkes für Jahrhunderte aus dem politischen Leben aus.

Und anders als die großen Aufstände anderer Völker hat der Bauernkrieg heute - zumindest soweit es die westlichen Teile unseres Landes betrifft - keinen Platz im Geschichtsbild der Deutschen, sofern sie überhaupt ein Geschichtsbild haben und haben wollen.

Was rechtfertigt trotzdem die Untersuchung dieses Abschnittes unserer Geschichte in einer Schrift, die neue Ansätze für die Bewältigung der Zukunft aufzeigen will?

Eine Begründung ergibt sich zunächst aus der geschichtlichen Bedeutung des Bauernkriegs, die nicht nur darin besteht, daß hier zum ersten Mal in Deutschland ein so großes Gebiet von einem Aufstand erfaßt wurde, sondern noch viel mehr in seinen Ideen, die ihrer Zeit um vieles voraus waren. Mit seinen Forderungen nach Freiheit, sozialer Gerechtigkeit und Selbstbestimmung gehört der Bauernkrieg von 1525 zur demokratischen Tradition unseres Volkes.

Zu dieser geschichtlichen Bedeutung kommt ein heute neu entstehendes Geschichtsbewußtsein - auch und vor allem bei jungen Menschen. Über die Fernsehschirme lief vor einiger Zeit die Serie "Dokumente Deutschen Daseins", in der ein Abriß unserer Geschichte als Volksgeschichte seit 1525 gegeben wurde. Zu dieser Fernsehserie schrieben die Verfasser: "Es ist an der Zeit, Geschichte als Identifikationsmittel zu entdecken: als einzig brauchbare Auskunft, einer "kaputten" Nation ihre Personalität, ihre Identität wiederzugeben. Für das geteilte Volk der Deutschen ist das eine Existenzfrage, eine Angelegenheit auf Leben und Tod."

Der immer wiederkehrende Versuch Rassismus aus der Geschichte abzuleiten

Aktivitätsschwerpunkte:

Königs Wusterhausen

Klan-Aktivitäten in Deutschland

Der 'Ku Klux Klan' ('KKK') wurde 1866 im amerikanischen Bundesstaat Tennessee gegründet. Vorbild der Gründungsväter war eine studentische Verbindung namens 'Kylos Adelphi'. Der 'KKK' orientierte sich auch im Hinblick auf seine Rituale am Brauchtum studentischer Verbindungen. Zum markantesten Ritual des 'KKK' entwickelte sich das Flammenkreuz (sog. Kreuzverbrennung). Um ein riesiges brennendes Holzkreuz versammeln sich im Halbkreis Gestalten, die sich mit langen, weißen Kaputzengewändern verhüllen, um nicht erkannt zu werden und ein Meeting abhalten.

Der 'KKK' war von Anfang an eine politische Organisation. Seine Mitglieder propagieren die weiße Vorherrschaft und beschwören eine Form rassistisch umgedeutetes Christentum. Das Feindbild dieser Geheimorganisation waren die Schwarzen, die gerade von der Sklaverei befreit waren. Im Laufe der Zeit gesellten sich weitere Feindbilder hinzu: Juden, Latinos, Asiaten, Homosexuelle und Linke. Der 'KKK' überzog das ganze Land mit einem unvorstellbaren Terror; 'KKK'ler lynchten, mordeten und brandschatzten mit einer unvorstellbaren Grausamkeit. Auf dem Höhepunkt seiner organisatorischen Stärke umfaßte der 'KKK' rund fünf Millionen Mitglieder. Viele von ihnen bildeten in den dreißiger Jahren die fünfte Kolonne Nazi-Deutschlands in den USA.



Die anonymen Mörder 'KKK'-Meeting in den USA

Nach dem Zweiten Weltkrieg zerfiel der zuvor zentral gesteuerte 'KKK' in zwei Dutzend Einzelklans, die z.T. untereinander konkurrieren. Seit den sechziger Jahren lebt der 'KKK' wieder auf. Als mitgliederstärkste Gruppen gelten das 'Invisible Empire' und die 'Knights of the Ku Klux Klan'. Erstere hat aktive Untergruppen in Großbritannien, Kanada, Frankreich und Australien. Der Führer der 'Knights' Dennis MAHON tourte 1991 durch die BRD. Er ist in den Bundesstaaten Missouri und Oklahoma aktiv und verfügt dort über beste Kontakte zur Neonazi-Szene. Die Gesamtmitgliederstärke des 'KKK' wird mittlerweile in den USA auf 6.000-8.000 Personen geschätzt, die Sympathiesantenszene soll das dreißigfache betragen. Starken Rückhalt hat der Klan auch bei Polizei und Militär. Ins Schlaglicht der Öffentlichkeit geriet der Klan als der ehem. *„Grand Wizard"* (großer Hexenmeister) David DUKE, zu den Gouverneurswahlen im US Bundesstaat Lousiana im September 91 antrat und nur knapp verlor.



Der Klan in der BRD

Klan-Aktivitäten in der Bundesrepublik sind nichts neues. Hier fand der Klan durch weiße amerikanische Soldaten Verbreitung. In den sechziger Jahren erklärte ein Klan-Sprecher München zur 'KKK'-Hochburg in Europa. Anfang der achtziger Jahre existierten im Rhein-Main-Gebiet Verbindungen zwischen deutschen Neonazis und Klan-Mitgliedern in der US-Armee. Bis Dezember 92 warb beispielsweise die Klan-Organisation 'Knights of the Ku Klux Klan', die auch mit der spanischen Neonazi-Truppe 'Cedade' zusammenarbeitet, über eine Postlageradresse in Wiesbaden für sich. Diese Anzeige erschien mehrfach in der rechtsextremen Postille *„Bauernschaft"* des notorischen Holocaustleugner's und Alt-Nazi, Thies CHRISTOPHERSEN aus Dänemark. Eine weitere Kontaktadresse des 'KKK' ist in Herford. Der *„Kameradschaftsführer"* der 'GdNF'-Bielefeld, Bernd STEHMANN, ist als örtlicher 'KKK'-Leiter aufgetreten. In Berlin gibt es sowohl eine Kontaktadresse als auch eine Ortsgruppe des 'KKK'. Inhaber des Postfaches und Gründer der Berlin-Brandenburger 'KKK'-Truppe *„White Storm"* war Carsten SZCZEPANSKI. Er war der *„Grand Dragon"* des Klans, was soviel wie Deutschlandbeauftragter bedeutet. Die 'KKK'-Zeitung hieß *„Das Feuerkreuz"*.



Klan Aufkleber aus Herford

Bei der Tour des Klan-Chef Dennis MAHON 1991 durch die Bundesrepublik machte er Station in Saarbrücken und Umgebung, Nürnberg, Dresden und Berlin. In der Nähe von Königs Wusterhausen hatte Dennis MAHON seinen Medienauftritt, als er kamerawirksam das Flammenkreuz anzündete. Auch Carsten SZCZEPANSKI hat seit längerem gute Kontakte im Berliner Umland.

Bei einer Hausdurchsuchung in Berlin fand die Polizei Hinweise auf weitere 'KKK'-Sympathisanten, vor allem in Schleswig Holstein. Dort existiert seit 91 eine 'KKK'-Gruppe. Kürzlich wurde öffentlich bekannt, daß eine 'KKK'-Truppe aus Schleswig einen blutigen Anschlag auf ein Flüchtlingsheim in Kiel plante. Aus dem Gebüsch heraus sollte auf die BewohnerInnen geschossen werden. In Berlin-Charlottenburg griff das 'KKK'-Mitglied Norman ZÜHLKE mit einem anderem Faschisten am 29.8.92 zwei Obdachlose mit einem Baseballschläger an. Dabei erschlug er einen 58jährigen Obdachlosen, weil dieser ihn wegen seiner rassistischen Hetze über indischen Studenten kritisierte. Am 22.2.93 wurde Norman ZÜHLKE für diese Tat zu einer sechsjährigen Haftstrafe verurteilt. Es ist anzunehmen, daß der 'KKK'-Deutschlandbeauftragte Carsten SZCZEPANSKI 1991 an einem Mordanschlag auf einen Nigerianer in Wendisch-Rietz beteiligt war.

Das Feuerkreuz

Ku-Klux-Klan

WHITE SURVIVAL NOW

No: 2 - 2.50 DM

KKK-Zeitung "Das Feuerkreuz"

Besonders seit 1989 knüpft der Klan Verbindungen nach Osteuropa. Der ehemalige Klan-Chef David DUKE besitzt gute Kontakte zu Wladimir SHIRINOWSKI, der mit seiner sich liberaldemokratisch nennenden und faschistische Inhalte propagierenden Partei bei den russischen Wahlen zweitstärkste Kraft wurde. SHIRINOWSKI sieht sich in Geistesverwandschaft mit dem 'KKK'. DUKE: *„Ich bin mit seiner Weltanschauung völlig einverstanden"*.



David Duke

Aktivitätsschwerpunkte:

Inter-National

Das Netzwerk der 'GdNF'

Die 'Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front' ('GdNF') ist die im Hintergrund stehende Kaderstruktur von circa 30 faschistischen Parteien und Vereinigungen in Deutschland, Österreich, Holland und Belgien.

Zu den inzwischen verbotenen Parteien der 'GdNF' gehören die



David IRVING lebt in England und wurde in der BRD wegen der Behauptung, in Auschwitz seien niemals jüdische Menschen durch Gas ermordet worden, zu einer Geldstrafe verurteilt. Irving gibt sich als „Historiker" gerne einen seriösen Anstrich und fehlt so gut wie bei keinem Revisionistentreffen mit internationaler Besetzung

'Deutsche Alternative' ('DA'), der 'Nationale Block' ('NB'), der 'Deutsche Kameradschaftsbund' ('DK') und die 'Nationale Offensive' ('NO').

Legale Parteien sind die 'Deutschen Nationalisten' und der 'Deutsche Weg'. Ebenso Gruppierungen wie die 'Nationale Liste' ('NL'), das 'Deutsche Jugendbildungswerk' ('DJBW'), die 'Volkstreue Außerparlamentarische Opposition' ('VAPO'/Österreich), die 'Aktionsfront Nationaler Sozialisten' ('ANS'/Holland und Belgien), die 'Sauerländer Aktionsfront' und 'Deutsches Hessen' ('DH').

Diese breite Organisationsstruktur ist das Resultat von Verbotserfahrungen in den 80er Jahren. Die 'GdNF'-Organisationen sind so



Gary Rex LAUCK lebt in den USA und kämpft als tragendes Mitglied der 'NSDAP/AO', die er 1974 ins Leben rief, für die Wiederzulassung der NSDAP. Seit 16 Jahren gibt Lauck den „NS-Kampfruf" heraus.

beschaffen, daß Lücken, die durch eventuelle Verbote von Teilorganisationen entstehen, leicht wieder geschlossen werden können. Die dazugehörige illegale Hintergrundorganisation ist die 'NSDAP/AO', die ihren Sitz in den USA hat.



Kader verschiedenster Couleur treffen sich zu Michael KÜHNENs Beisetzung: Christian WORCH (ganz links, 'Nationale Liste'), Otto RIEHS (3. v. l., 'Deutsches Hessen'), Heinz REISZ (7. v. l., Deutsches Hessen), Roman DANNENBERG (8. v. l., ehem. 'Deutsche Alternative'), Silvia BOCHE (10. v. l.), Wilhelm KOEBERICH (rechts daneben)



Ernst ZÜNDEL lebt seit 1958 in Canada und verschickt von dort aus Nazi-Zeitungen und Nazipropaganda. Er ist Vertreter der „Auschwitz-Lüge" und kündigte 1990 eine europaweite revisionistische Kampagne an.

Die 'GdNF' ist streng hierarchisch nach Vorbild der historischen 'NSDAP' aufgebaut (Führer-und Befehlsprinzip).

An der Spitze steht die Führung, es folgen die Bereichsleiter, Gauleiter, Kameradschaften und als letztes Glied der Kette die Stützpunkte.

Die jetztige Führung liegt in den Händen des Hamburgers Christian WORCH ('NL'). Ein anderes Mitglied der Führungsriege ist der 'VAPO'-Chef Gottfried KÜSSEL, der wegen NS-Wiederbetätigung in Österreich inhaftiert ist.

In Berlin zieht der Nazirocker Arnulf PRIEM die Fäden für die 'GdNF'.

Das erklärte politische Ziel ist die Wiederzulassung der 'NSDAP'.

Zur Durchsetzung dieses Zieles ist eine vielfältige Praxis auszumachen. Dazu gehören die Organisierung von öffentlichen Aufmärschen (Rudolf-Heß-Gedenkmarsch), die Leitung der vorab genannten Organisationen und Parteien, die Schulung von möglichen Kadern aus legalen Organisationen, die Rekrutierung von Söldnern zu den Todesmilizen in Kroatien, Veranstaltungen und Propaganda zur Verfälschung der Geschichte (*„Auschwitzlüge"*), Wehrsport und letztendlich Terror.

Die verdeckt arbeitende 'GdNF' ist sowohl praktisch als auch ideologisch vergleichbar mit der historischen 'SA'.



Das Sprachrohr der 'GDNF', herausgegeben in den Niederlanden



Thies CHRISTOPHERSEN war als 'SS'ler in einem Nebenlager von Auschwitz tätig. Er verfaßte in den 70er Jahren „Die Auschwitz-Lüge". Seit 86 lebt er in Dänemark, nachdem ihm in der BRD eine Haftstrafe wegen der Verbreitung seiner Nazipropaganda drohte.

In Österreich ist die 'GdNF' verantwortlich für die Briefbombenanschläge von Anfang Dezember 93. Es sind inzwischen fünf 'VAPO'-Mitglieder festgenommen worden. Nach den Briefbombenattentaten versuchten Nazis Gottfried KÜSSEL freizupressen, indem sie drohten, eine Zyklon-B-Giftgaswolke über Wien abzulassen.

In Deutschland hat sich inzwischen eine *„Initiative Freiheit für G. Küssel"* gebildet, für die Michael PETRI (Mainz) und Frank HÜBNER (Cottbus) verantwortlich sind.



Gottfried KÜSSEL beim 'Sport'

In den Berichten von Polizei und Verfassungsschutz wird das Netzwerk der 'GdNF', bzw. die Existenz der 'GdNF' konsequent ignoriert. Auch wenn der Staat durch öffentlichen Druck zum Handeln gezwungen wird und diverse Vorfeldorganisationen (s. o.) verbieten ließ, blieb die 'GdNF' gänzlich unangetastet.



Arnulf PRIEM beim agitieren

Der Berliner Verfassungsschutz kann bei der 'GdNF' *„kein organisatorisches Gebilde"* erkennen. So stellt sich dann auch die Frage: Wer hat im staatlichen Sicherheitsapparat ein Interesse daran, die 'GdNF'-Struktur zu schützen? Es gibt eine Fülle an Material, z. B. Publikationen, Strategiepapiere usw., was ein Vorgehen gegen diese Struktur rechtfertigen würde, aber nichts bewegt sich.

Einige Tips, wie Ihr euch gegen Nazi-Terror schützen könnt

Bedrohungen, Telefonterror und Überfälle auf Antifas haben zugenommen, das ist eindeutig. Die Nazis wollen einschüchtern, doch die ersten Reaktionen zeigen, daß diese Tour nur begrenzten Erfolg hat. Gerade diejenigen von uns, die gegen Nazis recherchieren oder offen auftreten sind gefährdet. Für AktivistInnen ist es ratsam einige Sicherheitsvorkehrungen zu treffen, kühl zu bleiben, denn Panik ist die beabsichtigte Wirkung der 'Anti-Antifa':

Als erstes ist zu empfehlen Eure Beobachtungen zu dokumentieren, auf Fotos, Video, Tonband oder Papier. Sammelt Zeugenaussagen und nehmt Drohanrufe auf Tonband auf. Diese Unterlagen können im Zweifelsfall als Beweismaterial dienen.

1. Sichert Euer Büro und Eure Wohnung. Das beinhaltet doppelte Führung von Computerdisketten, wichtige Dokumente sollten in einer Kopie ausgelagert sein. Wenn möglich bzw. notwendig, sorgt dafür, daß die Nazis nicht genau wissen wo Ihr zu finden seid.
2. Eine funktionsbereite Kamera mit eingelegtem Film sollte ständig in Eurem Büro oder Wohnung vorhanden sein. Das versetzt Euch in die Lage verdächtige Personen sofort auf Zelluloid zu bannen oder Beschädigungen bzw. Schmierereien festzuhalten.
3. Seid vorsichtig bei verdächtigen Telefonanrufen. Einige Faschos können sich bei Euch als Reporter oder Interessierte an eurer Arbeit melden, um Informationen über Euch bzw. über Eure Gruppen sammeln. Wenn Du einen Anfruf erhältst, der Dir verdächtig erscheint:
   a) Fragt nach dem Namen und der Adresse des Anrufers/der Anruferin.
   b) Sagt, daß Ihr in ein paar Minuten zurückruft, notiert die Telefonnummer.
   c) Ruft die Auskunft an oder überprüft die Nummer und Adresse im Telefonbuch.
   d) Wenn unter dem angegebenen Namen eine andere Rufnummer verzeichnet ist, ruft diese an. Wenn Ihr ein Bandgerät habt, nehmt eingehende Drohanrufe möglichst vor Zeugen auf, um sie später als Beweismittel benutzen zu können.
4. Ihr könnt bei der Post beantragen, daß die Nummern der Anrufer gespeichert werden, dadurch besteht die Möglichkeit auf rechtlichem Weg gegen den Drohanrufer vorgehen. Dieser Weg ist mit zahlreichen Behördengängen und einer Strafanzeige gegen Unbekannt verbunden.
5. Erstellt ein Protokoll über verdächtige Anrufe und Vorfälle, dieses Material kann zur Öffentlichkeitsarbeit oder bei Gerichtsverfahren nützlich sein, es ist Material, um andere zu informieren und einen gemeinsamen Umgang mit Bedrohungen dieser Art zu finden. Wichtig werden kann diese Auflistung auch, um herausfinden von wem die Bedrohung ausgeht.
6. Falls Ihr einen Anrufbeantworter angeschlossen habt, solltest ihr Euch darüber im klaren sein, daß Apparate mit eingebauter Fernabfrage, Möglichkeiten zum Abhören der aufgezeichneten Gespräche bieten. Die Nummerncodes können relativ einfach von außen *„geknackt"* werden. Abhilfe wird geschaffen durch Abklemmen der Fernabfrage.
7. Teilweise versuchen Neonazis Spitzel in Antifa-Initiativen einzuschleusen. Bei den bisher bekanntgewordenen Fällen handelte es sich um Frauen der Kaderebene. Als Antifa-Gruppen müssen wir mit dieser Taktik einen Umgang finden, zumal es in der Jugendszene immer einige Grenzgänger gab. Seid nicht zu blauäugig und erzählt jeder/jedem nicht gleich alles. Bevor Ihr mehr zusammen unternehmt, lernt Euch erstmal besser kennen. Oft neigen Gruppen dazu jede/n Neuen mißtrauisch zu beobachten, doch so eine Spitzelparanoia ist ein durchaus gewünschter Nebeneffekt des Ausspionierens.
8. Schafft Öffentlichkeit und berichtet über die Vorfälle. Es trifft anfangs nur Einzelne, gemeint sind sehr viel mehr. Stellt klar, daß Ihr Euch vor diesem Feind nicht umdreht.

Und nun - was kannst Du tun?

Diese Broschüre beschränkt sich bewußt darauf, faschistische Strukturen und Organisierungstendenzen in Brandenburg aufzuzeigen. Dabei kann sicherlich auch der Eindruck entstehen, daß sowieso schon alles zu spät, der Feind übermächtig und Widerstand sinnlos ist.

Uns geht es jedoch um das genaue Gegenteil - die Broschüre soll ein Beitrag sein, den antifaschistischen Widerstand in Brandenburg und anderswo zu unterstützen und zu stärken. Wir wollen an dieser Stelle noch einmal einige Möglichkeiten von antifaschistischer Arbeit auf unterschiedlichen Ebenen darstellen, wobei diese Aufstellung keinerlei Anspruch auf Vollständigkeit erhebt:

1. Das Sammeln von Informationen über Faschisten:

Für eine effektive antifaschistische Arbeit ist es wichtig, einen genauen Überblick über die faschistische Szene (sowohl im Parteienspektrum als auch bei sog. *„unorganisierte Skinheads"*) vor Ort zu haben. Es gibt verschiedene Möglichkeiten, Informationen zu sammeln:

a) Zeitungs- und Publikationsarchiv: Indem die Lokalpresse regelmäßig ausgewertet und nach verschiedenen Kategorien (Parteien, Organisationen, Angriffe etc.) sortiert und abgeheftet wird, ist es möglich, einen besseren Überblick über Entwicklungen, zeitliche Abläufe, Gerichtsprozesse etc. zu gewinnen.

Sinnvoll ist es außerdem, faschistisches Propagandamaterial zu archivieren, um einen Überblick über die jeweils aktiven Organisationen und deren Argumentation zu erhalten.

Der Sammelleidenschaft sind eigentlich kaum Grenzen gesetzt, es ist aber hilfreich, sich von vornherein auf ein bestimmtes System zu verständigen, das dann auch beibehalten wird, damit möglichst viele interessierte Menschen damit arbeiten können.

Grundsätzlich gilt, daß sich Archive möglichst nicht zu Hause in der Wohnung, sondern in einem „neutralen" Raum befinden sollten. Denn alle Informationen, die <u>nicht</u> aus öffentlich zugänglichen Quellen wie Tageszeitungen oder Publikationen der Faschisten kommen, dürfen eigentlich nicht gesammelt werden, da sie unter das Datenschutzgesetz fallen - und gerade diese sollten bei einer Hausdurchsuchung auch nicht der Polizei in die Hände fallen. Ein wichtiger Grundsatz ist, mit Informationen, die nicht mehr benötigt werden bzw. veraltet sind, entsprechend umzugehen.

b) Fotografieren/Filmen:

Möglichkeiten, Faschisten zu fotografieren/filmen gibt es genug - bei ihren Aufmärschen, Kundgebungen, am Rande von antifaschistischen Demonstrationen, vor ihrer Haustüre, an ihren Arbeitsstellen... Hierbei gilt vor allem: Die eigene Sicherheit muß immer gewährleistet sein, denn bekanntlich mögen es Faschisten gar nicht, wenn sie aus der Anonymität hervorgeholt werden... Auch Fotos und Negative/Filme sollten, wenn möglich, nicht in der eigenen Wohnung aufbewahrt werden.

Für den gesamten Bereich der Informationsbeschaffung gilt, daß die eigene Sicherheit Vorrang haben muß. Ansonsten sind hier Phantasie und Kreativität keine Grenzen gesetzt...

2. Öffentlichkeitsarbeit:

a) Flugblätter und Plakate: Öffentlichkeitsarbeit durch erstellen und verteilen von Flugblättern, drukken von Plakaten und deren Aushang ist ein grundsätzlicher Bestandteil antifaschistischer Arbeit. Dadurch werden einem breiteren Kreis von Menschen Informationen zugänglich gemacht. Darüber hinaus kann die Existenz eines antifaschistischen Widerstands, seiner Inhalte und Forderungen vielen Menschen vermittelt werden. Flugblätter können z.B. an Schulen und Einkaufszentren verteilt, in Briefkästen gesteckt oder einfach auf der Straße ausgehändigt werden. Flugblätter, Plakate und Zeitungen müssen immer mit einem v.i.S.d.P. (verantwortlich im Sinne des Presserechts) unterschrieben sein, da sie ansonsten von Polizei und Staatsschutz beschlagnahmt werden können: Aus Gründen der eigenen Sicherheit ist es immer besser, keine richtigen Namen und Privatadressen unter Eure Erzeugnisse zu setzen... Laßt Eurer Phantasie freien Lauf.

b) Spuckis: Spuckis könnt Ihr selber machen (im Kopierladen oder einer Druckerei), bestellen oder in linken Buch- und Infoläden kaufen. Spuckis sind eine gute Möglichkeit, schnell und deutlich zu vermitteln: Hier gibt es AntifaschistInnen und das sind ihre Inhalte!

c) Antifaschistische Parolen sprühen, bzw. faschistische Parolen übersprühen/umwandeln: Sprühen fällt nach dem Gesetz unter

„*Sachbeschädigung*". Daher gilt: Laßt Euch nicht erwischen und organisiert einen Schutz, wenn Ihr sprühen geht.

d) Transparente: Transparente sind neben Parolen eine Möglichkeit unsere Meinung auszudrükken. Vielfältige Möglichkeiten bieten z. B. auffällige, öffentliche Stellen in der Stadt, leere Häuser, Kirchen, Dächer von allen möglichen Gebäuden, vor dem eigenen Fenster. Auch bei Demonstrationen und Aktionen sind Transparente neben Parolen oft die einzige Ausdrucksweise von dem, was wir mit einer Demonstration erreichen wollen. Transparente auf Demonstrationen sind nicht nur wichtig, um den Leuten am Straßenrand und in den Fenstern zu vermitteln, wofür wir auf die Straße gehen; sie sind z. B. für die erste Kette der Demonstration und an den Seiten (neben Seilen), ein gewisser Schutz, die Polizei davon abzuhalten, einzelne Menschen aus der Demonstration herauszuzerren und zu verhaften.

e) Antifaschistische Zeitungen: Ähnlich wie bei Flugblättern bietet das Erstellen einer eigenen Zeitung die Möglichkeit, viele Menschen zu informieren und zu erreichen. Natürlich ist das Erstellen einer Zeitung mehr Arbeit als ein Flugblatt zu schreiben und herzustellen; aber andererseits bietet eine Zeitung auch mehr Platz für Informationen, Meinungen, Forderungen etc.

f) Informationsstand/Büchertisch: Um einen Infotisch zusammenzustellen, ist es gut, eine Materialkiste anzulegen, die dann einfach nur noch ein- oder ausgepackt werden muß. Die Bücher, Broschüren, Plakate etc. für Infotische erhaltet Ihr z. B. auch bei Berliner Antifa-Gruppen bzw. linken Buch- und Infoläden auf Kommission. Infotische können sowohl bei eigenen Veranstaltungen oder bei Veranstaltungen anderer Gruppen und Organisationen ziemlich sinnvoll sein, insbesondere dann, wenn es in Eurer Stadt keine linke oder alternative Buchhandlung gibt.

g) (Soli-)Partys, Discos und Konzerte: Daß Partys, Discos und Konzerte nett sind, ist sowieso klar. Außerdem sind sie eine Möglichkeit, über Eintritt und/oder Tresen, Geld für antifaschistische Arbeit zu sammeln. Menschen, die Interesse an Euch, Eurer Gruppe oder insgesamt an linker Szene haben, trauen sich oft erstmal eher, auf eine Party oder ein Konzert zu gehen, als zu einer Veranstaltung oder einer Aktion zu kommen. Darüber hinaus sind unsere Feste und Konzerte eine Möglichkeit, ganz vielen zu zeigen, worin unser Lebensgefühl besteht, wie wir uns unser Leben vorstellen und daß es eine Alternative zu dumpfer Angepaßtheit, Karrierestreben und faschistischen Gruppen gibt. Im Sommer sind Open-Air-Konzerte/Partys oft auch eine Lösung für das immer wieder vorhandene Raumproblem.

h) Straßenfeste: Straßenfeste sind eine hervorragende Möglichkeit, viele unterschiedliche Gruppen und Organisation schon in der Vorbereitung zusammenzubringen. Straßenfeste müssen auch vorher bei der Polizei und dem Ordnungsamt angemeldet werden. Viele Menschen, die ersteinmal nicht auf eine antifaschistische Demonstration oder Veranstaltung gehen würden, kommen zu Straßenfesten, weil sie neugierig sind, in der Sonne stehen und plaudern wollen etc.

i) Veranstaltungen, Film- und Videoabende: Öffentlich angekündigte Veranstaltungen und Filmabende sind eine gute Möglichkeit, über unsere eigenen Gruppen hinaus, Informationen zugänglich zu machen, Diskussionen anzuregen, Filme, die im Kino oder im Fernsehen nicht gezeigt werden, vorzustellen und unsere Inhalte nach außen zu tragen. Es können z. B. auch alte AntifaschistInnen und KZ-Überlebende für Veranstaltungen angesprochen werden.

j) Antifa-Café: Wenn Ihr eigene Räume habt oder Räume von anderen Gruppen, Organisationen und/oder Kirchen erhalten könnt, ist ein regelmäßiges Antifa-Café eine gute Möglichkeit, Jugendliche und andere Leute, die neugierig sind auf eine linke Szene und Subkultur, ohne daß sie sofort selbst aktiv in Gruppen mitmachen wollen, anzusprechen. Außerdem sind Cafés eine Gelegenheit für viele, auch außerhalb Eurer Stadt oder Eures Ortes, Euch zu treffen oder einfach gemeinsam einen gemütlichen Nachmittag bzw. Abend zu verbringen.

k) Verhindern von Versammlungen faschistischer Parteien und Organisationen: Im laufenden Wahljahr werdet Ihr sicherlich damit konfrontiert werden, daß faschistische Parteien wie die 'DVU', die 'Republikaner', die 'FAP' und die 'Deutsche Liga' versuchen werden, öffentliche Veranstaltungen und Versammlungen durchzuführen. Wenn Ihr vorher erfahrt, wo diese stattfinden sollen, könnt Ihr z. B. mit Informationsmaterial zu dem Besitzer/der Besitzerin der jeweiligen Kneipe oder den Räumen gehen und versuchen sie davon zu überzeugen, daß er oder sie nur Vorteile davon hat, wenn sie Faschisten keine Räume zur Verfügung stellen. Wenn das nichts hilft, könnt Ihr natürlich Blockaden vor dem jeweiligen Ort veranstalten, Demonstrationen organisieren etc.

3. Pressearbeit

Pressearbeit ist ein Bereich, den wir uns oft nicht zutrauen bzw. in dem es viele schlechte Erfahrungen gibt, da Zeitungen und Radiosender selten daran interessiert sind, unsere Inhalte und Forderungen wahrheitsgetreu wiederzugeben. Im Zweifelsfall greifen sie dann eben auf die Informationen der Polizei oder des Innenministeriums zurück, getreu dem Motto „*linke und rechte Gewalttäter*". Trotzdem halten wir es für sinnvoll, den Umgang mit der Presse zu erlernen und immer wieder zu versuchen, unsere Inhalte und Aktionen über die Presse einer breiteren Öffentlichkeit zu vermitteln. Dafür gibt es verschiedene Möglichkeiten:

a) Presseerklärungen/Pressemitteilungen: Vor einer öffentlichen Aktion, Demonstration oder Kundgebung könnt Ihr eine Presseerklärung/Pressemitteilung schreiben, in der kurz dargestellt werden sollte, was, wann, wo stattfindet, wer es organisiert und mit welchen Forderungen/Inhalten da auf die Straße gegangen wird. Das gleiche gilt auch, wenn Ihr zu einem bestimmten Ereignis Stellung nehmen und Eure Meinung vermitteln wollt. Diese Presseerklärung/Pressemitteilung könnt Ihr per Post an die jeweiligen Zeitungen, Radio- oder Fernsehsender schicken oder sie in ihren Büros abgeben. Der Vorteil von Presseerklärungen/Pressemitteilungen ist, daß Ihr nicht direkt mit den JournalistInnen reden müßt, ihnen aber trotzdem von Euch ausgewählte Informationen zukommen lassen könnt.

b) Pressegespräche/Interviews: Manchmal ist es durchaus sinnvoll, mit einzelnen JournalistInnen direkt zu reden. Ein erster Schritt ist, herauszufinden, welche Reporter für den Bereich „*Rechtsextremismus und/oder Polizeiberichte*" zuständig sind, z. B. indem Ihr Zeitungsartikel auswertet. Wenn Ihr den Eindruck habt, eine bestimmte JournalistIn berichtet sorgfältig über diesen Bereich, könnt Ihr versuchen, über die Zeitungs-/Rundfunkredaktion direkten Kontakt zu dieser Person aufzunehmen.

Grundsätzlich gilt dabei: Ihr seid nicht verpflichtet, JournalistInnen Eure richtigen Namen zu nennen (das könnt Ihr auch durchaus offensiv vertreten). Außerdem ist es gut, sich auf Gespräche oder Interviews mit JournalistInnen genau vorzubereiten, d. h. vorher zu überlegen, was man/frau sagen will und was nicht, sich vielleicht eine Liste mit Stichpunkten zu machen und diese Gespräche/Interviews nicht alleine zu führen. JournalistInnen sind darin geschult, unangenehme Fragen zu stellen und Informationen zu verkaufen, d. h. aber noch lange nicht, daß Ihr ihnen auf alle Fragen eine Antwort geben müßt.

c) LeserInnenbriefe: LeserInnenbriefe sind oftmals die einzige Möglichkeit, Eure Sichtweise in eine Zeitung zu bringen. Am besten schreibt Ihr sie so schnell wie möglich, wenn Euch ein Artikel geärgert hat oder Ihr zu einem Thema Stellung beziehen wollt. Je kürzer und genauer ein Leserbrief ist, desto größere Chancen gibt es, daß er veröffentlicht wird. Die meisten Zeitungen drucken LeserInnenbriefe nur ab, wenn sie mit einem Namen/einer Organisation unterschrieben sind. Ihr könnt Euch dafür z. B. auch Phantasienamen und Pseudonyme ausdenken.

4. Zusammenarbeit mit Flüchtlingen, VertragsarbeiterInnen und MigrantInnen

Die Zusammenarbeit mit Flüchtlingen, VertragsarbeiterInnen und MigrantInnen ist ein wesentlicher Bestandteil antifaschistischer Arbeit - und daran zeigt sich dann auch, ob wir in der Lage sind, unsere Parolen gegen Rassismus und Faschismus auch praktisch umzusetzen. Diese Unterstützung und Zusammenarbeit kann nicht erst dann einsetzen, wenn mal wieder ein Flüchtlingsheim gebrannt hat oder eine Vertragsarbeiterin von Faschisten zusammengeschlagen worden ist, sondern muß ein kontinuierlicher Bestandteil antifaschistischer Politik werden.

Für diese Zusammenarbeit gibt es ganz unterschiedliche Möglichkeiten:

Gemeinsame Fußballspiele mit Flüchtlingen, gemeinsame Feste, Deutschunterricht für Flüchtlinge bzw. Unterricht in der Landessprache der Flüchtlinge für uns, gemeinsame Fahrten zu Rechtsberatungsstellen und Rechtsanwälten, Schutz von Flüchtlingsheimen gegen rassistische und faschistische Angriffe an Tagen, wie dem 20. April, Vatertag etc. sowie Unterstützung von Flüchtlingswiderstand gegen schlechte Lebensbedingungen in ihrem Heimen und das neue Asylbewerberleistungsgesetz. Darüber hinaus können gemeinsam mit den Flüchtlingen bzw. VertragsarbeiterInnen und MigrantInnen Veranstaltungen über die Situation in ihren Herkunftsländern organisiert werden. Die Zusammenarbeit mit Flüchtlingen kann auch beinhalten, Flüchtlingen, die nach der Ablehnung ihres Asylantrags von Abschiebung bedroht sind, eine sichere Unterkunft zu verschaffen - z. B. in Zusammenarbeit mit engagierten Kirchengruppen oder antirassistischen Gruppen und Initiativen in größeren Städten.

Seit der fast vollständigen Abschaffung des Rechts auf Asyl im Juni 1993, hat sich die Situation sowohl für die Flüchtlinge, die hier schon seit einer Weile leben, als auch für die Flüchtlinge, die versuchen, in die BRD zu gelangen, erheblich verschärft.

Flüchtlinge, die versuchen, die Oder-Neiße-Grenze zur BRD zu überqueren, werden inzwischen im Rahmen des sog. „*Rückübernahme-Abkommens*" fast ausnahmslos nach Polen zurückgeschickt, weil sie nach dem neuen Asylgesetz aus einem sog. „*sicheren Drittland*" - nämlich Polen, der Tchechei oder Slowakei - kommen. Flüchtlinge, denen vom BGS oder der örtlichen Polizeiwache zugestanden wird, daß ihr Einzelfall in der BRD geprüft werden kann, werden für die Dauer eines sechswöchigen Asylschnellverfahrens in ein Massensammellager - z. B. im ehemaligen GUS-Kasernengelände Brandt - einquartiert. Dort sind sie meist weit entfernt von größeren Städten. Also auch weitab von Möglichkeiten für ausreichende medizinische Versorgung, von Rechtsberatung und Kontakten zur Bevölkerung.

Nach dem neuen Asylbewerberleistungsgesetz, das in Brandenburg seit Mitte 1993 durchgesetzt wird, erhalten Flüchtlinge in den meisten Sammellagern und kleineren Heimen Eßpakete mit Grundnahrungsmitteln und ein monatliches Taschengeld von DM 80,-. In einigen Orten erhalten die Flüchtlinge anstelle der Eßpakete Warengutscheine, in einigen Sammellagern gibt es Großküchenessen. Bei Stichproben wurde festgestellt, daß die Nahrung in den Eßpaketen oftmals schon verfallen oder verschimmelt war, gleiches gilt für Großküchenessen. Beide Varianten ignorieren unterschiedliche Eßgewohnheiten vollständig.

In Brandenburg gab es in mehreren Heimen und Lagern von Seiten der Flüchtlinge Widerstand gegen die Durchsetzung des neuen Asylbewerberleistungsgesetzes. In einigen Fällen wurde/wird dieser Widerstand von Antifa- und Kirchengruppen unterstützt, indem den Flüchtlingen die Warengutscheine abgekauft werden, gemeinsame Demonstrationen und Kundgebungen vor Sozialämtern und Rathäusern organisiert wurden etc. Darüber hinaus wehren sich Flüchtlinge gegen die geplanten Schließungen der kleineren Heime und ihre Zwangsverlegung in Massensammellager. Durch gemeinsame Aktionen und Unterstützungsarbeit von den betroffenen Flüchtlingen, autonomen Gruppen und Kirchengruppen konnten Flüchtlinge in Teltow eine Schließung ihres Heimes vorläufig verhindern.

Bei Ablehnung ihrer Asylanträge werden die Flüchtlinge dann direkt aus den Sammellagern oder in ihre jeweiligen Herkunftsländer deportiert. Die hohe Ablehnungsrate von Asylanträgen hat nichts mit der tatsächlichen Situation in den jeweiligen Ländern und der Bedrohung für die Flüchtlinge zu tun, sondern ist das Ergebnis von rassistischen Gesetzen, nach denen selbst Folter kein Asylgrund ist, wenn *„sie zur üblichen Verhörpraxis eines Landes gehört"* (Begründung einer Ablehnung durch das Bundesverfassungsgericht im Falle eines kurdischen Flüchtlings, der in der Türkei gefoltert worden war).

Neben der praktischen Unterstützung der Flüchtlinge, ist die Öffentlichkeitsarbeit zur Situation der Flüchtlinge von großer Bedeutung. Viele Menschen sind inzwischen bereit, rassistischer Propaganda der Politiker und Medien Glauben zu schenken - oftmals, weil ihnen die tatsächlichen Informationen nicht zugänglich sind. Durch Flugblätter, Veranstaltungen und Feste, zu denen öffentlich eingeladen wird, können Menschen informiert werden und sich unabhängig von den Massenmedien eine eigene Meinung bilden.

Ähnliches gilt auch für die Situation von VertragsarbeiterInnen, denen zwar formal ein Aufenthaltsrecht versprochen wurde, wenn sie bis zum 17. April 1994 einen Arbeitsplatz und eine Wohnung nachweisen können, und darüber hinaus vollständig straffrei geblieben sind. Das heißt aber, daß ein Ermittlungsverfahren oder ein Bußgeldbescheid, z. B. wegen illegalen Zigarettenhandels, von Ausländerbehörden in vielen Fällen als Nachweis einer Straftat angesehen und damit die Ausweisung begründet wird. Über derartige formale Tricks gelingt es Politikern und Ausländerbehörden, die Zahl der VertragsarbeiterInnen, denen ein Aufenthaltsrecht gewährt wird, auf nur ca. 15-20% der verbliebenen 15.000 VertragsarbeiterInnen zu reduzieren.



5. Eigene Räume:

Für die meisten antifaschistischen Gruppen ist es sehr schwierig, eigene Räume zu bekommen, in denen Treffen, Konzerte oder Veranstaltungen stattfinden können. Beharrlichkeit, Druck auf die Stadtverwaltung bzw. das Jugendamt und Öffentlichkeitsarbeit (z. B. durch Flugblätter oder Unterschriftensammlungen) können dabei hilfreich sein, z. B. in Jugendclubs/-zentren, in einer Kirche oder einem Gewerkschafts- oder Parteihaus einen Raum zu bekommen. Und dann gibt es ja auch immer die Möglichkeit, ein Haus zu besetzen!

Postadresse: Wenn Ihr eine Postanschrift benötigt, ist es immer besser, keine Privatadresse anzugeben, sondern eine Büroanschrift oder ein Postfach. Wenn Ihr ein Postfach einrichtet, müßt Ihr in den meisten Fällen einen Personalausweis vorzeigen. Ihr solltet daher bei der Post eine Erklärung hinterlegen, daß diese Information nicht ohne Eure Einwilligung an Dritte (in diesem Fall vor allem Faschisten) weitergegeben werden darf. Wie Ihr die Post dann beim Schließfach abholt, solltet Ihr Euch auch überlegen.

Es ist eigentlich ziemlich sinnvoll, eine Postadresse für Eure politische Arbeit zu haben, da Faschisten zum einen durchaus in der Lage sind, einfach mal Euren Briefkasten aufzuknacken, und zum anderen der Verfassungsschutz und die Polizei dafür bekannt sind, die Privatpost von aktiven AntifaschistInnen zu öffnen und zu lesen.

6. Demonstrationen und Kundgebungen:

a) angemeldete Demonstrationen und Kundgebungen: Wenn Ihr eine Demonstration oder Kundgebung plant, für die Ihr öffentlich im Voraus mobilisieren wollt, müßt Ihr sie vorher beim Ordnungsamt der Stadt anmelden. D. h. Ihr müßt den Kundgebungsort bzw. die Route der Demonstration sowie den Namen einer Person, die die Kundgebung bzw. Demonstration anmeldet, angeben und dann darauf hoffen, daß die Stadt und die Polizei sie genehmigen. Oft werdet Ihr bzw. die Person, die die Demonstration namentlich anmeldet, dann vorher zu einem Gespräch mit der zuständigen Person beim Ordnungsamt und dem Polizeieinsatzleiter eingeladen. Wenn Ihr dabei selbst nicht Eure Namen aus Angst vor Repression angeben wollt, könnt Ihr z. B. auch Leute wie LehrerInnen, GewerkschafterInnen etc. oder Vereine, die mit Euch sympathisieren fragen, ob sie die Demonstration für Euch bzw. mit Euch anmelden. Manchmal kann es auch sinnvoll sein, zu den Gesprächen mit der Stadt und der Polizei einen Rechtsanwalt/eine Rechtsanwältin mitzunehmen, wenn Ihr z. B. davon ausgeht, daß Eure Route oder der Kundgebungsort nicht genehmigt wird.

Es ist ziemlich sinnvoll, auf Demonstrationen in Ketten zu gehen, um zu verhindern, daß die Polizei eine Demonstration durch ein paar Knüppeleinsätze auseinandertreibt und einzelne Menschen aus der Demonstration heraus verhaftet werden. Besonders nett ist es, wenn schon vor der Demonstration Parolen überlegt werden, die dann gemeinsam gerufen werden können. Eine laute und bunte Demo mit vielen Transparenten kann uns selber eine Menge Mut machen und zeigen, daß wir viele sind!

b) Spontane Versammlungen/Spontandemonstrationen: Grundsätzlich könnt Ihr nach dem *Versammlungsgesetz* jederzeit und an jedem Ort eine spontane Versammlung bzw. Demonstration/Kundgebung durchführen. Wenn dann die Polizei auftaucht, könnt Ihr die Kundgebung bzw. Demonstration an Ort und Stelle als *„Spontandemonstration/Kundgebung"* anmelden. Wenn Ihr das nicht wollt, müßt Ihr unter Umständen natürlich mit einem unangenehmen Polizeieinsatz rechnen...

7. Angriffe von Faschisten und Polizei auf Euch:

a) Fertigt in jedem Fall nach dem Angriff Gedächtnisprotokolle an, die Ihr an einem sicheren Ort oder bei einem Rechtsanwalt/einer Rechtsanwältin hinterlegen solltet. Das ist hilfreich, wenn dann Monate oder auch Jahre später plötzlich die Vorladungen zur Polizei oder zum Gericht auftauchen, und Ihr Euch an die Einzelheiten der Ereignisse nicht mehr erinnern könnt.

b) Wenn Ihr bei einem Angriff verletzt worden seid, ist es wichtig, so schnell wie möglich ein ärztliches Attest (im Krankenhaus oder von niedergelassenen ÄrztInnen) über die Art und das Ausmaß der Verletzungen zu holen. Diese Atteste können dann bei Gerichtsverhandlungen vorgelegt werden.

c) Wenn Ihr Euch entscheidet, Anzeige gegen einen Faschisten oder Polizisten wegen Körperverletzung zu erstatten oder wenn Ihr als Geschädigte eines Angriffs bei Gericht vorgeladen werdet, um eine Aussage in einem Prozeß zu machen, habt Ihr bei Körperverletzungen immer die Möglichkeit, als NebenklägerInnen aufzutreten, wenn die Angeklagten keine Jugendlichen sind. Das heißt Ihr nehmt Euch eine/n eigene/n Rechtsanwalt/Rechtsanwältin, der/die sich bei Gericht für Euch meldet und im Gerichtsverfahren die Möglichkeit hat, alle Akten einzusehen sowie mit eigenen Anträgen auf den Verlauf der Gerichtsverhandlung Einfluß nehmen können.

Das hat für Euch mehrere Vorteile: Ihr seid als einfache ZeugInnen bei einem Prozeß immer verpflichtet, auf alle möglichen und unmöglichen Fragen des Anwalts der Faschisten, der Staatsanwaltschaft und der Richter zu antworten, d. h. Ihr seid dem Justizapparat ziemlich schutzlos ausgeliefert. Wenn Ihr als Nebenkläger in einem Prozeß auftretet, kann Euer Anwalt/Eure Anwältin bestimmte Fragen zurückweisen bzw. für Euch Erklärungen abgeben. Außerdem erhält Euer Anwalt/Eure Anwältin Einsicht in alle Ermittlungsakten der Polizei und der Staatsanwaltschaft. Im Falle einer Verurteilung des Faschisten/Polizisten, muß dieser auch die Kosten Eures Anwalts/Anwältin tragen.

8. Staatliche Repression gegen AntifaschistInnen:

Oder: Nichts gegenüber Leuten erzählen, die nicht an dieser oder

jener Aktion beteiligt waren und erst recht nicht gegenüber der Polizei und dem Justizapparat. Grundsätzlich gilt: Je weniger nach Aktionen darüber geredet wird, wer alles dabei war und was der- oder diejenige getan hat, desto weniger Gerüchte entstehen. Es ist dann schwieriger für Polizei und Justiz, irgendeiner konkreten Person oder Gruppe etwas anzuhängen.

Aus bekannten Gründen gehen sowohl Polizei als auch Justiz gegen AntifaschistInnen und Linke wesentlich härter vor als z.B. gegen Faschisten. Martin Niemöller, ein Pastor aus der Bekennenden Kirche, hat es mal mit dem einfachen Satz zusammengefaßt: *„In diesem Land steht der Feind immer noch links."*

Wir halten es grundsätzlich für wichtig, daß Ihr die Fälle staatlicher Repression gegen Euch dokumentiert und in die Öffentlichkeit tragt. Darüber hinaus solltet Ihr darauf achten, gemeinsame Diskussionen über anstehende Verfahren, Prozesse etc. und die damit verbundenen Ängste und Schwierigkeiten zu führen.

Bei allen Zusammenstößen mit Polizei und Justiz ist es grundsätzlich wichtig und für Euch am besten, keine Aussagen zu machen.

a) Festnahmen: Wenn Ihr verhaftet werdet, seid Ihr nur verpflichtet Euren Namen, Eure Meldeadresse und Euer Alter anzugeben. Alle weiteren Fragen der Polizei müßt und solltet Ihr in keinem Fall beantworten. Denn jede darüber hinausgehende Aussage, die Ihr macht, wird früher oder später gegen Euch und andere verwendet werden.

Obwohl Polizisten natürlich wissen, daß Ihr das Recht habt, Aussagen zu verweigern, versuchen sie mit allen Mitteln (z.B. durch Druck oder freundliches Zureden), aus Euch Informationen herauszuholen. Oft ist es sehr schwierig, dann standhaft zu bleiben und nichts zu sagen - aber der Schaden ist in jedem Fall größer, wenn Ihr Aussagen macht. Genausowenig seid Ihr dazu verpflichtet, irgend etwas bei der Polizei zu unterschreiben. Bei einer Festnahme habt Ihr immer das Recht auf einen Telefonanruf - am besten bei einem Rechtsanwalt/einer Rechtsanwältin, beim Ermittlungsausschuß oder bei Eurer Meldeadresse.

Spätestens 48 Stunden nach Eurer Verhaftung müßt Ihr einem Haftrichter/einer Haftrichterin vorgeführt werden, der/die dann darüber entscheidet, ob Ihr freigelassen werdet bzw. vorläufig in Untersuchungshaft genommen werdet. Auch hier müßt und solltet Ihr keine Aussagen machen. Auf jeden Fall ist es gut, wenn ein Anwalt/eine Anwältin Eures Vertrauens bei diesem Haftprüfungstermin anwesend ist.

b) Hausdurchsuchungen: Die Polizei darf nur mit einem Durchsuchungsbefehl in Deine Wohnung, der von einem zuständigen Richter/einer Richterin unterschrieben sein muß, oder bei *„Gefahr im Verzug"*. Dies wird von der Polizei oft als Vorwand benutzt, wenn sie noch keinen richterlichen Dursuchungsbeschluß hat.

Du hast ein Recht darauf, daß Zeugen/-innen (z.B. Nachbarn) bei der Durchsuchung dabei sein können. Die Polizei muß Dir ein Durchsuchungsprotokoll oder/und eine Quittung über die beschlagnahmten Sachen aushändigen. Dieses Protokoll solltest Du *nicht* unterschreiben.

Laß Dir von der Polizei die Dienstausweise zeigen und schreibe Dir ihre Namen und Dienststelle auf. Setze Dich nach einer Hausdurchsuchung sofort mit einem Anwalt/einer Anwältin in Verbindung.

c) Vorladungen: Spätestens wenn Ihr eine Vorladung von der Polizei erhalten habt, solltet Ihr einen eigenen Rechtsanwalt bzw. eine Rechtsanwältin einschalten, der/die dann Eure Interessen gegenüber der Polizei und den Gerichten vertreten kann. Wenn Ihr von der Polizei vorgeladen werdet, um als Zeugen oder Beschuldigte verhört zu werden, gilt das Gleiche wie bei Festnahmen. Ihr müßt und solltet keine Aussagen machen. Ist diese Vorladung nur von der Polizei (nicht von einem/r Richter/-in unterzeichnet bzw. von der Staatsanwaltschaft), müßt Ihr nicht hingehen, zumal wenn sie nur mit der einfachen Post und nicht per Einschreiben o. ä. zugestellt wird.

d) Vorladung zur Staatsanwaltschaft oder Richter/-in: Wenn Ihr eine Vorladung zur Staatsanwaltschaft oder Richter/-in als Zeuge/-in oder als Beschuldigte/r erhaltet, müßt Ihr hingehen. Geht aber auf keinen Fall alleine hin, sondern nehmt dabei immer euren Anwalt/Eure Anwältin mit. Auch hier müßt und solltet Ihr keine Aussagen machen.

Auch vor Gericht müßt Ihr weder als Zeuge/Zeugin noch als Beschuldigte Aussagen machen. Dies kann unter Umständen die Verhängung von Ordnungsgeld und schlimmstenfalls Beugehaft bedeuten. Beides wird vom Gericht angeordnet. Beugehaft kann längstens sechs Monate dauern, ist aber immer mit Abschluß des Prozesses beendet. Diesen Schritt solltet Ihr aber vorher gründlich mit einem Anwalt/einer Anwältin und Euren FreundInnen besprechen.

Noch etwas zum Umgang mit Repression: Behalte Deine Ängste und Fragen nicht für Dich, sondern rede mit anderen Betroffenen, FreundInnen und Deinem Anwalt/Deiner Anwältin darüber!

Da sich zum Thema Repression noch viel mehr sagen läßt, haben wir im Anhang einige Rechtshilfebroschüren angegeben.

Ansonsten könnt Ihr Euch auf der Suche nach einem Anwalt/einer Anwältin oder bei Fragen immer an den Berliner Ermittlungsausschuß wenden:

Tel.-Nr. 030/692 22 22

Regelmäßig erscheinende Antifa-Publikationen:

- **Antifa-Infoblatt Cottbus,** Straße d. Jugend 155, 03046 Cottbus
- **Antifa-Jugendinfo** (insbesondere Heft 11 „Beispiele aus der Antifa-Arbeit"), Antifa-Versand, Gneisenaustr. 2a, 10961 Berlin
- **Antifa-Jugendinfo-Leipzig,** c/o Antifa-Jugendfront, Bernhard-Göring-Str. 52, 04277 Leipzig
- **Antifa-Nachrichten Thüringen,** c/o HBV Thüringen, Juri-Gagarin-Ring 150 99084 Erfurt
- **Antifada,** Eine Welt e.V., Postfach 98, 08506 Plauen
- **Antifaschistisches Infoblatt,** L. Meyer, Gneisenaustr. 2a, 10961 Berlin
- **Der Rechte Rand,** Postfach 1324, 30013 Hannover
- **Die Schwarze,** c/o Infoladen „Flüstern und Schreien", August-Bebel-Str. 92, 18055 Rostock
- **Fight back,** Antifa-Jugendinfo Berlin, Antifa-Versand, Gneisenaustr. 2a, 10961 Berlin
- **Geierwally,** Postfach 1053, 16290 Schwedt
- **in Allerhand,** c/o Infoladen Stunk, Wolgaster Str. Postfach 17, 17019 Neubrandenburg
- **Latscher,** c/o Edelweißpiraten, Gneisenaustr. 2a, 10961 Berlin
- **Machwerk** c/o Infoladen Gerberstr. 1 99425 Weimar
- **RAG,** Rundbrief antirassistischer/antifaschistischer GewerkschafterInnen, DGB-Jugend- und Kulturzentr., Stichwort RAG, Brunnenstr. 125-127, 10787 Berlin
- **Subbotnik in LA,** Politische Nachrichten und Hintergründe nicht nur für Halle, c/o Initiative für eine Vereinigte Linke, Große Klausstr. 11, 06108 Halle
- **ZAG,** Zeitung antirassistischer Gruppen, Yorckstr. 52, 10965 Berlin

Broschüren:

- **Amoklauf gegen die Wirklichkeit. 'NS'-Verbrechen und *„revisionistische"* Geschichtsschreibung** Bezug: Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstands, Wipplingerstr. 8, A-1010 Wien. Circa 10,- DM
- **Antifaschistische Informationen gegen die Zeitung *„Junge Freiheit"*** Bezug: Antifa-Versand, Gneisenaustr. 2a, 10961 Berlin. Ab 5 Exemplaren: AIM, Postfach 210325, 10502 Berlin. DM 5,- und 3,- Portopauschale.
- **„Auch Sie, Frau Mustermann...?!"** Ein Reader zu Mädchen/Frauen und Rechtsextremismus. Bezug: Fantifa kassel, c/o Gestochen Scharf, Elfbuchenstr. 18, 34119 Kassel, DM 7,- + 1,50 Porto
- **Blickpunkt Rechtsextremismus** Rechtsextremistische Strukturen 1991/92 in den neuen Bundesländern. Bezug: Bundestagsfraktion PDS/LL, Bundeshaus, 5300 Bonn
- **Braunzone: *„Denkfabrik Europa der Völker"*** Tagungen der braunen Elite für ein *„Viertes Reich"* in Berlin. *„Bildungswerk von Fallersleben"* - Begegnungsstätte von Konservativen und Nationalsozialisten in Berlin. Bezug: AIM, Postfach 210235, 10502 Berlin. DM 2,- plus 2,- Porto.
- **'Deutsche Liga'. Eine junge Partei im Aufwind** Bezug: Antifa Do-Nord, c/o Taranta Babu, Humboldtsr. 41, 4600 Dortmund 1, DM 4,- plus Porto
- **Multimillionär Frey und seine 'DVU'** Informationen über die größte neofaschistische Organisation. Bezug: Autonome Infogruppe, Schweffelstr. 6, 24118 Kiel. DM 6,- plus Porto.

Bücher:

- **A. Lange: Was die Rechten lesen** Fünfzig rechtsextreme Zeitschriften. Beck'sche Reihe 1014, DM 19,80
- **Antifaschitisches Autorenkollektiv: Drahtzieher im braunen Netz** Die Aktivitäten von Neonazis auf dem Gebiet der Ex-DDR stehen im Vordergrund, Edition ID-Archiv, DM 18,-
- **Gress, Jaschke, Schönekäs: Rechtsextremismus in Europa** Neue Rechte in der BRD, Frankreich und England. Westdeutscher Verlag, circa DM 20,-
- **M. Schmidt: Heute gehört uns die Straße...** Buch zum Film „Wahrheit macht frei". Econ-Verlag, DM 39,80
- **S. Jäger (Hg): Rechtsdruck** Die Presse der Neue Rechten. Dietz-Verlag, DM 9,80
- **R. Fromm: Am Rechten Rand** Lexikon des Rechtsradikalismus. Schüren-Verlag, DM 28,-
- **R. Fromm: Rechtsextremismus in Thüringen** Schüren-Verlag, DM 16,80

- **R. Hethey, R. Kratz (Hg): In Bester Gesellschaft**
  Antifa-Recherche zwischen Konservatismus und Neofaschismus.
  Verlag Die Werkstatt,
  DM 28,-

Historisch:

- **H. Höhne: Der Orden unter'm Totenkopf**
  Die Geschichte der SS
  Weltbild Verlag,
  DM 19,80
- **P. Longerich: Die braunen Battalione**
  Geschichte der SA.
  Verlag Ch. Beck,
  DM 39,80
- **S. Heim, G. Aly: Vordenker der Vernichtung**
  Auschwitz und die Pläne für eine neue europäische Ordnung.
  Fischer-Verlag,
  DM 19,80
- **Verlag Schwarze Risse: Beiträge zur nationalsozialistischen Gesundheits und Sozialpolitik**
  (Insbesondere Band. 3, 5, 6, 8, 10, 11),
  Verlag Schwarze Risse,
  Gneisenaustr. 2a,
  10961 Berlin,
  DM zw. 22,- und 26,-

Widerstand gegen den Nationalsozialismus:

- **A. Raiski u.a.: L'Affiche Rouge. ImmigrantInnen und Juden in der französischen Resistance**
  Verlag Schwarze Risse,
  s. o.,
  DM 36,-
- **Ch. Grossmann: Die Untergrundarmee**
  Der jüdische Widerstand in Bialystok. Ein autobiographischer Bericht.
  Fischer-Verlag,
  DM 19,80
- **I. Strobl: *„Sag nie, du gehst den letzten Weg"***
  Frauen im bewaffneten Widerstand gegen Faschismus und deutsche Besatzung.
  Fischer-Verlag,
  DM 16,80
- **L. Trallori u.a.: Der Himmel ist blau. Kann sein. - Frauen im Widerstand**
  Österreich 1938-1945. Edition Spuren.
  Promedia,
  DM 29,80
- **R. Ainsztein: Jüdischer Widerstand im deutschbesetzten Europa während der Zeit des Zweiten Weltkriegs**
  Bezug: Karl-von-Ossitzky-Universität Oldenburg,
  Institut für Politikwissenschaft II,
  Postfach 2503,
  26015 Oldenburg.
  Circa 600 Seiten A4,
  DM 52,-
- **R. Ainsztein: Revolte gegen die Vernichtung**
  Der Aufstand im Warschauer Ghetto.
  Verlag Schwarze Risse,
  Gneisenaustr. 2a,
  10961 Berlin,
  DM 25,-

Andere gute/ wichtige Bücher und Broschüren:

- **Antifa. Diskussionen und Tips aus der antifaschistischen Praxis**
  Edition ID-Archiv
- **Durch die Wüste**
  Die Rechtshilfe-Broschüre von Anti-Repressionsgruppen.
  (z. B. wie eine Demo angemeldet wird, wie sich mensch bei Festnahmen, Polizei und Justiz am klügsten verhält, was ist wichtig beim demonstrieren und anderen Aktionen).
  Bezug: Antirepressionsgruppen,
  c/o Umweltzentrum,
  Scharnhorststr. 57,
  48155 Münster,
  DM 10,-
- **Farin/Seidel-Pielen: Skinheads**
  C.H. Beck'sche Reihe,
  DM 17,80,-
- **K. Kordon: Mit dem Rücken zur Wand**
  Jugendbuch, spielt in der Zeit 1932/33.
  Beltz-Verlag,
  DM 29,80
- **P. Levi: Wann, wenn nicht jetzt**
  Roman über eine jüdische Partisanen-Einheit in Belo-Rußland während der deutschen Besetzung.
  DTV-Taschenbuch,
  DM 14,80
- **Tip's und Trick's für Antifas**
  Bezug: Antifa-Versand,
  Gneisenaustr. 2a,
  10961 Berlin,
  DM 2,-

Schwächer

Sie werden wieder stärker
Wer denn?
Sie

Wer sollen sie sein?
Sie sollen nicht sein, sie sind nur

Stärker als wer?
Als Du, vielleicht bald als viele

Was wollen sie?
Zunächst wieder stärker werden

Warum sagst Du das alles?
Weil ich es noch sagen kann

Das kann Dir doch schaden?
Gewiß, denn sie werden stärker

Woher weißt Du das?
Aus Deinen Worten, daß es mir schaden kann

Erich Fried